M 3477 F

Nr. 133 Mai 1986 DM 5,00

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



impressum

blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/7 40 03, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Alf Baier, Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Gerhard Braun, Christiane Feller, Ferdos Forudastan, Wolf-Matthias Gall, Christine Grieshaber, Claudia Haid, Iris Harnischmacher, Daniela Heuberger, Hans-Martin Holub, Peter Hübner, Christa Kernbichl, Markus Kleine, Michael Knüfer, Werner Kobe, Claudia Koenig, Michael Krischer, Rainer Luick, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Theo Niewerth, Mariele Pelster, Gunhild Rauch, Bernd Riegraf, Matthias Rommel, Dietmar Saier, Peter Schmidt, Michael Schneider, Alexander Spermann, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Wilfried Wallucks, Udo Wolter, Daniela Zimmermann

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 32 61 87

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641) 7 70 53

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 134:
27. Mai 1986

Anzeigenschluß für Nr. 134:
3. Juni 1986

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhalt

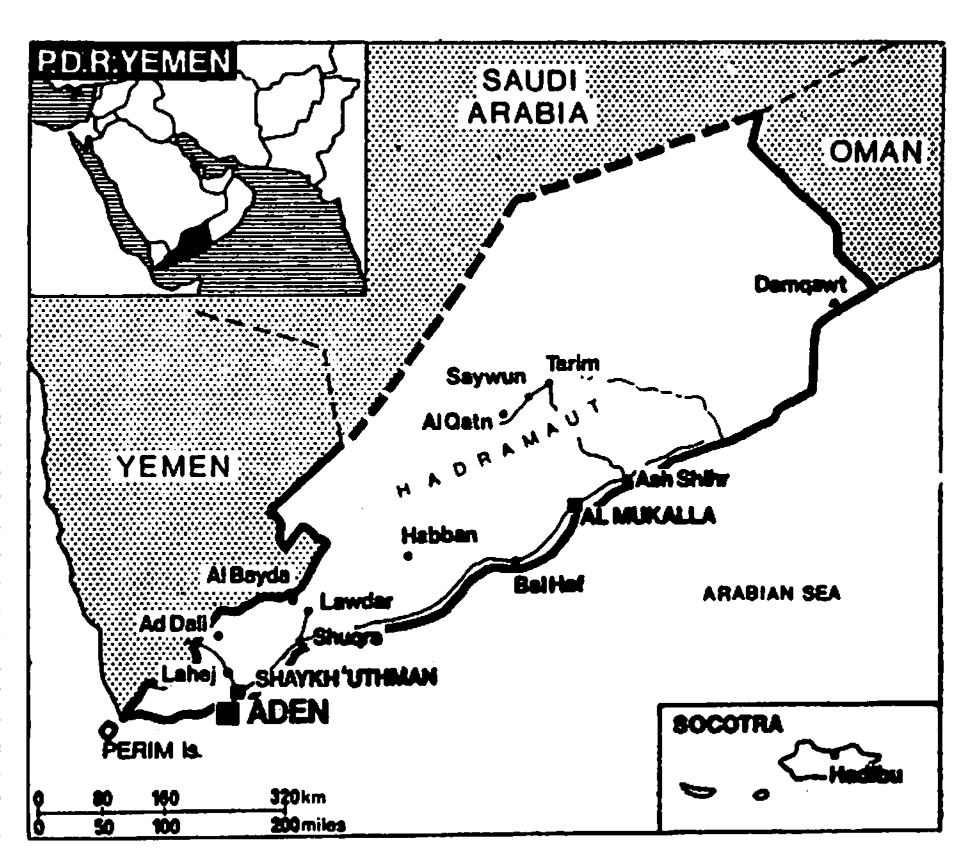
NACHRICHTEN UND BERICHTE:

THEMENBLOCK:

AUSSERDEM:

Marxismus contra Tribalismus

Im Gefolge einer Schießerei unter Politbüromitgliedern der Regierenden „Jemenitischen Sozialistischen Partei" brach Mitte Januar ein Bürgerkrieg in Südjemen aus, der nach verschiedenen Schätzungen 10000—13000 Menschenleben kostete.



Die „Demokratische Volksrepublik Jemen", sonst kaum Gegenstand der Berichterstattung in den Medien, geriet durch diesen Bürgerkrieg für einige Tage in die Schlagzeilen. Nach einer Phase der Unklarheit, in der die beiden kämpfenden Parteien jeweils über einen Radiosender verfügten und völlig widersprüchliche Darstellungen der Geschehnisse gaben, unterlag schließlich die Fraktion um den bisherigen Staatspräsidenten und Parteivorsitzenden Ali Nasir Muhammad. Die neue Führung unter Haider Abu-Bakr al-Attas verblüffte die internationalen Beobachter des Machtkampfes mit einer Regierungserklärung, in der der bisherige politische Kurs des Landes bestätigt wurde. Der Nahost-Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung schrieb dazu: „Für den Augenblick sieht es so aus, als ob das paradoxe Resultat der blutigen Kämpfe sein könnte, daß der politische Kurs des abgesetzten Präsidenten Nasser Muhammad von der Kollektivführung weiter gesteuert werden könnte."[1] Unverständlich blieb damit, welche politischen Gründe es für den Machtkampf gegeben hat. Folgerichtig tauchte in den Medien als Ersatzerklärung die Überlegung auf, der Machtkampf sei mangels politischer Gründe auf das Wiederaufflammen alter Stammesgegensätze in dem einzigen „marxistischen Land" der arabischen Welt zurückzuführen. Damit war ein gängiges Erklärungsmuster in den Medien vorgezeichnet: Die tradierten Stammesstrukturen (Tribalismus) hatten sich als stärker erwiesen als der seit 1967 (dem Abzug der britischen Kolonialherren) herrschende Marxismus.

Im Gegensatz zu dieser Sichtweise soll in diesem Aufsatz dargelegt werden, welche politischen und ökonomischen Hintergründe der Machtkampf in Südjemen hatte, vor welchen Problemen das Entwicklungsland Südjemen steht und inwiefern diese Probleme mit den Schlagworten „Marxismus" und „Tribalismus" beschrieben werden können oder nicht.

Das koloniale Erbe

Die heutige „Demokratische Volksrepublik Jemen" war einst zusammen mit den anderen Regionen Südarabiens (dem heutigen Nordjemen und dem Sultanat Oman) das Zentrum einer hochentwickelten Kultur, die ihren Reichtum aus dem Handel mit Gewürzen und Spezereien schöpfte. Ein ausgefeiltes Terrassenbewässerungssystem machte Teile des sonst kargen Landes fruchtbar, doch wäre ohne den Fernhandel keine bedeutsame Entwicklung möglich gewesen.

Die Wurzeln der heutigen Zweiteilung des Jemen liegen einerseits im Verlauf der zweimaligen Eroberung Südarabiens durch das Osmanische Reich (1538—1635 und 1872—1919) begründet, andererseits brachte die Geschichte der Islamisierung Südarabiens zwei Regionen mit unterschiedlichen islamischen Bekenntnissen hervor: Die Stämme des Nordens waren Anhänger des zaiditischen Islam (einer Form des Shiismus). Ihr weltliches und geistliches Oberhaupt war der zaiditische Imam, dessen Herrschaft sich jedoch lange Zeit auch über die südlichen Gebiete erstreckte, deren Bewohner der shafiitischen Rechtsschule des Sunnismus anhingen. Bereits im 17. Jahrhundert begann deshalb die Teilung in den nördlichen Herrschaftsbereich des Imam und zahlreiche unabhängige Kleinstaaten im Süden und Westen Jemens.

In dieser Situation brachte 1839 das britische Kolonialreich die Stadt Aden mit ihrem Hafen unter seine Kontrolle und gewann damit einen wichtigen Flottenstützpunkt auf dem Seeweg nach Indien. Die Kleinstaaten (Sultanate und Emirate) des Südens und Westens wurden britische Protektorate, während der Norden zum zweitenmal unter osmanische Herrschaft geriet, wodurch die Zweiteilung des Landes zementiert wurde.

Die Eröffnung des Suez-Kanals (1869) erhöhte die Bedeutung Adens für die Kolonialmacht. Der Ausbau der Hafenanlagen und die Sicherung der britischen Hoheit über den strategisch wichtigen Südwestteil der arabischen Halbinsel führten zu einer wachsenden Präsenz ziviler und militärischer Kolonialbeamter. Während Aden dadurch zu einer ökonomisch prosperierenden Stadt wurde, die auch zahlreichen Jemeniten Arbeit bot, wurden keine Anstrengungen unternommen, das Hinterland zu entwickeln. Vielmehr führte der wachsende Stadt-Land-Gegensatz zur Verarmung des Hinterlandes und zur Emigration nach Aden und von dort oft weiter in andere Länder.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, als die meisten Länder des Nahen Ostens die nationale Unabhängigkeit erlangten, setzte der Prozeß der Entwurzelung unter der Kolonialherrschaft einerseits und das Vorbild Ägyptens unter Nasser und der Sieg

Algeriens im Befreiungskampf (1962) andererseits auch in Südjemen die Frage der Unabhängigkeit auf die Tagesordnung. Zugleich wurde in Nordjemen 1962 der Imam gestürzt, und ein blutiger, achtjähriger Bürgerkrieg entbrannte. Die republikanischen Gegner des Imamats fanden Unterstützung und Anhänger auch im Süden und Westen, wie auch umgekehrt der beginnende Befreiungskampf im britischen Protektorat von Nordjemeniten mitorganisiert wurde.

1963 wurde die „Nationale Befreiungsfront" (NLF) gegründet, in der sich die verschiedensten politisch-ideologischen Strömungen fanden, deren Minimalkonsens die Befreiung des Landes und die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes war. Der letztere Punkt unterschied die NLF von anderen Organisationen wie der FLOSY (Front of the Liberation of the South Yemen), die den bewaffneten Kampf ablehnten und eine Verhandlungslösung mit den Briten anstrebten.

Eine erste programmatische Orientierung schuf sich die NLF mit der Verabschiedung einer „Nationalcharta" auf dem ersten NLF-Kongreß 1965; doch legte sich die Nationalcharta weder auf einen kapitalistischen noch auf einen ausdrücklich sozialistischen Weg fest, sondern versuchte, einen Minimalkonsens zu beschreiben. Insbesondere von den zumeist sozialistisch orientierten bewaffneten Verbänden an der Basis wurde die Charta deswegen heftig kritisiert. Ein Klärung der Standpunkte fand jedoch, angesichts der Erfordernisse des bewaffneten Kampfes und der Auseinandersetzung mit der konkurrierenden FLOSY, nicht statt. In dieser programmatisch völlig unbefriedigenden Situation errang die NLF bedeutende Erfolge im Kampf gegen die Kolonialmacht, bis schließlich am 29.11.1967 die Briten Aden räumten und die Macht der NLF übertrugen. *Damit hatte eine Befreiungsbewegung die Macht errungen, ohne daß Einigkeit darüber bestanden hätte, mit welcher Zielsetzung diese Macht zu gebrauchen sei.*

Neben den Widersprüchen in den Reihen der NLF bestanden weiterhin in der FLOSY und anderen Organisationen Konkurrenten um die Macht. Die ersten Monate und Jahre des unabhängigen Südjemen waren von Auseinandersetzungen mit diesen Konkurrenten und innerhalb der NLF geprägt. Hinzu kam der fortdauernde Bürgerkrieg in Nordjemen, der ebenfalls Kräfte band und zu Konflikten führte. Dennoch setzte sich zum Schluß die NLF durch, während innerhalb der NLF der „linke" Flügel im Juni 1969 durch einen Staatsstreich (im nachhinein als „Korrekturbewegung" bezeichnet) die Macht übernahm. Hauptauseinandersetzungspunkte zwischen den „Gemäßigten" und der siegreichen Gruppe war einerseits die Umgestaltung der Wirtschaft (der gemäßigte Flügel plädierte für eine vorsichtige Agrarreform und wandte sich gegen die Verstaatlichung in- und ausländischer Privatbetriebe, während der linke Flügel eine forcierte Agrarreform und eine Politik der Verstaatlichung befürwortete), andererseits die außenpolitische Orientierung des Landes (die Gemäßigten waren für einen neutralen Kurs, der sich weder an den Osten noch an den Westen anlehnen sollte, die Radikalen forderten eine Orientierung an den sozialistischen Ländern).

Der „Korrekturbewegung" folgte 1971 eine erneute Regierungsumbildung, als deren Ergebnis ein politisches Dreigestirn die Führungsrolle in Südjemen übernahm, das für die Entwicklung in den folgenden Jahren bestimmend wurde:
Salim Rubaya Ali (Vorsitzender des Präsidentschaftsrates);
Abd el-Fattah Ismail (Generalsekretär der NLF und Vorsitzender des Obersten Volksrates);
Ali Nasir Muhammad (Ministerpräsident).



Ali Asir Muhammad

Der Theoretiker dieses Dreigestirns war Abd el-Fattah Ismail, der in den folgenden Jahren sein Konzept einer sozialistischen Transformation der südjemenitischen Gesellschaft zu verwirklichen begann, wobei sich schon damals Differenzen zu Salim Rubaya Ali und Ali Nasir Muhammad abzeichneten.

Ismails Konzept, wie auch konkurrierende Vorstellungen in der NLF, entsprangen jedoch in vieler Hinsicht nicht einer konkreten Analyse des Landes, sondern beinhalteten unbesehen übernommene Programmpunkte anderer Befreiungsorganisationen (in China, Algerien, Kuba...). Schlagworte wie „Großgrundbesitz" und „Kleinbourgeoisie" prägten die NLF-Programmatik, und der Versuch, die südjemenitische Gesellschaft in dieses Raster zu pressen, hatte zur Folge, daß beispielsweise selbst Straßenverkäufer von belegten Brötchen oder kühlen Getränken oder Taxifahrer der „Kleinbourgeoisie" zugeschlagen und als Konterrevolutionäre verfolgt wurden.

Ein wichtiger Umstand, der diesen Dogmatismus der NLF-Führung begünstigte, war die Tatsache, daß weder aus der Kolonialzeit noch aus der Zeit danach Daten und Statistiken über die ökonomische, soziale und politische Struktur verfügbar waren. Die Vertreter eines gemäßigteren Kurses gründeten deswegen ihre Vorstellungen genausowenig auf eine konkrete Analyse wie der Theoretiker Ismail, wodurch innerhalb der NLF ein labiles Gleichgewicht taktischer und ideologischer Bündnisse entstehen konnte. Daß immer wiederkehrende Störungen dieses Gleichgewichtes und damit Machtkämpfe angesichts der Situation des Landes damit vorprogrammiert waren, soll nun anhand der ökonomischen Probleme dargestellt werden.

Das ökonomische Dilemma

Die Entwicklung des unabhängigen Südjemen begann mit einem ökonomischen Desaster: Nicht nur blieben nach dem Abzug der Briten die bisherigen Unterstützungszahlungen der Kolonialmacht aus, und die städtische Infrastruktur Adens verlor im Handels- und Dienstleistungsbereich wichtige zahlungskräftige Kunden, hinzu kam einige Monate nach der Unabhängigkeit die Schließung des Suez-Kanals (als Folge des israelisch-arabischen Krieges), wodurch Aden als Hafenstadt einen Großteil seiner Bedeutung verlor. Die prosperierende Ökonomie Adens aber war die wirtschaftliche Triebkraft des Landes gewesen. Vor welchen Problemen damit die Regierung Südjemens stand, wird deutlich bei einem Blick auf die übrige Wirtschaft des Landes:

Landwirtschaft: Mit einer Fläche von 330 000 km^2 ist Südjemen zwar der drittgrößte Flächenstaat der arabischen Halbinsel, doch nur 0,3 Prozent des Landes sind wirtschaftlich nutzbar, wobei die Nutzung in vielen Fällen von künstlicher Bewässerung abhängig ist. Eine Ausweitung der bewässerten Areale ist in dem weitläufigen und infrastrukturell wenig erschlossenen Land mit hohen Investitionskosten verbunden. Trotz verschiedener Fortschritte seit der Unabhängigkeit muß Südjemen immer noch 60 Prozent seines Nahrungsmittelbedarfs (darunter selbst Grundnahrungsmittel) aus dem Ausland importieren.

Rohstoffe: Im Gegensatz zu fast allen anderen Ländern der arabischen Halbinel wurden in Südjemen bis heute keine Erdölvorkommen gefunden, weshalb auch Erdöl von Südjemen importiert werden muß (23 Prozent des Importvolumens geht auf das Konto des Erdöls). Und auch abgesehen vom Erdöl besitzt das Land keine auf internationalen Märkten attraktiven Rohstoffe und Bodenschätze. Einzig Fisch und Baumwolle stehen in vergleichsweise geringen Mengen als Exportgut zur Verfügung.

Industrie: Abgesehen von einer Raffinerie, die in den fünziger Jahren von BP nahe Aden errichtet wurde und die derzeit rund 1700 Arbeiter beschäftigt, hinterließ die Kolonialmacht Südjemen unindustriali-

siert. Noch 1979 existierten im gesamten Land gerade neun Unternehmen, die mehr als 250 Arbeiter beschäftigten (einschließlich der Elekrizitäts- und Wasserwerksgesellschaften).

Dieser kurze Überblick über die verschiedenen Wirtschaftsbereiche macht deutlich: Südjemen ist nicht nur eines der ärmsten Entwicklungsländer (1979 betrug das Pro-Kopf-Einkommen 180 US$), sondern im Unterschied zu vielen anderen Entwicklungsländern sind auch die Ressourcen selbst im Agrarbereich so gering, daß eine Entwicklung aus eigener Kraft aktuell nicht möglich ist.

Besonders deutlich wird dies anhand der Außenhandelsbilanz: 1982 standen Importe in Höhe von 796.8 Mio. US$ nur Exporte im Wert von 34.7 Mio US$ gegenüber, sodaß die Importe gerade zu 4.35 Prozent von Exporten abgedeckt wurden. Die wirtschaftlichen Fortschritte, die Südjemen seit der Unabhängigkeit gemacht hat, konnten nur zu einem Bruchteil aus eigener Kraft erreicht werden. Nach wie vor werden über 70 Prozent der getätigten Investitionen in Südjemen durch ausländische Kredite und Unterstützungszahlungen finanziert. Daß in dieser Situation der für 1985 geschätzte Schuldendienst mit 52 Mio. US$ vergleichsweise niedrig ausfällt (auch wenn er für das Land immer noch eine enorme Belastung darstellt), liegt an einer zusätzlichen Einnahemquelle Südjemens: die Zahlungen der südjemenitischen Arbeitsemigranten, die für 1984 auf 367 Mio. US$ geschätzt werden.

Doch die Arbeitsemigranten und ihre Zahlungen bringen zugleich erhebliche Probleme für das Land mit sich: Die Gesamtbevölkerung Südjemens wird auf 1,9 Millionen geschätzt. 1981 arbeiteten davon 453 000 in staatlich registrierten Arbeitsplätzen. Dem steht eine Zahl von 210 000 Menschen gegenüber, die als Arbeitsemigranten in Saudi-Arabien, Kuwait und anderen Erdölländern tätig sind. Die Löhne dieser Migranten sind im Vergleich mit dem Lohnniveau Südjemens traumhaft hoch, was viele Arbeitskräfte aus Südjemen abzieht. Die Folge ist ein chronischer Mangel an qualifizierten und angelernten Arbeitskräften in Südjemen.

Zugleich führen die Überweisungen der Arbeitsemigranten zu einer Teilung der südjemenitischen Gesellschaft in Familien mit Migrantenversorgung und solche ohne Unterstützung aus dem Ausland. Über 200 000 Menschen in Südjemen sind trotz Arbeitskräftemangels „arbeitslos", weil es in der Familie einen oder mehrere Migranten gibt, die die Versorgung der Familie sicherstellen, ohne daß Familienmitglieder zu den niedrigen Löhnen in Südjemen arbeiten müßten. Damit steht die Regierung Südjemens vor dem Problem, einerseits auf die Einkünfte der Migranten als Devisenquelle dringend angewiesen zu sein, andererseits damit ein soziales und politisches Klima in Kauf nehmen zu müssen, das die Begeisterung für den Aufbau eines sozialistischen Südjemen in Grenzen hält.

Unterrichtsmaterial aus der Alphabetisierungskampagne 1984.

"Ghaleb ist ein fleißiger Bauer und guter Kollege und Mitglied in der Kooperative."

"Suad arbeitet sehr schnell. Sie hat viel Arbeit und die Zeit ist kurz."

غالب مزارع نشيط
وهو فلاح ماهر
وهو صديق فرح
وعضو معه في التعاونية

سعاد تعمل بسرعة
العمل كثير
والوقت قصير

Insgesamt läßt sich die Ökonomie Südjemens als extrem ressourcenarm charakterisieren, wodurch das Land in die Situation eines Bittstellers bei anderen Ländern geriet. Der finanzielle Handlungsspielraum der südjemenitischen Regierung ist extrem eingeschränkt und vom „guten Willen" anderer Länder abhängig. Die Möglichkeiten, durch finanzielle Zugeständnisse die Massenbasis der Führungselite zu vergrößern, ist kaum gegeben. Verteilungskonflikte sind damit vorprogrammiert, und es stellt sich die Frage, wie das politische System Südjemens in dieser Situation funktionieren kann.

Massenbasis und Einparteiensystem

Als die NLF 1967 die Macht übernommen hatte, stand sie vor leeren Staatskassen. Gezwungenermaßen war deshalb eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung, die Löhne und Gehälter zu kürzen, zunächst 1968 um bis zu 60 Prozent, dann 1972 noch einmal um ein Drittel. Zugleich wurden die Kürzungen so vorgenommen, daß das Lohngefälle zwischen dem höchsten und niedrigsten Lohn (im Staatsektor) auf 3,5 : 1 zurückging. Gerade diese Maßnahme veranlaßte zahlreiche qualifizierte Arbeiter und Angestellte zur Emigration. Zugleich verdeutlicht dieses Beispiel, vor welchen Schwierigkeiten die NLF stand, die Unterstützung für den Befreiungskampf in eine Massenbasis für das neue System umzuwandeln.

Ähnliche Probleme ergaben sich auch bei der Landbevölkerung: Die NLF organisierte „spontane Erhebungen" (intifadhat) der Pachtbauern gegen die Landbesitzer (2/3 des Bodens wurden in Pacht bebaut), in denen sich die Pachtbauern ihrer Macht bewußt und dadurch revolutionär erzogen werden sollten. im folgenden wurde jedoch das enteignete Land zu Kooperativen bzw. Staatsfarmen zusammengefaßt, wodurch die Initiative der Bauern gebremst wurde, zumal die staatlich festgelegten Ankaufpreise niedrig waren und wenig Anreize boten, die Produktion zu erhöhen. Trotz hoher Investitionen vor allem in Bewässerungssytemen stagnierte in den siebziger Jahren die landwirtschaftliche Produktion, und eine ökonomisch motivierte Einbindung der Landbevölkerung in das neue System war damit kaum zu erreichen. Bezeichnend für die Fortdauer tradierter Strukturen trotz der landwirtschaftlichen Reformen ist die Tatsache, daß die besten Erträge von jenen Kooperativen erzielt werden, deren Mitglieder zugleich eine traditionelle Großfamilie bilden.

Neben die Agrarreform trat als ein weiterer Faktor ein Maßnahmenbündel zur Überwindung der tribalen Strukturen. Durch ein Dekret vom März 1968 wurden alle Stammesfehden untersagt; Streitfragen zwischen verschiedenen Stämmen oder Personen mußten den Staatsorganen vorgetragen und von diesen entschieden werden. Diese Einführung eines staatlichen Gewaltmonopols wurde im November 1969 unterstrichen durch das Verbot, ohne staatiche Ausnahmegenehmigung Waffen zu tragen. Einerseits wurde dadurch die Möglichkeit zu gewaltsamer Austragung von Konflikten deutlich vermindert, andererseits jedoch ist zu erwarten, daß über Jahrhunderte gewachsene Stammesstrukturen durch Gesetze nicht abzuschaffen sind, zumal die Präsenz der Staatsorgane in vielen entlegenen Gebieten nach wie vor minimal ist.

Was sich in den Städten veränderte, war eine Verlagerung von Stammesrivalitäten in die Staatsorgane, insbesondere in die Armee. Die Vergabe von Arbeitsplätzen und

Posten erfolgt häufig an Mitglieder des eigenen Stammes, deren aus der Stammestradition erwachsender Loyalität man sicher sein kann. „Über seine Stammesverbindungen konnte sich ein jeder Machthaber in der Armee und in den anderen Institutionen seine Klientel bilden. Je stärker seine eigene Position in seinem Stamm und die seines Stammes innerhalb des gesamten Bündnisnetzes der Freund- und Feindschaften der Stämme war, desto größer war seine Anhängerschaft."[2] *Politische und ideologische Konflikte innerhalb der Führungselite vermögen deshalb bis heute die Armee, Verwaltung etc. entlang alter Stammeslinien aufzuspalten, doch ist in aller Regel der Tribalismus nicht der Auslöser der Konflikte, sondern ein den Konflikt verschärfender Begleitumstand, der vor allem bei der Zuspitzung von Machtkämpfen zum Tragen kommt.*

Die wichtigsten Fortschritte bei der Auflösung tradierter Strukturen stellte zweifelsohne das große Engagement der Regierung in den Bereichen Erziehung und Gesundheit dar. 1968/69 betrug die Zahl der Schüler in Südjemen 110000; sie stieg bis 1979/80 auf 274000 an. Im gleichen Zeitraum nahm die Zahl der Ärzte von 71 auf 310 zu. Ein entwickeltes Bildungs- und Gesundheitssystem ist damit noch lange nicht erreicht, zumal sich in beiden Bereichen ein starkes Stadt-Land-Gefälle zeigt, doch sind die erreichten Fortschritte zweifelsohne ein positiver Faktor für die Massenbasis des Systems. Im Sinne der Massenbasis ebenfalls von Bedeutung ist (nach anfänglichen Versuchen, den Atheismus zu propagieren) die Anerkennung des traditionell starken Islam als Staatsreligion und das Selbstverständnis Südjemens als Teil der islamischen Welt.

Dennoch, ein System der Mangelverwaltung, wie es Südjemen darstellt, würde an einer Vielzahl von Konflikten zerbrechen, wäre nicht durch das Einparteiensystem und seinem Anspruch, alle Angelegenheiten des Landes umfassend zu kontrollieren, eine Instanz gegeben, die einersetis Konflikte unter Kontrolle hält, damit aber andererseits der Gefahr unterliegt, daß sich die Konflikte zu parteiinternen Rivalitäten und Machtkämpfen transformieren. Die Auseinandersetzungen innerhalb des Dreigestirns Ismail, Muhammad und Ali sind ein anschauliches Beispiel für diesen Mechanismus:

Einerseits führten unterschiedliche politische Vorstellungen zu Rivalitäten. Außenpolitisch ging es um die Frage der weiteren Unterstützung der dhofarischen Befreiungsbewegung in Oman und um das weitere Verhältnis zu Nordjemen; innenpolitisch war die zentrale ideologische Streitfrage, ob die geringen Erfolge zahlreicher Reformen, wie Ismail meinte, zu großer Rücksichtnahme auf Reaktionäre geschuldet sei, oder ob, was vor allem Alis Standpunkt war, die Reformen zu überstürzt eingeleitet worden seien. Der Streit fand seinen ersten Höhepunkt im Juni 1978 mit der Entmachtung und Hinrichtung Salim Rubaya Alis. Abd el-Fattah Ismail wurde daraufhin sein Nachfolger als Vorsitzender des Präsidentschaftsrates, doch bereits im April 1980 trat Ismail aus „gesundheitlichen Gründen" von allen seinen Ämtern zurück und mußte ins Exil nach Moskau gehen. Von da ab lag die politische Macht in den Händen Ali Nasir Muhammads, der zusammen mit dem Verteidigungsminister Ali Antar den Rücktritt Ismails erzwungen hatte.

Andererseits führten die Machtkämpfe zugleich zu einer immer strafferen Organisation des Einparteiensystems, ausgerichtet auf den jeweiligen Parteivorsitzenden hin. Im Herbst 1975 schloß sich die NLF mit weiteren, bis dahin relativ eigenständigen Organisationen (Baath-Partei, Kommunistische Partei) zur „Vereinigten Politischen Organisation Nationale Front" zusammen. Diese wurde im Herbst 1978, nach der Entmachtung Salim Rubaya Alis, zu einer „Avantgarde-Partei" mit dem Namen „Jemenitische Sozialistische Partei" (YSP) umgewandelt, innerhalb derer sich die Machtkämpfe der achtziger Jahre bis hin zum Bürgerkrieg im Januar 1986 abspielten.

Neben der politischen Zentralisierung kann die Entwicklung der Avantgarde-Partei jedoch noch unter einen zweiten Gesichtspunkt gesehen werden: der Herausbildung einer „Staatsklasse" in Südjemen, die nicht Interessensvertreter ökonomisch und politisch einflußreicher gesellschaftlicher Gruppen ist, sondern ihre eigenen Interessen vertrtitt. Führende Parteikader, Direktoren von Staatsfirmen, hochrangige Bürokraten und Militärs bilden gewissermaßen einen Staat im Staate, ausgestattet mit Privilegien und materiellem Reichtum. Ein geflügeltes Wort in Südjemen lautet: „Früher hatten wir sechs Sultane, jetzt haben wir 47"[3], womit auf die Zahl der Mitglieder im Zentralkomitee der YSP angespielt wird. Dies bedeutet, daß die Teilhabe an der Macht im Staat nicht nur der Durchsetzung eines bestimmten politischen Kurses dient, sondern auch Selbstzweck ist, wodurch vorhandene Widersprüche sich verschärfen.

Außenpolitik und sowjetischer Einfluß

Die sozialistische Orientierung Südjemens isolierte das Land in der arabischen Welt. Bewaffnete Konflikte mit den Nachbarländern Nordjemen und Oman flammten immer wieder auf, zumal Südjemen in beiden Ländern Widerstandsbewegungen unterstützte. Militär- und Wirtschaftshilfe waren in dieser Situation nur von der Sowjetunion und ihren Verbündeten sowie von der VR China zu erhalten.

Chinesische Unterstützung spielte in den ersten Jahren des unabhängigen Südjemen eine wichtige Rolle, denn die Sowjetunion hatte bezüglich des Befreiungskampfes in Südjemen auf das „falsche Pferd" gesetzt und die FLOSY unterstützt. Mehr und mehr jedoch entwickelte sich eine enge Zusammenarbeit zwischen UdSSR und Südjemen.



Ausbildung von Krankenschwestern und Krankenpflegern

Für die Sowjetunion war Südjemen ökonomisch völlig uninteressant und bezüglich Wirtschaftshilfen ein Faß ohne Boden. Doch die geostrategische Lage Adens und der vorgelagerten Insel Socotra am Eingang des Roten Meeres war von Bedeutung. So ist es bezeichnend, daß die sowjetischen Hilfszahlungen ihren Schwerpunkt auf militärischer Ausrüstung hatten und zugleich Aden und Socotra zu sowjetischen Stützpunkten ausgebaut wurden. Die Tatsache, daß die ökonomischen und sozialen Probleme Südjemens in Moskau als zweitrangig behandelt wurden und selbst zugesagte Entwicklungsprojekte in mehreren Fällen nicht oder unzureichend durchgeführt wurden, bot innerhalb der NLF und später der YSP immer wieder Zündstoff für Konflikte.

Die Sowjetunion ihrerseits stufte Südjemen in die Kategorie von Entwicklungsländern mit „sozialistischer Orientierung" ein,

die definiert werden durch „zwei miteinander verbundene, zugleich aber inhaltlich getrennt ausweisbare Grundrichtungen, nämlich einerseits den Vollzug solcher Veränderungen, die gewöhnlich beim Wachsen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft vorsichgehen, wie Entwicklung der Produktivkräfte, der Wissenschaft und Kultur, der materiellen und geistigen Grundlage einer Arbeiterklasse u. a., andererseits die Verwirklichung solcher sozialökonomischer und gesellschaftspolitischer Umgestaltungen, die über den Rahmen bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse hinausgehen und den Weg für ein allmähliches Herankommen an die sozialistische Revolution bzw. ein Hinüberwachsen in die sozialistische Entwicklungsetappe freimachen."[4]

Zugleich jedoch gilt Südjemen diesbezüglich als unsicherer Kantonist, was sich in Einschätzungen wie der folgenden ausdrückt: „Es wäre dennoch verfrüht, die Resultate der Veränderungen (in Südjemen/RW) als irreversibel zu begreifen und die — zweifellos großen — Errungenschaften der national-demokratischen Revolution... in ihrem Ausmaß zu überschätzen und Qualitäten, die sich tendenziell herausbilden als bereits real existierende zu sehen."[5] *Dies bedeutet in der Praxis, daß eine umfangreiche Unterstützung, wie sie beispielsweise Vietnam und Kuba seitens der UdSSR erhalten, Südjemen bislang nicht gewährt wurde.* Für Südjemen blieb damit an der Schwelle der achtziger Jahre objektiv keine andere Wahl, als sich einerseits nach zusätzlichen Hilfsquellen umzusehen (das heißt bei den arabischen Ländern und den westlichen Industrieländern), andererseits aber den Hilfegeber Sowjetunion nicht zu verprellen. Dieser Balanceakt zusammen mit drastisch wachsenden ökonomischen Problemen bildete den Hintergrund für den

Machtkampf der Achtziger Jahre

Das ökonomische Dilemma Südjemens spitzte sich 1982 und 1983 dramatisch zu, als in beiden Jahren Monsunregenfälle ungeahnten Ausmaßes zu einer Flutkatastrophe führten. Brücken, Dämme und Straßen wurden von den Wassermassen mitgerissen. Nach Schätzungen der Regierung entstanden dadurch Schäden in Höhe von 325 Mio. Yemeni Dinar (1 YD = 0.345 US$). Dies entspricht fast dem gesamten Invesitionsvolumen des Landes seit der Unabhängigkeit! Damit stellte sich für die Regierung Ali Nasir Muhammads unabwendbar die Frage neuer ausländischer Hilfegeber. Deshalb wurde der Weltbank erstmalig gestattet, die Wirtschaftslage Südjemens vor Ort zu untersuchen, und die Isolierung in der arabischen Welt mußte gezwungenermaßen überwunden werden.

In der gleichen Zeit veränderte sich auch die Haltung der Sowjetunion gegenüber verschiedenen Ländern des Nahe Ostens. Die sowjetische Invasion in Afghanistan war von fast allen arabischen Ländern (nicht aber von Südjemen) verurteilt worden; der Golfkrieg und die Angst vor dem islamischen Fundamentalismus Khomeinis beschleunigte die verstärkte Zusammenarbeit der Golfratsländer und deren Anbindung an US-Militärhilfe. Zugleich jedoch hatten Ägypten und damit auch die USA sich durch das Camp-David-Abkommen mit Israel diskreditiert. In dieser Situation bemühte sich die Sowjetunion um bessere Beziehungen zu den „konservativen Länder" der arabischen Halbinsel.



Auf den ersten Blick scheint diese Entwicklung für das südjemenitische Interesse, seine Isolierung in der arabischen Welt zu durchbrechen, begünstigend zu sein, hatte doch der wichtigste Verbündete, die Sowjetunion ähnliche Intentionen. Doch einerseits bedeutete dies für die YSP eine neue Positionsbestimmung, was innerhalb der Partei Unruhe und Rivalitäten hervorrufen mußte, andererseits brachen damit auch Differenzen zur Sowjetunion aus: Südjemen suchte beispielsweise auch den Ausgleich mit dem Nachbarland Oman, während die Sowjetunion Oman als reaktionären Bremsklotz am Bein Saudi-Arabiens betrachtete und deshalb isoliert sehen wollte.

Hinzu kam in dieser Situation einer notwendigen außenpolitischen Positionsneubestimmung der südjemenitischen Regierung die verschärfte ökonomische Situation im Innern. Die Politik einer vorsichtigen Liberalisierung der Wirtschaft, die unter Ali Nasir Muhammad eingeleitet wurde, schuf zwar Anreize zur Produktionssteigerung und stellte einen hohen Rückfluß an Migrantendevisen sicher, zugleich jedoch führte sie ökonomisch zur Beförderung von Schwarzmarktgeschäften und einem Inflationsschub. Die ökonomischen Probleme zusammen mit der außenpolitischen Neuorientierung und der starken Rolle der Arbeitsemigranten begünstigten das Vordringen westlicher (und zum Teil auch islamisch-fundamentalistischer) Ideen, was in den Augen der Gegner Muhammads die Autorität der Partei untergrub.

Wie schon seine Vorgänger (Salim Rubaya Ali und Abd el-Fattah Isamil) versuchte auch Muhammad der Lage Herr zu werden, indem er die Macht auf seine Person konzentrierte. Sein schärfster Rivale war dabei Ali Antar, mit dem zusammen er 1980 Ismail ausgeschaltet hatte. 1981 verlor Antar seinen Sitz im Politbüro und wurde als Verteidigungsminister entlassen; über Einfluß, vor allem in der Armee, verfügte er jedoch nach wie vor, und damit begann sich ein Bündnis zwischen Antar und dem im Exil wartenden Ismail anzubahnen, bis schließlich im Februar 1985 Ismail nach Aden zurückkehrte und sich das Politbüro der YSP in zwei Fraktionen spaltete:

Die Fraktion um Ali Nasir Muhammad, die außenpolitisch eine vorsichtige Öffnung zur arabischen Welt und den westlichen Industrieländern befürwortete, was jedoch nicht bedeutete, das Bündnis mit der Sowjetunion aufzugeben. Innenpolitisch sollte über eine Liberalisierung die Wirtschaft angekurbelt und damit Vorgaben der Weltbank und anderer internationaler Organisationen Rechnung getragen werden.

Die Fraktion um Abd el-Fattah Ismail, der sich aus machtpolitischen, taktischen Gründen auch der eher pragmatischen Ali Antar anschloß, war außenpolitisch für ein enges Bündnis mit der Sowjetunion, was jedoch (auch im Sinne der UdSSR) einen Annäherung an andere arabische Länder keineswegs ausschloß. Innenpolitisch sollte über eine verstärkte Kollektivierung in der Landwirtschaft und stärkere Kontrollen in allen Produktionsbereichen die Versorgungslage verbessert werden. Nicht zuletzt ging es auch um eine Durchbrechung der Machtposition Muhammads.

Für die Sowjetunion ihrersetis war ein Fortbestehen zweier rivalisierender Fraktionen der ungünstigste Zustand. Sie versuchte zu vermitteln als im Oktober 1985 ein neues Zentralkomitee gewählt wurde: Die Zahl der Mitglieder wurde von 47 auf 77 erweitert, das Politbüro von 13 auf 16 Mitglieder aufgestockt (unter ihnen auch Ismail). Das Ziel dieser Erweiterung war ein Ausbalancieren zwischen den Fraktionen, wobei im Gegenzug Muhammads für weitere fünf Jahre zum Parteichef gewählt wurde. Doch die Widersprüche in der Partei waren damit nicht verschwunden. Die auf den ersten Blick nur graduellen Unterschiede in den Positionen der beiden Fraktionen trafen auf eine innenpolitisch ökonomisch wie politisch schwierige Lage, sodaß verständlich wird, warum nach der Ausschaltung Muhammads im Januar 1986 der Eindruck entstand, die alte Politik würde fortgeführt, warum andererseits das labile Machtgleichgewicht im Kompromiß-Politbüro auf Dauer nicht funktionieren konnte.

Der Bürgerkrieg im Januar 1986

Über die direkten Hintergründe des Bürgerkrieges im Januar 1986 liegen unterschiedliche Darstellungen vor. Nach der Niederlage Muhammads erklärte die neue Regierung, Muhammad sei am 13. Januar einer Politbürositzung ferngeblieben, habe aber zur Sitzung bewaffnete Anhänger geschickt, die auf Politbüromitglieder das Feuer eröffnet und mindestens sechs erschossen hätten. Daraufhin hätten sich die bewaffneten Auseinandersetzungen ausgeweitet und schließlich Aden und Teile des Hinterlandes erfaßt.[6]

Einen abweichenden Bericht gaben südjemenitische Offiziere gegenüber der Zeitung Al Khaleej (VAE). Danach war auf

den 13. Januar der Beginn einer Reise des Premierministers Haidar al-Attas geplant, die ihn nach Indien, China und Japan führen sollte. Am 11. Januar habe Ismail im Politbüro verlangt, die Reise auf Indien zu beschränken, also das moskaukritische China und das kapitalistische Japan zu meiden. Am 13. Januar sei dann Ismail mit bewaffneten Männern auf dem Flugplatz erschienen, um al-Attas von seiner Drei-Länder-Reise abzuhalten. Daraufhin habe Muhammad ebenfalls Bewaffnete zum Flugplatz geschickt, um die beschlossene Reise durchzusetzen. Das Ergebnis sei eine Schießerei auf dem Flugplatz gewesen, die dann Auslöser für den Bürgerkrieg wurde.[7]

Ali Nasir Muhammad seinerseits erklärte der Zeitung Al Ittihad (Abu Dhabi) gegenüber, frühmorgens am 13. Januar hätten Panzerfahrzeuge Positionen in Aden bezogen. Sein Befehl, in die Kasernen zurückzukehren, sei mißachtet worden, und bei dem Versuch, die Führer der Rebellion festzunehmen, seien die Kämpfe ausgebrochen.[8]

Welche der Versionen zutreffender ist, läßt sich derzeit kaum entscheiden. Sicher aber war die Reise al-Attas, die ihn angesichts des ausgebrochenen Bürgerkrieges auch nach Moskau führte, nicht die Ursache des Konflikts, sondern einer unter vielen möglichen Auslösern. Die Sowjetunion unterstützte zunächst den bisherigen Parteivorsitzenden Muhammad, erklärte sich dann neutral und übernahm zuletzt die Darstellung der Sieger.

Der Bürgerkrieg selbst entwickelte sich vor allem deshalb blutig, weil die Armee in sich gespalten war und Armeeteile jeweils den beiden Fraktionen zu Hilfe eilten. Nach Aussagen des ins Exil geflohenen Marine-Kommandeurs Ahmad Abdullah wurden in den 12 Tagen des Bürgerkriegs 80 Prozent der Marineausrüstung und 90 Prozent der Luftwaffe zerstört.[9] Einige Tage nach dem Ende der Kämpfe wurde bekannt, daß Abd el-Fattah Ismail und Ali Antar ums Leben gekommen waren. Ali Nasir Muhammad war auf der Flucht, sodaß von den führenden Politikern der siebziger Jahre keiner mehr in der neuen Regierung saß.[10] Daß damit der Machtkampf nur vorläufig ein Ende nahm, zeigen die jüngsten Meldungen: So soll es im Februar Demonstrationen gegen die neue Regierung gegeben haben und bewaffnete Anhänger Muhammads sollen wiederholt Überfälle in Aden verübt haben. Im März hätten dann bei einem mißglückten Attentat auf den neuen Präsidenten al-Attas zwei seiner Leibwächter den Tod gefunden.[11]

Schluß

Die Entwicklung Südjemens bis hin zum Bürgerkrieg im Januar 1986 ist komplexer und widersprüchlicher als das simple Schema „Tribalismus contra Marxismus". Zusammenfassend ist zunächst festzustellen, daß der Tribalismus zwar als begleitender Faktor der politischen Entwicklung eine wesentliche Rolle spielt; die bestimmenden Probleme des Landes jedoch erwachsen einerseits aus der extremen Ressourcenarmut, die das Land zum internationalen Bittsteller degradiert, andererseits aus den Widerständen, die gerade in einer Situation der Mangelverwaltung einer sozialistisch orientierten Politik in einer von starken Traditionen geprägten Gesellschaft entgegengebracht werden. Diese Probleme mußten nach der Unabhängigkeit von einer politischen Führung bewältigt werden, die kaum Gelegenheit hatte, politische Erfahrung zu sammeln. Machtkämpfe, die Herausbildung eines streng zentralistischen Einparteiensystems und einer „Staatsklasse" waren die Folge dieser Entwicklung. Eine grundlegende Änderung der Situation der Bevölkerung aus eigener Kraft ist unter diesen Voraussetzungen nicht in Sicht. Südjemen ist damit eines jener Entwicklungsländer, bei denen entwicklungstheoretische Modelle von autozentrierter Entwicklung und Nutzung der eigenen Ressourcen an den Tatsachen vorbeigehen. Auf die Dauer wird ein Land wie Südjemen nur bei fortschreitender regionaler Kooperation entwicklungsfähig sein. Insofern bleibt auch der Zusammenschluß Nord- und Südjemens, von beiden Seiten immer wieder als wünschenswert bezeichnet, eine aktuelle Frage.

Rainer Werle

Anmerkungen

1. Neue Zürcher Zeitung, 5.2.1986
2. ebd., 24.1.1986
3. Cigar, Norman: State and Society in South Yemen; in: Problems of Communism (Washington), no. 3, 1985 (Anmerk. 9)
4. Mährdel, Ch.: Revolutionstheoretische Bemerkungen zur sozialistischen Orientierung gesellschaftlicher Entwicklung im heutigen Asien und Afrika; in: Asien, Afrika, Lateinamerika (Berlin-DDR), 3/1980, S. 426
5. Weidnitzer, Frank: Grundzüge der Entwicklung der politisch-staatlichen Verhältnisse im revolutionären Prozeß der VDR Jemen; in: Asien, Afrika, Lateinamerika (Berlin-DDR), 8/1980, S. 994
6. An-Nahar Arab Report & Memo; Febr. 14, 1986; S. 4
7. Süddeutsche Zeitung, 22.1.1986
8. Jordan Times, 15.2.1986
9. ebd.
10. Neue Zürcher Zeitung, 12.2.1986; Jordan Times, 26.1.1986
11. Süddeutsche Zeitung, 17.3.1986

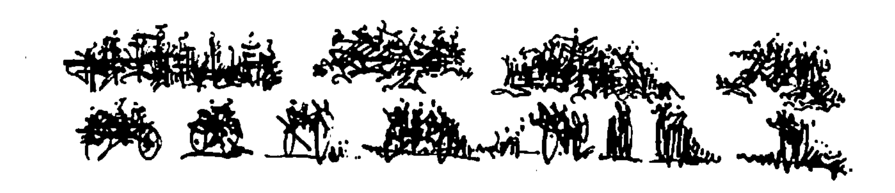
Literatur

Fast alle relevanten, neueren Publikationen über Südjemen sind auf Englisch erschienen; die nachfolgend genannten deutschen Arbeiten sind jedoch als erste Orientierung geeignet.

Braun, Ursula: Nord- und Südjemen im Spannungsfeld interner, regionaler und globaler Gegensätze; Bonn 1981
Halliday, Fred: Arabia without Sultans; Hammondsworth 1974 (Teil III: Südjemen)
Hofmann, Michael: Entwicklungspotential und Entwicklungsstrategien der südarabischen Staaten; München 1982
Koszinowski, Thomas: Jemen — Demokratische Volksrepublik; in: Nohlen/Nuscheler: Handbuch der Dritten Welt, Band 6; Hamburg 1983
Lackner, Helen: P.D.R. Yemen — Outpost of Socialist Development in Arabia; London 1985
Page, Stephen: The Soviet Union and the Yemens; New York 1985
Pridham, B.R. (ed.): Contemporary Yemen — Political and Historical Background; London 1984
Pridham, B.R. (ed.): Economy, Society & Culture in Contemporary Yemen; London 1985
Stookey, Robert W.: South Yemen — A Marxist Republic in Arabia; Boulder/London 1982



Scheichs des Bes Harith Stammes (vor der Unabhängigkeit)



Das Morden geht weiter

Eine Bilanz der Menschenrechtssituation unter der APRA-Regierung

Als am 28. Juli 1985 Alan García sein Amt als neuer Präsident Perus antrat, und damit zum ersten Mal in der Geschichte des Landes die seit Jahren sehr aktiv von der internationalen Sozialdemokratie unterstützte APRA an die Macht kam, entstand in Peru eine nie gekannte Aufbruchstimmung. Ungeheure Hoffnungen wurden auf den neuen Präsidenten gerichtet, der im Wahlkampf eine Erneuerung auf allen Gebieten der Politik versprochen hatte.

Auch auf dem Gebiet der Menschenrechte waren die Hoffnungen auf die neue Regierung beträchtlich, hatten sich doch unter der vorangegangenen Regierung Belaunde Zustände entwickelt, wie sie ansonsten in Lateinamerika nur unter den blutigsten Militärdiktaturen zu finden waren. Mehrere Tausend Personen waren „verschwunden", wohl über zehntausend Menschen, großenteils wehrlose Dorfbewohner, im Krieg der Armee gegen die Guerilleros des „Leuchtenden Pfads" (s. dazu iz3W 108, 1983, S. 41—64) umgebracht worden. Seit Ende 1982 hat die Regierung nach und nach über 26 Provinzen das Kriegsrecht verhängt. In diesen Gebieten hat das Militär (Marine, Heer und Polizei) einen Terrorfeldzug gegen die Bevölkerung entfacht, bei dem diese ganz offen als „Umfeld der Terroristen" definiert wird, das es zu eliminieren gilt. Ein General: „Man muß sechzig Leute umbringen, um drei ‚senderistas' (Aufständische) zu töten".[1]

Alan García war sehr zurückhaltend in seinen Versprechungen, an dieser Situation etwas zu ändern. Aber auch das wenige wurde nicht eingelöst. Die wichtigste Änderung war wohl, daß die neue Regierung zugab, daß es in Peru Menschenrechtsverletzungen in erheblichem Umfang gibt, während Belaunde auch in Tausenden von Toten und Verschwundenen keine Menschenrechtsverletzungen, sondern nur eine vom Ausland orchestrierte Kampagne erblicken konnte und dementsprechend amnesty-Berichte „in den Papierkorb" warf.

In seiner Antrittsrede hatte Präsident García darüber hinaus die Respektierung der Menschenrechte aller Peruaner versprochen, gewisse nicht näher präzisierte Änderungen im Vorgehen von Polizei und Militär in Aussicht gestellt, die Freilassung einiger politischer Gefangener, die offensichtlich nichts mit dem „Leuchtenden Pfad" zu tun hatten und schließlich die Konstituierung einer unabhängigen „Friedenskommission" versprochen, deren Aufgabe die Suche nach Wegen zur Wiederherstellung des Friedens in Peru sein sollte. Deren Bildung unterblieb jedoch zunächst. Erst als im August und September 1985, also bereits unter Garcías Regierung weitere entsetzliche Massaker der Armee bekannt wurden, berief der Präsident schließlich am 14. September diese Kommission.

Das Massaker unter der Regierung García

Offensichtlich blieb die Armee von der Ankündigung des neuen Präsidenten, die Menschenrechte achten zu wollen, unbeeindruckt, wenn die Militärs nicht gar zeigen wollten, daß sich für sie nichts ändern würde. Jedenfalls fielen in die ersten Wochen der neuen Regierung einige besonders grausame Massenmorde, die die Worte des Präsidenten wie Hohn klingen ließen:

7. August: In Pucayacu, wo bereits zuvor ein größeres Massaker stattgefunden hatte, werden weitere 7 Personen nach Foltern ermordet und verscharrt.

14. August: In Llocllapampa bei Accomarca, werden 65 Bauern, darunter 23 Kinder umgebracht, die Leichen anschließend verbrannt und mit Granaten beworfen, um sie unidentifizierbar zu machen. Ihre Hütten werden ausgeraubt und niedergebrannt. Drei Wochen später bringt die Armee weitere 7 Personen der Gegend um, vermutlich, um sie als Zeugen zu beseitigen.

26./27. 8. und 3. 9.: In Bellavista und Umaru bringt die Armee 59 Personen, darunter 30 Kinder, um.

Dies sind lediglich die herausragenden, wegen der hohen Zahl von Toten und der besonderen Grausamkeit in der Öffentlichkeit am stärksten registrierten Morde, sämtlich im unter Kriegsrecht stehenden Departement Ayacucho. Auch werden weitere Verschwundene gemeldet. Insgesamt liegen der Generalstaatsanwaltschaft derzeit rund 2000 Vermißtenmeldungen zur Bearbeitung vor. Die reale Zahl ist mit Sicherheit höher, denn in weiten Teilen des Kriegsgebiets haben die Angehörigen in der Praxis kaum die Möglichkeit, eine Anzeige aufzugeben. Insgesamt wird jedoch für die Monate nach dem Regierungswechsel ein relatives Zurückgehen der Zahl von „Verschwundenen" registriert, dafür eine Zunahme von Leichenfunden. Wie die Bürgermeisterin von Ayachucho, Leonor Zamora, kommentiert, zieht die Armee inzwischen den Mord an Ort und Stelle vor.

Die Reaktion der Regierung auf diese Taten war äußerst dürftig. Der Präsident verurteilte die Massaker. Sein Verteidigungsminister dagegen nannten einen der Hauptverantwortlichen, den Leutnant des Heeres Telmo Hurtado, der sich offen zu dem Massaker von Llocllapampa bekennt und außerdem in einem Interview die Ansicht vertritt, daß bereits Kinder ab zwei Jahren von den Terroristen indoktriniert seien, einen „Kämpfer für die Demokratie". Der Minister blieb im Amt, dafür schickte García den Generalstabschef der Armee und zwei weitere Generäle in Pension. Eine gerichtliche Untersuchung fand nicht statt, bestraft wurde niemand. Eine Untersuchungskommission des Senats wurde vom Militär auf provozierende Weise behindert und vom Verteidigungsminister als „Kommission zur Verteidigung der Rechte der Terroristen" denunziert.

Die Friedenskommission

Stattdessen wurde jetzt endlich die „Friedenskommission" eingesetzt. Sie bestand aus sechs persönlich ernannten Prominenten, von denen zwei der APRA nahestanden, zwei der Vereinigten Linken (also der zweitstärksten Partei des Landes). Einer wurde von der Kirche gestellt. Ihre Aufgaben waren laut der Entschließung des Präsidenten im wesentlichen folgende:

- die juristische Situation der wegen Anschuldigung von Terrorismus einsitzenden Gefangenen zu untersuchen;
- Maßnahmen zur Beschleunigung der Prozesse zu koordinieren;
- Beschwerden wegen Verletzungen der Menschenrechte entgegenzunehmen und den zuständigen Behörden vorzutragen;
- einen Gesetzesentwurf zur Änderung des berüchtigten Dekrets 046, des Antiterrorgesetzes, unter dem die Militärs ihre Aktionen durchführen, zu entwerfen;
- einen Bericht über die Lage in den Gefängnissen vorzulegen;
- Brücken zu schlagen für einen breiten gesellschaftlichen Dialog zur Überwindung der Gewalt im Lande.

Diese weitgespannte Sammlung von Aufgaben stand von Anfang in einem grotesken Gegensatz zu den Mitteln, die der Kommission zur Verfügung standen. Mangels eines eigenen Sekretariats und hauptamtlicher Arbeitskräfte (die Mitglieder selbst konnten ja nur nebenamtlich tätig sein), war man auf die freiwillige Mitarbeit einiger Anwälte und Jurastudenten angewiesen. Vor allem aber blieben die Kompetenzen der Kommission von Anfang an ungeklärt, d.h. sie hatte in der Praxis keine. Obgleich die Kommission explizit den Auftrag hatte, auch die Lage in den Gefängnissen zu klären, wurde ihr am Tag, als im Li-

maer Gefängnis von Lurigancho 30 Gefangene beim Widerstand gegen eine Durchsuchung ihres Traktes von den Truppen getötet wurden, der Zutritt verweigert. Nicht nur die Militärs, auch zivile Behörden wie z. B. die Generalstaatsanwaltschaft verweigerten ihr die notwendigen Informationen. So wurde es bald still um die Friedenskommission, was die Regierung offensichtlich nicht ungern sah.

Am 21. Januar 1986 stellten die fünf aktiven Mitglieder der Kommission (der Vorsitzende hatte sich schon sehr bald als an seinem Amt wenig interessiert gezeigt), in einem Brief an den Präsidenten ihre Ämter zur Verfügung und legten gleichzeitig einen Abschlußbericht vor. Der Präsident, offensichtlich überrascht, versuchte in aller Eile zu retten, was noch zu retten war. Es gelang ihm, die seiner Partei nahestehenden zwei Kommissionsmitglieder unter Leitung eines neu ernannten Dritten zum Weitermachen zu bewegen. Das Ansehen dieser neuen Kommission ist freilich verspielt. Zu deutlich ist sie als bloßes politisches Manöver zu erkennen, da nichts von der Kritik der alten Kommission aufgenommen wurde, die Arbeitsmöglichkeiten also eher noch geringer sind.

Der Abschlußbericht ist im wesentlichen ein Dokument des Scheiterns. Keine ihrer Aufgaben vermochte die Kommission zu lösen. Er beschreibt ein bedrückendes Geflecht einer mafiaartig zusammenklebenden Bürokratie, die jede wirkliche Aufklärung der konkreten Hergänge scheitern und eine ernsthafte Änderung kaum erwarten läßt. Zwei kleine Details aus dem Abschlußbericht seinen angeführt, die das Ausmaß der derzeit in Peru existierenden Unrechtsstaatlichkeit deutlich machen. Entgegen internationalem Recht ist seit 1983 bis heute nicht einmal das Rote Kreuz zum Besuch der Internierungslager im Kriegsgebiet berechtigt. Von den insgesamt rund 1000 unter der Anschuldigung von Terrorismus einsitzenden Häftlingen sind 96 % Untersuchungshäftlinge, von denen sich rund zwei Drittel bereits über zwei Jahre in Haft befinden.

Einer weiteren Kommission, der bereits erwähnten Untersuchungskommission des Senats der Republik über Verletzungen von Menschenrechten, ging es nicht besser. Obwohl sie z. B. wichtige Beiträge zur Aufklärung der eingangs genannten Massaker leisten konnte, drang sie mit keinem ihrer Vorschläge zur Abhilfe durch. Insbesondere ist es trotz eigentlich klarer und von der Kommission ausgiebig begründeter Rechtslage nicht gelungen, auch nur einen einzigen Angehörigen der Armee, dem Mord oder Folter zur Last gelegt werden, vor ein ordentliches Gericht zu bringen. Der Vorsitzende dieser Kommission, der sehr engagierten APRA-Senator Valle Riestra, ist denn auch bereits vor der Friedenskommission resigniert zurückgetreten.

Die Lage in Ayacucho

Im Departement Ayacucho herrscht wieder Ruhe. So melden es zufrieden die offiziellen Stellungnahmen. Daß alle oben genannten Tatorte der neueren Massaker in Ayacucho liegen, gilt also offenbar nicht als Störung dieser Ruhe. Indirekt kann man hier sogar das Eingeständnis erkennen, daß es sich hierbei eben nicht um Kämpfe mit Angehörigen des „Leuchtenden Pfades" handelte, sondern um brutale Morde an einer nicht willfährigen Zivilbevölkerung. Soweit also Ruhe herrscht, ist es, wie die Bürgermeisterin von Ayacucho formuliert, eine „Ruhe des Schweigens und der Toten". Etwa 50.000 Personen, das sind 10 % der Bevölkerung, sind — hauptsächlich nach Lima — geflüchtet. Innerhalb des Departements selbst gibt es ebenfalls große Flüchtlingsströme von den Dörfern in die Hauptstadt Ayacucho (deren Bevölkerung sich seit 1982 von 70.000 auf über 100.000 erhöht hat) und kleinere Provinzzentren. Nach einer Untersuchung des in Ayacucho lebenden Soziologen und Journalisten Jaime Urrutia sind in einigen Provinzen der Region ganze Dörfer entvölkert. In der dünn besiedelten Bergregion von Ayacucho hat dieser „Frieden" gravierende Folgen. Die gesamte Landwirtschaft ist schwer beeinträchtigt, auch da, wo die Bevölkerung noch fähig wäre, das Land zu bebauen. Zerstörung der Infrastruktur und der lebensnotwendigen Tauschbeziehungen schränken die Produktion auf einige Versorgungszentren ein. Unter dem Ausnahmezustand können die Bauern z.B. nur noch das Land bebauen, das sie vom Dorf aus in der Früh' erreichen können, um abends noch vor Ende der Ausgangssperre wieder heimzukehren. In den Bergen Ayacuchos gibt es aber nur wenig solches Land. Das Kriegsrecht erzwingt indirekt einen „sozialen Wandel", der in zwei Jahren über Jahrhunderte gewachsene Agrarsysteme zerstört, mit Folgen, die heute überhaupt noch nicht abzusehen sind.

Die Menschenrechtsverletzungen bestehen gerade in Ayacucho nicht nur aus Folter, Mord und Haft. Im Grunde wird die gesamte zivile Gesellschaft der Region zerstört. Mit welcher Konsequenz dies betrieben wird, macht auch der Fall der Bürgermeisterin von Ayacucho, Leonor Zamora, deutlich.

Der Fall Leonor Zamora

Leonor Zamora wurde im November 1983, unter voller Herrschaft der Militärs über die Region, zur Bürgermeisterin der Stadt Ayacucho gewählt, und zwar auf der Liste einer bis dahin kaum bekannten Gruppierung namens PADIN, die sich von der Christlichen Volkspartei PPC abgespalten hatte, die damals kleinerer Koalitionspartner in der AP-Regierung von Fernando Belaunde war. Während des Wahlkampfes hatte sie sich mit aller Entschiedenheit gegen die Übergriffe des Militärs ausgesprochen und als Kämpferin für ein Ende der Gewalt profiliert. Ihr Sieg drückte auf eindrucksvolle Weise den Selbstbehauptungswillen der Bevölkerung gegenüber den zerstörerischen Kräften des Krieges und vor allem der Militärherrschaft aus. Mit den Militärs gab es denn auch sogleich

und beständig Auseinandersetzungen. Mitarbeiter der Bürgermeisterin „verschwanden“, von ihr einberufene Versammlungen wurden verboten. Trotzdem gelang es unter Belaunde der Militärverwaltung nicht, die als ständige Provokation empfundene Bürgermeisterin zum Schweigen zu bringen.

Offenbar war Leonor Zamora aber nicht nur den Militärs unbequem. Schon Anfang 1985 nahmen sie auch Vertreter der gerade in Ayacucho notorisch interessenverfilzten, in verschiedene Clans gespaltenen APRA unter Beschuß. Mit PADIN kam es zum Bruch, weil die Parteispitze ihr kompromißloses Eintreten für die Menschenrechte nicht mittrug. Im Mai 1985 schließlich, wenige Wochen nach Alan Garcías Wahlsieg, verständigten sich die Vertreter von AP (Belaundepartei), APRA, PPC und PADIN im Stadtrat von Ayacucho und erklärten, angespornt von den eigentlich Mächtigen in der Region, den Militärs, Leonor Zamora für abgesetzt. Vorgeworfen wurden ihr Amtsmißbrauch und Unterschlagung öffentlicher Gelder, beides im Zusammenhang mit Menschenrechtsaktionen. Kurz vor der Regierungsübergabe an Alan García wird sie im Juli 1985 verhaftet. Eine Kampagne der Bevölkerung von Ayacucho mit nationaler und internationaler Unterstützung bekommt sie im September 1985 wieder frei, nachdem ein Gericht alle Vorwürfe als unbegründet zurückgewiesen hat. Die Rückkehr ins Bürgermeisteramt wird ihr jedoch weiterhin verweigert. Auch auf der juristischen Ebene gaben ihre Gegner nicht auf. Sie sind in Berufung gegangen und erklärten öffentlich, sie so schnell als möglich wieder hinter Gitter bringen zu wollen — was keineswegs unrealistisch ist. Leonor Zamora, die ihre Absetzung nie anerkannt hat, arbeitet in der Zwischenzeit als Vorsitzende der Menschenrechtskoordination von Ayacucho und politisch in einer neuen kleinen Linkspartei (Partido de los trabajadores), die sich innerhalb der Linken für ein stärkeres Engagement für die Menschenrechte einsetzt als dies zum Beispiel die Vereinigte Linke (IU) leistet.



Bei Leonor Zamora geht es nicht nur um das Schicksal einer engagierten und mutigen Frau. Wenn es gelingt, sie, wie angedroht, endgültig zum Schweigen zu bringen, dann wäre das ein schwerer Schlag gegen alle, die wie sie an einer zivilen Lösung aus der Umklammerung durch die Militärherrschaft und an einer eigenständigen Organisierung der Bevölkerung von Ayacucho als Alternative sowohl zur Guerilla wie zur Friedhofsruhe der Militärs arbeiten. Daß es diese Kräfte in Ayacucho gibt, wird in der peruanischen Öffentlichkeit selbst bis heute nur in geringem Umfang wahrgenommen, da sowohl die Rechte wie die Linke die nationale Realität überwiegend aus der Perspektive Limas betrachten. Mit dem Wahlsieg Leonor Zamoras 1983 haben sie erstmals auf sich aufmerksam gemacht. Ende 1984 organisierten verschiedene Berufsverbände und Professoren der Universität Ayacucho ein „Forum Ayacucho für das 21. Jahrhundert“, in dem umfassende Perspektiven für eine alternative Entwicklung Ayacuchos ausgearbeitet wurden, die auf demokratischer Selbstbestimmung, regionaler Selbstverwaltung und einer neuen, an den wirtschaftlichen Ressourcen der eigenen Region orientierten Entwicklung beruhen sollen. Diese Initiative fand in der nationalen Diskussion über Ayacucho ebensowenig Beachtung wie die seitherige Gründung einer „Front zur Verteidigung der Interessen des Volks von Ayacucho“, zu der sich zahlreiche Gewerkschaftsverbände, Berufsgruppen, Basiskomitees und Menschenrechtsorganisationen der Region zusammengeschlossen haben. Diese Front hat im Februar 1986 ein Sofortprogramm vorgelegt, das sowohl allgemeine politische Forderungen wie die Aufhebung des Ausnahmezustandes und Bestrafung und Ersetzung korrupter und der Verletzung von Menschenrechten schuldiger Funktionäre aufstellt als auch sehr konkrete Maßnahmen in der Region einklagt, z. B. gegen die Umsiedlung der ländlichen Bevölkerung und besonders der Kinder von Verschwundenen nach Lima, oder zur Unterstützung der Dorfgemeinden. Die Forderungen nach Respektierung der Menschenrechte stehen bei solchen Initiativen ganz selbstverständlich im Zentrum, aber sie sind eingebettet in eine längerfristige gesellschaftlich-politische Perspektive. Für die große Politik in Lima gilt dies nicht gleichermaßen. Nicht nur in der APRA sehen sich die Kämpfer für die Menschenrechte isoliert und an den Rand gedrängt. Auch die Vereinigte Linke und andere große Organisationen wie etwa die Bauernorganisation CCP scheinen die zentrale Bedeutung der Menschenrechtsfrage für jedes politisch-gesellschaftliche Projekt in Peru angesichts der Vernichtungsmaschinerie der Armee unter dem Ausnahmezustand noch nicht in ihrer ganzen Tragweite erkannt zu haben. Auch dort sind es meist nur einige wenige, die den Kampf um die Menschenrechte nicht als eine weitere Arena im politisch-taktischen Spiel begreifen, sondern ihn kompromißlos zu führen bereit sind. Schwere interne Auseinandersetzungen um diese Frage finden derzeit in der CCP statt. In der Vereinigten Linken konnte man sich noch nicht einmal auf ein gemeinsames Vorgehen einigen, um die ca. 300 noch einsitzenden, des Terrorismus beschuldigten eigenen Mitglieder freizubekommen. Diese Unentschlossenheit ist umso erstaunlicher, als die Menschenrechtsfrage wie geschildert ein großer Schwachpunkt der Regierung García ist, die ja auf andern Gebieten wie der Außen- und Finanzpolitik der Linken weitgehend die argumentativen Trümpfe aus der Hand zu nehmen verstand. Die Chance, ausgehend von den zentralen Forderungen nach Respektierung der Menschenrechte die Offensive zu ergreifen und der Ankündigungsdemokratie der vom langsam verblassenden Charisma Alan Garcías lebenden APRA ein demokratisches Gegenkonzept entgegenzuhalten, hat die Linke bislang nicht wahrgenommen.

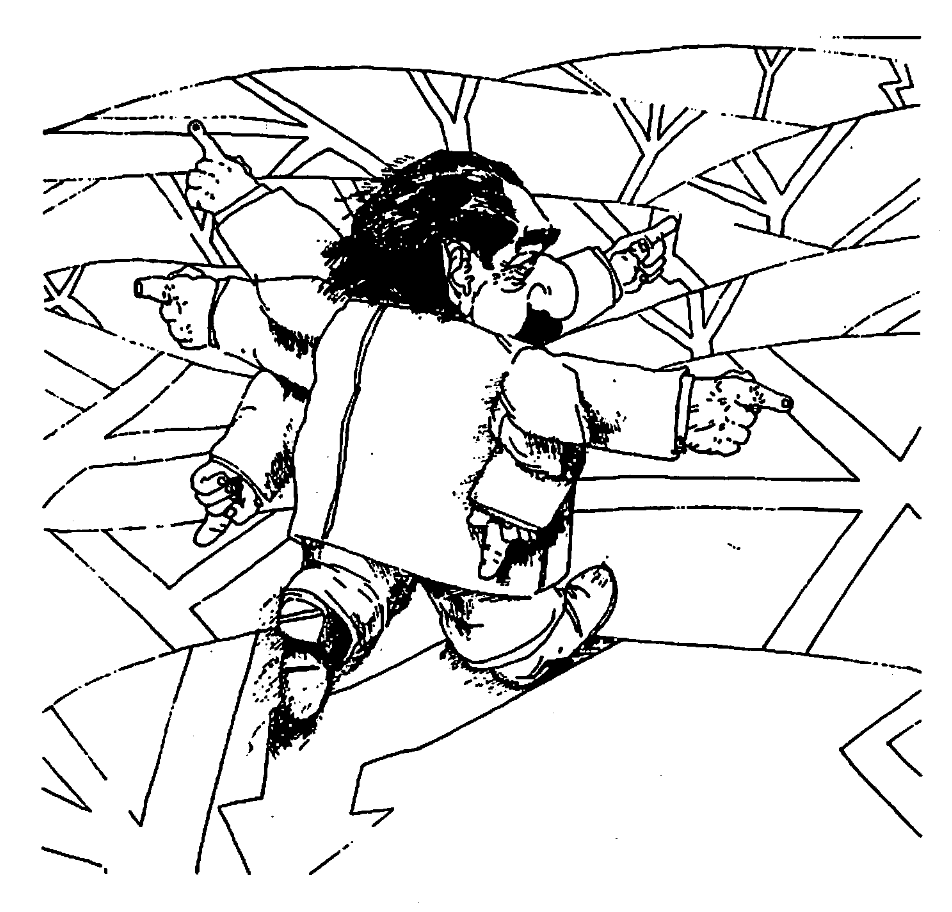
Rubén Gómez

Quellen:
Qué Hacer (Lima), verschiedene Ausgaben 1985/86
República (Lima), verschiedene Ausgaben 1985/86
El Zorro de abajo, Nr. 3, Nov. 1985 (Lima)
El trabajo, Nr. 11, Februar 1986 (Lima)
Dokumente und Berichte der Comisión de Paz und der Comisión Investigadora de violación de derechos humanos des peruanischen Senats.

Anmerkung:
1. kritisch gemeinte Beschreibung des tatsächlichen Vorgehens durch General Luis Cisneros, ehemaliger Kriegsminister, zitiert im Bericht der Untersuchungskommission des Senats über die Massaker von Accomarca und Pucayacu (1985), S. 16.

Argentinien

Argentiniens Weg unter Alfonsín



Wirtschaft: Zeitbombe für Alfonsín?

Alfonsíns „Plan Austral" steht in diesem Jahr vor der Feuerprobe. Im Juni letzten Jahres hatte der argentinische Präsident das so benannte Wirtschaftsprogramm unter dem Druck des IWF eingeleitet. Es beruht auf Inflationsbekämpfung durch einen Lohn- und Preisstopp, und einem Stopp der Geldemission. Damit hat Alfonsín eine drastische Wende in der Wirtschaftspolitik vollzogen: Von einer eher keynesianisch geprägten, d. h. nachfrageorientierten Politik, zu Beginn seines Amtes, hin zu monetaristischer Austeritätspolitik seit Mitte 1985. Wegen dieser Politik und seiner Haltung gegenüber dem IWF wird er von den Gewerkschaften scharf angegriffen. Diese riefen am 24. Januar dieses Jahres zum Generalstreik auf, dem weitere Maßnahmen folgen sollen.

Wirtschaftsprogramm Alfonsíns bei Regierungsantritt

Die Ende 1983 gewählte, demokratische Regierung hatte von den Militärs eine desolate Wirtschaft übernommen. Die Industrieproduktion war seit 1976 um 26% gefallen, die Zahl der Beschäftigten um 35%. Schuld daran war insbesondere der extreme Wirtschaftsliberalismus der Militärs. Diese hatten argumentiert, durch ausländische Konkurrenz könnte die Effektivität der einheimischen Industrie gesteigert werden. Sie war dieser Konkurrenz aber überhaupt nicht gewachsen und erlitt großen Schaden. Der Reallohn sank während dieser Zeit auf die Hälfte des Niveaus von 1976, die Inflation betrug 1983 433%. Vor allem aber war die Auslandsschuld, heute der große Klotz am Bein der argentinischen Wirtschaft, von 5 Mrd. $ 1976, auf etwa 48 Mrd. $ 1983 gestiegen.

Als Führer des sozialdemokratischen Flügels der sonst eher bürgerlich-liberalen UCR, benannte Alfonsín bei Regierungsantritt Bernado Grinspun zum Wirtschaftsminister, einen Anhänger des keynesianischen Modells. Diese Richtung versucht, die Wirtschaft durch Steigerung der Nachfrage anzuregen. Dementsprechend sah das erste Wirtschaftsprogramm schrittweise Reallohnerhöhungen vor. Um aber gleichzeitige Inflationssteigerung zu vermeiden, schlug Alfonsín vor, die stufenweise Mindestlohnerhöhung in einem gemeinsamen Rat aus Regierung, Gewerkschaften und Unternehmern („concertacíon") festzulegen. Erste Spannungen mit den Gewerkschaften zeichneten sich ab, da diese Ausgleich für den Reallohnverfall der letzten Jahre forderten. Außerdem sollte das Haushaltsdefizit abgebaut werden, insbesondere durch Kürzungen des Militärbudgets.

Heikelstes Thema von Anfang an: Die Auslandsschulden

Zwar hatte Alfonsín ganz zu Beginn angekündigt, die Rechtmäßigkeit bestimmter Schuldenposten müsse überprüft werden, um jedoch weiterhin kreditfähig zu bleiben, erkannte er die Schulden recht bald vollständig an und bekundete international Argentiniens Zahlungswillen. Dies stieß damals, wie auch heute, auf heftigsten Protest der Gewerkschaften, Peronisten, sowie der kleineren Linksparteien. Sie setzen sich für ein fünfjähriges Schuldenmoratorium ein. Außerdem zweifeln sie ganz grundsätzlich die Legitimität der Schulden an. Gewerkschaftsführer Ubaldini begründet: Ein Großteil der Schulden seien „illegitim", weil sie im Gegensatz zu z. B. Brasilien und Mexiko nicht dazu verwendet wurden, eine moderne Industrie oder Infrastruktur aufzubauen. Wie kommen die Gewerkschaften und Linken zu dieser Aussage? Argentinien, das als Pionierland lateinamerikanischer Industrie galt, verzeichnete noch in den 50er Jahren ein höheres Bruttosozialprodukt als Brasilien; heute produziert allein der brasilianische Bundesstaat Sao Paulo (etwa gleiche Einwohnerzahl wie Argentinien) doppelt so viel wie die Pampa-Nation.

Wenn also wenig investiert wurde, wodurch entstand dann der argentinische Schuldenberg? Die genaue Herkunft der Schulden ist nicht veröffentlicht, sicher ist aber, daß folgende Faktoren zur Verschuldung beitrugen: einer davon ist die Ausweitung des Militärhaushalts. Erhöhte Kosten verursachte dabei auch der Falklandkrieg.

Ein Teil der staatlich aufgenommenen Kredite wurde, besonders unter dem Wirtschaftsminister Martínez de Hoz, in finanz- und währungspolitische Maßnahmen gesteckt. Auf verschiedene Weise wurden Dollars ins Land gezogen, zum Beispiel durch Überbewertung des Dollarkurses, garantierte Zinssätze und die Ausgabe von indexierten Staatstiteln. Dabei konnten v. a. wegen des hohen Zinsniveaus auf den Finanzmärkten innerhalb kurzer Zeit hohe Spekulationsgewinne erzielt werden.[1] Ein weiterer Teil der Schulden waren ursprünglich private Schulden, die aber aufgrund von Bürgschaften auf den Staat übergingen. Die Gewerkschaften beziffern den Anteil dieser Bürgschaftsschulden auf knapp die Hälfte (24 von 50 Mrd.). Der

Staat bürgte hauptsächlich für Unternehmen, wohl aber auch illegalerweise direkt für Privatleute. Statt für Investitionen wurden die Kredite von den Unternehmen aber oft zu Finanzspekulationen verwendet. Betriebe, die deswegen veraltet blieben, machten unter der Importwelle noch leichter bankrott. Vermutet wird, daß von den Krediten ein Teil durch Kapitalflucht wieder ins Ausland floß. Mit einem großen Teil des Geldes wurde also entweder Mißwirtschaft getrieben, oder es wanderte durch korrupte Machenschaften in private Taschen. Der von den Gewerkschaften gezogene Schluß, die Schulden selbst seien deswegen illegitim, überzeugt aber nicht ganz. Zwar wird dadurch klar, daß das Ausland an der Verschuldung profitiert hat; dieser Argumentation berücksichtigt aber nicht, daß die Verwendung von Krediten, ob für produktive oder für unproduktive Zwecke, auch auf innerargentinischen Entscheidungen beruht. Den ausländischen Gläubigern könnte man aber ein Mitverschulden entgegenhalten, soweit sie z. B. Einfluß auf die Wirtschaftspolitik nahmen.

Angebracht wäre die Bezeichnung „illegitim" aber für die extrem ungleichgewichtigen weltwirtschaftlichen Bedingungen unter denen Argentinien — wie alle Schuldenländer — zu leiden hat. Das hohe Zinsniveau läßt die argentinischen Schulden besonders rasch anwachsen, weil sie vorwiegend bei privaten Banken zu variablen Zinsen aufgenommen wurden. Die Weltmarktpreise für Argentiniens wichtigste Exportgüter, Getreide und Fleisch fallen zur Zeit durch die Dumpingpreise der EG.

Der Ruf nach einem Schuldenmoratorium ist verständlich! Alfonsin aber lehnt ein solches Moratorium grundsätzlich ab. Er hatte zunächst das Ziel, in Umschuldungsgesprächen mit den Gläubigerbanken günstigere Zahlungsbedingungen auszuhandeln. Dabei sollte der IWF mit seinen harten Auflagen möglichst umgangen werden, um das eigene, auch bezüglich der Lohnpolitik moderate Wirtschaftsprogramm beibehalten zu können.

Krisenmanagement und Inflation

Sein Programm blieb jedoch auf eine Art Krisenmanagement beschränkt, wobei Preise, Löhne und Zinsen jeweils für 30 Tage festgesetzt wurden. Langfristiges Sparen oder Investieren war unter diesen Umständen kaum möglich.

Ein funktionierendes, eigenes Konzept, das dem IWF hätte entgegengesetzt werden können, wurde nicht entwickelt. Unterdessen verschärfte sich bis Juni 1985 die Lage. Insbesondere die Inflation stieg auf monatlich 20—30 % an. Größter Inflationstreiber war die staatliche Notenpresse, in Verbindung mit Spekulation und Inflationserwartung. Lohnerhöhungen spielten eine untergeordnete Rolle. Durch vorangegangene Inflation sowie Spekulation mit dem Schwarzmarktkurs des Dollar nahm die Geldmenge ab, die durch Spareinlagen für wirtschaftliche Transaktionen, Finanzierung des Staatshaushalts und Zahlung der Schulden zur Verfügung stand. Diese Finanzierungslücke deckte die Regierung durch Geldschöpfung in Höhe von 6—8 % des Bruttoinlandsprodukts. Spekuliert wurde auch mit Sachwerten, wodurch eine erhöhte Nachfrage entstand, die preistreibend wirkte.

An diese Inflation wurden die Löhne, jeweils nur zu 80—90 % angeglichen. Es ergab sich also ein beträchtlicher Reallohnverfall. Hinzu kamen Massenentlassungen und Betriebsschließungen. Die Arbeitslosigkeit stieg weiter an. Sozialstaatliche Maßnahmen gibt es fast keine. Im März 1985 trat die Gewerkschaft deswegen in offene Auseinandersetzung mit der Regierung. Am 23. Mai fand ein Generalstreik statt, dem mehrere regionale Streiks vorausgegangen waren.

Plan Austral

Auch gegenüber dem IWF spitzte sich ab März 85 die Situation zu. Dieser drohte Argentinien einen Stand-By-Kredit zu sperren, weil seine Auflagen, insbesondere eine Senkung der Inflation auf 300 % nicht erfüllt worden waren. Unter diesem Druck des IWF und den hinter ihm stehenden Gläubigerbanken entließ Alfonsin Bernado Grinspun als Wirtschaftsminister und setzte den bisherigen Planungssekretär Juan Vital Sourrouille ein. Die Kehrtwendung seiner Wirtschaftspolitik machte er perfekt, indem er am 14. Juni den „Plan Austral" verkündete, der in wesentlichen Punkten vom Kieler Institut für Weltwirtschaft (neo-liberal, monetaristisch) ausgearbeitet worden war. Er beinhaltet einen Lohn- und Preisstop, eine Währungsreform (1000 Pesos = 1 Austral) und den Stillstand der Notenpressen.

Durch diese Maßnahmen wurde die Inflation erfolgreich gebremst. Im Juli lag sie nur um 6 %. Die CGT kritisierte den Plan nicht nur, weil vor dem Einfrieren der Löhne diese nicht ausreichend angepasst worden waren (25 % im Juni bei Inflation von 37 %). Vor allem befürchteten sie die rezessive Wirkung der Maßnahmen, sowie schleichende Inflation, an die die Löhne nicht angepaßt würden. Der für 29. August angesetzte Generalstreik wurde aber nur schwach befolgt. Laut Meinungsumfrage begrüßten rund 60 % der Bevölkerung die Maßnahmen. Innenpolitisch trat eine Beruhigung ein. Zunächst empfanden alle die Erleichterung, im täglichen Leben nicht mehr der Inflation hinterherhetzen zu müssen.

Mittlerweile aber macht sich, trotz des Preisstopps, ein weiterer Kaufkraftverlust stark bemerkbar (etwa 23 % seit Juni). Es sind zum einen nicht alle Preise „eingefroren". Obst und Gemüse, beispielsweise sind frei. Zum anderen werden auch die Waren mit festen Preisen (z. B. Fleisch und Huhn) dem Endverbraucher oft nur zu einem erheblich höheren Preis abgegeben, vielfach verlangt schon der Zwischenhändler mehr. Am stärksten betroffen sind Staatsangestellte, ihre Löhne blieben völlig unverändert. Bereits seit Ende Dezember gab es deswegen *wilde* Streiks z. B. bei Post und Müllabfuhr. In privaten Betrieben ist der Lohnstopp teilweise etwas gelockert, durch fingierte Überstunden, Vorauszahlungen oder Kredite.

Mit 12 %igem Einbruch der Industrieproduktion macht sich die Rezession stark bemerkbar. Die soziale Lage verschlechtert sich weiter. Zu Beginn dieses Jahres lebte ein Viertel der Bevölkerung unter dem Existenzminimum.



Von 6000 Pesos leben?



Gewerkschaftsplakat: So wollen wir die Auslandsschuld nicht zahlen!

Dementsprechend war der Generalstreik am 24. Januar 1986 ein Erfolg für die Gewerkschaften. Etwa 60 % des Dienstleistungssektors, sowie die gesamte Produktion in den Städten lagen still. Alfonsin antwortete am 7. Februar in einer großangelegten Fernseh- und Rundfunkansprache. Er hielt an seinem Programm uneingeschränkt fest und legte Maßnahmen der „2. Etappe" vor. Die petrochemische- und die Stahlindustrie sollen weitgehend privatisiert werden. Diesen Plänen steht nicht nur die schlechte Ertragslage der Unternehmen entgegen, sondern auch die Tatsache, daß umfangreiche Entlassungen notwendig wären, was Alfonsín aber aus politischen Gründen verhindern will. Außerdem sind Kredit- und Steuererleichterungen vorgesehen, die das Wachstum durch Export- und Investitionssteigerungen fördern sollen. Langfristig setzt die Regierung auf Auslandskapital und den Rückfluß von geflüchtetem Kapital, um die Wirtschaft in Gang zu bekommen. Am 21. März, vier Tage vor einem weiteren Generalstreik, legte die Regierung eine Art Kompromißplan vor. Sie will nun doch den Lohn- und Preisstopp auflockern. Dabei sollen die Sozialpartner einen Rahmentarifvertrag aushandeln, der sich aber an der 28 %igen Inflationsvorgabe für 1986 orientiert.

Unternehmerverbände äußerten, es könnten keine Lohnerhöhungen zugestanden werden, ohne diese auf die Preise überzuwälzen. Die Gewerkschaften lehnten den Plan als „verschwommen" ab und fordern weiter einen 30 %igen Lohnausgleich. Sie kündigten für Mitte April einen 36stündigen Streik an.

Innenpolitik-Kraftproben

Die Auseinandersetzung zwischen Regierung und **Gewerkschaften** hat außer dem wirtschaftlichen auch einen parteipolitischen Hintergrund. Dies wurde besonders deutlich im Streit um die Demokratisierung der Gewerkschaften, die in der Mehrzahl von Rechtsperonisten beherrscht sind. Ihre Struktur ist extrem hierarchisch und undemokratisch. Die Funktionäre waren seit acht Jahren im Amt gewesen, da während der Diktatur keine Gewerkschaftswahlen stattfanden. Linke Strömungen wurden damals von der Gewerkschaftsspitze selbst oft mit Gewalt unterdrückt. Die Militärs hatten vor allem die Dachverbände unter staatskommissarische Leitung gestellt.. Die „Rückgabe" der Gewerkschaften wollte Alfonsin mit einem Demokratisierungsgesetz verbinden, das nebenbei auch den Einfluß seiner Partei gestärkt hätte. Es sah vor, daß Minderheitsfraktionen, die stärker sind als 25 % der Stimmen, in der Gewerkschaftsführung repräsentiert sein müssen. Die Peronisten sägten jedoch nicht am eigenen Ast. Sie brachten das Gesetz mit ihrer Mehrheit im Senat zum Scheitern. Das Gesetz, das schließlich verabschiedet wurde, enthielt nur noch die Festsetzung von Neuwahlen.

Bei diesen siegten dann auch überwiegend die drei traditionellen Gruppen, von denen die beiden größten ganz stark mit dem Peronismus verflochten sind.

Dies ist zum einen die rechtsperonistische Gruppierung der „62 Organisationen", die u. a. die großen Gewerkschaften der Metall-, Fleischindustrie- und Erdölarbeiter beherrscht. Ihr Führer, Lorenzo Miguel, Boss der Metallarbeitergewerkschaft und Vizepräsident des rechten Flügels der Partei, gilt als einer der Mitbegründer der Terrororganisation AAA (Antikommunistische Argentinische Allianz).

Die konservativen Peronisten, sog. „Kommission der 25", die während der Militärdiktatur eine etwas „kritische" Linie vertreten hatten, siegten in der Eisenbahnergewerkschaft sowie einigen anderen.

Eine weitere traditionelle Gruppierung ist die „Gestión & Trabajo", die mehr „professionalistisch", d. h. weniger partei-politisch orientiert ist. Ihr gehören auch Gewerkschaften an, die der UCR (Radikale Bürgerunion) nahestehen. Sie siegten u. a. in den Bereichen Energieunternehmen, Staatsbedienstete, Gesundheitswesen.

In einer Anzahl von Gewerkschaften (Drucker, Journalisten, Bank- und Versicherungsangestellte, Busfahrer) siegten jedoch „unabhängige Wahllisten", die sich zumeist aus Linksperonisten, Angehörigen der UCR und linker Splittergruppen zusammensetzte. Sie traten „antibürokratisch" auf und forderten, daß die alten Funktionäre abgelöst würden. Ihr gutes Abschneiden bei den Wahlen ist beachtlich, da linke Gewerkschafter eine der Hauptzielgruppen der Repression gewesen waren (etwa 60 % der „Verschwundenen waren Arbeiter").

Die Führung des Dachverbandes (CGT) bleibt aber weiterhin von Rechts- und konservativen Peronisten beherrscht. Diese Führung trat in den letzten zwei Jahren innenpolitisch stark hervor, was mit der Schwäche und Zerstrittenheit der **Peronistischen Partei** zusammenhängt.

Die PJ (Partido Justicialista) hatte 1983 zum ersten Mal seit 40 Jahren Wahlen verloren, was zum einen damit zu erklären ist, daß die UCR in Alfonsín den besseren Kandidaten hatte, zum anderen, daß sie sich entschiedener gegen das Militär eingestellt und für demokratische Strukturen eingesetzt hatte. Nach dieser Niederlage brachen die bestehenden Konflikte zwischen den unterschiedlichen Flügeln offen aus. Gemäßigte und linkere Teile der Parteibasis warfen der Spitze vor, an einer vergangenen „Ära Peron" festzuhalten, anstatt ein zukunftsorientiertes Programm zu entwickeln. Im Mittelpunkt der personellen Kritik stand deswegen nicht so stark der farblose Kompromißkandidat Italo Luder, sondern der Gewerkschaftsboß Lorenzo Miguel und Herminio Iglesias, Spielbanken- und Bordellbesitzer. Beide sind berüchtigt für Verbindungen zu den Repressionsorganen der Diktatur.

Im Laufe des Jahres 1984 bildete sich eine sog. „Erneuerungsbewegung" heraus. Zu ihr gehört einmal der politische Flügel der Partei, d. h. die Mehrheit der Provinzgouverneure und Senatoren (im Gegensatz dazu steht der Gewerkschaftsflügel). Aber auch diejenigen Gewerkschaftsführer, die in den Gruppen „Kommission der 25" und „Gestión & Trabajo" zusammengeschlossen sind, zählen zu den „Erneuerern". Ihr Ziel ist es, sich von dem Mythos der Person Perón, wie auch von seiner Ideologie zu lösen, um einen Neuanfang zu machen. Konkret fordern sie eine Demokratisierung der Parteistrukturen. So sollen Parteitagsdelegierte direkt von den Mitgliedern gewählt werden, weil das bisherige, indirekte Verfahren dem Parteiapparat großen Einfluß auf die Auswahl der Delegierten gibt.

Auf dem Parteikongreß im Dezember 1984 kam es dann zum Eklat. Anlaß war, daß den Erneuerern die Teilnahme an einer Wahl verweigert wurde, woraufhin sie den Kongreß verließen. In den folgenden Monaten kam es zur Spaltung von Partei und Parlamentsfraktion. Zu den Parlamentswahlen am 3. November 1985 (1/3 der Sitze wurden neu gewählt) traten die Flügel in getrennten Listen an. Die „Erneuerer" unter der Führung des sozialdemokratisch orientierten ehemaligen Wirtschaftsministers Cafiero erhielten 25 % der Stimmen, die „Vertikalisten", auch „Offi-

zialisten" genannt, unter Herminio Iglesias erreichten dagegen nur 9%.

Von dieser Position aus, streben die Erneuerer nun aber doch wieder auf eine Vereinigung der Partei hin, allerdings unter ihrer Führung. Verhandlungen sind im Gange. Die Führer Cafiero, Menem und Grosse erklärten Anfang des Jahres, „ein paralleles Vorgehen des Peronismus sei nicht wünschenswert, es habe sich jedoch eine Meinungsströmung herausgebildet, die die peronistische Bewegung anführen könne". Die „Erneuerer" fürchten wohl, daß eine endgültige Spaltung die Macht dieser traditionell stärksten politischen Kraft brechen würde. Auf der anderen Seite verpassen sie aber möglicherweise die Chance, eine demokratische Linkspartei zu gründen, die, frei von einigen autoritären Elementen, jedenfalls eine bessere Wählerbasis hätte als die „Offizialisten".

In der Regierungspartei UCR sind innere Spannungen gegenwärtig von den Erfolgen überlagert. Die Dominanz des Präsidenten Alfonsín verdeckt auch, daß die Partei keineswegs eine einheitliche politische Linie vertritt. Ihr augenblickliches Gesicht wird stark von ihm geprägt. Der bereits verwendete Begriff „Alfonsinismus" übergeht aber, daß die Grundlinien seiner Politik (Demokratisierung, IWF) doch im traditionellen Gleis einer liberal-demokratischen Partei bleiben.

Die mit der meisten Spannung erwartete innenpolitische Auseinandersetzung war die der Regierung mit den Militärs und mit den ihnen nahestehenden rechtsextremen Kräften. Zwar gab es oft Gerüchte um Putschgelüste rechter Offiziere und Zivilisten. Einige Pläne wurden auch entdeckt, so am Vortag des Prozeßbeginns gegen die Militärjuntas ein Plan, an dem der Führer der UCD-Partei beteiligt war. Eine ernste Umsturzgefahr bestand jedoch zu keiner Zeit, was auf vorsichtiges Taktieren Alfonsins, vor allem aber auch auf das erschütterte Ansehen der Militärs und deren Zerstrittenheit zurückzuführen ist. „Zwischenfälle" gab es jedoch im Oktober 1985, als Schulen und Universitäten, jüdische Unternehmen, aber auch Militäreinrichtungen von einer Reihe von Attentaten und Bombendrohungen betroffen wurden. Diese gingen nach allgemeiner Einschätzung von isolierten Rechtsextremisten aus, die kurz vor den Wahlen am 3. November und vor der Urteilsverkündung im Prozeß gegen die Militärführer ein Klima der Verunsicherung hatten schaffen wollen. Die Regierung reagierte mit der Verhängung eines eingeschränkten Ausnahmezustandes und mit einigen Verhaftungen von Militärs und Rechtsextremen. Daß die Bevölkerung diesen Schritt begrüßte, zeigte sich auch am Wahlergebnis der UCR bei den unmittelbar folgenden Parlamentswahlen. Sie konnte ihre absolute Mehrheit halten.

Die Regierung wollte das Militär angeblich „grundlegend" umstrukturieren. Der Posten des Oberkommandierenden der Streitkräfte wurde abgeschafft, das Oberkommando dem Verteidigungsministerium unterstellt und 27 der 54 Generäle in den Ruhestand versetzt. Für die Bekämpfung der „Subversion" setzte Alfonsin eine Sondertruppe ein, um das Militär von dieser Aufgabe zu entlasten. Diesen Maßnahmen, die die exekutive Befugnis des Militärs beschränken, kommt nicht nur symbolische Bedeutung zu. Als „grundlegende Umstrukturierung" können sie aber kaum bezeichnet werden. Auch profitierten von der Umbesetzung solche Offiziere, die in unteren Funktionen an der Repression beteiligt waren.







Lebend sollen sie zurückkommen

In der Bevölkerung ist die Wut auf die Militärs, „die das Land militärisch, ökonomisch und moralisch zugrundegerichtet haben" noch sehr stark. Wegen der Niederlage im Falklandkrieg stehen gegenwärtig 16 Offiziere vor dem Militärgericht. Im Gegensatz zu der Untersuchungskommission unter der Leitung General Rattenbachs 1983, die die höchste Militärstrafen (Todesstrafe) gefordert hatte, lautet die Anklage in diesem Prozeß nun lediglich auf Freiheitsstrafe (12 Jahre und weniger) für sechs von ihnen, darunter Galtieri, Anaya, Dozo. Für die restlichen Zehn beantragte bereits der Ankläger Freispruch. Die Berufung vor dem zivilen Apellationsgericht ist aber in diesem Prozeß obligatorisch.

Die Justiz spielt gegenwärtig eine große innenpolitische Rolle: Konflikte werden teilweise in den Gerichtssaal verlegt, dadurch versachlicht und entschärft. Bereits 1982, also noch während der Regierungszeit der Militärs wurden viele Verfahren wegen Morden und Folterungen durch Militärs anhängig.

„El Gran Juicio" — Vergangenheitsbewältigung?

Hauptschauplatz für die moralische und politische Auseinandersetzung mit den Militärs war der Prozeß gegen die Generäle der drei Militärjuntas wegen den Morden und Folterungen während der Diktatur. Von der Mehrzahl der argentinischen Medien wurde er als „El Gran Juicio" (Der große Prozeß) bezeichnet und mit entsprechender Aufmachung begleitet. Das Urteil, das am 9. Dezember 1985 gesprochen wurde, ging weltweit durch die Presse: Lebenslänglich für Videla und Massera (Heer- und Marinechef der 1. Junta), 17 Jahre für Viola, 8 für Lambruschini (2. Junta), 4 1/2 J. für Agosti (Luftwaffenchef der 1. Junta), Frei-

Nica-Bananenaktion

Nicht nur Kaffee, nein auch Bananen gibt es in Nicaragua. Und nachdem Schweizer Gruppen während einer Solidaritäts-Aktion im März 125 Tonnen Bananen aus Nicaragua verkauft haben, sollen auch Bundesbürger/innen auf den Geschmack gebracht werden. Das Info-Material der „Schweizer Bananen-Aktion" kann jetzt als kleines Paket (für 5 DM, nur Infos über Nica-Bananen) oder als großes Paket (Für 18 DM – inkl. Hintergründe über den Bananen-Weltmarkt) bezogen werden über:
Walter Bianzer, Rehhaldenweg 37, 7060 Schondorf (Tel. 0 71 81 / 32 18) gegen Rechnung, Verrechnungsscheck oder Briefmarken.

spruch für Galtieri, Anaya, Grafigua und Dozo (2. und 3. Junta). Wie aber kam es zu diesem Prozeß? Welche Bedeutung hat es, daß ein solcher Prozeß stattfindet und welche Bedeutung haben die unterschiedlichen Strafen einerseits für die Anerkennung der Menschenrechte, andererseits für das innenpolitische Kräfteverhältnis und den Demokratisierungsprozeß? Ursprünglich wollten die Militärs bei der Einleitung der Demokratisierung die Parteien verpflichten, die Folterungen und das Verschwindenlassen nicht zu verfolgen. Der Druck der Bevölkerung gegen die Militärs war jedoch kurz nach dem Falklandkrieg, als die ersten Massengräber entdeckt wurden, zu stark, um diese Bedingung durchzusetzen.

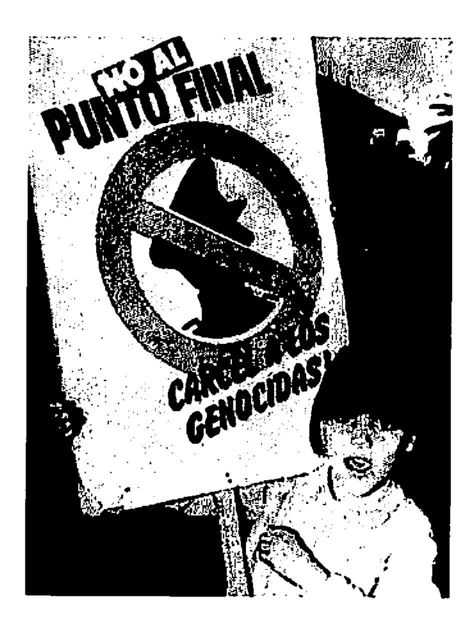
Daraufhin erließ die Übergangsregierung General Bignones ein „Amnestiegesetz für alle im Kampf gegen Terrorismus und Subversion begangenen Straftaten", womit auch die der rechten, paramilitärischen Banden, AAA, unter der Regierung Isabel Pérons eingeschlossen waren. Dieses Gesetz wurde selbstverständlich nach den Wahlen vom Parlament aufgehoben. Die UCR und insbesondere Alfonsín persönlich waren mit dem erklärten Ziel angetreten, die Schuldigen des „schmutzigen Krieges" zu bestrafen. Er verhielt sich in der Folgezeit jedoch mehr als zurückhaltend, was ihm viel Kritik von Seiten der Menschenrechtsorganisationen einbrachte. Noch im Dezember 1983 setzte er eine unabhängige Kommission unter dem Vorsitz des Schriftstellers Ernesto Sábato ein, die das Schicksal der Verschwundenen aufklären sollte. Die Menschenrechtsorganisationen hatten dagegen eine Parlamentskommission mit exekutiven Befugnissen gefordert.

Im Januar 1984 verabschiedete das Parlament dann ein Gesetz zur Reform der Militärgerichtsbarkeit, in dem sie deren Befugnisse einschränkte, gleichzeitig aber die Aburteilung von Menschenrechtsverletzungen unter der Militärdiktatur ausdrücklich den Militärgerichten überließ. Begründung: ein Gesetz könne nicht rückwirkend in Kraft treten. „Wölfe sollen über Wölfe richten! Welches Lamm wird es wagen dort auszusagen?" war die empörte Reaktion der Mütter der Plaza de Mayo. Nicht nur die juristisch falsche Begründung (der Grundsatz des Rückwirkungsverbots gilt für Strafdelikte, nicht aber für die Kompetenzverteilung zwischen Gerichten) zeigt, daß es Alfonsin darauf ankam, jede direkte Konfrontation zwischen Regierung und Militär zu vermeiden.

Ähnliche Absichten standen hinter dem Erlaß eines Dekrets, wonach nicht nur die Militärverbrecher verfolgt werden sollen, sondern auch die führenden Persönlichkeiten der Guerillaorganisationen ERP und Montoneros. Ehemalige Führer der Montoneros, die aus dem Exil heimkehrten, wurden verhaftet und angeklagt. Prominentester Fall: Obergon Cano. Er war Gouverneur der Provinz Cordoba unter Isabel Peron gewesen, nach dem Putsch ins Exil gegangen und hatte sich dort den Montoneros angeschlossen. Die Anklageschrift wegen Mitgliedschaft in einer Kriminellen Vereinigung, stammte noch aus der Zeit der Militärregierung. Mit dem Kampf gegen die „Subversion" dieser Guerillaorganisationen legitimiert das Militär stets die Machtergreifung und die Repression.

Die Behandlung der sog. „politischen Gefangenen" (bei Regierungsantritt über hundert) steht im gleichen innenpolitischen Zusammenhang. Die meisten von ihnen waren unter der Regierung Peron festgenommen worden und gewaltsamer Delikte verdächtig.

Politische Gefangene sind sie aber insofern, als sie erst unter den Militärs (oft nach Jahren!) verurteilt wurden, nach neugeschaffenen Gesetzen und von Funktionären, die nur formal, unter Verletzung der Verfassung zum „Richter" ernannt worden waren. 57 der Gefangenen hatten keinen Verteidiger, fast alle waren gefoltert worden. Die Regierung lehnte die Begnadigung



Kein Schlußpunkt
Gefängnis für die Völkermörder

ab. Mitte 1984 wurde dann allerdings ein von Menschenrechtsorganisationen entworfenes Gesetz verabschiedet, wonach jeder Tag der Haftzeit während der Militärs doppelt gezählt wurde. Die Mehrzahl der Häftlinge kam dadurch frei, 14 sitzen aber noch ein. Ein im September 1984 eingebrachtes Gesetz würde dem Richter die Möglichkeit einräumen, unter Berücksichtigung der Einzelumstände die Freilassung zu verfügen. Dieser Entwurf wird seither im Parlament verschleppt.

Die öffentliche Diskussion war vor allem nach der Entdeckung der Massengräber (1982) und unmittelbar nach den Wahlen sehr lebhaft. Die Medien überschlugen sich geradezu mit Sensationsmeldungen von Greueltaten. Es berichteten auch Journalisten, die zuvor die Militärs unterstützt hatten. Die politische Wertung der Ereignisse ist jedoch ganz unterschiedlich, was bis heute fast unverändert geblieben ist. Für die Ultrakonservativen ist „alles Verleumdung". „Die Rache der Verlierer", nennt Videla den Prozeß. Die Mehrheit der Bevölkerung hielt den „Kampf gegen die Subversion" für notwendig. Die Grausamkeiten lehnt sie ab, hält das aber für Exzesse. Es ist die Minderheit, die davon überzeugt ist, daß der Terror systematisch erfolgte, um alle kritischen Kräfte zu unterdrücken. Die Regierung vertritt eine Art Mittelposition, die sog. „Zwei-Feinde-Theorie".

Unter den wirtschaftlichen Schwierigkeiten war die Menschenrechtsdiskussion bereits etwas erlahmt, als Mitte 1984 die Sábato-Kommission ihren Bericht vorlegte. In einer Fernsehdokumentation am 4. Juli mit dem Titel „Nunca Mas" (Nie Wieder) kamen Opfer und Angehörige von Opfern zu Wort. Die Kommission legte aussagekräftiges Zahlenmaterial vor. Es lagen ihr 8800 Anzeigen wegen verschwundener Personen vor. Die Mehrzahl war zwischen 20 und 35 Jahre alt, 160 waren Jugendliche, 172 Kinder, die zusammen mit ihren Eltern verschleppt wurden.

Besonders wichtig, neben der Zusammenstellung der vielen Einzelinformationen, war die Aussage der Kommission, daß Folter und Verschwindenlassen von Personen keine Exzesse waren, sondern normale Praxis des Regimes.

Kurz danach erklärte das höchste Militärgericht, daß es zu keiner Verurteilung der Militärchefs kommen würde, weil Dekrete, Anweisungen und Einsatzbefehle nach Inhalt und Form unanfechtbar gewesen seien, den Generälen deshalb nur eine indirekte Veranwortung wegen mangelnder Kontrolle zukommen würde.

Daraufhin beschloß das zivile Berufungsgericht, den Prozeß an sich zu ziehen. Dies war bei unzulässiger Verzögerung durch das Militärgericht gesetzlich vorgesehen. Die Entscheidung lag aber bei der Justiz. Unter den Militärs rief der Prozeß zunächst einige Unruhe hervor. Wie oben erwähnt, wurde einen Tag vor Verhandlungsbeginn der Plan eines Putsches rechter Zivilisten entdeckt. Im Gegensatz zu dem Verfahren vor dem Militärgericht war dieser Prozeß öffentlich. Die Presse berichtete eifrig. Eine wöchentliche Zeitschrift namens „Diario del Juicio" (Tagblatt des Prozesses) druckte die Verhandlungsprotokolle, sowie Interviews und Kommentare. Die Menschenrechtsdiskussion wurde also nochmals entfacht. Neben den Sensationsberichten von Zeugenaussagen stand jedoch kaum jemals eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der innenpolitischen Rolle der Militärs.

Die Anklage warf den Generälen vor, durch Ausnutzung ihrer Machtstellung andere schuldhaft zu Straftaten veranlaßt zu haben (Art. 145 Strafgesetz). Die niedrigen Strafen, die weit hinter der Anklage zurückbleiben, sind darauf zurückzuführen, daß die Richter eine kollektive Verantwortung aller Juntamitglieder für die Befehle ablehnten und statt dessen dem Chef der jeweiligen Waffengattung nur die dort verübten Taten zur Last legten. Die Luftwaffe hatte zumeist nur Verdächtige an Marine

und Heer ausgeliefert, daher die geringe Strafe von 4 Jahren für Agosti, Luftwaffengeneral der 1. Junta. Hauptgrund für die Freisprüche ist, daß sich die Repression hauptsächlich in den Jahren 76—80 abspielte. Die Freigesprochenen gehören späteren Juntas an. Daß sie in ihren vorherigen Funktionen an der Repression beteiligt waren, steht fest. Sowohl Anklage als auch Verteidigung haben Berufung beim Obersten Gerichtshof eingelegt, von der allerdings keine wesentliche Änderung des Urteils erwartet wird. Die Frage der kollektiven Verantwortung soll aber nochmal aufgegriffen werden.

Eine gewisse Signalwirkung kommt Punkt 30 des Urteils zu. Die Richter stellen ausdrücklich fest, daß weitere oberste Offiziere und „alle, die eine operative Funktion innehatten" weiter juristisch belangt werden können, allerdings vor den Militärgerichten! Berufungsinstanz ist aber das zivile Apellationsgericht. Angehörige der Polizei sollen den Strafgerichten unterstehen. Dies klingt zunächst recht gut. Die Prozesse gehen weiter. Möglich wäre allerdings, daß das Parlament ein Amnestiegesetz verabschiedet. Seit Mai 1985 sind diesbezüglich Gerüchte im Umlauf. Die Regierung hat solche Pläne bisher dementiert. Die Menschenrechtsorganisationen sehen hier einen Zusammenhang zu den noch inhaftierten „politischen Gefangenen", mit deren Freilassung ein solches Amnestiegesetz verbrämt werden könnte.

Auch wenn es keine Amnestie gibt, Punkt 30 hat einen Haken! Verfolgt werden sollen diejenigen, die Befehle gegeben haben, diejenigen, die sie besonders „rücksichtslos" ausführten und solche, die aufgrund ihrer Stellung in der Befehlskette die Illegitimität eines Befehls erkennen konnte.

Alle anderen können sich auf den Schuldausschließungsgrund des geschuldeten Gehorsams oder aber den des Irrtums über die Illegitimität eines Befehls berufen. Gedankenlosigkeit wird also belohnt.

Trotz dieser Haken sehen die Menschenrechtsorganisationen hier gegenwärtig ihre größte Chance. In minutiöser Kleinarbeit stellen sie, zusammen mit den Betroffenen, Anklagen und Beweise zusammen. Ihre Erfolge hängen wesentlich von der weiteren Haltung der Justiz ab. Dort sind rechtsstaatliche Ansätze vorhanden, wie dieser halbwegs fair geführte Prozeß zeigt. Prozessverschleppungen und Korruption machen diese Ansätze jedoch oft wieder zunichte. Jüngstes Beispiel: Die Affaire Raul Gugliminetti. Dieser, des Mordes, der Folterungen und Korruption verdächtig, hatte sich nach Spanien abgesetzt. 24 Stunden nach seiner Auslieferung wurde er vom Haftrichter auf freien Fuß gesetzt, „mangels Beweise". Diese Entscheidung hob das nächsthöhere Gericht am folgenden Tag wieder auf. Herr Gugliminetti war dann aber bereits über alle Berge!

Kapitel der Vergangenheitsbewältigung abgeschlossen, für die Mehrheit der Argentinier?

Der „Diario del Juicio" bemerkt in seiner letzten Ausgabe: „Jetzt, wo der juristische Prozeß beendet ist, gehört der Prozeß gegen die Ex-Kommandanten zum Teil der Geschichte an. Der Diario kann gelassen in die Archive eingehen." Allerdings ist in dieser Nummer auch viel davon die Rede, das Schreckliche nicht zu vergessen, um solche historischen Fehler nicht zu wiederholen. Daß der Staat bei seinen Aktionen eine gewisse Grenze nicht überschreiten darf, diese Lektion in Sachen Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit dürfte die meisten Menschen erreicht haben.

Die Schuld wurde dabei an wenige abgeschoben. Im Ergebnis hat das Militär einige Köpfe in einem Schauprozeß geopfert und dabei auch viel Ansehen verloren. Die Streitkräfte als ganzes sind jedoch weitgehend unangetastet geblieben. Dies gilt insbesondere für die Luftwaffe, von der manche glauben, daß sie in Zukunft eine führende Rolle innerhalb der Streitkräfte spielen wird. Einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der innenpolitischen Rolle des Militärs steht u. a. der sich hartnäckig haltende Mythos entgegen, daß die Verschwundenen „alle Dreck am Stecken hatten".

Vor allem aber verschleiern die Prozesse, daß seit 1983 kaum personelle Veränderungen in Bürokratie und Justiz stattgefunden haben. Auch in dieser Hinsicht müßte die formal errichtete Demokratie weiter inhaltlich verwirklicht werden.

Susanne M. Scheller

1. ausführlicher in: „Lateinamerika": Chancen und Grenzen der Demokratie in Argentinien, Hamburg 1984

Quellen:
Lateinamerika-Nachrichten Nr. 120—147
Badische Zeitung, 4.3.86
taz, 16.12.85
NZZ, 24.3.86
El Diario de Juicio, Oktober '85—Januar '86
El Periodista, Dezember '85—Januar '86

Sri Lanka

„Wir wollen hier nicht fort"

In Sri Lanka wächst das Engagement von Agro-Multis



Langsam frißt sich der Bulldozer in das von Wald umwucherte Land. Riesige Bäume werden gefällt, das Unterholz, Sträucher und Pflanzen herausgerissen. Unmittelbar daneben befinden sich alte Siedlungen von mehreren hundert sinhalesischen Bauernfamilien, die dieses Gebiet jetzt verlassen sollen. Die Regierung Sri Lankas hat einen multinationalen Konzern beauftragt, eine große Zuckerrohrplantage anzulegen.

„Freihandelszone" war das Schlagwort nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die „United National Party" (UNP) im Jahre 1977. Die Partei, die dem Volk einen Wohlfahrtsstaat versprach, begann schon ein Jahr nach der Machtübernahme damit, die Entwicklung des Landes mit Hilfe ausländischen Kapitals zu forcieren. Zur Errichtung einer industriellen Freihandelszone im Gebiet des internationalen Flughafens von Colombo und dem Aufbau eines „Foreign Investment Advisory Committee" (FIAC) für Unternehmen, die sich außerhalb der demarkierten Freihandelszone ansiedeln wollten, kam der Plan hinzu, „das erfolgreiche Konzept der Entwicklung des Landes durch ausländisches Kapital" auch auf die durch die Kolonialzeit angegriffene Landwirtschaft auszudehnen. „Agro/Freihandelszonen" sollten errichtet werden, und als einer der ersten multinationalen Konzerne interessierte sich der malaysische Gigant „Guthrie" für den Aufbau einer Palmölplantage, die sich über 8000 ha ausdehnen sollte. Das Vorhaben mißfiel allerdings einigen ausländischen Geberländern Sri Lankas, die maßgeblich an der Finanzierung des Mahaveli-Projektes (Mahaveli — größter Fluß Sri Lankas) beteiligt sind. Durch das Projekt soll u. a. zusätzliches Wasser für den Reisanbau in der Nordzentral- und Ostprovinz des Landes geleitet werden, um den Bauern des dicht bevölkerten Südwestens Sri Lankas eine Umsiedlung in diese Gebiete schmackhaft zu machen. Bei der Planung des Projektes schloß man eine Ansiedlung von multinationalen Konzernen aus. „Guthrie" zog sich daraufhin aber nicht aus Sri Lanka zurück. Dem Unternehmen wurden große Flächen im Süden des Landes zugewiesen, auf denen jetzt Ölplamen angepflanzt werden.

Damit war der Grundstein für weitere Vorhaben dieser Art gelegt. Am 4.5.1981 berichtete die Tageszeitung „SUN", die Regierung sei jetzt auch bereit in den Distrikten Vavaniya, Mannar und Monaragala landwirtschaftliche Investitionen durch ausländische Unternehmen zuzulassen. Die Zeitung zitierte einen Minister, der erklärte, daß 100 Jahre nach Aufbau der Tee-, Gummi- und Kokosnußplantagen durch die englische Kolonialmacht nunmehr die Zeit gekommen sei, erneut ausländischen Investoren in der Landwirtschaft die Tore zu öffnen.

Aber schon bald mußten die Pläne für die beiden erstgenannten Distrikte aufgegeben werden. Sie liegen in überwiegend von Tamilen bewohnten Gebieten, die durch den eskalierenden ethnischen Konflikt destabilisiert und für ausländische Investoren zu unsicher gemacht wurden. In Monaragala, im Südosten des Landes, war die Situation normal. Der Distrikt ist nicht nur der größte, sondern auch der wirtschaftlich rückständigste Sri Lankas, mit einer im Gegensatz zum Südwesten vergleichsweise niedrigen Bevölkerungsdichte. Der Boden hier zählt zu den fruchtbarsten des Landes. Monaragala, das während der Zeit der sinhalesischen Könige „Vellassa" (Land der hunderttausend Felder) genannt wurde, konnte während der langen Geschichte eine große Zahl von Menschen ernähren. Heute sind viele der „hunderttausend Felder" von Wald überwuchert, die kleinen und großen Wasserreservoirs, die vor der Kolonialzeit existierten, sind dem Busch zum Opfer gefallen. An der Transformation des alten „Vellassa" hatten die Briten maßgeblichen Anteil. Sie vernachlässigten das Bewässerungssystem und das Land verödete.

Heute lebt in diesem Distrikt eine Bevölkerung, die zu über 90 Prozent in der Landwirtschaft tätig ist. Sie besitzt kleinere Reisfelder und kultiviert außerdem Land im Brandrodungsbau. Gemüse, Hülsenfrüchte oder Obst aus diesem Gebiet gelangen auf die srilankanischen Märkte.

Erste Verträge

Für den Monaragala Distrikt kamen 1982 die ersten Abschlüsse mit interessierten ausländischen Unternehmen zustande. Die Regierung erklärte sich bereit, in „joint ventures" zehntausende von Hektar Land zum ausschließlichen Anbau von Zuckerrohr und zum Bau von verarbeitenden Fabriken zur Verfügung zu stellen. Eine „Zusammenarbeit" ist auch mit den hier lebenden Bauern geplant. Sie sollen auf ihrem Land nur noch Zuckerrohr anbauen, und es anschließend an die Unternehmen verkaufen. Die Bauern der Region wurden allerdings vorerst nicht über die Pläne informiert und schöpften erst Verdacht, als vor einiger Zeit Regierungsbeauftragte damit begannen, das vorgesehene Gebiet für die Plantagen zu vermessen. Erst jetzt erfuhren sie, daß mehrere große ausländische Unternehmen planten, riesige Zuckerrohrplantagen anzulegen.

Ausländisches Kapital und der srilankanische Staat

Über 30.000 ha stehen zur Disposition. 10.000 ha sollen insgesamt von der „Pelwatte Sugar Company Ltd." gemanagt werden. An dem Unternehmen sind Firmen wie „Broker Agricultural International Ltd." aus England, „Kerry Engineering Ltd." aus Hongkong sowie einige ausländische Banken beteiligt. Auch die „Bank of Ceylon" und die Regierung Sri Lankas, deren Anteil bei über 50 Prozent liegen soll, sind beteiligt. 5000 ha werden unmittelbar von Unternehmen bebaut, der Rest soll von Kleinbauern kultiviert werden.

Insgesamt 25.000 ha Land sollen von der „Monaragala Sugar Company Ltd." verwaltet werden. Hinter der „Company" steht ein indo-afrikanischer Konzern mit Sitz auf den Bermudas. Der srilankanische Staat ist auch hier beteiligt. Das Unternehmen plant, 5000 ha in eigener Regie zu bebauen, 20.000 ha sollen die Bauern des Umkreises mit Zuckerrohr bepflanzen und es dann an den Konzern verkaufen.

Ein niederländisches Unternehmen („H.V.A. International"), dem 2500 ha Land zur Verfügung gestellt werden sollten, hat sich anscheinend wieder zurückgezogen.

Vergünstigungen

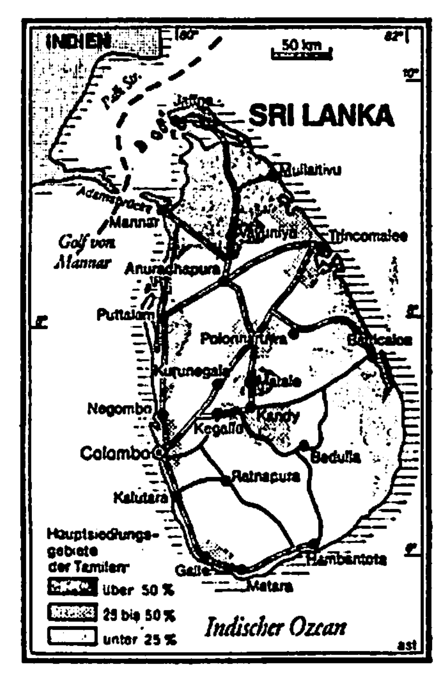
Bei dem Projekt der „Pelwatte Sugar Company", das bereits fortgeschritten ist, handelt es sich Informationen des Unternehmens zufolge um die bisher größte in Sri Lanka getätigte landwirtschaftliche Investition. Sie soll 2500 Mio. Rs. (250 Mio. DM) ausmachen. Die „Company" wie auch die anderen Firmen, erhalten für ihr Engagement Vergünstigungen, die in der industriellen Freihandelszone ausländischen Investoren zur Verfügung gestellt werden. So gewährt die Regierung eine 100 prozentige Steuerfreiheit für bis zu 10 Jahre, freien Import von Maschinen und Rohmaterialien und den freien Transfer von Gewinnen ins Ausland. Eine Verstaatlichung durch die Regierung ist unter Sektion 157 der Verfassung des Landes von 1978 ausgeschlossen. Die Regierung garantiert sogar den Schutz vor Verlusten und hat mit den Unternehmen einen Mindestabnahmepreis von 15 Rs. pro kg vereinbart, der damit weit über dem derzeitigen Weltmarktpreis für Zucker liegt. Das bedeutet, daß die Bevölkerung demnächst mehr für Zucker bezahlen muß. Derzeit liegt der Preis bei 13,60 Rs. pro kg. Projektfinanzierung auf Kosten der Allgemeinheit. Die Agromultis produzieren Zucker ausschließlich für den srilankanischen Markt.

Protest der Bauern

Der Protest der Bauern blieb nicht aus. Besonders harte Auseinandersetzungen werden derzeit in Siyambalanduwa geführt, dem Gebiet, in dem sich die „Monaragala Sugar Company" Platz für die Plantagen schafft.

Die Bauern, die innerhalb des 5000 ha großen Gebietes, das die Firma beansprucht, leben oder ihre Felder bestellten, erfuhren, daß sie umgesiedelt werden und später auf 20.000 ha nur noch Zuckerrohr für den Konzern anpflanzen sollen. 550 Familien in 23 Ansiedlungen sind davon betroffen. Für die Bauern, die nicht umgesiedelt, für die Firma produzieren oder als Tagelöhner arbeiten wollen, besteht die Gefahr der Vertreibung aus ihren traditionellen Siedlungsgebieten. Viele von ihnen fühlen sich als Opfer einer neuen „ausländischen Investition". Große Teile der dem Unternehmen zur Verfügung gestellten Flächen schließen Tempel und Wasserreservoire ein.

Die Bauern organisierten sich und gründeten das „Monaragala Solidaritätskomitee", das auch von den srilankanischen Oppositionsparteien unterstützt wird. Auf den heftigen Protest der Bauern und ihrer Vereinigung reagierten die Regierung und das Unternehmen mit der Versicherung, daß kein Land der Bauern enteignet würde und auch niemand mit seiner Vertreibung zu rechnen habe. Ein prominenter Politiker versuchte, die Bauern zu beruhigen:



„Das Unternehmen, das nach Monaragala gekommen ist, soll euer Land pflügen, es wird euch Setzlinge und Dünger (der bisher von den Bauern nicht benötigt wurde, d. Verf.) geben. Ihr könnt auch günstige Kredite erhalten. Alles, was ihr tun müßt, ist, eure Ernte zu verkaufen und das Geld dafür einzusacken. Ist das so schwierig? In der Zukunft wird man in Sri Lanka von Monaragala Zucker sprechen. Darauf könnt ihr doch stolz sein."

Die Aussagen des Unternehmens und der Regierungsvertreter stellten sich aber als unwahr heraus. Die „Monaragala Sugar Company" begann Ende 1985 mit der Rodung der ersten 400 ha Land und zäunte es ein. Die innerhalb dieses Gebietes liegenden Felder der Bauern, auf denen Mais und andere Feldfrüchte wachsen, wurden unter Polizeischutz zerstört. „Mein Nachbar kam gelaufen und berichtete mir von der Zerstörung unseres Feldes", erzählt eine Frau mit Tränen in den Augen. „Sofort machte ich mich auf den Weg. Als ich zum Feld kam sah ich einige Polizisten mit Gewehren um

unser Land stehen. In der Mitte fuhr der Bulldozer und pflügte alles um." Und der Bulldozer vergrößert täglich die Fläche. Jetzt mußten auch die ersten Familien aus ihren Hütten weichen. „Ich verstehe das alles nicht. Unsere Familien leben seit vielen Generationen hier. Wir haben das, was uns das Land schenkt. Nicht viel, aber genügend, um ohne größere Not leben zu können. Wir konnten sogar von der Ernte meist noch Gemüse und Früchte auf dem Markt verkaufen. Jetzt sollen wir hier fort und für die Gesellschaft arbeiten und produzieren", sagt ein Bauernführer, der nicht namentlich genannt werden möchte. Er erzählt, daß das Unternehmen bereits versuchte, ihn zu „kaufen". „Wir werden solange es geht kämpfen, wir wollen hier nicht fort", gibt er zu verstehen und ein Vertreter der Bauernvereinigung erklärt, daß für die Steigerung der Zuckerproduktion (Sri Lanka deckt nur etwa 15 Prozent seines Bedarfs selber) keine ausländischen Investoren nötig sind. „Die Bauern hier und in anderen Gebieten des Distrikts haben auch in der Vergangenheit Zuckerrohr angebaut. Allerdings nicht ausschließlich. Die jetzige Regierung, die es innerhalb von nur 2 Jahren schaffte, tausende von Hektar, die mit Zuckerrohr bepflanzt waren, durch den Import unbegrenzter Mengen an Zukker nach Sri Lanka zu ruinieren, wirbt jetzt mit dem Slogan: ‚Selbstversorgung mit Zucker'. Sie macht uns ständig auf die angeblichen Vorteile aufmerksam, die durch das Unternehmen entstehen sollen. Die sogenannten fortschrittlichen Anbaumethoden führen zu nichts anderem als dem Entzug der Lebensgrundlage für die Bauern. Auch die Zerstörung der Umwelt wird forciert."

Ökologische Konsequenzen

Außer den wirtschaftlichen Folgen und den neuen Abhängigkeiten für die Bauern ist das ökologische Gleichgewicht, das auch durch den Brandrodungsbau der Bauern nicht beeinträchtigt wurde, gefährdet. Der Hada-Oya Dschungel liegt in dem von der Rodung betroffenen Gebiet. Die Waldfläche ist für den Wasserhaushalt von größter Bedeutung. Außerdem fand die Bevölkerung hier wertvolle medizinische Kräuter sowie Honig. Das Wasser des Hada-Oya Flusses, das eigentlich für das neue Muthukandiya Reservoir benötigt wird, wird wohl zukünftig zum großen Teil für den Konzern verfügbar gemacht werden müssen. Das prophezeien zumindest die Bauern, da es sonst keine beständigen Wasserquellen gibt. Paradoxerweise wurde das Reservoir zur Bewässerung von Reisfeldern erbaut. Zumindest wurde dies wohl der australischen Regierung gesagt, die das Projekt finanziert.[1]

Immer neue Hiobsbotschaften

Immer neue Hiobsbotschaften erreichen die Bauern. Nach ihrer Umsiedlung sollen sie auf dem Kompensationsland 172 Tonnen Zuckerrohr pro Hektar für die Gesellschaft anbauen. Erreichen sie dieses Soll nicht, kann die „Company" Schadenersatz verlangen. Ein ausgetüfteltes System verlangt von den Bauern die Übernahme einer gegenseitigen Produktionsgarantie.

Die Familienmitglieder, die zum Eigenanbau nicht benötigt werden, sollen auf der Eigenplantage des Konzerns arbeiten. Derzeit sind 60 Personen angestellt. Fast alle mußte aus anderen Gebieten angeworben werden. 80 Prozent der Beschäftigten sind Frauen, die für den niedrigsten vorgesehenen Tageslohn von 25 Rs. (2,50 DM) arbeiten.

Auch Gras zum Decken ihrer Dächer dürfen die Bauern jetzt nicht mehr ohne offizielle Genehmigung schneiden. Es steht quasi unter „Firmenschutz". Die Begründung ist anscheinend, daß eine Neudekkung der Hütten kurz vor der geplanten „Umsiedlung" nicht mehr nötig erscheint.

Zusätzlich erhalten plötzlich viele der Bauern Bescheide, ein 1977 von der Landwirtschaftsbank gewährtes Darlehehn für Saatgut und andere inputs auf einen Schlag zurückzuzahlen.

W. zeigt den Brief, der vom Gericht kommt: „Für 7500 Rs., die ich 1977 aufgenommen habe, soll ich jetzt 12.233 Rs. einschließlich Zinsen zurückzahlen. Wie soll ich das Geld aufbringen? Ich gehe lieber ins Gefängnis." Mit dem Gericht hat er binnen kurzer Zeit zweimal zu tun gehabt. Vor einigen Monaten wurde er zusammen mit über 80 anderen Bauern aufgrund ihrer Proteste und Aktionen für kurze Zeit verhaftet.

Gemeinsame Sache

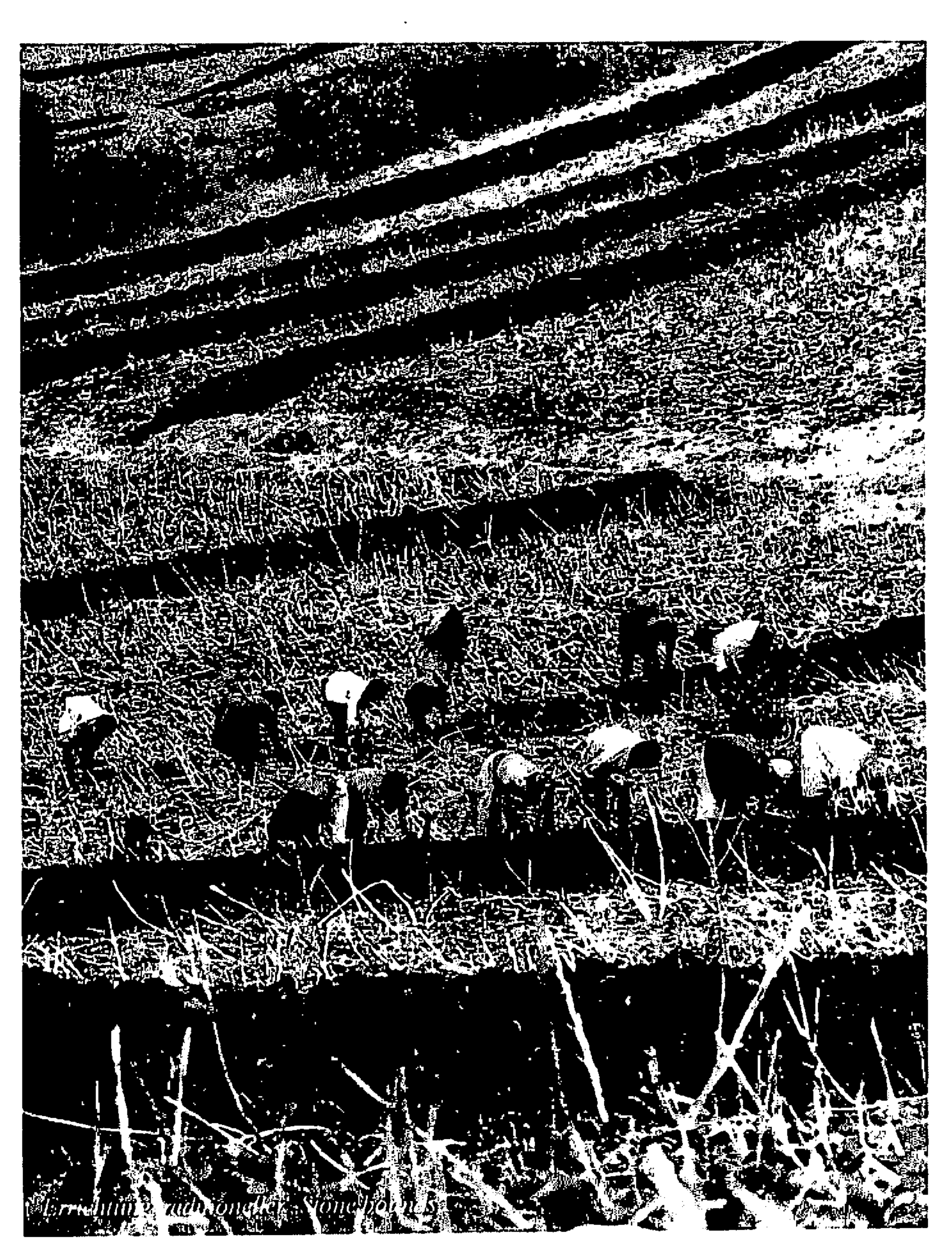
Auch die meisten Offiziellen, Beamte aus der Hauptstadt Colombo oder dem betroffenen Gebiet, scheinen mit dem Unternehmen eng verbunden zu sein. So ist der Sekretär des Landwirtschaftsministers Präsident der „Monaragala Sugar Company". Auf örtlicher Ebene fungiert der „grama seveka" (Dorfvorsteher) als verlängerter Arm der Firma und versucht als public relations Experte, die Bauern zur Aufgabe zu überreden. Diese haben allerdings bisher allem Werben widerstanden. „Wir versuchen jetzt über einen Rechtsanwalt die Firma wegen der Zerstörung unserer Felder zu verklagen", sagt einer der Bauern, „vielleicht gibt das etwas Aufschub." Obwohl sie weiter für ihre Rechte kämpfen wollen, scheint ihr Schicksal besiegelt. Sie sind letztlich das weitaus schwächste Glied in der Kette einer Entwicklung, die gegen sie gerichtet ist. Einige hoffen noch auf die Unterstützung durch Bauern aus anderen Gebieten des Landes. Doch wird es kaum zur Solidarisierung kommen, kaum jemand in Sri Lanka weiß, was derzeit in Monaragala vor sich geht. Die Regierung hat die Tagespresse offensichtlich angewiesen, nicht über die Probleme zu berichten. Zumindest ist keine Zeile über das Schicksal der Menschen im ehemaligen „Velassa" zu lesen.

Walter Keller, Colombo, Sri Lanka

Anmerkung:
1. Mit 300 Mio. australischen S, H. „Sun", Colombo, 1.1.86.

Die komplizierte Wirklichkeit ländlicher Entwicklung

Das Fallbeispiel Agucho Tal / Äthiopien



Im Agucho Tal, das weitab der krisengeschüttelten Gebiete liegt, soll mit Hilfe staatlicher Programme die Lebenssituation der Menschen entscheidend verbessert und die Agrarproduktion gesteigert werden.

Das Programm zur ländlichen Entwicklung trifft auf eine komplizierte Wirklichkeit. Es zeigt sich, daß die Interessen der Bevölkerung zu wenig einbezogen sind und die Politik der Regierung widersprüchlich ist. Es werden neue Antworten benötigt, um die Bedürfnisse der wachsenden Bevölkerung zu befriedigen. Das Agucho Tal ist ein Fallbeispiel an dem sich Fragen, die in ähnlicher Weise überall in Äthiopien an den Schnittstellen von staatlichen Entwicklungsprogrammen, den Wünschen und Handlungsspielräumen der Bauern und den natürlichen Produktionsgrundlagen ergeben.

Auf dem äthiopischen Hochland, das sind 40% der Landesfläche, die über 1500 m ü. NN liegen, leben rund zwei Drittel der Bevölkerung. Am intensivsten genutzt sind die Gebiete zwischen 1800 und 2500 m Höhe, die wegen ausreichender Niederschläge und gemäßigten Temperaturen für den Ackerbau gut geeignet sind. Sie weisen geringere Gesundheitsrisiken auf, da Malaria und auch andere im Tiefland verbreitete Krankheiten kaum auftreten. Zwischen den einzelnen Hochlandgebieten bestehen erhebliche Unterschiede. Die nördlichen Hochlandgebiete in den Provinzen Wollo, Tigray, Eritrea, Begemder und Shoa sind zum Teil schon seit Jahrtausenden dicht besiedelt, obwohl sie relativ niederschlagsarm sind. Das jahrhundertelang herrschende feudalähnliche System und die weitgehende Isolation von der Außenwelt haben zur Stagnation in der Landwirtschaft geführt. Viele Böden sind in Folge der Übernutzung erodiert und haben ihre Fruchtbarkeit verloren, das Grasland ist überweidet, Bäume und Wälder sind verschwunden, weil sie für die Landwirtschaft Platz machen mußten oder zum Bauen und Verfeuern gebraucht wurden. Die Ernährungslage ist aus diesen Gründen im Norden sehr labil und schlägt in Trockenperioden immer wieder und mit zunehmender Stärke in akute Hungersnöte um.

Das Agucho Tal — ein Beispiel aus dem östlichen Hochland

Im östlichen Hochland, in dem das Agucho Tal (sprich: agutscho) liegt, ist die Ausgangslage günstig. Das Gebiet ist potentiell sehr fruchtbar, die Niederschläge sind ausreichend und schwanken weniger als im Norden. Eine dichte Besiedlung und intensive Nutzung gibt es erst seit dem letzten

Jahrhundert. Die Schäden durch Übernutzung sind zwar deutlich, aber noch begrenzt.

Das Agucho Tal liegt ca. 370 km östlich von Addis Abeba in einer Höhe zwischen 1950 und 2300 m. Die Fläche von 2,34 Quadratkilometern wird von 123 Familien genutzt, wo von 68 ausschließlich Land im Agucho Tal und 55 noch außerhalb das Land bebauen. Im Gegensatz zu einigen anderen Landesteilen steht die Bevölkerung um das Agucho Tal loyal zur Regierung, die ihr Entwicklungskonzept bisher ohne Behinderung durch Bürgerkriege umsetzen kann. Der überwiegende Teil der Bevölkerung des Tals sind Oromo, die mit über 40 % Anteil an der Gesamtbevölkerung auch die größte Ethnie Äthiopiens bilden. Neben den moslemischen Oromo leben im Tal christlich-orthodoxe Amhara. Die Amhara stellten bis zur Revolution den Kaiser und gemeinsam mit den Tigray das Gros des Adels und der Grundbesitzer im Land.

HIGHLAND AREA >1500 m
KM 0 150 300
AGUCHO TAL
ADDIS ABEBA

Besiedlung des Agucho Tals durch die Amhara

Ins östliche Hochland kamen die Amhara erst im Gefolge der Eroberungszüge des späteren Kaisers Menelik II (1884—87), entweder als Soldaten oder als Aussiedler aus den überbevölkerten Amharagebieten Shoas und Wollos. Die unteren Ränge des Militärs wurden für ihre Dienste mit etwa 40 ha Land pro Kopf in den neu eroberten Gebieten entlohnt. Im sehr fruchtbaren Agucho Tal mußten sie sich meist mit der Hälfte davon begnügen. Die Aussiedler dagegen blieben zunächst arm und landlos. Da den Behörden jedoch daran gelegen war, die Stellung der Amhara als Herrschervolk in den eroberten Gebieten zu festigen, gelang es auch den meisten Aussiedlern im Laufe der Zeit Land zugeteilt zu bekommen. Die ansässigen Oromobauern wurden enteignet, den neuen Herrn zugeteilt und ihre landwirtschaftliche Produktion mit Abgaben belegt.[1] Zwischen Lehnsherr und Pächter bestand eine gegenseitige Bindung, die auch beinhaltete, daß der Pächter ein Auskommen hatte. Da anfangs infolge der geringen Bevölkerungsdichte noch Arbeitskräftemangel herrschte, boten die neuen Grundherren relativ günstige Pachtbedingungen an. Jahrzehntelang konnten noch die ausgedehnten Gebirgswälder in landwirtschaftliche Flächen umgewandelt werden. Mit dem Anwachsen der örtlichen Bevölkerung, verstärkt durch die Zuwanderung von Oromo aus dem dichter besiedelten Osten wurde das Land zunehmend knapper. Die Grundbesitzer konnten die Abgabenschraube immer stärker anziehen: 25 % der Produktion für den Grundherren und weitere 10 % als Steuern an den Staat wurden die Regel. Teilweise mußten aber auch ein Drittel oder die Hälfte der Ernte als Pacht abgegeben werden. Die Situation der Pächter verschlechterte sich weiter, als das ursprüngliche Lehnswesen zwischen 1940 und 1950 in Privateigentum am Boden überging. Damit entfiel die gegenseitige Bindung von Lehnsherr und Pächter. Die Willkür gegenüber den Pächtern nahm zu. Eine Vertreibung vom Land war jederzeit möglich und wurde im Agucho Tal auch häufig praktiziert. Etwa 90 % der landwirtschaftlichen Betriebe der Region waren damals reine Pachtbetriebe. Die Pächter mußten sich durch regelmäßige Geschenke das Wohlwollen der Herrn sichern. Seit den 60er Jahren mußte neben den Abgaben auch noch an zwei Tagen in der Woche unbezahlte Arbeit für den Grundeigentümer geleistet werden. Unter diesen Umständen war die Fluktuation bei der Oromo-Bevölkerung beträchtlich, da sie, auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen, immer wieder abwanderte. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß von den heutigen Bewohnern die Amhara-Familien am längsten im Tal ansässig sind.

Die amharischen Grundbesitzer verfügten in dieser Gegend nicht über ausgedehnte Landgüter, sondern besaßen im Schnitt nur etwa 45 ha. Darüber hinaus gehörten ihnen, wie z. B. dem ehemaligen „landlord" Atő Manaye, ein großes mit Wellblech gedecktes Lehmhaus, drei Paar Ochsen, ein paar Kühe, zwei Maulesel und ein Pferd. Er konnte es sich leisten jeden Tag Fleisch zu essen. Zwei bis drei Bedienstete arbeiteten für ihn. Trotz der enormen Ausbeute ihrer Pächter blieb ihr Wohlstand eher bescheiden.

Die Landreform

Die Revolution brachte 1975 die Landreform, sie schuf neue Institutionen auf dem Land, und mit ihr setzte eine ernsthafte staatliche Entwicklungsarbeit ein.

Die Landreform bedeutete die Abschaffung des privaten Grundeigentums und seine Aufteilung unter den ehemaligen Pächtern und den Landlosen. Die früheren Pächter erhielten das Nutzungsrecht für das von ihnen bebaute Land.

Im Agucho Tal, wie in den meisten anderen Teilen des östlichen Hochlandes, hatte die Landreform jedoch keinen starken Umverteilungseffekt hinsichtlich der pro Familie verfügbaren Anbaufläche, da die Hofgröße unverändert blieb. Sie variierte 1983 zwischen 0,2 ha und 3,1 ha pro Betrieb.

Es wurden Bauernvereinigungen (peasant associations) gegründet, die Selbstverwaltungsorganisationen mit demokratisch gewählter Leitung sind. Sie haben beispielsweise das Recht, über die Landnutzung in ihrem Bereich zu entscheiden und dürfen auch Land umverteilen. Jeder Bewohner eines ländlichen Gebietes ist Mitglied der örtlichen Bauernvereinigung. Die peasant associations dienen aber auch als Transmissionsriemen für die Umsetzung staatlicher Entwicklungsprogramme. Dazu gehören neben den Kampagnen zur Erwachsenenalphabetisierung, der Bau von Grundschulen, die für jedes Kind erreichbar sind. *Im Agucho Tal* wurde 1983 ein Schulhaus fertiggestellt. Wege zur Verbesserung der Transportmöglichkeiten mußten nur in geringem Umfang gebaut werden. Ein Basisgesundheitszentrum der Bauernvereinigungen wie z. B. in anderen Orten, gibt es im Tal noch nicht. Eine vorbeugende Hygienemaßnahme ist die Einfassung von Wasserquellen und die Tren-

nung der Schöpfstellen für Trinkwasser von den Viehtränken. Großen Umfang hat das Boden- und Wasserkonservierungsprojekt des Landwirtschaftsministeriums.

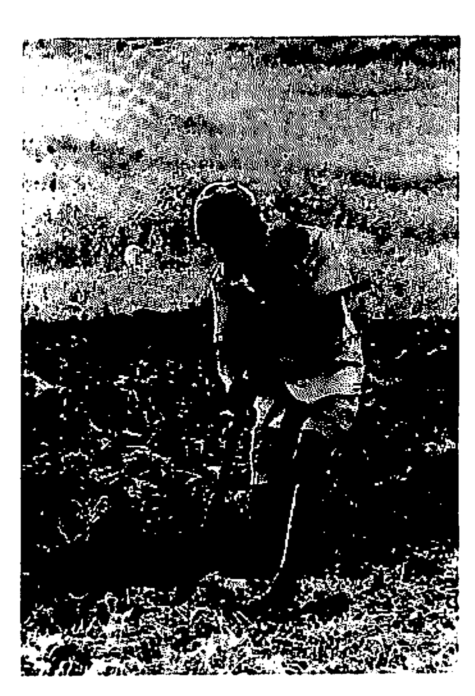
Mit einem „minimum package", einem Bündel einfacher Maßnahmen wie verbesserte Saatgutsorten, pünktliche Bodenbearbeitung und Pflege sowie Düngung, versuchen Berater vom Landwirtschaftsministerium — im Gegensatz zu früher — ernsthaft die Erträge zu steigern. Um das Güterangebot auf dem Lande besser und billiger zu machen und um die Vermarktung von Erzeugnissen unter Ausschaltung des Zwischenhandels zu ermöglichen, wurde 1978 zusammen mit vier anderen Bauernvereinigungen eine Einkaufs- und Vermarktungs-Genossenschaft (Sercooperative) gegründet. Durch eine Einlage von ca. sieben DM wird jeder Mitglied der Genossenschaft. Bis 1984 konzentrierte sich die örtliche Genossenschaft darauf, Güter des täglichen Bedarfs zu günstigen Preisen in ihrem Laden anzubieten. Im letzten Jahr ist eine wesentliche Funktion hinzugekommen: der An- und Verkauf von Getreide. Die Produktion der Bauern dient überwiegend der Subsistenz, sie wird von der Familie selbst verbraucht. Weil sie Geld benötigen, waren die Bauern bisher gezwungen, den zu vermarktenden Teil ihrer Erzeugnisse unmittelbar nach der Ernte auf lokalen Märkten oder an durchreisende Händler zu niedrigen Preisen zu verkaufen. Oft mußten sie später, wenn ihre Vorräte aufgebraucht waren, Nahrungsmittel zu weit höheren Preisen zurückkaufen. Die Genossenschaft soll dieses Problem durch Abnahme zu Garantiepreisen und Wiederverkauf mit geringem Preisaufschlag lösen.

Ursprünglich setzte die Regierung bei der Entwicklung der Landwirtschaft auf große, industriell ausgerichtete Staatsfarmen nach dem Vorbild der DDR und der Sowjetunion. Der hohe Kapitalaufwand stand jedoch in keinem Verhältnis zum Ertrag der Staatsbetriebe. Deshalb hat sich die Regierung in den letzten Jahren darauf konzentriert, den kleinbäuerlichen Sektor zu fördern und weiterzuentwickeln. Eine wichtige Rolle soll dabei die Zusammenfassung der Einzelbauern in Erzeugergenossenschaften (producers cooperatives) spielen. Bei diesem grundsätzlich freiwilligen Zusammenschluß der Bauern werden Produktionsmittel schrittweise kollektiviert.

Während heute erst fünf Prozent der Anbaufläche des Landes von Erzeugergenossenschaften bewirtschaftet werden, sollen es bis 1990 über 30% sein. Nach Ansicht der Regierung können Erzeugergenossenschaften die meisten Probleme in der Landwirtschaft lösen. Sie beseitigen die auch nach der Landreform noch verbliebene ungleiche Landverteilung, sie ermöglichen das Land nach seiner besten Eignung zu nutzen. Sie sollen durch Arbeitsteilung die Betriebsmittel, Dienstleistungen und Beratung effektiv einsetzen, ihre Produktion diversifizieren und Weiterverarbeitungsbetriebe angliedern. Die Intensivierung soll nicht durch völlige Veränderung, sondern durch Weiterentwicklung der traditionellen Produktionsmethoden erreicht werden.



Das typische Haus mit der offenen Feuerstelle und dem wenigen Hausrat



Feldarbeit mit dem Grabstock

Erzeugergenossenschaften ermöglichen, die Einzelfamilie von der sozialen Absicherung bei Krankheit und Alter zu entlasten und könnten damit zur Abschwächung des Bevölkerungswachstums beitragen.

Im Agucho Tal wurde 1980 die Erzeugergenossenschaft „K'aptomulis" (Deutsch: Ergebnis des revolutionären Kampfes) gegründet.

Das Leben der einzelnen Bauernfamilien

Die Durchschnittsfamilie im Agucho Tal besteht aus Vater, Mutter zwei bis drei Kindern und selten weiteren Verwandten. Sie bewirtschaftet 0,85 ha Ackerland und besitzt eine Ziege, ein Schaf und zwei bis drei Stück Rindvieh, davon die Hälfte Jungtiere. Sie wohnt in einem runden Lehmhaus mit Strohdach und 20 m² Innenraum. Dieser Raum ohne Trennwände dient gleichzeitig als Schlafplatz, Küche und Stall, da die Tiere nachts aus Angst vor Hyänen ins Haus geholt werden. Die meisten Familien besitzen keinerlei Mobilar. Der Hausrat besteht aus einigen Töpfen, ein paar Kalebassen (Gefäße aus Kürbisschalen) und einigen Körben. Zum Kochen dient eine offene, aus drei Steinen gebildete Feuerstelle. Außer dem, was sie gerade auf dem Leib tragen, besitzen Erwachsene eine Garnitur Kleidung, die an Festtagen benutzt wird. Nur wenige Männer besitzen Schuhe. Kleine Kinder haben häufig entweder nur ein Hemd oder ein Kleid/Hose. Dies bei Temperaturen, die vier Monate im Jahr frühmorgens nur knapp über dem Gefrierpunkt liegen.

Als Produktionsmittel stehen, außer dem Land, ein Ochse, ein Hakenpflug und ein Grabstock mit Eisenspitze (s. Photo), eine Hacke und eine Heppe zur Verfügung. Kunstdünger oder Pestizide werden aus Kostengründen so gut wie nicht eingesetzt. Alle paar Jahre droht ein Kahlfraß durch Insekten, den die Regierung bisher mit DDT aus Sprühflugzeugen bekämpft.

Traditionelle landwirtschaftliche Strategien gegen den Hunger

Das Hauptnahrungsmittel im Agucho Tal ist Sorghum, eine Getreideart, die zu Brot oder Brei verarbeitet wird. Außerdem spielen Hülsenfrüchte eine Rolle sowie Mais, der den Vorzug hat, daß er bereits zwei Monate vor der Sorghum-Ernte frisch gegessen werden kann, wenn die Vorräte aus dem Vorjahr zur Neige gehen. Gemüse, Obst oder Fleisch kann sich kaum jemand leisten. Echte cash crops (überwiegend für

die Vermarktung bestimmte Früchte) können im Tal nicht angebaut werden, weil die Märkte dafür zu weit entfernt liegen. Da aber ein Geldeinkommen benötigt wird, um Bekleidung, Salz, Speiseöl, Medikamente usw. einzukaufen, müssen die Grundnahrungsmittel in der Umgebung vermarktet werden, wobei die Gewinne mäßig sind. Die einzige weitere bedeutende Einkommensquelle ist das Mästen und der Verkauf von Vieh.

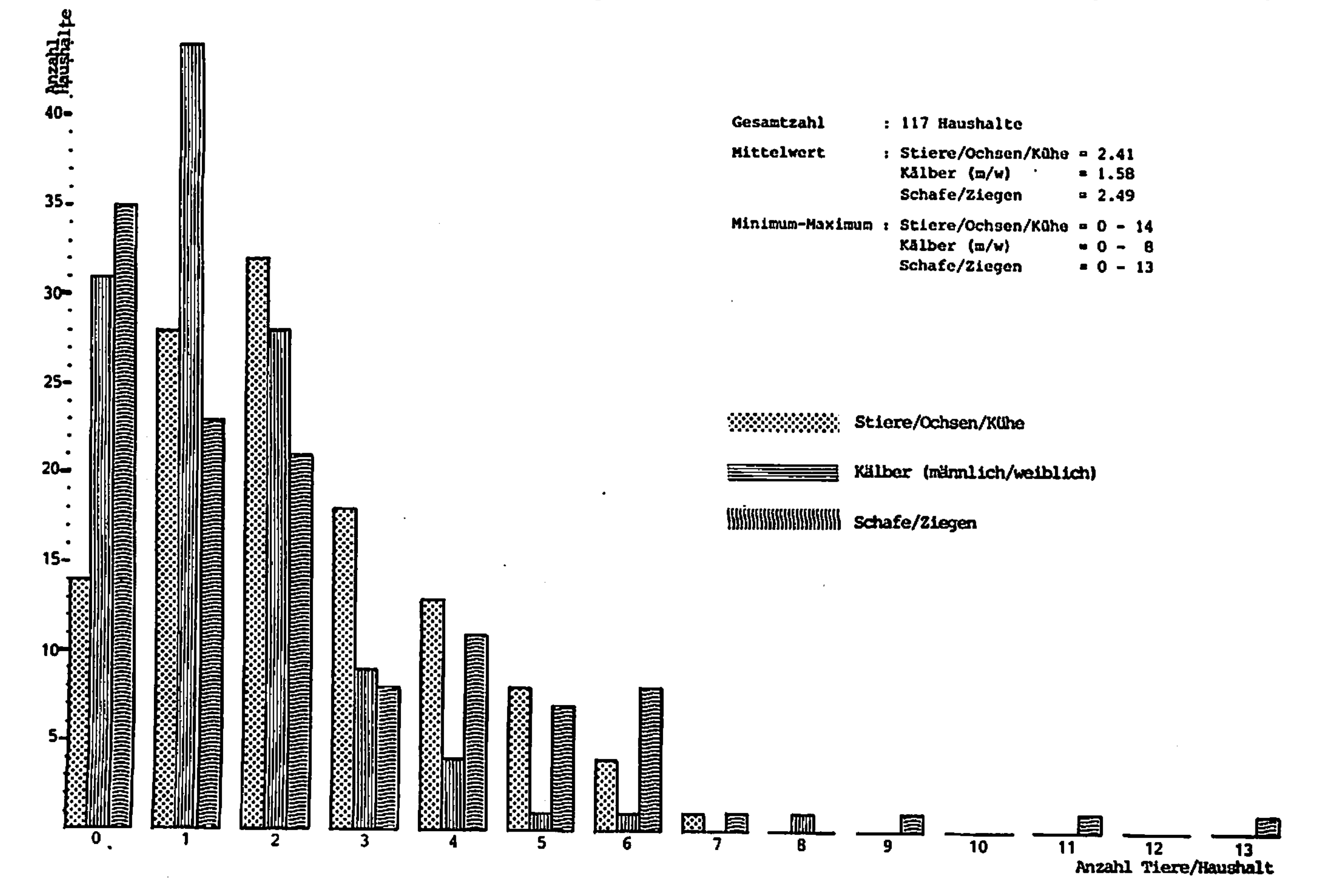
Obwohl Darstellungen am Beispiel von „Durchschnittsfamilien" wie hier oft mehr beschönigend als erhellend sind, soll versucht werden auf diesem Weg zu zeigen, wie angespannt die Ernährungslage für die Bevölkerung des Tals ist.

Auf den 8500 m^2 Anbaufläche, die ihr zur Verfügung stehen, lassen sich in einem normalen Jahr etwa 1500 kg Nahrungsmittel erzeugen. Der Marktwert dieser Produkte lag 1983 bei etwa 580 DM. Wenn von dem Ertrag nichts verkauft werden müßte, könnte damit der Energiebedarf von 2330 kcal pro Tag, den ein Äthiopier für eine normale Lebensführung braucht, gedeckt werden (FAO 1980). Der Ertrag schwankt, verursacht durch die Witterung und durch Schädlinge, von Jahr zu Jahr erheblich. Eine Ernteeinbuße von 40% ist durchaus üblich und führt dazu, daß den Familien weniger als das Überlebensminimum von 1500 kcal pro Person bleibt.

Die Vielfalt und die Zusammenstellung der angebauten Früchte mindert das Risiko und bietet eine gewisse Sicherheit gegen Totalausfälle. Die Mischkultur aus Sorghum-Mais-Bohnen nimmt mehr als 70% der Anbaufläche ein. Sorghum wird in vielen Varietäten angebaut. Es ist eine Pflanze, die nur mäßige Ansprüche an die Bodenfruchtbarkeit stellt und sowohl zeitweise Vernässung wie Trockenheit ohne große Ertragseinbußen übersteht. An Sorghum entstehen jedoch durch Vogelfraß und, wegen der langen Reifezeit, durch die Fröste im November Ernteverluste. Maiskolben sind gegen Vogelfraß geschützt und entgehen dem Frost durch frühe Reife. Auf Vernässung oder Trockenheit reagiert Mais mit sehr drastischem Ertragsrückgang. Falls der Beginn der Regenzeit zu wenig Niederschlag für das Anwachsen von Sorghum und Mais bringt, weichen die Bauern auf Weizen und Gerste aus. Zwar haben diese Getreidearten niedrigere Erträge und sind als Nahrungsmittel nicht so beliebt, aber sie können wegen ihrer kürzeren Reifezeiten mit dem relativ sicheren Regen der Sommermonate noch ausreifen. Die „Notbremse" unter den Feldfrüchten im Agucho Tal wie im gesamten östlichen Hochland ist die Süßkartoffel. Wenn sich gegen Ende des Sommers eine schlechte Getreideernte abzeichnet, werden in großer Eile die arbeitsaufwendigen Hügelbeete für die Süßkartoffel angelegt. Mit sehr geringer Feuchte und binnen weniger Monate erzeugt sie noch Nahrung. So kompensieren die Bauern ihre geringe Nutzfläche teilweise durch mehr Arbeitseinsatz und erzielen dadurch eine höhere Flächenproduktivität. Dem sind jedoch Grenzen gesetzt. 20% der Bauern im Tal müssen mit 2000—4000 m^2 Anbaufläche auskommen, d. h. sie müßten das Doppelte bis Vierfache des Durchschnittsertrages pro Fläche erzeugen, um ihre Familien selbst versorgen zu können. Das ist mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nur in Ausnahmefällen möglich. Die meisten Kleinbauern sind auf Nebenerwerb angewiesen. Es besteht eine geringe Nachfrage nach handwerklicher Arbeit, etwa beim Hausbau oder beim Seileflechten aus Sisal. Nur wenige besser gestellte Familien können es sich leisten, jemand für solche Arbeiten zu bezahlen. Obwohl durch das Landreformgesetz die Lohnarbeit in der Landwirtschaft verboten ist, wird sie in gewissem Umfang und in verdeckter Form immer noch bzw. wieder praktiziert.

In echten Dürrejahren greifen heute die in das traditionelle landwirtschaftliche System eingebauten Sicherungsmechanismen nicht mehr. Hunger ist auch für die „großen" Bauern im Tal, mit zwei bis drei ha Land, eine allgegenwärtige Bedrohung, der sie nicht viel entgegenzusetzen haben: Bei weitgehendem Ausfall der Ernte, wie z. B. in diesem Winter bei einem geschätzten Ertrag von nur 20% eines Normaljahres im östlichen Hochland (Hans Hurni, mündl. Mitteilung), versuchen die Bauern auf dem Markt Getreide zuzukaufen. Das Geld dafür stammt aus dem Verkauf von Vieh oder Brennholz. Das zum Schutz der Waldreste ausgesprochene Sammelverbot wird in Dürrejahren unhaltbar und von der Regierung vorübergehend aufgehoben. Während die Getreidepreise in solchen Jahren drastisch steigen (Agucho Tal 1983/84 von 50 auf über 200 DM je Doppelzentner), verfallen die Preise für Vieh und Holz wegen der beschränkten Aufnahmefähigkeit der kleinen Märkte rapide.

Die Schwankungen der Witterung füh-



ren nicht nur zu Dürrejahren. Ebenso häufig gibt es überdurchschnittlich gute Jahre. So wurde z. B. 1982 im Tal fast doppelt soviel geerntet wie 1983. Dabei anfallende Überschüsse schaffen aber unter den derzeitigen Bedingungen keine Abhilfe des Hungerproblems. Bei den meisten Familien herrscht latente Mangelernährung. Besonders nach schlechten Jahren zehrt der Nachholbedarf viel vom Mehrertrag auf. Außerdem müssen viele Bauern Getreide oder Geld zurückgeben, das sie bei Nachbarn oder Verwandten, deren Vorräte weniger knapp waren, ausgeliehen hatten. Auch Notverkäufe von Vieh müssen ausgeglichen werden. Daher werden große Teile der verbliebenen Überschüsse zu inzwischen wieder gesunkenen Preisen vermarktet. Der restliche Vorrat wird in mit Kuhdung abgedichteten Erdlöchern eingelagert. Selbst wenn man die Schäden durch Schimmelpilze nicht berücksichtigt — die das Getreide nach westlichen Maßstäben ungenießbar machen —, entstehen durch Insekten und Nagetiere Lagerungsverluste von 25—50%.

Bodenverluste durch Erosion

Das Agucho Tal ist de facto Realteilungsgebiet, d. h. das Land eines Bauern wird meist unter seinen Söhnen aufgeteilt. Die Bevölkerung des Tals wächst mit 2,5—3% pro Jahr, ohne daß sich an der Anbautechnik und Flächenproduktivität der Landwirtschaft Grundlegendes geändert hätte. Die heutige Anbautechnik ist das Resultat des früheren Pacht- und Abgabensystems, das Bestrebungen zur nachhaltigen Verbesserung der Produktionsgrundlagen (Erosionsschutz, Be- und Entwässerung, intensive organische Düngung etc.) und das Interesse an Überschußproduktion abgewürgt hatte. Eine Umstellung der Methoden von den Bedingungen großer Landreserven auf die sich anbahnende Knappheit wurde damit verhindert. Da Abwanderung, die Strategie früherer Generationen, heute nicht mehr möglich ist, wird eine Akkerflächenausdehnung im Tal selbst auf Kosten ehemaligen Weidelandes betrieben. Ackerbau erzeugt, im Vergleich auf Viehwirtschaft, ein Vielfaches an Nahrungsenergie pro Flächeneinheit. Da natürlich die besten Böden des Tals zuerst in Kultur genommen wurden, sind die jetzt neu beackerten eher schlecht. Meist sind die Flächen steil und haben nur eine dünne Bodendecke. Sie sind dabei extrem erosionsgefährdet und trocknen leicht aus, da sie nur wenig Wasser speichern können. Die verstärkte Nutzung der steilen Hänge bringt nur eine relativ geringe Steigerung der Nahrungsmittelerzeugung; sie hat aber schwerwiegende Folgen für das gesamte Tal. Der nicht mehr durch Gras oder Gestrüpp geschützte Boden wird durch die starken Regenfälle abgetragen. Das Wasser versickert in geringerem Maße und fließt statt dessen auf der Hangoberfläche ab. Die Wassermenge und die Fließgeschwindigkeit und damit die Erosionskraft nehmen talwärts immer mehr zu. Damit entstehen immense Schäden auch an den produktivsten und von sich aus kaum erosionsgefährdeten Böden am Bergfuß und im Talgrund. 1983 wurden im Agucho-Tal Bodenverluste von 146 Tonnen je ha Ackerland gemessen (vgl. Hurni), d. h. mehr als 1,5 cm pro Jahr. Bei einer mittleren Bodentiefe von weniger 50 cm bedeutet dies, daß bei der Hälfte der Äcker in etwa 30 Jahren der Fels erreicht sein wird.

Weideland wird Ackerland

Der Rückgang des Weidelandes durch Umwandlung erzwingt eine Verminderung des Viehbestandes und auf ganzer Fläche Anpassungen im Pflanzenbau, die den Nahrungsertrag senken. Weil die Haustiere nicht mehr durch Beweidung ernährt werden können, werden zunächst Abfälle aus der Landwirtschaft verfüttert. Das ist positiv, da es den Nährstoffkreislauf beschleunigt. Reicht dies in zugespitzten Situationen nicht mehr aus, werden Sorghum und Mais so dicht ausgesäht, daß man während des Heranwachsens ständig Pflanzen als Viehfutter entnehmen kann. Der Körnerertrag der Felder ist dadurch geringer als bei reiner Getreideerzeugung. Die Bauern bringen dieses Opfer, weil Haustiere, besonders Rinder, als Zugkraft beim Pflügen, als Sicherheit bzw. Einkommensquelle durch Verkauf, als Lieferant von Dung von größter Bedeutung sind. Ein Ochsengespann benötigt die Hälfte bis ein Drittel der Zeit im Vergleich zum Pflügen von Hand. Eine Tonne Kuhdung auf dem Feld ausgebracht ergibt einen Mehrertrag von über 100 kg Getreide/ha (Newcombe 1984) bei 2000 kg Durchschnittsertrag. Die traditionelle Ochsenzucht erforderte das Halten relativ großer Herden im Tal, da die Stiere erst mit drei bis vier Jahre kastriert und dann zum Pflügen eingesetzt wurden. Die Bauern des Agucho Tals haben vorläufig einen Ausweg gefunden, indem sie aus dem Tiefland von Nomaden Jungstiere kaufen, die sie auch nicht mehr kastrieren, sondern zähmen. So kann man sie gleichzeitig anspannen und mästen, um sie schon mit vier oder fünf Jahren wieder zu verkaufen. Dadurch reicht, trotz der gesunkenen Viehbestände, die verbliebene tierische Zugkraft noch aus, um die gesamte Ackerfläche zu pflügen. Auch diese Anpassung der Produktionstechnik ist keine Lösung, weil die Konkurrenz zwischen Viehfutter und Nahrungsmittelanbau sich schnell wieder verschärfen wird, wenn die Flächenproduktivität im Ackerbau nicht gesteigert werden kann. Schon jetzt klagen die Frauen darüber, daß es zu wenig Milchkühe gibt, um die Kinder zu versorgen, weil die Männer den Zugtieren Priorität einräumen.

Holzknappheit und Bodenfruchtbarkeit

Zunehmend stärkeren Druck auf die Akker- und Viehwirtschaft übt die Holzknappheit aus. Während um 1950 die Hänge das Tals noch bewaldet waren, gab es 1966 bereits keinen Wald, sondern nur noch Gestrüpp und einzeln stehende Bäume auf 13% der Gesamtfläche. Bis Ende 1982 sank dieser Anteil auf sieben %. Das Holz für den Hausbau muß heute gekauft und über 10—20 km herangetragen werden. Die meisten Häuser im Tal sind baufällig, können aber nicht ersetzt oder repariert werden. Im Gegensatz zu den Pfählen, die zum Bauen benötigt werden, läßt sich für Brennholz fast jede Holzart und -qualität verwenden. Der Bedarf eines Bewohners entspricht etwa 1,2 Kubikmeter Brenn- und Bauholz pro Jahr. Nur noch 30—40% davon ist heute durch Holz gedeckt. Der Rest muß durch Sorghumstengel und -stubben ersetzt werden. Deshalb wird nahezu die gesamte Pflanzensubstanz, inklusive der meisten Wurzeln, von den Feldern entfernt. Langfristig wird dies, zusammen mit der einseitigen Beanspruchung des Bodens durch ununterbrochenen Sorghumanbau, den Nährstoffgehalt, die Wasserspeicherkapazität und die Stabilität gegen Erosion verringern. Viehfutterknappheit verschärft sich besonders während der Trockenzeit. Sie könnte durch das Verfüttern der Sorghumstengel überbrückt werden, wenn diese nicht verfeuert werden müßten.



Arbeit auf einem bewässerten Zwiebelfeld

Die Bevölkerung des Tals ist heute dauernd der Bedrohung durch Hunger ausgesetzt. Erosion und Rückgang der Viehhaltung höhlen die Produktionsgrundlagen aus und reduzieren die Rücklagen. Die Fähigkeit, Rückschläge durch Schädlinge und

Trockenjahre aufzufangen, sinkt. Es herrscht eine akute Energiekrise. Das Bar-Einkommen der meisten reicht nicht mehr aus, um die geringen über den Markt zu befriedigenden Bedürfnisse zu finanzieren.

Entwicklungsprobleme und Konflikte

Der Unterschied zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen, Oromo und Amhara, ist im Agucho Tal durch die materielle Gleichstellung hauptsächlich auf Religion und Ernährungsgewohnheiten reduziert, und führt kaum zu Konflikten. Einige der ehemaligen Grundbesitzer, z. B. der oben erwähnte Ato Manaye, leben heute als Kleinbauern im Tal. Sie durften soviel Land, wie sie selbst bearbeiten können, übernehmen und haben, außer daß sie keine leitende Position in den örtlichen Institutionen einnehmen dürfen, die gleiche Stellung wie alle anderen.

Von den Entwicklungsbestrebungen der Regierung wird die allgemeine Schulpflicht positiv beurteilt. In vielen Fällen wird aber die Mitarbeit der Kinder in der Landwirtschaft oder im Haushalt als wichtiger eingeschätzt, so daß die Kinder nur außerhalb der saisonalen Arbeitsspitzen zur Schule gehen oder die Geschwister abwechselnd geschickt werden, eine Woche der Sohn, eine Woche die Tochter.

Auf Drängen der Regierung wurde eine Frauenvereinigung gegründet um die Unabhängigkeit, das Bewußtsein und das soziale Bezugsnetz unter den Frauen zu stärken und ihre Interessen im Rat der Bauernvereinigung zu vertreten. Eine solche Interessenvertretung außerhalb der Familie ist den Frauen im Agucho Tal jedoch fremd. Als die erste Sekretärin der Frauenvereinigung ein Kind bekam, übernahm kurzerhand ihr Mann die Aufgabe und behielt sie für die folgenden zwei Jahre, bis die Distriktverwaltung eingriff und Neuwahlen durchführte.

Die Berater des Landwirtschaftsministeriums unternehmen zwar seit der Revolution ernsthafte Anstrengungen, die Produktivität zu steigern, aber sie machen die fatale Erfahrung, daß sie kaum etwas anzubieten haben. Die „verbesserten“ Ackerfrucht-Sorten erhielten unter Feldbedingungen meist keine höheren Erträge als die lokalen (Cloutier 1984). Mineraldünger muß importiert werden und steht nur begrenzt zur Verfügung. In der Subsistenzproduktion läßt er sich auch kaum wirtschaftlich einsetzen, weil der geringe Teil der Ernte, der verkauft wird, die Düngerkosten nicht deckt. Neue Beratungsansätze mit wirksamen unter den gegebenen Bedingungen einsetzbaren Maßnahmen müssen erst entwickelt werden.

Erosionsschutz wird von der Regierung stark vorangetrieben. Durch Anlage von Erd- und Steinwällen auf allen Ackerflächen wird der Wasserabfluß verzögert und Bodenabtrag vermindert. Im Laufe der Zeit sollen Terrassen entstehen, die wegen ihres geringeren Gefälles weniger gefährdet sind als die Hänge jetzt. Die Bergkuppen und Steilhänge werden zum Teil aufgeforstet. Auf diese Weise ist das ganze Tal in wenigen Jahren in Gemeinschaftsarbeit gegen Erosion geschützt worden. Die langfristige Notwendigkeit dieser Maßnahme ist den meisten Bauern bewußt. Aber ein wirksamer Erosionsschutz vermindert die Anbaufläche um ca. 15%. Damit finden sich die Bauern schwer ab, da sie in ständiger Sorge sind, ob die nächste Ernte ausreichen wird. Zwar ist der Ertragsverlust geringer als der Flächenverlust, unter Umständen bleibt der Ertrag durch die bessere Wasserspeicherung sogar gleich. Viele Bauern empfinden es jedoch als zu riskant, dies auszuprobieren. Der Zwiespalt der Bauern wird daran deutlich, daß sie häufig eine Hälfte des Erdwalls stehenlassen, die andere aber unterpflügen. Die Schutzwirkung geht dadurch weitgehend verloren. Auch wenn sie nicht wieder beackert werden, benötigen die Erosionsbauten eine regelmäßige Wartung, sonst sind sie nach zwei bis drei Jahren bereits unwirksam. Sollen die Maßnahmen langfristig erfolgreich sein, müssen sie von den Bauern in ihr landwirtschaftliches System integriert werden. Dazu müssen die Techniken gangbare Kompromisse zwischen den technischen Optimallösungen der landwirtschaftlichen Berater und den Möglichkeiten der Bauern sein. Nur so kann der Bodenschutz zum selbstverständlichen Teil der Anbauverfahren werden.


Geflochtener Schutz für die gepflanzten Bäume

Der Holzmangel wird von allen Bauern als ernstes Problem gesehen. Aufforstungen sollen hier Abhilfe schaffen. Das Ziel der Regierung ist, daß sich jede Bauernvereinigung in Zukunft selbst mit Holz versorgen kann. Bei den bisher aufgeforsteten Flächen im Agucho Tal bereiten zwei Punkte Schwierigkeiten: die Konkurrenz zu anderen Landnutzungen und die Frage des Nutzungsrechts. Die 360 Bewohner des Tals benötigen pro Jahr etwa 430 Kubikmeter Holz. Da die Bäume auf den schlechten Standorten (für äthiopische Verhältnisse) langsam wachsen und höchstens 10—15 Kubikmeter Holz je Jahr und Hektar ergeben, werden mindestens 30—40 Hektar zur Selbstversorgung benötigt. Die Aufforstungsflächen wurden bisher von den Anwohnern zum Brennholzsammeln und als Weide genutzt. Diese Leute werden durch die Aufforstung erheblich belastet. Aus Mißtrauen gegen die Anwohner verhängte das Ministerium ein totales Nutzungsverbot für die nächsten Jahre. Solche Maßnahmen bestärken die Zweifel der Bauern darüber, wer schließlich der Nutznießer der Aufforstungen sein wird. Vor der Revolution war die Nutzung von Bäumen dem Grundbesitzer vorbehalten gewesen. Tatsächliche oder vermeintliche Ähnlichkeiten zwischen der Situation vor und nach der Revolution spielen eine ganz entscheidende Rolle für die Einstellung der Bauern zu staatlichen Maßnahmen.

Unsicherheiten über den Landbesitz

Das Hauptproblem in den Augen vieler Bauern ist die Unsicherheit über den Landbesitz. Nach ihrem Verständnis hatte die Landreform sie zu Eigentümern ihrer Anbauflächen gemacht. Um nicht die Abschaffung des alten Systems insgesamt zu gefährden, machte die Regierung zunächst nicht klar, daß es nach dem Landreformgesetz nur Nutzungsrechte an Land gibt, jedoch keinen privaten Landbesitz. Das Landverteilungsproblem schob die Regierung auf, da sie darauf vertraute, daß es sich später durch die Zusammenfassung der Bauern in Erzeugerkooperativen lösen würde. Den Erzeugerkooperativen stehen nicht nur die besser gestellten Bauern ablehnend gegenüber, die bei einer Kollektivierung verlieren würden, sondern auch die ärmsten. Sie fürchten, daß eine Kooperative ihre Versorgung nicht gewährleisten kann. In der Tat gibt es nur sehr wenige Beispiele von gut funktionierenden Kooperativen. Mit der örtlichen Kooperative „K'aptomulis“ haben die Bewohner des Tals ein besonders abschreckendes Beispiel vor Augen. 1980 gegründet und vom Landwirtschaftsministerium massiv gefördert, erhielt sie das beste Land im Tal. Nachdem ihre Mitgliederzahl zunächst bis auf 62 Familien gewachsen war, ging sie durch innere Spannungen bis auf heute etwa 40 zurück, die aber 118 ha ausgezeichnetes Akkerland haben. „K'aptomulis“ funktioniert so schlecht, daß sie 30% ihres — keineswegs überhöhten — Plansolls erfüllt. Je Hektar erzeugt die Kooperative halb soviel wie ein Einzelbauer. Zwischen den Mitgliedern kommt es immer wieder zu massiven



Gemeinschaftsarbeit (Semetscha) auf dem Feld

Spannungen und Auseinandersetzungen, weil die meisten sich nicht damit abfinden können, daß die Entlohnung bzw. Verteilung der Erzeugnisse einzig durch die geleistete Arbeit bestimmt wird und nicht nach dem eingebrachten Land und Vieh. Das führt zu Austritten, obwohl man nicht ausbezahlt wird, zu Diebstählen an Kooperativeigentum und zu einer Verweigerungshaltung. Deshalb ist die Arbeitskapazität so niedrig, daß nur noch ein Teil des Landes bewirtschaftet werden kann. Einerseits wird auf die Kleinbauern von örtlichen Regierungsvertretern Druck ausgeübt, indem man sie immer wieder zum Beitritt drängt und ihnen die Hoffnung auf Zuteilung von Land durch die Bauernvereinigung nimmt. Andererseits wird die Gemeinschaftsarbeit (Semetscha) mißbraucht. Eigentlich sollten durch die Semetscha, an der jede Familie mit einem Mitglied einen Tag pro Woche teilnimmt, Arbeiten zum Nutzen aller durchgeführt werden, wie in früheren Jahren der Bau der Wege oder der Schule. Im Agucho Tal werden in letzter Zeit die meisten Arbeitseinsätze für die Erzeugerkooperative geleistet, zu der nur ein kleiner Teil der Talbevölkerung gehört. Nichtbeteiligung wird bestraft. Parallelen zur Fronarbeit vor der Revolution drängen sich auf. Die Bauernvereinigung, die die Arbeitseinsätze auf Weisung der Distriktverwaltung organisieren muß, gerät dabei in ein schlechtes Licht. Als weitere undankbare Aufgaben fallen ihr die Einberufung von Milizsoldaten sowie das Erheben von Steuern und Abgaben zu.

Von der Natural- zur Geldwirtschaft

Mit der Landreform entfielen die Pacht- und sonstigen Abgaben an den Grundbesitzer. Statt dessen wird von jedem Bauern eine einfache Hofsteuer von 25 DM pro Jahr erhoben. Darüber hinaus müssen Beiträge für Schul- und Klinikbauten, für die Alphabetisierungskampagne, für den Unterhalt von Milizangehörigen usw. bezahlt werden. Diese Abgaben werden von den Bauernvereinigungen nach der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auf die Mitglieder umgelegt. Im Gegensatz zu den früheren Naturalabgaben an den Grundbesitzer muß heute in Geld bezahlt werden. Außer der Steuer fallen diese Zahlungen für die Bauern zu unvorhersehbaren Terminen an. Da niemand Geld im Hause hat, müssen kurzfristig Produkte verkauft werden, auch wenn der Marktpreis ungünstig ist. Weil dies zu sehr viel Unmut geführt hat, müssen die lokalen Verwaltungen die Erhebung von Abgaben in letzter Zeit in der Hauptstadt genehmigen lassen.

Da am Beginn einer Wirtschaftsentwicklung immer in der Landwirtschaft abgeschöpft werden muß, um Investitionen in anderen Bereichen zu finanzieren, ist das Gefühl der Bauern, mehr zu geben als sie nehmen, berechtigt. Dies gilt aber nicht für den verbreiteten Eindruck, sie seien heute stärker mit Steuern und Abgaben belastet als vor der Revolution. Die Bauern gehen erst seit zehn Jahren in sehr begrenztem Umfang mit Geld um und denken noch nicht in monetären Kategorien. Darum fällt es ihnen sehr schwer, die früheren Naturalabgaben mit den heutigen Geldleistungen zu vergleichen. Berechnet man die bei heutigen Erträgen fälligen Abgaben nach dem alten Schlüssel (25 % der Ernte) und vergleicht dies mit den tatsächlich gezahlten Beträgen heute, so zeigt sich, daß die Belastung heute 15—25 % der früheren beträgt. Zudem wird heute ein großer Anteil der Abgaben unmittelbar zum Nutzen der örtlichen Bevölkerung verwendet, während früher ein Grundherr bereichert wurde. Allerdings ist die Entlastung bei relativ wohlhabenden Bauern weitaus höher als bei sehr armen. 1982 zahlte im Tal ein Bauer mit nur 2000 m² Anbaufläche 82 DM weniger als nach dem alten System fällig gewesen wäre, einer mit 15000 m² sparte aber viel mehr: 620 DM

Schlußfolgerungen

85 % der äthiopischen Bevölkerung leben in und von der Landwirtschaft. Sie erzeugen die Hälfte des Bruttosozialprodukts. Äthiopien verfügt auch nicht über nennenswerte Rohstoffvorkommen. Seine wichtigsten Ressourcen sind die relativ günstigen natürlichen Bedingungen für die Entwicklung der Landwirtschaft. Die Überwindung des Hungers und wirtschaftliche Entwicklung sind nur durch die Landwirtschaft möglich. Der einzige Faktor, über den sich kurzfristig Produktionssteigerungen erzielen lassen, ist die Arbeit. Das erfordert die aktive Mitwirkung der Bauern. Sie können dafür nur gewonnen werden, indem die neu geschaffenen Institutionen, der Inhalt der Entwicklungsprogramme und die Art wie sie umgesetzt werden, sich stärker an ihren Problemen, Befürchtungen und Hoffnungen orientieren. Dieser gegenseitige Anpassungsprozeß geht langsam, weil nicht nur die Bauernschaft länger braucht als die zehn Jahre, die seit der Revolution vergangen sind, um sich auf die veränderte Situation einzustellen. Es fehlen der „Revolution von oben" in vielen Fällen noch Wege, ihre Theorie in die Praxis umzusetzen. Besonders in der aus der Kaiserzeit übernommenen Verwaltung besteht immer noch ein großes Unverständnis für die ländliche Bevölkerung und eine Neigung Zwang auszuüben.

Damit die nötigen Anpassungen gelingen, müssen mehr Rückkopplungsmöglichkeiten von den Bauern auf die Regierungspolitik geschaffen werden. Dann besteht in Äthiopien die Aussicht, daß die Bauern mit ihren Organisationen zum Träger statt zum Objekt einer Entwicklung werden, die die Lebenssituation für die gesamte Bevölkerung nachhaltig verbessert.

Peter Poschen, Michele Calizia, Kuno Schlaefli

Anmerkung:

1. Zur Beschreibung der sozialen Organisation werden im folgenden einige Begriffe benutzt, die aus der Soziologie bzw. Geschichtsforschung zum europäischen Mittelalter stammen. Sie treffen die Situation nur bedingt. Auf die Fachdiskussion soll hier aber nicht eingegangen werden. Wir verweisen dazu auf die Arbeit von Stefan Brüne (1983).

Literatur:

CLOUTIER, P. (1984) „Assessment of the present situation in agriculture" Working paper 11, Ethiopian Highland Reclamation Study, Min. of Agriculture/ FAO, Addis Abeba

FAO (1980) „Land resources for populations of the future" Report 2nd FAO/UNFPA expert consultation, Rome

Hurni, H. (in Vorbereitung) „Soil erosion and soil conservation in Ethiopia"

NEWCOMBE, K. (1984) „An economic justification for rural afforestation: the case of Ethiopia" Energy Departement Paper no. 11, World Bank, Washington

Literaturempfehlung zur Landreform:

BRÜHNE, S. (1983) „Die äthiopische Agrarreform: wirtschaftliche und soziale Folgen radikaler Agrarpolitik", Afrika Spektrum 83/2 (18) 117—138, Hamburg

Von der Milpa zur Baumgartenwirtschaft

Kleinbäuerliche Landnutzung in Oxkutzcab/Mexiko

Die tropische Welt beherbergt nicht nur ein anders geartetes Ökosystem, sie ist vor allem auch die Heimat anderer Menschen und Kulturen, die, wenngleich sie auch zum Teil schon über mehrere Jahrhunderte an unserer Geschichte teilhatte, doch die Gegenwart in ganz anderer Weise, und aus einem anderen Blickwinkel wahrnehmen, als wir. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß Vorstellung und Wirklichkeit in kaum einer Frage so sehr auseinanderklaffen, wie in unserer Beurteilung dessen, was mit den tropischen Regionen geschieht oder geschehen sollte.

Immer schon gab es Mahner und Augenzeugenberichte, die auf die katastrophalen Folgen „westlicher" Tropenwaldnutzung hinwiesen. Letztendlich wird dort jedoch noch heute eine Nutzungspolitik betrieben, die sich einzig und allein an den Erfahrungen und Interessen „westlich" orientierter Politiker und Unternehmer orientiert und keineswegs Ausdruck von Verständnis und Lernbereitschaft ist. In den Tropen wirken sie alle bei einem, wenn auch vielleicht unbeabsichtigten, so doch äußerst wirksamen Zerstörungsprozeß zusammen, bei dem die lokale Bevölkerung selbst nur noch das ausführende Organ darstellt.

In Yucatán, einem geographisch und kulturell sehr eigenständigen Teil Mexikos, war der feuchttropische Raum das erste und stärkste Entwicklungszentrum der alten *Maya*[1]; einer Hochkultur, deren Lebensgrundlage keineswegs die gleichen zerstörerischen und weitgehend unproduktiven Anbauverfahren unserer Zeit gewesen sein können. Neuere archäologische Forschungen deuten darauf hin, daß damals Bevölkerungsdichten erhalten wurden, die das fünf bis zehnfache der heutigen Einwohnerzahlen betrugen. Die Landbauverfahren, die die *Maya* zu solcher Leistung befähigten, gingen jedoch spätestens mit der spanischen Eroberung und der nachfolgenden Kolonialzeit verloren.[2] Die Chance noch etwas über sie zu lernen, ist heute weitgehend vertan.

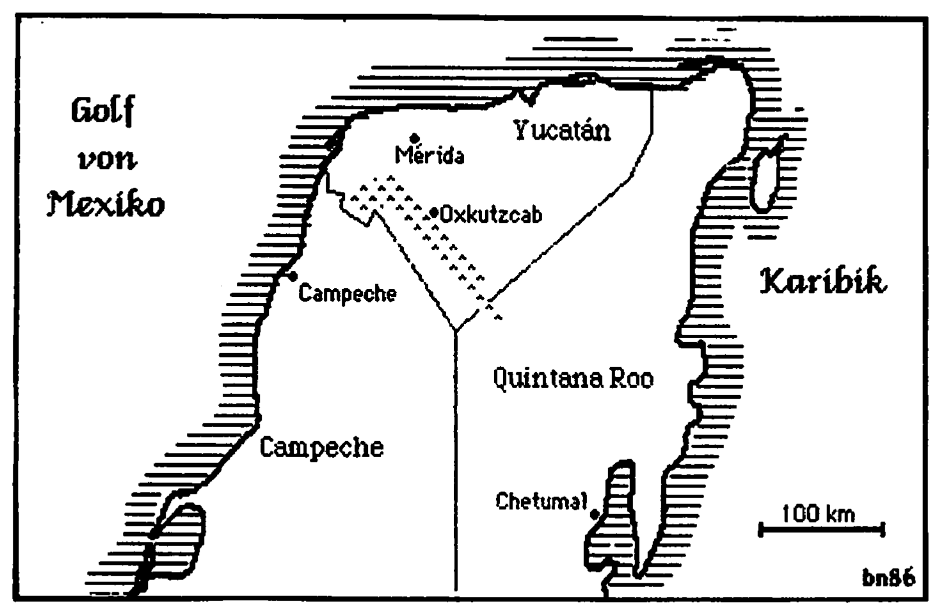
Bedeutende soziale Veränderungen haben seither ihren Einfluß auf die Maya-Gesellschaft gehabt. Den Spaniern gelang es durch die Einführung von Haustieren, fremden Pflanzen und europäischer Bauweise ihren Einfluß dauerhaft zu verfestigen, Landbesitz zum Machtsymbol und Prestigeobjekt zu erheben, Rinder, Schafe und Ziegen einzuführen. Der Landbau der Kolonie wurde dabei zum wenig ergiebigen Abklatsch europäischen Landbaues. Doch andersartige Umweltverhältnisse, heftige Regen im Wechsel mit extremer Trockenheit, arme Böden und deren rasante Auswaschung ließen die Spanier letztendlich scheitern, während den Ureinwohnern die traditionellen Methoden nicht mehr erlaubt wurden. Zwangsläufig gingen sie verloren. Die Produktivität sank und erreichte im 20. Jahrhundert im uniformen Brandrodungsbau den bisher niedrigsten Stand der Produktivität, was wiederum die zum gleichen Zeitpunkt entstehende Maya-Archäologie dazu verleitete, den geheimnisvollen Kollaps der alten Kultur im 10. Jahrhundert n. Chr. mit einer durch die landwirtschaftliche Nutzung hervorgerufenen ökologischen Katastrophe in Zusammenhang zu bringen.

Das Argument deutet auf die gewohnte eurozentrische Sicht hin. Da das Entstehen und Verschwinden der Mayakultur anhand unserer geschichtlichen Kenntnisse nicht rekonstruierbar oder erklärbar ist, wird der Einfachheit halber ein Sündenbock gesucht. Für den einen ist es die Unfähigkeit der Bauern,[3] für den anderen hingegen die „ökologische Benachteiligung des tropischen Raumes".[4] Beides hat den gleichen Effekt: Die ursprüngliche, traditionelle Landnutzung der Leute, die sich am besten auf sie verstehen sollten, wird diskreditiert und nicht weiter beachtet.

Gleichzeitig versagt aber der europäische Landbau, woran auch grüne Revolution und wissenschaftliche Betreuung nicht viel haben ändern können. Im Gegenteil, die neuere Forschung gelangte in den vergangenen 15 Jahren zu dem Schluß, daß tropischer Landbau nur mit vielfältigeren, gemischten Methoden betrieben werden sollte; daß er eine viel stärkere Berücksichtigung des standörtlichen ökologischen Kontextes voraussetze; daß er Bäume und Ackerbaukulturen miteinander kombinieren solle, usw.. Vieles von dem scheint zu den Charakterristika des Maya-Landbaues gehört zu haben, darauf deuten zumindest einzelne Forschungsarbeiten hin.[5] Doch weiß man zu wenig darüber, um genaueres sagen zu können. Landwirtschaft besteht nicht nur aus einzelnen Techniken. Sie reflektiert in ganz spezifischer Form die Lebensform der Bauern, die gesellschaftliche Organisation, das politische System, die Geschichte und die Kultur. Landwirtschaft ist schon allein deshalb nicht ohne weiteres imitierbar. Sie läßt sich erst recht nicht mit archäologischen Methoden rekonstruieren, zumal das Interesse an ihr gering ist, wenn mit weniger Aufwand imposante Pyramiden, Tempel und Fresken entdeckt werden können. Zwischen dem Können der alten Maya und unserem Bedarf klafft deshalb bis heute eine große Lücke.

Um diese Kenntnislücke ansatzweise schließen zu können, habe ich in *Yucatan*[6] eine mehrjährige Studie über die gegenwärtige Landnutzungsentwicklung durchgeführt. Dem lag die Hypothese zugrunde, daß auch die heutigen Nachfahren der alten Maya noch einiges von deren landwirtschaftlicher Erfahrung beibehalten haben müßten, zumal sie auch in religiöser und kultureller Hinsicht ihren Traditionen weitgehend treu geblieben sind. Dem kam entgegen, daß ein Dorf namens *Oxkutzcab*[7] von der normalen Landnutzung auf der Halbinsel in bemerkenswerter Weise abhebt. Hier wird nicht nur mehr produziert, die Bauern leben auch besser, sie sind unabhängiger als ihre Nachbarn und die Landwirtschaft nimmt im täglichen Leben einen hohen Stellenwert ein. Die Landflucht ist in *Oxkutzcab* weniger ausgeprägt als in den Nachbardörfern; im Gegenteil, andere Bauern ziehen hierher um zu arbeiten — Grund genug also um hier eine Studie über die heutigen Möglichkeiten traditionellen Landbaues durchzuführen, zumal dies auch den Weg zu einer anderen landwirtschaftlichen „Entwicklung" weisen könnte.

Abbildung 1: Die Halbinsel Yucatán mit den Staaten Yucatán, Campeche und quintana Roo. Oxkutzcab liegt am nördlichen Rand der einzigen ausgeprägten Hügelkette, dem PUUC.



Tropischer Landbau als Problem

Die traditionelle Methode des Landbaus in den meisten tropischen Waldgebieten ist der „Brandrodungs-Wechselfeldbau", in Yucatán unter dem Begriff *Milpa* bekannt.[8] Diese Methode kennt weder künstliche Düngung noch Fruchtfolge, sondern bein haltet stattdessen Zyklen kurzfristigen landwirtschaftlichen Anbaues und längerdauernder Brachephasen, während derer die Fruchtbarkeit regeneriert wird. Die Anlage einer *Milpa* wird begonnen, indem Bäume, Sträucher und Lianen eines möglichst alten Waldstückes gefällt und nach einer gewissen Zeit des Trocknens verbrannt werden. Mit dem Einsetzen der Regenperiode erfolgt dann die Saat von Mais, Bohnen und Kürbissen in den unbearbeiteten Waldboden, die innerhalb von drei bis fünf Monaten heranreifen.

Als Arbeitsinstrumente werden Äxte, Buschmesser (Macheten) und Saatstöcke verwendet. Die Feldgrößen betragen zwischen einem und vier Hektar pro Familie, das heißt, daß bei einer jeweils zwanzigjährigen Brachedauer, während der der im nächsten Zyklus zu fällende Wald wieder aufwächst, jede Familie insgesamt wenistens über 40 Hektar verfügen muß. In günstigen Jahren erlaubt eine derartige *Milpa* ausreichende Erträge für den Eigenverbrauch und den Verkauf. Doch ist sie andererseits von den in allen Randgebieten der Tropen sehr unregelmäßig fallenden Niederschlägen abhängig. Sowohl zuviel als auch zuwenig Regen können Ernteverluste herbeiführen, und so muß der *Milpero* (Milpabauer) mit seinem Landbau erhebliche Risiken abdecken.

Dennoch bringt ihm das erste Anbaujahr normalerweise hohe Erträge bei geringem Arbeitseinsatz. Schon die zweite Ernte läßt sich jedoch angesichts zunehmenden Unkrautwuchses und einer Verschlechterung der Bodenstruktur nur noch mit erheblich höherem Arbeitsaufwand einbringen. Ob dafür ein durch Hitze, Feuchtigkeit und extreme Sonneneinstrahlung beschleunigter Fruchtbarkeitsabbau, die Verdichtung des Bodens oder das zunehmende Unkrautaufkommen verantwortlich sind, ist eine seit langem umstrittene und wohl nur jeweils im Einzelfall zu klärende Frage. Milpabauern verlassen jedenfalls ihre Anbauflächen sobald der Arbeitsaufwand zu hoch oder die Erträge zu niedrig sind. Sie überlassen sie dann im günstigsten Fall für 25 Jahre der Waldbrache, doch meist ist dazu nicht genügend Land vorhanden, was dann gleich das ganze Verfahren in Frage stellt.

Unter der Voraussetzung ausreichender Flächenverfügbarkeit, d. h. also bei geringer Bevölkerungsdichte, erlaubt die *Milpa* nachhaltig hohe Erträge und ist der ökologischen Besonderheit tropischer Waldökosysteme gut angepaßt Der Boden wird nur kurze Zeit der Einwirkung von Sonne, Wind und Regen ausgesetzt, die Regenerationsmöglichkeit des Waldes wird durch die Wahl isoliert gelegener Kulturflächen begünstigt, Krankheiten und Schadinsekten haben während der kurzen Kulturperiode gar nicht die Möglichkeit, sich auszubreiten oder auf bestimmte Pflanzen zu spezialisieren, und schließlich regeneriert sich auch das landwirtschaftliche Produktionspotential ohne externe Hilfen. Die *Milpa* entspricht demnach weitgehend den Forderungen moderner ökologischer Forschung. Abgesehen vom zu hohen Flächenbedarf ist sie ein standörtlich gut angepaßtes Nutzungssystem — mehr vielleicht als viele der modernen Nutzungsformen.

Traditionelle Waldbewohner bestritten mit der *Milpa* zum Teil über Jahrtausende ihre gesamte Nahrungsmittelversorgung. Traditionelle Varianten des Verfahrens bestehen aus dem langfristig geplanten zyklischen Wechsel ein- bis zweijähriger Anbaumethoden mit sehr langen Ruhe- oder Brachephasen. Sie vermochten dabei offensichtlich ein ausgeglichenes Verhältnis zu den ökologischen Bedingungen ihrer Umwelt zu wahren. Doch schon bei 20 bis 25 Einwohnern pro Quadratkilometer erreicht die *Milpa* die Grenze ihrer nachhaltigen Tragfähigkeit.

Diese Grenze wird heute öfter erreicht denn je. Die *Milpa* ist auch die bevorzugte



Feuer ist bis heute das effizienteste Werkzeug zur Vorbereitung von Feldern im Wald. Es setzt in der Asche Mineralstoffe frei, lockert den Boden, zerstört Unkrautssamen und schafft somit günstige Wuchsbedingungen während des folgenden Jahres. Zu oft und intensiv angewandt wirkt es hingegen schädlich und führt langfristig zum Verlust des Anbaupotentials.

Nutzungsform unerfahrener Siedler in den Kolonisierungsgebieten geworden. Wo immer Regierungen den Druck des Bevölkerungswachstums zu mindern versuchen, indem sie Bauern umsiedeln, ist sie auf dem Vormarsch und dient dabei ebenso der kleinflächigen Subsistenzwirtschaft, wie der großflächigen und einseitigen Produktion marktfähiger Produkte. Mit ihr werden die Voraussetzungen für die Begründung von riesenhaften Viehweiden geschaffen, Plantagen angelegt und Siedlungsplätze gerodet. Diese Gefahr hat mit dem Eindringen ortsfremder Kolonisatoren zugenommen. Denn während traditionelle Bauern *Milpa*-Verfahren entwickelt haben, die langfristig mehr oder weniger gut mit dem Regenerationsvermögen des Waldes vereinbar sind, arbeiten Neusiedler normalerweise mit rudimentären Methoden. Bei sinkenden Erträgen müssen sie deshalb ihre Anbaufläche mit den Jahren ständig vergrößern und stoßen so bald an die Grenze der Arbeitskapazität. Dann folgen ihnen zwangsläufig Kapitalinvestoren, die auf den freigewordenen Flächen Viehweiden anlegen. Diese Viehmastbetriebe sind leicht aus der Ferne kontrollierbar, vermögen, extensiv geführt, auf großen unproduktiven Flächen noch Gewinne zu erzeugen und versprechen angesichts eines expandierenden internationalen Fleischmarktes sogar hohe Kapitalrenditen.

Dabei entsteht immer die gleiche grundlegende Problematik: Wo Anbau und Regenration nicht mit der nötigen Zeit und Sorgfalt betrieben werden, neigt das Verfahren zum Zusammenbruch durch Bodenerosion und Fruchtbarkeitsverlust. Es bewirkt damit letztlich die endgültige Zerstörung des tropischen Waldes.

Mit der Abholzung beginnt also ein Prozeß, in dem die Aktoren schrittweise wechseln und dabei die Zerstörung jeweils wieder eine Stufe vorantreiben. Sie fördern und behindern sich dabei gegenseitig, das heißt sie verhalten sich kompetitiv: Die Holznutzung im Urwald fördert das Vordringen der Landwirtschaft, die Gegenwart der *Milpa-Bauern* vereitelt alle Bemühungen um eine sinnvollere Nutzung, und die Viehzüchter beanspruchen schließlich derart große Flächen, daß der ganze Ablauf noch einmal wesentlich verstärkt und beschleunigt wird. Somit wird nicht nur der Wald, sondern mit ihm auch jede Aussicht auf eine zukünftige, produktivere Nutzung vernichtet. Gleichzeitig geht er als Heimat gerade jener Volksgruppen verloren, die während langer Zeit verstanden haben in und von ihm zu leben.

Diese Situation erzeugt ein politisches Vakuum, in dem jeder seiner wirtschaftlichen Macht und Fähigkeit entsprechend den größtmöglichen Teil der vorhandenen Ressourcen auszunutzen versucht. Dabei geht es nicht so sehr um eine sinnvolle Bewirtschaftung des Landes, als darum, Raubbau mit dem geringstmöglichen Aufwand zu betreiben. Insofern sind Holznutzung, *Milpa* und Viehweide einander nur allzu ähnlich; ein Ausbruch aus dem Teufelskreis extensiver Nutzung erscheint unter den jetzigen Umständen nicht möglich.

Andererseits belegen historische Quellen, daß es schon in vorspanischer Zeit Verbote der Brandrodung gab. Demnach müssen auch andere, räumlich und zeitlich intensivere Nutzungsverfahren in Gebrauch gewesen sein, ohne die die hohen Bevölkerungsdichten vorkolonialer Kulturen nicht erreicht woden wären. Das deutet darauf hin, daß die Annahme, die *Milpa* sei eine primitive landwirtschaftliche Methode, und als solche von den alten Maya übernommen worden, nicht zustrifft. Die *Milpa* scheint vielmehr eine sehr rationale Reaktion auf die unsicheren sozialen Verhältnisse der Kolonialzeit, und in vielen Fällen der heutigen Zeit, zu sein. Sie ist überall dort angebracht, wo kurzfristige Produktion der Bauern sicherer erscheint als die langfristige Investition, wo Wissen und Erfahrung nicht sinnvoll gesammelt und verwertet werden können, wo Mißtrauen gegenüber der Agrarpolitik, den Händlern und der Besitzsicherheit vorherrscht — kurzum, sie ist der anbautechnische Ausdruck der sozialen und geschichtlichen Situation vieler Länder der Dritten Welt.[9]

Läßt sie sich aber auch zu intensiveren und dauerhafteren Nutzungsformen ausbauen? Diese Frage wurde während der ersten beiden Entwicklungsdekaden rigoros verneint. Noch heute haften der *Milpa* in Wissenschaft und Entwicklungspolitik Begriffe wie „primitiv", „schlecht" oder „abzuschaffen" an. Diese Haltung übersieht jedoch, daß damit gleichzeitig Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte, der praktischen Arbeitserfahrung in den Tropen negiert werden. Sie übersieht, daß die *Milpa* zumindest in ihrem traditionellen Kontext dauerhaft funktionieren konnte und dann nicht nur die Versorgung mit Nahrungsmitteln, sondern auch die Erhaltung der Landschaft und insbesondere des Waldes, ermöglichte. Erst die schlechten Erfahrungen mit modernen Nutzungsmethoden des Industrialisierungzeitalters kam im vergangenen Jahrzehnt wieder Interesse am Brandrodungsfeld auf. Angesichts seiner Komplexität war es da jedoch schon sehr schwierig seine guten Seiten zu erkennen oder gar seine Entwicklungsfähigkeit zu ergründen.

Oxkutzcab ist in dieser Hinsicht ein Sonderfall. Aufgrund verschiedenster politischer und geschichtlicher Umstände hat hier zu Beginn des Jahrhunderts eine sukzessive landwirtschaftliche Intensivierung der *Milpa* eingesetzt, die in den vergangenen Jahrzehnten zu sehr konkreten positiven wirtschaftlichen Konsequenzen führte. Dieser Prozeß ist nachvollziehbar, viele der daran beteiligten Bauern leben noch und vermögen durch ihre Erzählungen und ihr praktisches Arbeiten nachzuweisen, daß tropischer Landbau weder durch ihre eigene Fähigkeit, noch durch standörtliche Benachteiligungen beschränkt wird. Tropischer Landbau ist vielmehr, so wie es auch die Landwirtschaftsgeschichte Europas bezeugt, ein dynamisches Gebilde, das einen offenen Markt, Zeit und Unternehmensgeist benötigt um sich zu verbessern, sprich zu entwickeln. Diese drei Voraussetzungen waren in *Oxkutzcab* während der zwanziger bis vierziger Jahre gegeben.[10]

Die während dieses Zeitraumes vollzogene Entwicklung führte schrittweise von der ursprünglichen Form des Brandrodungsbaues, der *Milpa*, erst zum *Conunco*, einem auf kleineren Flächen intensivierten Brandrodungsverfahren, und danach zu eiener vielfältigen Baumgartenwirtschaft. Diese *Baumgärten* stellen eine Art Idealmodell tropischer Landnutzung dar — ein Fernziel vieler ökologisch bewußter Landnutzungsplaner, das zu erreichen nur wenigen gelungen ist.

Die Milpa

In ihrer traditionellen Form ist die Milpawirtschaft der heutigen *Maya* eine integrierte, räumlich und zeitlich langfristig geplante Form der Landnutzung, deren Produkte neben den landwirtschaftlichen Kulturen auch Waldprodukte und Wildtiere sind. Die Bauern richten ihren Tages- und Jahresrythmus nach ihr aus. Sie versorgen sich und ihre Familie jahraus jahrein mit den Produkten der Milpa, vor allem anderen Mais, Bohnen und Feuerholz. Sie beziehen ihr finanzielles Einkommen aus dem Verkauf überschüssigen Maises oder mästen einzelne Schweine, Rinder oder Federvieh mit Abfällen und Körnern. Die Häuser werden aus Hölzern gebaut, die gezielt aus den Waldbrachflächen entnommen werden, Wasser wird in hohlen Kürbissen getragen und aus ausgehöhlten Früchten getrunken, Zäune werden aus dem gefällten Holz der Brachfläche gebaut. Die *Milpa* ist eine vollkommen in das tägliche Leben integrierte Arbeitsform.

In einer insgesamt degradierten Landschaft ist sie heute allerdings in dieser Vielseitigkeit kaum noch anzutreffen. Ihr Verfall trat erst im Laufe der vergangenen Jahrzehnte als Folge des Bevölkerungsdruckes, sozialen und wirtschaftlichen Wandels ein, der außerhalb des Einflußbereiches der Bauern selbst lag. Dabei entstand mit der Verkürzung der Rotationszyklen und folglicher Abnahme der Flächenerträge eine selbstzerstörerische Eigendynamik, die zu minimalen Ernten von nur noch 500 bis 800 kg Kornertrag pro Hektar führte. Das kommerzielle Angebot von Baumaterialien, Getränken, Flaschen und anderem minderte das Interesse und den Bedarf an der Eigenproduktion, und so dienen viele *Milpas* heute zu nichts anderem mehr als der Versorgung mit Mais und, schon relativ seltener, Bohnen, über die standörtliche Eignung von Kulturpflanzen, Bäumen und Pflegemaßnahmen, über die Kräutermedizin und das Überleben im Walde.

Aber wozu ist die *Milpa* noch gut? Indem sie eine Waldbrachephase gezielt zur

Wiederherstellung und Erhaltung der Fruchtbarkeit nutzt, ist sie zwar bei nur geringer Bevölkerungsdichte dauerhaft praktizierbar, verdeutlicht jedoch gleichzeitig die Möglichkeit, mit Bäumen verbrauchtes Land zu regenerieren. Angesichts der gewandelten Bevölkerungssituation ist diese allein zeitliche Integration von Feld und Wald nicht mehr tragbar, wenn sie nicht ganz oder teilweise durch eine räumlich-funktionelle Beziehung ersetzt wird, innerhalb derer Bäume dauerhaft schützend und regenerierend *neben* landwirtschaftlichen Kulturen stehen.

Man nennt dererlei Kulturen dann ‚agroforstlich'. Das Problem ihrer Begründung liegt in den Kosten und im Zeitaufwand des Einpflanzens entsprechend geeigneter Bäume, weshalb man normalerweise davon ausgeht, daß agroforstliche Landnutzungsverfahren größere finanzielle Investitionen voraussetzen. Für tropische Kleinbauern hat es sich jedoch als wenig sinnvoll erwiesen, auf Kapital zu warten: Aus eigenem Antrieb können sie angesichts minimaler Marktpreise nur in den seltensten Fällen mehr erwirtschaften als sie verbrauchen; der Rückgriff auf Banken hingegen erzeugt unerwünschte Abhängigkeit, so das sie schließlich Investitionsproblemen am liebsten aus dem Weg gehen oder aber eine anbautechnische Lösung für sie suchen. — Wie so etwas aussehen kann, zeigt Oxkutzab. Dort vermochten die Bauern zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen interessanten ersten Schritt zur Verkleinerung der Anbauflächen bei gleichzeitiger Intensivierung des Anbaues zu tun. Das Ergebnis nannte sich *Conuco.*

Der Conuco

Anfang des Jahrhunderts begann eine Vielzahl von Bauern in Oxkutzcab solche *Conucos* anstelle der *Milpas* anzulegen. Daraus entwickelte sich dann die bedeutendste Anbauform des Ortes in den 30er bis 50er Jahren. Sie war Wechselfeldbau, wie die *Milpa.* Auch Conucoflächen wurden nach ein- oder zweijähriger Nutzung der Waldbrache überlassen, sie erlaubten jedoch eine sprunghafte Reduzierung des Gesamtflächenbedarfes von 50 auf 10 Hektar und weniger pro Familie und waren damit eine konkrete und problemgerechte Antwort auf die Problematik der *Milpa.*

Interessant ist nun, welche technischen Schritte dies ermöglichten. Die Bauern griffen keineswegs zu revolutionären Neuerungen ihrer Methoden, sondern verwandelten die gewohnten Praktiken der *Milpa* auf geringfügige, allerdings sehr effiziente Weise. Die folgende Zusammenstellung dieser Veränderung zeigt, daß dabei nicht nur einzelne Parameter, sondern auch das ganze Gefüge der Nutzungsform verändert wird; die Wirkung des Wandels ist deshalb nur im Ganzen, systemisch zu erfassen.

- Eine sorgfältige Standortwahl verschaffte nicht nur einzelnen Kulturen günstigere Wuchsbedingungen, sondern führte vor allem auch eine größere Einheitlichkeit des Geländes herbei, erlaubte frühzeitigeres Säen und Pflanzen, längere Wuchsperioden und weniger Erosion.
- Das widerum war nur möglich, da die Anbaufläche insgesamt reduziert werden konnte; einheitliche Flächen sind in Yucatán nur in Größenordnungen von wenigen tausend Quadratmetern anzufinden. Die durchschnittliche *Conuco*-Größe betrug 1/4 bis 1/2 Hektar.
- Sorgfältiges Säubern und Brennen der Fläche verbesserte die Wuchsbedingungen weiterhin.
- Auf derartig ausgewählten und gerodeten Standorten konnte der Anbaubeginn schon in den Februar, dem ersten fast regenlosen Monat der Trockenzeit, gelegt werden. Der vielleicht wichtigste Erfolg dieser Bauern war, daß sie es schafften, die zu diesem Zeitpunkt gesäten Pflanzen ohne Bewässerung bis in den ersten Regenmonat, April, hinein am Leben zu erhalten. Dafür verantwortlich waren die Qualität des ausgewählten Bodens (humusreich), die Oberflächenbeschaffenheit des Standortes (felsig mit natürlichen kleinen Terassenformen in denen sich das Wasser staute und lange hielt), sowie der geringfügige unterirdische Abfluß.
- Ein Kunstgriff bei dieser Trockensaat war die direkte Aufeinanderfolge von Brennen und Säen: Die ersten Kulturen, Kürbisse und Melonen, wurden in die noch heiße Asche gesät und keimten durch die Aufnahme des beim Abkühlen entstehenden Kondenswassers. So wenig sie sich dabei entwickelten, sie bildeten ein Wurzelsystem aus, das später auf die ersten Regen mit sehr schnellem Wachstum reagieren konnte und den Boden während der erosionsgefährdeten Phase schützte.
- Schließlich brachten die *Conuqueros* ihre erste Ernte ein wenn die Milpabauern gerade mit der Saat begannen, Mitte April oder Anfang Mai. Von da an wurde auf den *Conuncos* eine über das ganze Jahr geschlossene Fruchtfolge aufrechterhalten, die ein mehrfaches des Milpaertrages lieferte. Die Conucobauern lebten mit ihrem viertel Hektar deutlich besser als die *Milperos.*
- Dabei ergaben sich verschiedene sekundäre Vorteile, so die Möglichkeit, das Feld in Dorfnähe anzulegen, die Erntearbeiten über das ganze Jahr zu verteilen und nicht nur über zwei Monate, und täglich weniger, dafür aber regelmäßiger zu arbeiten.

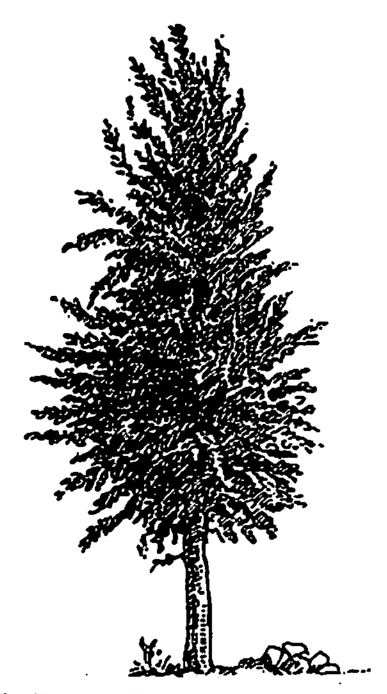
Die Produktion des *Conuco* war vielfältiger als die der *Milpa:* Gemüse, Früchte, Mais, Bohnen, Kräuter, Obst, Feuerholz und anderes mehr erlaubten den Kleinbauern nicht nur das Weiterführen ihrer Subsistenzwirtschaft, sondern brachten zudem über die durch Vielseitigkeit erleichterte Vermarktung erhebliche Einnahmen. Es wurde also einerseits der schwerwiegendste Engpaß der Milpawirtschaft, die Flächenverfügbarkeit, ausgeschaltet; andererseits machte man sich aber wieder die Vorteile der Milpa, ihre Diversität und Flexibilität zunutze. Ohne Investitionen entstand so ein intensiviertes Landnutzungsverfahren.



Ein Conuco in etwa 10 km Entfernung des Dorfes Oxkutzcab. Während arbeitsintensiver Zeiten bewohnt der Bauer sein hier erbautes Haus, ansonsten wohnt er im Dorf. Die Fläche trägt in diesem Jahr Paprika, scharfen Chili, Achiote-Sträucher, Bananen und einige Gemüse. Zwei Orangenbäume wurden vor 14 Jahren, im vorherigen Nutzungszyklus, gepflanzt. Sie dienen vor allem der Erfrischung durch Schatten und Saft.

Wie war das möglich? Ausgangspunkt dieser Entwicklung war unter anderem die Erschließung des Marktes in der Hauptstadt Mérida durch eine Eisenbahnlinie. Die vielseitige Produktion konnte also verkauft werden. Andererseits gelangte dieser Markt erst zu seiner Blüte, als die Produkte der *Conucos* das Angebotsspektrum differenzierten und vergrößerten; Anbautechnik und Nachfrage wirkten dabei zusammen.

Wichtiger noch war, daß den Bauern nach der Revolution der Jahre 1910-17 ein Freiraum der Selbstentfaltung entstanden war. Sie waren vorübergehend der gewohnten Fesseln des Großgrundbesitzertums entledigt. Die neue Regierung hatte noch nicht mit ihren Programmen Fuß gefaßt, sondern experimentierte mit der Mobilisierung der Bauern, der Einrichtung von dörflichen Selbstverwaltungsgruppen und anderem mehr. Befreite Sklaven zogen ins Dorf ein, um dort als freie Menschen zu leben und zu arbeiten, und bei all dem entstand eine kreative Arbeitsatmosphäre, die solchen Fortschritt nicht nur erlaubte, sondern offensichtlich auch forderte. Das alles zeigte im relativ isolierten Yucatán Auswirkungen bis in die frühen fünfziger Jahre und bewirkte noch einen weiteren Schritt des Wandels.



Die Baumgärten

In den vierziger Jahren begannen einige Bauern, ihre *Conucos* weiter auszubauen. Sie gliederten Fruchtbäume in die Fruchtfolge ein und überführten die drei bis vier Jahre lang als Conuco genutzte Fläche dann in eine Dauernutzung, die bis heute anhält. Die Anlage von Fruchtbaumgärten erfordert üblicherweise längerfristige Kapitalinvestitionen, die im kleinbäuerlichen Bereich ein großes Entwicklungshandicap darstellen. Mit der Anwendung der *Conuco*-Kulturpraktiken gelang es jedoch verschiedenen Oxkutcaeñer Bauern kommerzielle *Baumgärten* ohne wesentlichen zusätzlichen Kapitalbedarf anzulegen.

Die Voraussetzung hierfür war wiederum eine entsprechende andere Standortwahl, sowie die Beachtung der im *Conuco* erprobten Mischkulturprinzipien und Fruchtfolgen. Während die Bäume wuchsen, wurde der Arbeitseinsatz durch die Ackerkulturen finanziert. Das funktionierte, da die besonders sorgfältige Behandlung der Fläche auch im dritten und vierten Jahr noch annehmbare Erträge ermöglichte. Das Investitionsproblem der ersten unproduktiven Wuchsjahre wurde ausgeschaltet, die Erträge von Acker- und Fruchtkulturen folgten sukzessiv aufeinander und ermöglichten sowohl die Eigenversorgung als auch kontinuierliche finanzielle Einnahmen.[11]



Der große Vorteil dieser Baumgärten bestand schließlich darin, daß sie als erste Landnutzungsform die dauerhafte, nachhaltige Bewirtschaftung einer Fläche ermöglichten. Die Wechselfeldwirtschaft wurde damit unnötig, zumindest in Teilen, Oxcutzab's Bauernfamilien erhielten zum ersten Mal in neuerer Zeit ein Element der Stabilität in ihrem Landbau. Doch waren die in dieser Hinsicht noch keineswegs bei einer optimalen Endstufe der landwirtschaftlichen Entwicklung angelangt. Vielmehr begannen in den 60er und 70er Jahren folgende Probleme aufzutreten:

- Die Begründung der traditionellen *Baumgärten* gelang ursprünglich auf guten Böden, wie sie heute kaum noch anzutreffen sind, denn Abholzungen, die sich immer noch ausweitende Milpa, und staatliche Rodungsprogramme haben die Landschaft der weiteren Umgebung grundlegend verändert.
- Die Integration landwirtschaftlicher Kulturen in die *Baumgärten* ist nicht mehr möglich wenn sich das Bestandesdach schließt; andere Flächen müssen also für den Anbau von Feldkulturen hinzugezogen werden. Das Land in der näheren Umgebung der *Baumgärten* ist deshalb inzwischen stark übernutzt; die Dauerhaftigkeit des Baumgartenverfahrens gilt nur in sehr beschränktem Maße.



Der Ramón, ein wichtiges Element der Baumgärten. Sein Laub wird mit der Machete abgeschlagen (geschneitelt) — rechts — und wächst innerhalb eines Jahres wieder nach — mitte —. Er dient der Ernährung von Rindern u. Pferden; vor allem während der Trockenzeit. Links steht ein unberührter Baum.

- *Baumgärten* produzieren relativ stabil über Zeiträume von 35 bis zu 50 Jahren. Danach ist eine systematische Verjüngung oder Umwandlung erforderlich, die einen neuen Lern- und Entwicklungsschritt voraussetzen würde. In Oxcutzcab beherrschen die Bauern bislang jedoch nur die Techniken der Begründung und Nutzung von Baumgärten. Zudem hat sich die politische und soziale Atmosphäre in einem Maße verändert, daß heute an neuerliche autonome Entwicklungsanstöße nicht gedacht werden kann.

Konsequenzen des Beispieles

Die so gekennzeichnete landwirtschaftliche Entwicklung ist in zweierlei Hinsicht beispielhaft; sie zeigt im Positiven, wie konkrete Lösungsansätze für kleinbäuerliche Entwicklungsprobleme entstehen können, und die hat damit eindeutige Problemstellungen für die Zukunft geschaffen. Im Negativen zeigt sie jedoch auch, wie sehr eine derartige Konstellation der nachrevolutionären Spontaneität und Kreativität den Bauern derartige Leistungen ermöglichte. Die später durch zunehmende staatliche Plannung, zentrale Landwirtschaftsverwaltung, Beratung und Investitionsförderung eingeengte Bewegungsfreiheit dersel-

ben Personen verhinderte ein Weiterschreiten der erfolgreich eingeschlagenen Tendenzen.[12]

Man sollte dennoch denken, daß das Beispiel im weiteren Umkreis des Ortes, der sich hervorgebracht hat, kopiert würde. *Oxkutzcab* ist dennoch in landnutzungstechnischer Hinsicht einne Insel geblieben. Nur in den direkt anliegenden Gemeinden wurden einige wenige der hier erprobten Praktiken übernommen. Die große Mehrheit der Yukateken lebt jedoch weiterhin mehr schlecht als recht von der *Milpa*, aber von staatlich subventionierten Mechanisierungs- und Plantagenprojekten.

Ein weit verbreiteter Deutungsversuch für dieses Phänomen beruft sich auf die klimatischen und standörtlichen Vorteile der Region. Das erklärt jedoch nicht, warum nicht wenigstens die von den natürlichen Voraussetzungen her vergleichbar ausgestatteten Gemeinden eine ähnliche Entwicklung durchgemacht haben. Zum anderen beschränkt sich die Landwirtschaft *Oxkutzcab's* keineswegs auf die sogenannten ‚guten' Standorte, sondern zeichnet sich ganz im Gegenteil durch eine sorgsame Anpassung der Landnutzung an verschiedene spezifische standörtliche, und oft nicht einmal als ‚gut' im herkömmlichen Sinne zu bezeichnende Voraussetzungen aus. Der Schlüssel zum Verständnis dieses Widerspruches liegt in der Rolle der staatlichen Agrarförderung, einer Ausdrucksform der veränderten Rahmenbedingungen, begründet.

Agroforstwirtschaft und staatliche Landbauprojekte

Im Rahmen der staatlich geförderten Landbauprojekte werden meistens Landnutzungskonzepte anderer Regionen nach Yucatán übertragen, ohne daß dabei auf die traditionellen Erfahrungen der Bauern Rücksicht genommen würde. Die Planung für solche Projekte wird üblicherweise von in- oder ausländischen Beraterorganisationen durchgeführt, deren Vertreter die spezifischen standörtlichen Voraussetzungen auf der Halbinsel kaum, und die traditionellen Landnutzungsformen noch weniger kennen. Vielmehr geht solche Planung von der Überzeugung aus, daß die *Milpa* grundsätzlich überfällig, durch ‚moderne' Dauernutzungsformen zu ersetzen sei. Die Möglichkeit eines schrittweisen Intensivierungsprozesses wird damit von vornherein ausgeschaltet, und *neue* Technologie eingeführt.[13]

So entstanden in Oxkutzcab die Großprojekte *Plan Tabi* und *Plan Chac*, die, wenngleich sie auch zu den erfolgreichsten Projekten der Region gehören mögen, die Schwierigkeiten derartigen technologischen Wandels gut verdeutlichen. — In Plan Tabi sollte ursprünglich ein fast 2.000 Hektar großes Milchviehprojekt entstehen, und dies in unmittelbarer Nachbarschaft, und auf eben jenen Böden, auf denen auch die intensiv geführten *Baumgärten* standen. Nachdem man offensichtlich eingesehen hatte, daß kein lokaler Bauer zur Viehwirtschaft zu überreden war, wandelte man das Ganze in ein mechanisiertes kooperatives Gemüse- und Körnerbauprojekt um. Für durchschnittlich 50 Hektar große Flächeneinheiten wurde den Bauern jeweils ein detaillierter Anbauplan vorgegeben, nach dem sie einmal Sonnenblumen, dann im nächsten Jahr Kartoffeln, dann wiederum Zwiebeln, Mais, Papaya oder Wassermelonen, jedoch kaum irgendwelche traditionellen Pflanzen, in Monokulturen großflächig produzieren sollten. Meistens kamen die dazu benötigten Traktoren aus dem staatlichen Landmaschinenarsenal zu spät an, die Kredite wurden nicht rechtzeitig ausgezahlt, oder, wenn tatsächlich einmal die Ernte gelang, war die Kommerzialisierung der Produkte nicht möglich.



Abbildung 2: *Darstellung eines 35 Jahre alten Baumgartens, der nach dem beschriebenen Muster angelegt wurde. Mangos und Avocados sind die herrschenden Bäume des obersten, etwa 15 m hohen Stockwerkes. Sie werden nur von den Kokospalmen überragt. Ein Ramón am Bestandesrand wird regelmäßig zur Futtergewinnung beschnitten. Im mittleren Stockwerk sind Citrusbäume vorherrschend. Sie beschatten den Boden fast vollständig. Aus der ständigen Bodenauflage aus Blättern, Früchten und Holzresten ernähren sich Hühner, Truthühner und Schweine. Mehrere Bienenvölker nutzen die vielen aufeinanderfolgenden Pollentrachten. Das Wohnhaus im Innern des Bestandes nutzt die Kühle des Ortes.*

Nach einer Kette von Enttäuschungen verließen viele Bauern das Projekt, andere drangen auf konzeptionelle Änderungen, und setzten diese schließlich auch mit der Unterstützung der landwirtschaftlichen Versicherungsgesellschaft (ANAGSA) durch. Seither haben die beteiligten Bauern das Land untereinander aufgeteilt und andere Bauern zur Mitarbeit eingeladen. Sie produzieren auf kleineren Flächeneinheiten individuell Gemüse und Grundnahrungsmittel. Auf staatliche Kredite und Beratung verzichten sie und haben die notwendigen Änderungen im Bewässerungssystem selbständig vorgenommen. In verstärktem Maße wird dabei auf die alten Conucopraktiken zurückgegriffen und auch erste *Baumgärten* wurden angelegt. — Allerdings bewirken Bodenermüdung zunehmende Verunkrautung, Schädlingsbefall und Ertragssenkungen erhebliche Probleme. Das ‚Plan Tabi' überhaupt produziert, ist jedoch einzig und allein der Tatsache zu verdanken, daß die Projektkonzeption schließlich im Sinne der beteiligten Bauern geändert wurde.

‚Plan Chac' wurde als Citrusplantagenprojekt konzipiert. Unter Verwendung erheblicher Kredite wurden Bewässerungseinheiten geschaffen, innerhalb derer die Mitglieder individuell, aber nach einem über die Kreditvergabe verordneten Schema Zitronen-, Mandarinen- und Orangen-Monokulturen anlegen sollten. Die Begründung der meisten dieser Anlagen war zwar im technischen Sinne erfolgreich, dennoch wurde schließlich das Projektziel nicht erreicht. Da die Baumbepflanzung nicht die Bedürfnisse der täglichen Subsistenz befriedigen konnten, die Bauern über Jahre keinen Ertrag sahen und vom Kredit allein nicht leben konnten, war dieses Projekt aus ihrer Sicht unrentabel. Sie verließen ihre Parzellen und bebauten wieder einfache *Milpas* und *Conucos*. Der Schlüssel zu einer erfolgreichen Begründung von Fruchtbaumkulturen lag in der Tradition dieser Bauern. Doch weder wurde er beachtet, noch waren sie in der Lage ihre Erfahrung durchzusetzen.

Zehn Jahre später mußte eine neues Projekt ins Leben gerufen werden, um die Anlagen zu rehabilitieren. Der Bedarf an Citrusfrüchten war gewachsen, doch man schien aus den Fehlern des ersten Anlaufes nicht gelernt zu haben. Wiederum wurden im großen Rahmen Bäume verteilt und Kredite vergeben. Nur einige Veränderungen des Bewässerungsverfahrens wurden auf Wunsch der Bauern eingeführt, doch das reichte nicht wirklich, um die Eigeninitiative der Beteiligten zu wecken. Heute beschränken sich die Landwirtschaftsbehörden weitgehend darauf, Bewässerungspumpen instandzuhalten und Wasser zu verkaufen. Selbst dabei kommt es zu häufigen Streitfällen, auf die seitens der Behörden leider nur selten mit entsprechenden strukturellen Änderungen reagiert wird.

Stattdessen erhält man durch die Zahlung von Subventionen einen *,modus vivendi'*, dessen funktionierende Grundlage nun doch wieder die eigenverantwortliche Landbewirtschaftung der Bauern selbst ist.

Wenn in derart aufwendigen Projekten keines der ursprünglichen Ziele erreicht wird, Projektstandorte mit all ihren kostspieligen Installationen wieder verlassen werden, und die einzigen funktionierenden Restbestände schließlich jene sind, die unter der Eigenverantwortung der Bauern geführt werden, so muß etwas Grundsätzliches in der landwirtschaftlichen Förderpolitik falsch laufen. Der Widerspruch scheint darin zu liegen, daß die Entwicklungsplaner eine ganz andere Auffassung von Entwicklung haben als diejenigen, die sich ,entwickeln'.

Die staatlichen Ansätze sind, bewußt oder unbewußt, dahingehend bemüht, alle bestehenden traditionellen Ansätze auszuschalten oder ihnen Konkurrenz zu machen. Das entspricht weitgehend der vorherrschenden Planungskonzeption, in der institutionelle Kriterien der Planung und Förderung über die technischen Konzeptionen Vorrang haben. Geplant wird, was ein normatives Vorgehen zuläßt und administrativ entsprechend einfach zu handhaben ist. Eigenverantwortliches Vorgehen der Bauern hat in solch einem Konzept keinen Platz, und so bestehen die wichtigsten Hemmnisse der Entwicklung weiterhin fort:

- konstantes Mißtrauen gegenüber den Institutionen
- mangelhafte ökonomische Anreize zur Verbesserung der Produktion
- eine oft fehlgesteuerte Infrastrukturentwicklung; ungenügende, fehlorientierte oder falsch verstandene Beratung, die sich nicht an Kenntnissen und Erfahrung der Bauern, sondern an fremdgeplanten Inhalten orientiert.

Zusammenfassung

1. So günstig die Ausgangsbedingungen für die Entstehung traditioneller intensiver Landnutzung ursprünglich einmal waren, so ungünstig sind heute die Voraussetzungen ihrer Weiterführung. Die entsprechende Erfahrung ist auf wenige ältere Bauern beschränkt und bei landwirtschaftlichen Beratern und Forschern weitgehend unbekannt. Dementsprechend wird ihre Weiterentwicklung weder im Versuchswesen noch in der Planung gefördert. Es entstehen vielmehr gänzlich andersgeartete Projekte der Plantagenkultur und des großflächig mechanisierten Landbaues, die den agroforstlichen Nutzungsweisen langsam aber stetig die Anbaufläche, den Markt und die Arbeitskraft streitig machten.

2. Bäuerliche Anbauverfahren setzen viel spezifischere verfahrenstechnische Anpassungen an die Rahmenbedingungen der Produktion voraus als die modernen land- oder forstwirtschaftlichen Verfahren. Eine aktive Beteiligung der Bauern an Entwicklung und Durchführung scheint deshalb unverzichtbar zu sein. Hierzu sind Anreize nötig, die tatsächlichen Bedürfnissen entsprechen und eindeutig motivierend wirken. Die herkömmliche Agrarförderung hat es nicht vermocht, hier einen gangbaren Weg einzuschlagen. Somit könnten agroforstliche Ansätze im technischen Sinne in der Agrarplanung zwar durchaus einen Platz finden. Um erfolgreich zu sein, wären sie jedoch auf Veränderungen in beratungsmethodischer Hinsicht angewiesen.

3. Auch die noch bestehenden traditionellen Betriebe haben ihre Probleme. Die scheinbar produktiveren staatlichen Projekte sind aufgrund eines durch Subventionen verfälschten Produktivitätsvergleiches für die Jungen attraktiver als die ,altmodischen' traditionellen Anbauformen, *Conuco und Baumgartenwirtschaft*. Somit fehlt es ihnen seit nunmehr über zehn Jahren an lokalen Nachwuchskräften. Lohnarbeit wird von vielen der Selbständigkeit vorgezogen, seit sie es erlaubt, sich jeweils auf die Subventionsangebote der Behörden einzustellen. Nur einige wenige Ausnahmen beweisen noch heute, daß tatsächlich wohl die kommerziell betriebenen diversifizierten *Baumgärten* die produktivste Nutzungsform auf der Halbinsel Yucatán darstellen.

4. Es erscheint kaum möglich, die Voraussetzungen für solchen Wandel im Rahmen der institutionell gebundenen Beratung und Projektgestaltung vorzunehmen. Alternativen müßten vielmehr in unabhängigen technischen und methodischen Versuchen erprobt werden, bei denen die Mitarbeit der Bauern selbst eine Schlüsselrolle spielen kann. Denn, nicht 'direktiver Wandel' bestimmt die wirkliche Entwicklung, sondern der Freiraum zum Wandel ermöglicht die jeweils exaktere Anpassung an spezifische natürliche Voraussetzungen der Produktion und damit deren Steigerung.

5. Die Entstehung der heute zunehmend geforderten standörtlich angepaßten Anbauverfahren, die sich bis ins Detail an die ökologischen und sozialen Verhältnisse anzupassen vermögen, ist deshalb nur dann möglich, wenn der wirtschaftliche und der technische Aspekt der Produktion kein rigides Gebilde darstellen, sondern flexibel gehandhabt werden können, kreatives Arbeiten erlauben und der Eigenverantwortlichkeit der Bauern einen hohen Stellenwert einräumen.

Bernd Neugebauer

Anmerkungen:

1 Wilhelmy, H. 1980. Welt und Umwelt der Maya. München.
2 Harrison, P.D. and B.L. Turner 1978. Prehispanic Maya Agriculture. Albuyuerque.
3 Harrison, P.D. 1987. So the Seeds Shall Grow. Some Introductory Comment. In: Harrison, P.D. and B.L. Turner II. Prehispanic Maya Agriculture. Albuquerque. p. 1-10.
4 Weischet, W. 1977. Die ökologische BEnachteiligung der Tropen. Stuttgart.
5 Neugebauer, B. 1983. Watershed Managemant by the Maya Civilization of Central Yucatán/Mexico. In: Glaeser, B. and K.D. Phillips Howard. Clean water for Third World Development. Vierteljahresberichte des Forschungsinstitutes der Friedrich Ebert Stiftung 94, p. 395-409.
Gliessmann, S.R. and Orozoco-Segovia, A.D.L. 1979. The Marzeño in Flood Prone Regions of Tabasco, México. Presented at the 9th Americanists Congress in Vancover, Canada.
Allison, J. 1983. An Ecological Analisis of Home-Gardens in Two Mexican Villages. M.A. Thesis, Biology, Univ. of California, Santa Cruz.
6 Eine feeuchttropische bis halbtrockene Halbinsel Südost-Mexico's, die sich in die Karibik erstreckt (siehe Karte).
7 sprich „Osch'kuutz'kap"
8 Auch vereinfacht Brandrodungsbau genannt, im englischen Sprachgebrauch als *Shifting-Cultivation*, oder auch nur *Shifting*, bekannt. In Lateinamerika unter dem Namen *Milpa* (Mexico und Zentralamerika), *Conuco* (Venezuela und Karibik) und *Coamile* (Südamerika) geführt.
9 Neugebauer, B. 1986. Der historische Wandel kleinbäuerlicher Landnutzung in Oxkutzcab/Yucatán: Ein Beitrag zur Entwicklung ökologisch und sozial angemessener land- und forstwirtschaftlicher Methoden in den feuchten Tropen Mexico's. Schriftenreiche des Instituts für Landespflege. Universität Freiburg.
10 Eine detaillierte Beschreibung der sozialen und geschichtlichen Hintergründe dieser Entwicklung enthält Neugebauer, B. 1986 op. cit.
11 Siehe Abbildung 2: Darstellung eines 35 Jahre alten Baumgartens.
12 Eine ausführliche Schilderung der veränderten sozio-politischen Bedingungen enthält wiederum Neugebauer, B. 1986 op. cit.
13 In den Planungsbehörden ist man sich durchaus der Tatsache bewußt, daß derartig fremde Technologien nicht ohne weiteres freiwillig von den einheimischen Bauern übernommen werden können. Doch statt eine Anpassung der Technologie an die bestehenden sozialen Verhältnisse vorzunehmen, versucht man die sozialen Verhältnisse, oft auch soziale Hindernisse genannt, aus dem Wege zu räumen. Hierzu werden insbesondere Anthropologen eingesetzt.

Abbildung 1: Die Halbinsel Yucatán mit den Staaten Yucatán, Campeche und Quintana Roo. Oxkutzcab liegt am nördlichen Rand der einzigen ausgeprägten Hügelkette, dem PUUC.

Abbildung 2: Darstellung eines 35 Jahre alten Baumgartens, der nach dem beschriebenen Muster angelegt wurde. Mangos und Avocados sind die herrschenden Bäume des obersten, etwa 15 m hohen Stockwerkes. Sie werden nur von den Kokospalmen überragt. Ein Ramón (Schneitelbaum) am Bestandesrand wird regelmäßig zur Futtergewinnung beschnitten. Im mittleren Stockwerk sind Citrusbäume vorherrschend. Sie beschatten den Boden fast vollständig. Aus der ständigen Bodenauflage aus Blättern, Früchten und Holzresten ernähren sich Hühner, Truthühner und Schweine. Mehrere Bienenvölker nutzen die vielen aufeinanderfolgenden Pollentrachten. Das Wohnhaus im Innern des Bestandes nutzt die Kühle des Ortes.



So lautet die Losung eines Transparentes, das dem EG-Kommissar Narjes (Forschung) auf dem Kreisbauerntag in Flensburg vor einigen Wochen entgegengehalten wurde. Landauf, landab gibt es von den Bauern starken Protest gegen das *Grünbuch* der EG-Kommission. Das *Grünbuch* steht für eine Wende der Agrarpolitik (auch Reform genannt), die nicht nur die Existenz von Millionen Bauern in Europa bedroht. Auch auf die Landwirtschaft und die Ernährungssituation in den Ländern der Dritten Welt werden die Änderungen der EG-Agrarpolitik erhebliche Auswirkungen haben.

Das *Grünbuch*, das im Juli 1985 von der EG-Kommission verabschiedet wurde, beschreibt in einem Teil den Zustand der europäischen Landwirtschaft. Dieser recht allgemein gehaltene Teil fand die Zustimmung der meisten Interessengruppen. Die „Konzepte für die Zukunft", die im zweiten Teil entwickelt werden, rufen bei den Bauernorganisationen schärfsten Widerspruch hervor.

Wichtigster Ausgangspunkt der Kommissionsüberlegungen sind „die Sorgen" um die Exportmöglichkeiten von EG-Agrargütern. „Die Gemeinschaft möchte ihre Rolle im internationalen Handel wahren." Dem soll die Agrarpolitik nun Rechnung tragen, denn die Konkurrenz mit den USA und Nahrungsmittelstrategien der Entwicklungsländer stehen dem entgegen.

Die Rolle der EG im Weltagrarhandel hat sich grundlegend gewandelt. Sie ist zwar immer noch größter Importeur, aber bei vielen Agrargütern tritt die EG inzwischen als Exporteur auf. Seit 1980 exportiert sie mehr Getreide als sie importiert. Bei Milchprodukten tritt die EG schon seit langem auf dem Weltmarkt auf und hat einen Anteil von rund 50 %. In die Rolle eines Exporteurs konnte die EG nur gelangen, weil im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung wichtige Produktionen in die Länder der Dritten Welt verlagert wurden. Bekanntes Beispiel sind die Importe von Futtermitteln, die rund 110 % der Tierproduktion in Europa ermöglichen. Ebenso wird der größte Teil der pflanzlichen Rohstoffe wie Ölsaaten und Naturfasern (Baumwolle, Sisal) importiert. Hinzu kommen Kakao, Tee, Kaffee und Südfrüchte.

Bislang ist die EG mit ihren Agrarprodukten auf dem Weltmarkt nur konkurrenzfähig, weil die Exporteure beträchtliche Exportsubventionen erhalten. Trotz der Exporte stiegen die Überschüsse bei vielen Produkten erheblich an. Die Produktion von Getreide, Milch, Rindfleisch und Zucker ist über viele Jahre bewußt gefördert worden. Nun wird den Bauern in der EG der „Schwarze Peter" zugeschoben: Die Preise sollen massiv gesenkt werden. Begründet wird dies zum einen mit den begrenzten Mitteln der EG. Zum anderen sollen die Preissenkungen dazu führen, daß die Erzeugung der Nachfrage angepaßt wird. Die Erzeuger waren nach Ansicht der Kommission „von den Preisbewegungen auf dem Weltmarkt abgeschnitten. diese konnten deshalb nicht die Ausrichtung seiner Erzeugung beeinflussen, obwohl ein wachsender Teil der Gemeinschaftsproduktion ausgeführt wird" (Grünbuch, S. 40).

Da selbst drastische Preissenkungen nur verzögert einen Rückgang der Produktion bewirken werden, soll mit weiteren Maßnahmen ein beträchtlicher Teil der Bauern dazu gebracht werden, die Produktion aufzugeben. Landwirte zwischen 55 und 65 Lebensjahren sollen mit einer Vorruhestandsregelung zur Betriebsaufgabe angeregt werden. Die Bundesregierung hat zusätzlich ein „soziales Marktentlastungsprogramm" vorgeschlagen. Bauern die sich „freiwillig" dafür entscheiden, Flächen aus der Produktion herauszunehmen, sollen einen sozialen Grundbetrag und einen flächenbezogenen Pflegebetrag erhalten. Zielgruppe sind kleine und mittlere Vollerwerbsbauern ab dem 50. oder 60. Lebensjahr ohne Hofnachfolger. Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle hält es für möglich, daß 100 000 Bauern an dem Programm interessiert sein könnten. Geschätzt wird, daß insgesamt 200 000 Bauern in der BRD keinen Nachfolger haben (Ende 1985 gab es 758 300 Bauernhöfe, davon sind nur 364 000 Vollerwerbsbetriebe, und um die geht es hier).

Die EG-Kommission hat nach den Diskussionen mit eigenen Interessengruppen Ende Dezember 1985 das Papier „Eine

Zukunft für die Landwirtschaft" vorgelegt. In diesem Papier werden die Vorschläge des *Grünbuches* zwar etwas abgeschwächt, die Tendenz ist aber unverkennbar: Die Erzeugerpreise sollen gesenkt werden. Im Gegensatz zu den Vorschlägen zur Preispolitik hat die Kommission entgegen ihrer Ankündigung noch keine konkreten Vorschläge für die Strukturpolitik unterbreitet. Der entscheidende Hebel für den Strukturwandel wird wohl weiterhin die Preispolitik sein. In den zurückliegenden Jahrzehnten haben die real leicht rückläufigen Erzeugerpreise dafür gesorgt, daß jährlich ca. 2% der Betriebe aufgegeben wurden.

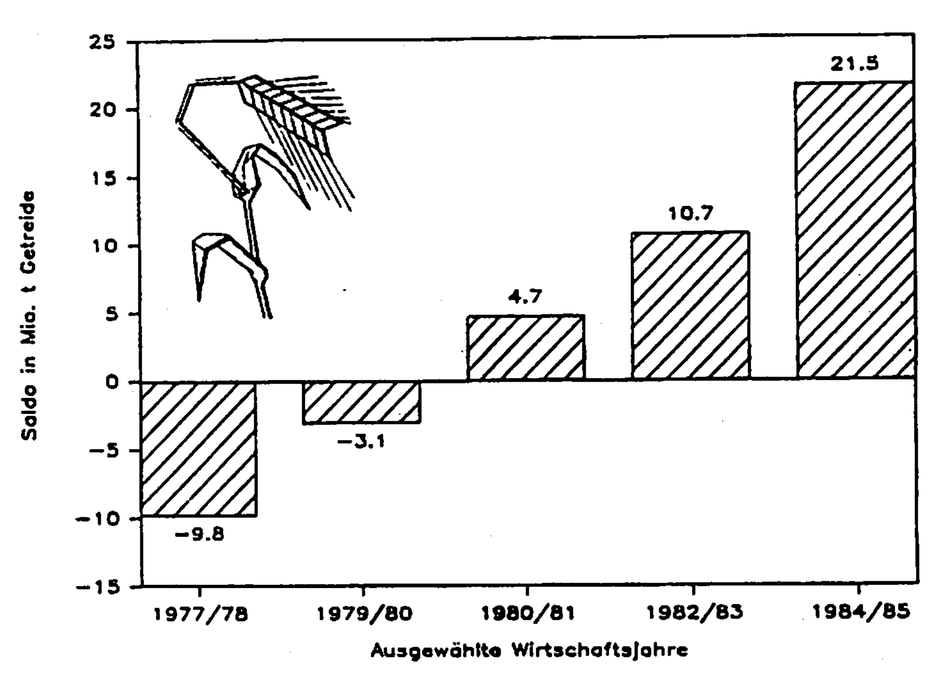
Für die kommende Getreideernte wird erwartet, daß die Erzeugerpreise in der EG ca. 15% unter dem Vorjahresniveau liegen werden. Und das, nachdem die europäische Landwirtschaft 1985 Einkommenseinbußen von rund 13,5% hinnehmen mußte (Bauernblatt/Landpost, 5.4.1986). Die Verschuldung der Bauern nimmt ständig zu. Die bundesdeutschen Bauern müssen über 13% ihrer Bruttowertschöpfung als Zinsen an die Banken abführen. Das Fremdkapital macht rund ein Fünftel ihres Vermögens aus.

Unter diesen Bedingungen werden die geplanten Maßnahmen ein massives Bauernsterben zur Folge haben. So ist es leider nicht unrealistisch, daß es im Jahr 2000 nur noch 100000 Vollerwerbsbetriebe in der BRD gibt. Das ist gut ein Viertel (27%) der heutigen Zahl. Der Strukturwandel würde erheblich schneller ablaufen als in den letzten 30 Jahren. Im Durchschnitt müßten demnach jährlich 5% der Betriebe aufgegeben werden. Wie sich die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft die Landwirtschaft in Zukunft vorstellen, das hat der Experte für Agrarstatistik G. Thiede Anfang des Jahres auf einer Tagung sehr eindringlich beschrieben.

Die Landwirtschaft der Zukunft wird danach nichts mehr mit der traditionellen Landwirtschaft zu tun haben. Es sollen effektivere Einheiten geschaffen werden. Die Landschaft an den guten Standorten wird total ausgeräumt werden. Es zählt nur noch die Produktion von agrarischen Rohstoffen für die Industrie und den Handel. Dafür werden an den schlechten Standorten (vor allem in Mittelgebirgslagen) verwilderte Flächen und verlassene Dörfer das Bild bestimmen. Kulturlandschaften werden zerstört werden. Das Ganze wird dann auch noch als „ökologisch positive Maßnahme" verkauft. Die stillgelegten Flächen sollen als „ökologische Ausgleichsflächen" dienen (Bauernblatt/Landpost, 25.1.1986). Auf der anderen Seite werden dafür in den „Kerngebieten" die schon gefährdeten Böden noch stärker belastet. Das wird allerdings völlig außer acht gelassen. Statt dessen ist eigentlich nur eine Abkehr von der intensiven Anwendung von Pestiziden und Düngemitteln dringend geboten.

Entwicklung EG-Außenhandel Getreide

Saldo zwischen Export und Import



Die europäische Agrarpolitik hat von Beginn an eine Intensivierung und Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion vorangetrieben. Mit der Preispolitik wurde das Ausscheiden der kleinen Betriebe gesteuert. Mit verschiedenen Strukturmaßnahmen, wie Zinsbeihilfen für Kredite, wurden die größeren Betriebe dazu angeregt, sich auszudehnen und zu spezialisieren. Damit die Produktionsbasis nicht durch die billigeren Importe aus den USA und anderen Ländern beeinträchtigt wurde, sicherte die EG den Erzeugern mit Abschöpfungen (Zölle) relativ stabile Preise, die meistens über den stark schwankenden über den stark schwankenden Weltmarktpreisen lagen. Zusätzlich hat die EG in den meisten Marktordnungen das Instrument der Intervention eingeführt. Formal soll dieses Instrument dazu dienen, überschüssige Mengen vom Markt zu nehmen. Interveniert wird wenn der Marktpreis einen festgesetzten (Interventionspreis) unterschreitet. Tatsächlich hat die EG mit der Intervention, also dem Ankauf von Butter, Magermilchpulver, Weizen, Rindfleisch und Zucker einen künstlichen Markt geschaffen. Magermilchpulver und Butter wurden und werden zum beträchtlichen Teil an den Verbrauchern vorbei für die Intervention produziert.

Der Magermilchpulver-Tango

Bei Milchprodukten werden Magermilchpulver und Butter interveniert. Es sind beides Produkte, die lange gelagert werden können und auf dem Weltmarkt gehandelt werden. Die Interventionspreise, die den Molkereien für diese Produkte gezahlt werden, sind im Vergleich zu einigen anderen Molkereiprodukten relativ hoch. So ist es im Durchschnitt interessanter, die Butter in großen Einheiten für die EG-Kühlhäuser zu produzieren, anstatt sie in 250 Gramm-Packungen in den Handel zu bringen, oder die Magermilch mit hohem Energieaufwand zu pulverisieren, anstatt sie zu Magerquark zu verarbeiten. Das Magermilchpulver ist kein natürliches Produkt. Magermilch ist das Nebenprodukt der Butterherstellung. Bis in die sechziger Jahre hinein wurde der größte Teil für ein paar Pfennige an die Bauern zur Tierfütterung zurückgegeben. Dann wurden im Rahmen der Konzentration im Molkereiwesen der Bau von Trockungsanlagen mit Subventionen gefördert. Mit dem Inkrafttreten der Milchmarktordnung 1968 wurde neben Butter Magermilchpulver zum Interventionsprodukt. Seitdem wird der größte Teil der anfallenden Magermilch getrocknet. Das Zeug ist so teuer, daß nur ein Zehntel zu Marktpreisen verbraucht wird. Rund 60% wird für die Verfütterung verbilligt, der Rest geht in die Intervention. Diese Mengen werden mit Subventionen verbilligt auf den Weltmarkt verkauft (z. B. zwischen 10 und 27% der Butterproduktion). Ein geringerer Teil wird im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe exportiert. Die nicht absetzbaren Mengen bilden die Überschüsse, die mit Sondermaßnahmen abgesetzt werden. Die Subventionen erhalten nur Handel und Industrie. Außer bei Getreide werden nur Verarbeitungsprodukte interveniert und somit subventioniert. Die Subventionen dienen letzltlich nur dazu Getreidehandel und Ernährungsindustrie auf internationalen Märkten konkurrenzfähig zu machen.

Die Eroberung von ausländischen Märkten nützt den Bauern überhaupt nichts. Die niedrigen Preise auf den Weltmärkten dienen ja nur als Argument dafür, die Preise hier zu senken.

Nach Jahrzehnten relativ gesicherter Preise werden nun bei weit mehr als ausreichender Erzeugung, die Bauern, die unter ungünstigen Bedingungen produzieren, radikal aus der Produktion heraus gedrängt. Es gibt noch genügend Betriebe, die auch zu niedrigen Preisen produzieren können.

Ernährungsindustrie, chemische Industrie und Lebensmittelhandel nutzen jetzt die Überproduktion um niedrige Preise durchzusetzen. Für einige Branchen geht es aber noch nicht schnell genug. Die EG-Kommission gibt seit April 1986 den zucker- und stärke-verarbeitenden Industrien Subventionen, damit sie sich in der EG mit Rohstoffen zu Weltmarktpreisen eindekken können. Darüber hinaus gibt es ein Gesamt-EG-Interesse, mit den USA auf dem Weltmarkt konkurrieren zu können und sich auf diesem Wege ebenfalls in der Dritten Welt Einfluß zu verschaffen.

Die ersten entscheidenden Preiskürzungen sollen bei Getreide durchgeführt werden. Der Getreidepreis hat eine Schlüsselfunktion. Von ihm hängen viele andere landwirtschaftliche Preise ab. Eine Senkung der Agrarpreise in der EG (und parallel in den USA) werden die Weltmarktpreise noch weiter nach unten drücken. Für die Produzenten in der Dritten Welt bedeutet dies, daß sie mit diesen Preisen konkurrieren müssen, sofern sie nicht durch Zölle oder ähnliche Maßnahmen geschützt werden. Wenn nicht, kann dies in vielen Länder zu Produktionsrückgängen führen, wie es z. B. mit der Hirseproduktion im Senegal der Fall war. Die Regierung zog es vor, Weizen und Reis zu Weltmarktpreisen zu importieren. Die Förderung der einheimischen Getreideproduktion wurde vernachlässigt. Die Senkung des Weltmarktpreises für Getreide wird die Ernährungssicherung vieler Länder erschweren. Zusätzlich werden die Exporte möglicher Überschüsse fast unmöglich gemacht. Die meisten Länder müßten solche Exporte subventionieren. USA und EG erschweren durch ihre Preispolitik einen Handel zwischen den Ländern der Dritten Welt. Ebenso werden traditionelle Getreideexporteure wie Argentinien in ihren Exportmöglichkeiten weiter eingeschränkt.

Besonders drastisch wirkt sich die Getreidepreissenkung der EG auf die Futtermittel aus, die direkt durch Getreide ersetzbar sind (Getreidesubstitute), wie das Tapioka aus Thailand. Die Futtermittel konnten und können bislang zu den jeweiligen Weltmarktpreisen in die EG importiert werden und waren somit billiger als vergleichbare einheimische Produkte. Das hatten die USA gegenüber der EG durchgesetzt, als sie die Getreidemarktordnung einführte, die die EG-Getreideproduktion vom Weltmarkt abschirmt. Die billigen Futtermittelimporte begünstigten ein rasches Wachstum der Veredelungswirtschaft. Dies war durchaus im Interesse aller Branchen des Agrobusiness. Die Entwicklung hatte allerdings einen Nachteil. Die expandierende tierische Produktion befand sich in hoher Abhängigkeit von den Futtermittelimporten aus den USA. Diese Tatsache, sowie eine weiter zunehmende Nachfrage, förderte die Erschließung neuer Rohstoffquellen für die Veredelungswirtschaft.

Die erste neue Rohstoffquelle war Thailand. Den thailändischen Bauern wurde mit relativ hohen Preisen der Anbau von Maniok (Tapioka) schmackhaft gemacht. Nach der extremen Verknappung auf dem Sojamarkt 1973 wurde der Sojaanbau in Brasilien auch von der EG aus forciert. Diese beiden Länder sind seitdem neben den USA die wichtigsten Futtermittelexporteure. Gleichzeitig wurde in der EG der Getreideanbau angekurbelt. So ist die EG seit 1980 Nettoexporteur von Getreide. Würde die EG kein Getreide exportieren, könnten die Überschüsse (rund 30 Mio. Tonnen) die Futtermittelimporte aus der Dritten Welt (20 Mio. Tonnen) mengenmäßig ersetzen. Trotz der Exporte gab es einen Überschuß von 6 Mio. Tonnen Getreide. Der Getreideberg umfaßte Ende 1985 fast 17 Mio. Tonnen.

Trotz dieser Entwicklung geht die EG-Kommission nicht auf diese Probleme ein. Selbst Kiechle und Bauernpräsident Heereman machen keine konkreten Vorschläge zur Reduzierung der Futtermittelimporte, obwohl sie verbal diesen Mißstand (Getreideüberschüsse einerseits — Futtermittelimporte andererseits) des öfteren angeprangert haben. Stattdessen preisen beide die Nutzung von Getreide zur Bio-Äthanol-Produktion an. Dabei besteht in der Industrie kaum Interesse an diesem Produkt.

Obwohl dem Anschein nach offiziell nichts an den Futtermittelimporten geändert werden soll, bleibt die „Reform" der Agrarpolitik mit ihren Preissenkungen nicht ohne Folgen für die Importe von Getreidesubstituten, insbesondere für Tapioka aus Thailand.

Der Preis für Futtergetreide wird wahrscheinlich noch stärker absinken als der Getreidepreis. Eine beachtliche Menge Getreide wird nach den Plänen der Kommission nicht mehr in die Intervention kommen, also nicht mehr von den staatlichen Stellen aufgekauft werden. Für dieses Getreide gibt es keinen Mindespreis mehr. Der Preis für diese Mengen wird sich durch Angebot und Nachfrage bestimmen. Mit diesem Preis nun muß Tapioka konkurrieren. Tapioka steht gleichzeitig im Wettbewerb mit anderen Substituten. Diese sind überwiegend Nebenerzeugnisse von industriellen Verarbeitungsprozessen, wie z. B. das Maiskleberfutter aus den USA. Diese Produkte sind im Preis sehr flexibel, denn es handelt sich um eine Abfallverwertung (wie die aktuelle Entwicklung zeigt, würden Importreduzierungen von US-Futtermitteln einen Handelskrieg heraufbeschwören).

Wenn wir davon ausgehen, daß der Getreidepreis in der EG um 15% fällt und die Kosten für Trocknung der Maniokknollen, Pelletproduktion, Transport und Handel konstant bleiben, dann würde der thailändische Bauer nur noch 520 Baht/Tonne statt 700 Baht/Tonne (1985) erhalten. Der Erzeugerpreis müßte unter diesen Bedingungen um 25% fallen, damit Tapioka für die Abnehmer in Europa interessant bleibt.

Das würde zum einen erhebliche Auswirkungen auf die Devisenerlöse Thailands haben. Tapioka macht rund 10% der Ausfuhren aus, 90% des Tapiokas wird in die EG exportiert. Nach Einschätzung thailändischer Experten gibt es neben der EG keinen weiteren wirklichen Absatzmarkt. Zusätzlicher Bruch wird auf die Erzeugerpreise durch die großen Vorräte in Thailand ausgeübt. Sie überschreiten bereits die jährlich exportierte Menge. Thai-

---

> **Eine besonders erfolgreiche Illusion ist der Glaube, wir in den Industrieländern müßten anders leben, damit die Menschen in den Entwicklungsländern überleben können.** Nichts gegen einen einfachen Lebensstil, aber: Unser Wohlstand wurde nicht auf Kosten der Dritte Welt erarbeitet. Das Gegenteil ist wahr. Wenn es uns nicht gut geht, können wir den Menschen in der Dritten Welt nicht helfen — weder durch Entwicklungshilfe nocht durch den Kauf ihrer Produkte.
>
> In diesem Zusammenhang *ein Wort zu* **Futtermittelimporten** *der Entwicklungsländer. Manche stellen die Frage: Darf man landwirtschaftliche Produkte exportieren, wo Menschen verhungern? Das Beispiel der Maniok-Wurzel in* Thailand *zeigt, daß der kürzeste Weg zur Ernährungssicherung aus eigener Kraft über den Export landwirtschaftlicher Produkte führen kann.* Thailand exportiert die aus der Maniok-Wurzel gewonnene Stärke als Futtermittel nach Europa. Dadurch
>
> — haben acht Millionen Bauern, ein Fünftel der Bevölkerung Essen und ein regelmäßiges Einkommen;
> — wird die arme Nord-Ost-Region des Landes entwickelt;
> — erwirtschaftet Thailand gegenüber der Europäischen Gemeinschaft einen Exportüberschuß.
>
> Ein Verbot von Futtermitteleinfuhren aus der Dritten Welt würde, statt die Ernährung zu sichern, bereits erreichte Entwicklungserfolge zerstören.

Aus einer Rede von Bundesminister *Dr. Warnke* vor dem *Dritte Welt Kongreß der Hanns-Seidel-Stiftung am 15.6.85 in Hof*

☆ ☆ ☆ ☆ ☆ ☆ ☆ ☆ ☆

> „Eine Lösung der Probleme, die im Bereich der importierten Kraftfuttermittel entstanden sind, läßt sich... nicht durch eine Behinderung der Importe an Kraftfutter erreichen. Will die EG diese Probleme trotzdem lösen, muß sie ihre Getreidepreise auf Dauer den Weltmarktpreisen annähern."
>
> aus: GETREIDESUBSTITUTE, Zum Problem der importierten Kraftfuttermittel in der EG, Gutachten, Schriftenreihe des BMELF, Oktober 1984, S. 24

lands Exportmöglichkeiten können sich zusätzlich dadurch verschlechtern, daß angesichts des billigen Futtergetreides in der EG zusätzlich die Nachfrage nach Tapioka zurückgeht, so daß Thailand die eingeräumten Kontingente nicht mehr ausnutzen kann. Tapioka kann von heut' auf morgen in der EG durch Getreide ersetzt werden. Diese Tatsache kann für die Maniok-Bauern zum Verhängnis werden.

Die thailändischen Bauern werden unmittelbar von den Entscheidungen in Brüssel betroffen sein. Die Existenz von rund acht Millionen Thailändern hängt ganz oder teilweise vom Maniokanbau ab. Die Existenz vieler Bauern ist nach dem Preisverfall infolge des „Selbstbeschränkungsabkommens" mit der EG sehr schwierig geworden. Eine hohe Zahl von Bauern hat bereits die kommende Ernte verpfändet, um Pacht und Lebensunterhalt bezahlen zu können. Alternativen zum Maniokanbau sind bislang kaum erprobt und wenig verbreitet. Mit dem Weg über die Preissenkung entledigt sich die EG zumindes teilweise den Problemen, die mit einer vertraglich geregelten Reduzierung der Importe ver-

Maniok-Bauern in Thailand *Foto: Tanja Pless*

bunden wären. Die EG-Kommission folgt somit einem Vorschlag, den ein „Wissenschaftlicher Beirat" dem Bundeslandwirtschaftsministerium unterbreitet hat. In dem Gutachten heißt es, daß eine Getreidepreissenkung der einzige Weg sei, um die Futtermittelimporte zu reduzieren. Diese Maßnahme würde nicht gegen bestehende Handelsabkommen verstoßen und gleichzeitig auch Kompensationen vermeiden, die bei handelspolitischen Maßnahmen zu erbringen sind (Getreidesubstitute, Schriftenreihe des BMELF, Okt. 1984, S. 24).

Es wird also eine Situation eintreten, die wir bislang in unseren Diskussionen und unseren Forderungen kaum berücksichtigt haben. Wir haben uns bislang für den Stop der Futtermittelimporte eingesetzt, natürlich nicht von heut' auf morgen. Die Importe sollten durch eine positive Veränderung der Landwirtschaft hier überflüssig werden. Nun wird durch die Getreidepolitik der EG eine Reduzierung herbeigeführt, ohne daß die thailändischen Bauern die Möglichkeit haben, sich auf diese Entwicklung einzustellen. Die Entwicklung wird voraussichtlich die thailändischen Bauern überrollen. Sie haben gar nicht mehr die Möglichkeit, ihre Produktion rechtzeitig umzustellen. Im Gegensatz zu ihren europäischen Kollegen wird für sie kein auch noch so schlechtes soziales Netz vorhanden sein, das ihnen zunächst helfen könnte. Unter diesen Bedingungen ist eine Landflucht aus den Hauptanbaugebieten unausweichlich. So gesehen wird das *Grünbuch* auch für die thailändischen Bauern zum „Leichentuch" werden.

Deshalb ist es in dieser Situation um so notwendiger von der EG zu fordern, daß mit Thailand ein Abkommen geschlossen wird, in dem eine kontinuierliche Export-/Importreduzierung geregelt wird. Dabei muß die EG sich verpflichten durch Kompensations- und Entschädigungsleistungen, den thailändischen Bauern eine Produktionsumstellung zu ermöglichen. Die EG muß ihre Verantwortung für die Entwicklung in Thailand anerkennen!

Auch die Entwicklungen, die sich hier in Europa aus der „Reform" der Agrarpolitik ergeben, können eigentlich von niemanden akzeptiert werden. Ausgenommen diejenigen, die von dieser Politik profitieren. Diese Politik kann von den betroffenen Bauern allein nicht abgewehrt werden. Ein Zusammenschluß von Bauern, Umweltbewegung, Verbrauchern und der Dritten-Welt-Bewegung gegen die „Reform" tut dringend not!

Nur ein weitreichendes Bündnis, wie es in Bayern bereits aufgebaut wird, könnte eine positive Wende der Agrarpolitik durchsetzen. Statt weiter Intensivierung ist eine Extensivierung dringend erforderlich. Biologischer Anbau muß die chemo-technische Landwirtschaft ablösen. Die Tierproduktion muß auf ein vernünftiges Maß, wie z. B. in den fünfziger Jahren, zurückgeschraubt werden. Die Landwirtschaft muß wieder einen höheren Stellenwert bekommen. Das Bedürfnis nach ausreichender und gesunder Nahrung muß wieder mehr Geltung erlangen. Voraussetzung dafür ist, daß die Landwirtschaft wieder aus der Rolle des Rohstofflieferanten für Industrie und Handel herausgeholt wird und zum Produzenten von hochwertigen, gesunden Nahrungsmitteln wird und dabei gleichzeitig weitestgehend zum Erhalt der Landschaft beiträgt. Dazu können Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften einen wichtigen Beitrag leisten.

Die europäische Agrarpolitik favorisiert wenige Produkte, mit denen auch Exportmärkte erschlossen werden. Stattdessen muß neben der Eigenversorgung mit den wichtigsten Agrarerzeugnissen Wert auf eine möglichst vielfältige Produktion gelegt werden, so daß Einfuhren von Agrarerzeugnissen teilweise unnötig werden, und die internationale Arbeitsteilung wieder aufgehoben wird. Eine solche Agrarpolitik wäre der beste Beitrag den Europa (und die USA) für die Ernährungssicherung in der Dritten Welt leisten könnte.

Winfried Scheewe

Quellen:

1. Perspektiven für die gemeinsame Agrarpolitik, Das Grünbuch der Kommission, hrsg. von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel, Juli 1985.
2. Eine Zukunft für die europäische Landwirtschaft, hrsg. von der Kommission der europäischen Gemeinschaften, (KOM [85] 750 endg.) v. 18. 12. 1985
3. Bauernblatt/Landpost, hrsg. vom Bauernverband Schleswig-Holstein, verschiedene Ausgaben.
4. Getreidesubstitute, Zum Problem der importierten Kraftfuttermittel in der EG, Gutachten, Schriftenreihe des BMELF, Okt. 1984.

Mit neuer Strategie weiter den Hunger fördern

Reform der EG-Nahrungsmittelhilfe



Gelagerte Nahrungsmittelhilfe in Bourkina Faso (Obervolta)

Seit fast 20 Jahren wird von der Europäischen Gemeinschaft Nahrungsmittelhilfe an Länder der Dritten Welt geliefert. Wenn in der taz (29.5.1984) diese Hilfe als „Schokolade für Zuckerkranke" abgelehnt wurde, und auch Der Spiegel (21.1.1985) auf dem Höhepunkt der Spendenaktionen für Afrika dieses Stichwort aufgriff, dann schienen angesichts der Hungerkatastrophe solche Überlegungen moralisch unhaltbar zu sein. Schließlich galt es, in Not geratenen Menschen zu helfen. Daß 9/10 der EG-Nahrungsmittelhilfe gar keine Katastrophenhilfe sind, geriet dabei allzuleicht aus den Augen. Um diese 9/10 soll es hier gehen. Heftig kritisiert worden sind sie schon lange. Gefragt werden soll, was Reformen in diesem Bereich bisher bedeutet haben und letztlich, wo Ansatzpunkte sind, um auf diese Nahrungsmittelhilfe-Politik Einfluß zu nehmen.

(Hinter)-Gründe der EG-Nahrungsmittelhilfe

Als die EG Ende der 60er Jahre mit der Nahrungsmittelhilfe (NMH) begann, konnte sie damit gleich mehrere Ziele verfolgen.

Erstens war es notwendig geworden, die durch die EG-Großbauern angestauten Überschüsse an Getreide, Milchpulver, Butteröl usw. loszuwerden. Durch NMH mit ihrem humanitären Anspruch ließ sich die Überschußproduktion in der Öffentlichkeit sogar noch als sinnvoll verkaufen. Zweitens sollten durch die Gratislieferungen Märkte für die EG-Produkte entwikkelt und die Integration Afrikas in den Weltmarkt weiter vorangetrieben werden. Drittens würden die Regierungen der Empfängerländer über kurz oder lang auch politisch abhängig werden; die Brotrevolten nicht nur der letzten Zeit zeigen, welches machtpolitische Potential in der Verfügbarkeit billiger Lebensmittel steckt. Bei diesen beiden letzten Punkten muß die EG auch als Konkurrent der USA im Machtgefüge des Weltagrarmarktes gesehen werden. Die USA hatten eine solche NMH-Strategie schon viel länder verfolgt und durch das „Public Law 480" die NMH auch juristisch — ganz offen — zum Instrument der Außenpolitik erklärt. Die EG mußte sich also beeilen hier nicht in eine Nebenrolle gedrängt zu werden. Viertens müssen die institutionellen Eigeninteressen der EG-Organe gegenüber den Mitgliedstaaten in Rechnung gestellt werden. Je mehr Kompetenzen aus den europäischen Hauptstädten nach Brüssel verlagert wurden, desto besser für „Europa-bewußte" EG-Bürokraten. Tatsächlich war die NMH ein Einflußbereich, dessen Verlust die einzelnen Regierungen noch am ehesten verschmerzen konnten, wenn es darum ging, ihren Integrationswillen unter Beweis zu stellen. Für Brüssel war außerdem verlokkend, mit der NMH über ein Mittel zum Aufbau einer EG-eigenen Außenpolitik zu verfügen. Ganz haben die Mitgliedstaaten dieses Mittel der EG freilich nicht überlassen. Für die Zeit vom 1. Juli '83 bis zum 30. Juni '86 wurde z. B. für die Getreidelieferungen eine Aufteilung zwischen EG und Mitgliedstaaten im Verhältnis von 56 zu 44 % vereinbart.

Wie stark diese vier grundsätzlichen Motive für NMH jeweils zu gewichten sind, läßt sich kaum sagen. Vermutlich ist es von allem etwas; gute Belege gibt es für jeden dieser Punkte.

Zerstörung einheimischer Märkte

Die Kritik an der NMH betraf einmal ihre überaus skandalträchtige Abwicklung. Plötzliches „Verlorengehen" von Lieferungen bzw. die Bereicherung hoher Beamter durch den Handel damit; Verteilung an Militär und Polizei; das Verfaulen von Nahrung, weil für einen Weitertransport nicht gesorgt wird und dergleichen mehr, das war eher die Regel als die Ausnahme. Weil die bürokratische Regelung auf Seiten der EG bis zu 1 1/2 Jahre in Anspruch nahm, trafen die Lieferungen oft erst im folgenden, eventuell guten Erntejahr ein, zum Teil kamen sie sogar zusammen mit der heimischen Produktion auf den Markt, was die Preise für die Bauern ins Bodenlose stürzen ließ.

Das Afrikabüro Köln hat solche Schwierigkeiten bei der Verteilung der NMH im Senegal untersucht: „Obwohl das Amt für Nahrungsmittelhilfe ... versucht, die Nahrungsmittelhilfe während der Zeit, wo das Angebot an Nahrungsmitteln am schwächsten ist, auszuliefern, begegnet es dabei gewissen Zwängen: Zu nennen sind die pünktliche Ankunft von Lieferungen, die Verfügbarkeit von Lagerungsmöglichkeiten, der Mangel an finanziellen Mitteln und das Fehlen einer Politik der Nahrungsmittelreserven. Auf diese Weise hat das Amt für Nahrungsmittelhilfe die Hilfsgüter genau nach der Ernte verteilt, während das Getreide aus dem eigenen Land verfügbar war." (aus den epd-Materialien VI/84; dort werden zahlreiche weitere Beispiele aufgeführt).

1980 kam schließlich auch der EG-Rechnungshof zu *einem* vernichtenden Urteil über die NMH der EG: Sie sei „eher zufällig und ohne genaue Planung." Danach braucht man sich über den offensichtlichen Mißbrauch und die plötzlichen Preisstürze (was auch hier in zahlreichen Beispielen dokumentiert wird) nicht mehr zu wundern.

Bei soviel gelungener Zerstörung der Produktion für den heimischen Markt fällt es schon schwer, gutwillig zu bleiben und den Beteiligten nicht die Absicht genau dazu zu unterstellen. Schließlich kann es den Agrarexporteuren nur recht sein, wenn die Konkurrenz ruiniert wird.

Weitergehende Kritik betraf aber vor allem die längerfristigen Wirkungen der NMH. Weitergehend ist diese Kritik, weil auch ohne Skandlae, also bei „ordnungsgemäßer" Abwicklung der NMH, Bauern ins Hintertreffen geraten, die ihre Waren bislang an die städtische Bevölkerung verkaufen konnten. Auch wenn die NMH während der Zeit verteilt wird, in der das Angebot an Nahrungsmitteln am schwächsten ist (wie es im Beispiel Senegal's ja versucht wurde), wird der Preis gedrückt. Für viele Bauern, die ihr einziges Geldeinkommen durch den Verkauf ihrer Waren an die städtische Bevölkerung erzielten, kann dieser Preisverfall bedeuten, daß sie nicht einmal mehr für die Kosten von Saatgut, Dünger und Transport aufkommen können. So wird der ländlichen Bevölkerung die Möglichkeit genommen, ihre Produktion auszudehnen und über ihren eigenen Bedarf hinaus für den der Stadt zu produzieren.

Zementiert wird diese wirtschaftliche Ablösung der Städte vom Land durch die nachhaltige Veränderung der Eßgewohnheiten: Das Vordringen z. B. des Weißbrotes in Afrika, für das der Weizen dort kaum angebaut werden kann, geschieht auf Kosten traditioneller Getreidesorten. Weißbrot gilt inzwischen als Statussymbol. Getreidearten wie Sorghum oder Hirse, für die diese Länder günstige Produktionsmöglichkeiten bieten könnten, gelten hingegen als minderwertig.

Daß sich eine Entwicklungspolitik lächerlich macht, die einerseits Bauern auf diese Weise an der Subsistenzproduktion festhalten läßt, andererseits aber ländliche Entwicklung propagiert, hat sich letztlich sogar in Brüssel herumgesprochen. Zumindest die für die NMH zuständigen Stellen in Brüssel waren deshalb zu einer selbstkritischen Einschätzung ihrer Arbeit bereit und drängten von sich aus auf eine Reform.



Lesotho: Wie kaum ein anderes Land der Erde von Nahrungsmittelhilfe abhängig



Schließlich ist noch zu bedenken, daß das Kalkül, Märkte für EG-Agrarprodukte zu entwickeln zumindest für Afrika nicht aufgegangen war. Selbst der Europa-Parlamentarier und Vorsitzende des Agrarausschusses dort, David Curry, der sonst die Lösung aller EG-Probleme nicht etwa in einer Reform der Agrarpolitik sondern im kommerziellen Export der Überschüsse sieht, klammert Afrika bei seinen überlegungen von vornherein aus. Afrika sei viel zu Bankrott, um auf absehbare Zeit als Markt interessant zu werden. Damit wird auch das EG-eigene Interesse deutlicher, die ruinöse Wirkung der NMH aufzuheben. Schließlich gehört es auch zu den EG-Interessen Produktionsmittel für die Landwirtschaft wie Dünger, Pestizide etc. zu exportieren. Dafür müssen die Bauern die entsprechende Kaufkraft haben, d. h. sie müssen auch die Gelegenheit haben, ihre Waren zu verkaufen. Auch aus EG-Sicht dürfte die Landwirtschaft nicht länger um ihre Entwicklungsmöglichkeiten gebracht werden.

Reformansätze in der EG-Nahrungsmittelhilfe-Politik

Spätestens seit 1982/83 ging die EG von sich aus dazu über, ihre NMH-Politik in einigen Punkten zu verändern oder zu erweitern. Erklärtes Ziel war es, die NMH zu einem entwicklungspolitischen Instrument auszubauen. Gefördert werden sollte die Nahrungsmittelproduktion der betroffenen Länder. Einschränkungen der NMH sollten damit aber nicht verbunden sein. Eingestellt werden sollten vor allem Massenverschiffungen, bei denen ohne genaue Verwendungsplanung einfach große Mengen in europäischen Häfen den Verteilerorganisationen oder Empfängerländern zur Verfügung gestellt werden.

Einer der wesentlichen Punkte bei den Reformbemühungen war es, die NMH in *nationale Ernährungsstrategien*, mit denen die Empfängerländer eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln durch die eigene Landwirtschaft anstreben, einzubinden. Es wurde daran gedacht, landwirtschaftliche Entwicklungsprojekte durch z. B. Food-for-Work Programme zu unterstützen. Seit 1983 tauchen Sambia, Ruanda, Mali und Kenia immer wieder als lobenswerte Beispiele hierfür in EG-Publikationen auf, weil dort eine Zusammenarbeit von nationalen und EG-Sachverständigen zustandegekommen sei. Obwohl es anscheinend nichts Konkretes gibt, über das die EG in bezug auf diese Zusammenarbeit berichten könnte, wird seit dieser Zeit auch regelmäßig eine Ausweitung dieses Modells auf andere Länder vorgeschlagen. Aber auch nach dem Gesamtbericht der EG für 1985 ist es vorläufig wohl bei diesen Anfängen geblieben.

In diesem Rahmen sollten auch die *Gegenwertfonds* wieder aufgewertet werden. Auf diese Fonds sollen Erlöse, die durch den Verkauf der Lieferung im Empfängerland erzielt werden, eingezahlt werden, um diese Gelder dann für Entwicklungsprojekte zu nutzen. In der Vergangenheit war häufig ganz auf solche Fonds verzichtet worden, oder die Gelder wurden nicht abgerufen; funktioniert hat es wohl nie. Auch von diesem Versuch darf man sich also nicht allzuviel versprechen, zumal die schädliche Wirkung der NMH dadurch keineswegs eingeschränkt wird.

Mitte 1984 wurde auch eine Verordnung erlassen, die die Möglichkeit der *Ablösung von NMH* vorsieht. Sollte z. B. eine bereits zugesagte Lieferung unnötig werden, weil eine Ernte besser als erwartet ausfiel, dann kann das Empfängerland im Gegenwert dieser Lieferung Unterstützung für landwirtschaftliche Projekte erhalten. Vorgesehen ist z. B. die Lieferung von Betriebsmitteln für die Landwirtschaft, die Förderung von Lagermöglichkeiten, von Ausbildung und dergleichen mehr. Was hier so vielversprechend klingt, ist 1985 nur ein einziges Mal durchgeführt worden. Die Regierung von Honduras erhielt 1985 im Gegenwert von 5000 t Getreide — also immerhin für 1,6 Mio ECU — Betriebsmittel aus der EG. Aber auch das scheint weder unproblematisch, noch bedeutet die Umwidmung eines solchen Betrages — angesichts eines Gesamtumfangs der EG-NMH von 1,6 Mrd DM — wirklich eine Reform.

Verändert wurde auch die *Kompetenzverteilung* zwischen Rat (den Fachministern der Mitgliedstaaten) und Kommission. Früher lag die Verwaltung der NMH auch in Detailfragen beim Rat, sodaß die Abwicklung schwerfällig wurde und sich die Pannen und Skandale häuften. Zwar behält sich der Rat auch heute noch die wesentlichen Entscheidungen über Menge, Art und Empfänger der Lieferungen vor, aber die Abwicklung fällt jetzt eher in den Zuständigkeitsbereich der Kommission. Zusätzlich wurde ein Ausschuß gebildet, der sich aus Vertretern der Mitgliedstaaten zusammensetzt. Dieser Ausschuß soll einmal helfen, die NMH der Mitgliedstaaten

und der EG zu koordinieren und zum anderen die Arbeit der Kommission zu überwachen. Widersprechen sich Kommission und Ausschuß, geht der Fall doch wieder an den Rat zurück.

Die Beschlüsse des Rates blieben in der Regel hinter dem zurück, was die Kommission an Reformvorschlägen vorbrachte. Um z. B. mit der Einbindung der NMH in längerfristig angelegte nationale Ernährungsstrategien Ernst machen zu können (konkret z. B. die Einplanung der Lieferungen für mehrjährige Entwicklungsprojekte), sollte die mehrjährige Programmierung auch vertraglich abgesichert werden. Nun erkennt der Rat in seinen Beschlüssen zwar durchaus an, daß so etwas sinnvoll sein könnte; die Möglichkeit jährlich neu über die Lieferungen entscheiden zu können, will er sich aber in keinem Fall nehmen lassen.

Auch wenn es nicht zum engeren Bereich der NMH gehört, sei hier noch das zeitlich befristete *„Sonderprogramm zur Bekämpfung des Hungers in der Welt"* genannt. Mitte '83 vom Rat beschlossen und immerhin mit 50 Mio ECU ausgestattet. Unterstützt werden sollten laut Verordnung Maßnahmen gegen die Ausweitung der Wüste, die Produktion, die Vermarktung und auch der Transport von landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Übergeordnetes Ziel sei es auch hier, den Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln zu steigern. Ein großer Teil dieser Mittel wird für die großzügige Belieferung mit Produktionsmitteln, also Düngern, Pestiziden u. ä. aus der EG verwendet.

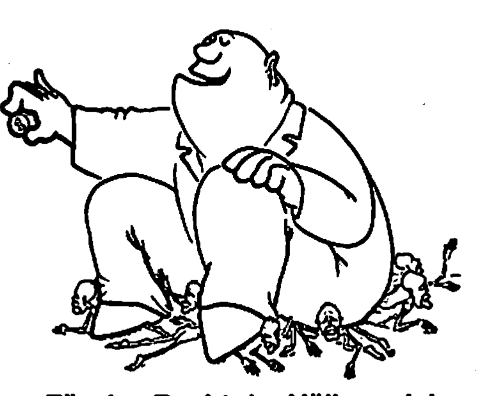
„Anlaß zu größter Skepsis..."

Welche Resultate diese Reform — wenn wir sie einmal so nennen wollen — haben wird, läßt sich vorläufig kaum sagen. Ob es tatsächlich gelingt die NMH zum Instrument durchdachter Entwicklungspolitik auszubauen, anstatt einfach Massenverschiffungen durchzuführen, wird sich noch zeigen müssen.

Daß auch dann Anlaß zu größter Skepsis besteht, braucht nicht mehr weiter erläutert werden; nur ein Beispiel sei genannt: In Guatemala wurde seit 1976 ein Food-for-Work Projekt durchgeführt, wie es im Prinzip auch die NMH-Reformer der EG für vorbildlich halten. Letztlich ging es bei diesem Projekt darum, Campesinos aus Gebieten zu vertreiben, in denen sie eine soziale Basis für die Guerilla hätten bieten können. Man hatte ihnen dort den Anbau von Mais verboten und sie in Modelldörfer umgesiedelt, wo sie für landwirtschaftliche Erschließungsarbeiten mit Lebensmittelrationen über Wasser gehalten wurden. Später soll Gemüse für den US-Markt angebaut werden (nach dem Rundbrief 3/85 von medico international).

Für diese Reform mußte keines der oben genannten vier grundsätzlichen Motive der EG, NMH-Politik zu betreiben, wirklich in Frage gestellt werden. Lediglich die Strategie der Schaffung von Märkten für EG-Agrarprodukte war wohl etwas zu überstürzt angelegt gewesen; sie mußte einem langfristigeren Konzept weichen: Zunächst soll sich die Landwirtschaft erholen und mit ihrer Entwicklung sollen sich auch Märkte für Dünger u. ä. entwickeln. Wenn sich die heutigen Investitionen in die Gentechnologie lohnen sollen, dann werden in Zukunft kaufkräftige Abnehmer für das durch diese Technologie entwickelte Saatgut dringend benötigt. Bei der ökonomischen und politischen Anbindung an Europa bleibt es also. Es geschieht eben nur etwas behutsamer, etwas intelligenter.

Die EG wird von sich aus am Konzept dieser „verbesserten" NMH zunächst auch nichts mehr ändern wollen. Andere Geber und Institutionen in diesem Bereich — allen voran die FAO — beteuern sogar noch viel lautstärker, daß die NMH unbedingt ausgeweitet werden müsse. Zahllose Studien werden angeführt, die belegen sollen, daß NMH — richtig gemacht! — sinnvoll und entwicklungsfördernd sein kann. Ob sie es dann im Normalfall auch sind, ist ja nicht Gegenstand der Studien. Die Wirtschaftswissenschaften pflegen auch in diesem Business bereitwillig den (zumindest) apologetischen Part zu übernehmen.



„Für das Recht der Völker, sich selbst zu ernähren"

Seit etwa 2 1/2 Jahren entwickelt die europäische Kampagne „Für das Recht der Völker, sich selbst zu ernähren" (in Deutschland: FIAN) Strategien, um auf den Entscheidungsprozeß der EG in Sachen NMH Einfluß zu nehmen. Ein Ansatzpunkt dafür war eine Art Lobbyarbeit beim EG-Parlament, wobei eine Umschichtung im EG-Haushalt hingearbeitet wurde: 4 % aus dem NMH-Etat sollten statt für NMH für Substitutionsmaßnahmen eingeplant werden. Letzten Dezember sprach sich das Parlament dafür aus, immerhin 2 % dieses Etats (10 Mio ECU) für den Bau von Lagern, für Infrastruktur, Agrarkredite oder die Förderung Genossenschaften zu reservieren. Dies ist sicher ein Erfolg für die Kampagne, der auch nicht geschmälert werden soll. Es sollte aber auch nicht übersehen werden, daß sich dies durchaus noch im Rahmen der gängigen EG-NMH-Politik bewegt. Eines der wesentlichen Ziele dieser Kampagne, das der gängigen Politik entgegensteht, blieb vorläufig unerreicht: dem Konzept der Dreieckshilfe erteilte der Rat eine Absage. Nach diesem Konzept hätten Nahrungsmittel in Überschußregionen z. B. West-Afrikas aufgekauft werden können, um in Defizitregionen verteilt zu werden. Das hätte eine ganze Reihe von Vorteilen, und sogar die Kommission hatte sich 1983 für solche Maßnahmen ausgesprochen. Aber noch am 27. 1. 1986 legte der Rat mit den Artikeln 6 und 7 der Verordnung 232/86 erneut ausdrücklich fest, daß Nahrungsmittel nur dann außerhalb der EG aufgekauft werden dürfen, wenn sie hier nicht verfügbar sind. Und damit das nicht passiert, sind im Anhang II dieser Verordnung die Nahrungsmittel festgelegt, die für NMH zugelassen sind; zufällig erinnert die Liste stark an bekannte Seen und Berge der EG.

Bei Kampagnenarbeit zu diesem Problem muß also überlegt werden, ob Maßnahmen, die bereits zum Repertoire der NMH-Politik gehören, wie sie gerade auch durch die Reformansätze möglich wurden, unterstützt werden sollen. Es muß geklärt werden, inwieweit man sich auf das bestehende System der NMH einlassen will.

Durch größere Aufmerksamkeit für die tatsächliche Praxis der NMH im Gestrüpp der vorhandenen Verordnungen und unter weitgehender Anerkennung der bestehenden Kräfteverhältnisse in der EG, müßten sich wenigstens die schlimmsten Auswüchse in Grenzen halten lassen. Auch könnten sich bestehende Spielräume für eine bessere NMH nutzen lassen. Das europäische Parlament und allgemeine Öffentlichkeitsarbeit zur Problematik der NMH sind dann sinnvolle Ansatzpunkte.

Wenn aber die NMH-Lieferungen grundsätzlich eingeschränkt werden sollen, müßte das Ziel in erster Linie die Beeinflussung des Rates sein. Der Rat scheint noch am meisen von kurzfristigen Agrarinteressen geleitet zu sein und bremst sogar die Kommission, die offensichtlich langfristigere Konzepte verfolgt. (wie beim Vorschlag der Programmierung und der Dreieckshilfe, s.o.) Die Mitglieder des Rates, also die Fachminister, habe ihre politische Basis in den einzelnen Mitgliedstaaten, so daß Ansatzpunkte bei den nationalen Regierungen zu suchen waren. Die Darstellung der Kampagne zur Reform der NMH beschränkt sich bisher vielleicht zu sehr auf die europäische Ebene, namentlich auf das europäische Parlament. Insofern wäre vielleicht eine Erweiterung der Kampagne zu diskutieren.

Martin Kniepert

Literaturhinweise:

Talbot, Ross B., 1979: The European Community's food aid programme, in: Food Policy November 1979

Matzke, Otto, 1984: Pro und Contra der Nahrungsmittelhilfe, in: Außenpolitik 1/84

IDS-Bulletin, Sussex, April 1983 (Ein Schwerpunktheft zur Frage, wie NMH zum Entwicklungsinstrument ausgebaut werden kann; also z. B. zu Food-for-Work etc.; mit ausführlicher, kommentierter Bibliographie)

...und zur Kampagne: blätter des iz3w Nr. 116 & 123; außerdem: epd-Materialien VI/84

Absicherung der Exportgeschäfte durch die Regierung

Ausfuhrbürgschaften in der entwicklungspolitischen Diskussion

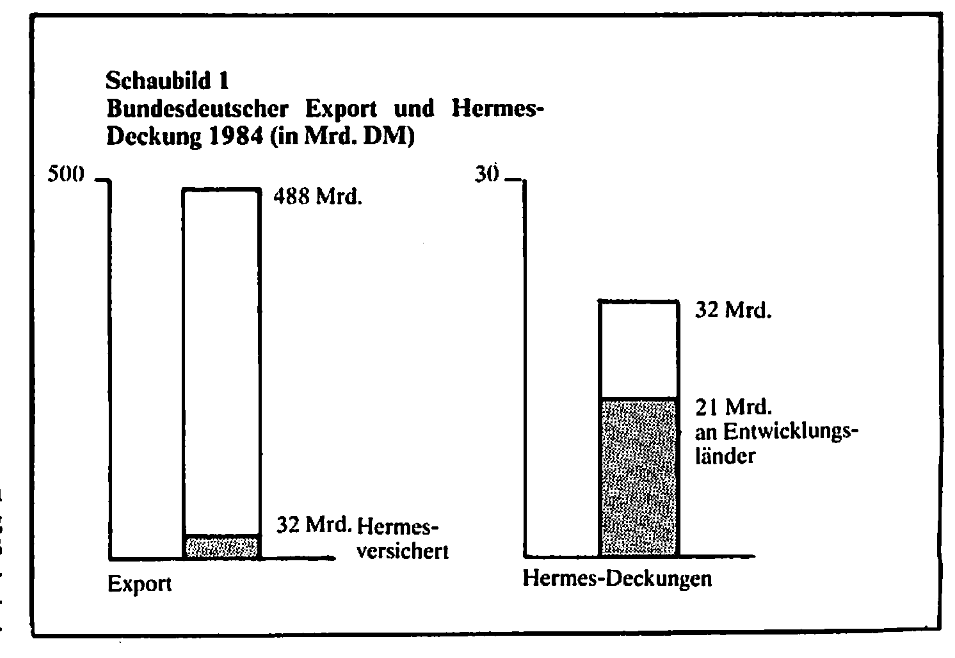
Die Dritte-Welt-Gruppen in der Bundesrepublik beschäftigen sich zunehmend mit weltwirtschaftlichen Fragen (z. B. internationale Schuldenkrise) und den außenwirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik mit den sogenannten Entwicklungsländern. Die kritische Auseinandersetzung mit dem Expansionskurs bundesdeutscher Unternehmen in der Dritten Welt darf an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß die Pläne der Konzerne zur Eroberung des Weltmarkts durch vielfältige staatliche Maßnahmen abgesichert und forciert werden. Gerade im Bereich der öffentlichen Exportförderung bieten sich direkte Ansatzpunkte für die Entfaltung eines Diskurses über die von allen bundesdeutschen Regierungen bisher praktizierten aggressiven Außenwirtschaftsstrategien aus entwicklungspolitischer Sicht. Denn hier geht es um Finanzmittel aus dem Bundeshaushalt, über deren Verteilung traditionell gestritten wird. Die jetzige Bundesregierung ist zusätzlich angreifbar, da sie sich zum Dogma des freien Welthandels bekennt, für das protektionistische Eingriffe wie z. B. Exportsubventionen einen Sündenfall darstellen. Im Mittelpunkt dieses Artikels stehen die bisher bei uns wenig beachteten Ausfuhrbürgschaften,[1] die für bundesdeutsche Lieferungen und Leistungen an die Entwicklungsländer von zentraler Bedeutung sind.

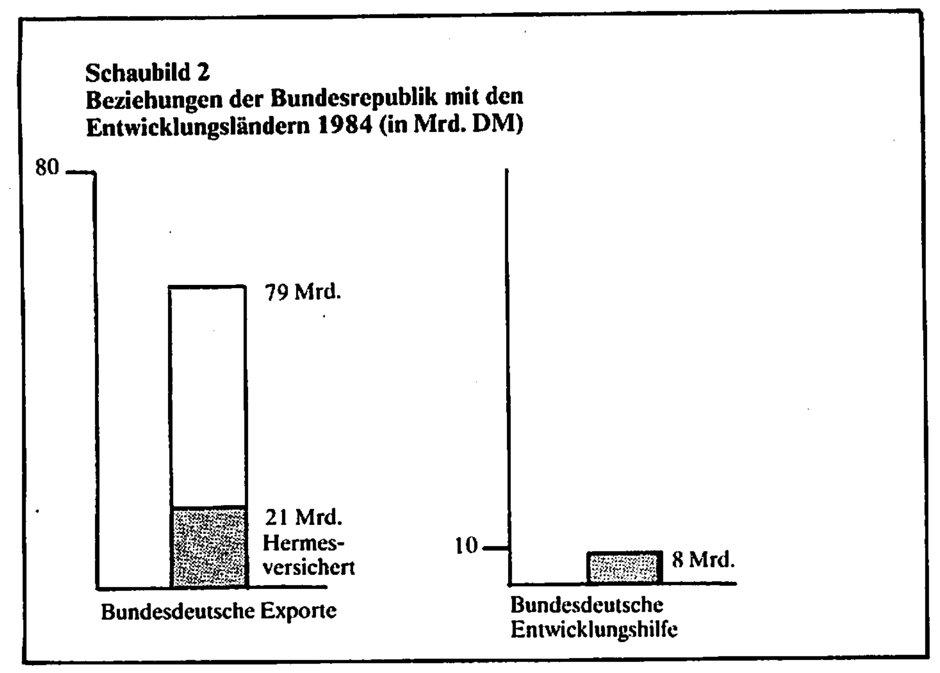
Wie funktionieren die Ausfuhrbürgschaften?

Bei größeren Lieferungen und Leistungen zahlen die gewerblichen Kunden häufig nicht unmittelbar bei Vertragsabschluß bzw. beim Erhalt der Waren, sondern nehmen einen Kredit des Lieferanten in Anspruch. Der Produzent bietet ihnen also zusätzlich zum Warengeschäft ein Finanzierungsmodell an, dessen Bedingungen (Zinsen, Rückzahlungsfristen) für die Gesamtkosten des Kaufgeschäfts von zentraler Bedeutung sein können. Vor allem beim Export westlicher Unternehmen in finanzschwache Entwicklungsländer wird der Wettbewerb zwischen den Anbietern über die Finanzierungsbedingungen ausgetragen. Den Auftrag bekommt dann nicht der Lieferant, dessen Produkt in Qualität und Preis überlegen ist, sondern derjenige, der mit den günstigsten Kreditbedingungen (also niedrige Zinsen, lange Laufzeiten) aufwarten kann. Da der Lieferant kein Interesse daran hat, sein Kapital durch die Kreditvergabe an Kunden binden zu lassen, besorgt er sich häufig im Gegenzug einen Kredit von seiner Bank für das Ausfuhrgeschäft. Der Lieferant bekommt dann sofort sein Geld und die Bank wartet jetzt auf die Zahlungen des Kunden. Solange die Kunden vertragsgemäß den Lieferantenkredit zurückzahlen, läuft das Ausfuhrgeschäft unproblematisch. Kritisch wird es für den Lieferanten bzw. seine Bank, wenn der Kunde die Zahlungen verzögert oder völlig einstellt. Der Lieferant bzw. die Bank bleiben jetzt auf ihren Forderungen sitzen und müssen gegen den Kunden oft ein langwieriges Rechtsverfahren in dessen Heimatland anstrengen. Noch ärgerlicher ist es für den Lieferanten, wenn der Kunde zwar den Schuldendienst in seiner Heimatwährung aufbringt, aber das Land keine Devisen für den Transfer ins Ausland hat oder freigibt.

Gegen die Ausfallrisiken können sich die Lieferanten — bei Zahlung einer entsprechenden Gebühr — durch den Abschluß einer Versicherung schützen. Für Inlandsgeschäfte wird diese Versicherung in der Regel (so auch in der Bundesrepublik) privatwirtschaftlich angeboten. Beim Export aber treten Risikofaktoren, vor allem politischer und rechtlicher Natur, in Erscheinung, die für viele Abnehmerstaaten versicherungsstatistisch kaum kalkulierbar sind und die Übernahme des Versicherungsschutzes durch private Anbieter praktisch ausschließen. Ohne Versicherungsmöglichkeit kämen die Ausfuhren in die risikoreichen Staaten nicht zustande, denn der Lieferant wird nur in Ausnahmefällen bereit sein, das Ausfallrisiko selbst zu tragen. In die reichen und politisch stabilen USA wird allemal ohne Versicherung exportiert — in das hochverschuldete Brasilien dagegen nicht.

Da für die meisten westlichen Staaten die Förderung der Exporte ein wichtiges





wirtschaftspolitisches Ziel ist, tritt die öffentliche Hand als Anbieter von Versicherungsschutz für Ausfuhren in Erscheinung. Auch in der Bundesrepublik gibt es ein vom Staat finanziell getragenes System der Ausfuhrbürgschaften. Dies bedeutet, daß die Bundesregierung bei Zahlungsausfällen des ausländischen Kunden einspringen muß, wenn der Lieferant entsprechenden Versicherungsschutz gegen eine Gebühr erworben hat. Liegen die Ausgaben des Staates am Ende eines Jahres über den Einnahmen aus dem außenwirtschaftlichen Versicherungsgeschäft, muß dafür der Bundeshaushalt, d. h. der/die Steuerzahler/in aufkommen. Im entgegengesetzten Fall fließt der Überschuß in die öffentliche Kasse. Da die öffentliche Hand die Ausfuhrrisiken mit allen Konsequenzen übernimmt, sollen davon nur Unternehmen aus dem eigenen Land profitieren. Die Bundesregierung gewährt deshalb nur dann Ausfuhrbürgschaften, wenn es sich um einheimische Lieferanten handelt und normalerweise mindestens 90 % des Waren- oder Leistungsumfangs ihren Ursprung in der Bundesrepublik haben.

Entwicklungspolitischer Stellenwert — Absicherung bundesdeutscher Exporte

Die Ausfuhrbürgschaften decken nur einen kleinen (und abnehmenden) Teil der bundesdeutschen Exporte ab, da sie fast ausschließlich für politisch besonders risikohafte Märkte, d. h. Entwicklungs- und sog. Staatshandelsländer, nachgefragt werden. Vor allem bei Exporten an die hochverschuldeten Entwicklungsländer sind die bundesdeutschen Lieferanten bzw. die Banken, die die Lieferungen finanzieren, nicht bereit, das Risiko von Zahlungsausfällen auf sich zu nehmen und greifen auf den staatlichen Versicherungsschutz gegen eine entsprechende Gebühr zurück.

1984 betrug der gesamte bundesdeutsche Export 488 Mrd. DM. Davon waren 32 Mrd. — also 6,6 % — durch die Ausfuhrbürgschaften abgesichert. Von der gesamten Deckungssumme entfielen fast 70 % auf Geschäfte mit den Entwicklungsländern (s. Schaubild 1).

Demnach umfaßte das Volumen des versicherten Warenverkehrs mit der Dritten Welt (ca. 21 Mrd. DM) 1984 etwa ein Viertel der gesamten Exporte in diese Regionen und war fast dreimal so hoch wie die gesamte bundesdeutsche Entwicklungshilfe (s. Schaubild 2).

Diese Gegenüberstellung macht die quantitative Bedeutung der Ausfuhrbürgschaften für die bilaterale Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik mit den Entwicklungländern deutlich. In qualitativer Hinsicht ist diese staatliche Absicherung entwicklungspolitisch höchst fragwürdig, da sie ausschließlich der Durchsetzung eigener Lieferinteressen mit den bekannten Negativwirkungen für das Empfängerland dient.

Internationale Schuldenkrise

Vor dem Hintergrund der Zuspitzung in der internationalen Schuldenkrise ist der Stellenwert der Ausfuhrbürgschaften als indirektes Finanzierungsinstrument noch gestiegen. Infolge der zunehmenden Zahlungsschwierigkeiten vieler Entwicklungsländer muß die Bundesregierung immer häufiger einspringen und tritt dann als Gläubiger an die Stelle der Lieferanten bzw. der Banken. Diese Entwicklung darf bei der Diskussion von umfassenden Entschuldungsprogrammen und ihren Auswirkungen auf den Bundeshaushalt nicht unbeachtet bleiben. Die Bundesregierung vergibt ihre Bürgschaften gezielt zur Unterstützung des internationalen Krisenmanagements unter Führung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Deckungsschutz bei Staaten mit Zahlungsproblemen wird nur noch dann übernommen, wenn sich das Land einem Sanierungsprogramm des IWF unterworfen hat. Auch im Zusammenhang mit dem sog. Baker-Plan[2], der eine bescheidene Kreditausweitung an bestimmte Problemschuldner vorsieht, ist die staatliche Exportabsicherung von Interesse. Die Geschäftsbanken, die die Hauptlast der neuen Kreditvergabe tragen sollen, haben bisher vergeblich gefordert, daß die westlichen Regierungen durch die Ausweitung ihrer Ausfuhrbürgschaften einen eigenen Finanzierungsbeitrag erbringen sollen.

Entwicklungshilfe und Lieferbindung

Auf der Ebene der bilateralen bundesdeutschen Entwicklungshilfe wird die Exportversicherung eingesetzt, um auf indirekte Weise die Lieferbindung bei der Kapitalhilfe — also dem Teil der Hilfe, der in Form von günstigen Krediten vergeben wird — zu erreichen. Ein seit der Bonner Wende im Herbst 1982 deutlich gestiegener Anteil der staatlichen Kapitalhilfe fließt in sog. Mischfinanzierungs-Vorhaben.[3] Dabei wird der Entwicklungshilfe-Kredit mit einem regulären Exportkredit der Kreditanstalt für Wiederaufbau[4] zu einem einheitlichen Paket zusammengeschnürt und für die Finanzierung eines kapitalintensiven Industrie- oder Infrastrukturprojektes bereitgestellt. Voraussetzung für die Gewährung eines Exportkredits ist allerdings die Zusage einer Ausfuhrbürgschaft und die gibt es natürlich nur für bundesdeutsche Exporte. Da Entwicklungkredit und Exportkredit als Gesamtpaket für ein Projekt zur Verfügung gestellt werden, muß auch die darin enthaltene Entwicklungshilfe gezwungenermaßen für Lieferungen aus der Bundesrepublik ausgegeben werden, ein wahrlich eleganter Trick, um die Lieferbindung durch die Hintertür durchzusetzen. Entwicklungshilfe kann somit nicht mehr frei vom Empfängerland gemäß den eigenen Interessen verwendet werden, sondern wird zur Exportsubventionierung für die Konzerne des Geberlandes umfunktioniert. Dabei erspart sich die Bundesregierung noch die Peinlichkeit, die Lieferbindung formal einzuführen, indem sie das System der Ausfuhrbürgschaften für einen heimlichen Mißbrauch der Hilfe benutzt.

Modell Schweiz

In der Schweiz ist die entwicklungspolitische Relevanz der Ausfuhrbürgschaften schon vor einigen Jahren erkannt worden und hat zu entsprechenden Aktivitäten der Entwicklungsorganisationen geführt. Auch in der Schweiz verlagern sich die Ausfuhrbürgschaften immer stärker auf die Entwicklungsländer. Aufgrund steigender Zahlungsausfälle werden zunehmend öffentliche Mittel in Anspruch genommen. Die Dritte Welt-Gruppen haben die verstärkte staatliche Verwicklung in die

Exportgeschäfte zur Öffentlichkeitswirksamen Darstellung ihrer Forderung nach einer Ausrichtung der Außenwirtschaftspolitik an entwicklungspolitische Kriterien genutzt.

1981 wurde auf Druck der Dritte Welt-Gruppen gesetzlich festgelegt, daß die Bürgschaftsübernahme bei Exporten in die ärmeren Entwicklungsländer entsprechend den entwicklungspolitischen Grundsätzen der Schweiz zu erfolgen hat.[5]

In der Praxis aber hat diese Bestimmung bisher keine nennenswerten Veränderungen gebracht.[6]

Die schweizerischen Hilfswerke fordern weiterhin die Berücksichtigung der entwicklungspolitischen Grundsätze bei Bürgschaften an alle Entwicklungsländer. In einem Positionspapier, das im Februar 1985 dem Bundespräsidenten zugestellt wurde, werden konkrete Veränderungswünsche aufgeführt. Ausdrücklich wird auf die Notwendigkeit eines Schuldenerlasses nach entwicklungspolitischen Kriterien im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Ausfuhrbürgschaften hingewiesen. Die für die Erteilung der Bürgschaften zuständige Kommission, der bisher ausschließlich Vertreter/innen von Wirtschaft und Verwaltung angehören, soll durch Personen aus Entwicklungs- und Umweltorganisationen sowie aus Arbeitnehmerkreisen erweitert werden. Externe Experten/innen sollen hinzugezogen und andere fachlich betroffene Bundesämter (z. B. zu Umwelt- und Entwicklungsfragen) sollen konsultiert werden. Großen Wert legen die Hilfswerke auf eine Verbesserung der Transparenz, d. h. die Bürgschaftsübernahme gegenüber einzelnen Ländern und für Großprojekte ab einer bestimmten Liefersumme soll in Zukunft öffentlich gemacht werden.

Bei einer Reihe von umstrittenen Projekten in Entwicklungsländern (z. B. Manantali-Staudamm in Mali), an denen schweizerische Firmen beteiligt sind, haben die entwicklungspolitischen Gruppen eine kontroverse Diskussion in der Öffentlichkeit erzwingen können, da die Regierung über die Ausfuhrbürgschaften in die Geschäfte verwickelt ist.

Institutionelle Regelungen und Geschäftsdaten
Die Hermes-Versicherung

Bei der staatlichen Absicherung von Exportgeschäften tritt die Bundesregierung nicht direkt in Erscheinung. Im Auftrag des Bundes hat die private Hermes Kreditversicherungs AG (Zentrale Hamburg), bei der die Münchener Rückversicherungs AG mit 50 % und die Allianz Versicherung mit 25 % beteiligt sind, die administrative Abwicklung federführend übernommen. Die Ausfuhrbürgschaften werden deshalb häufig auch als Hermes-Bürgschaften bezeichnet. Bei Zahlung einer von der Bundesregierung festgesetzten Gebühr kann sich der Lieferant gegen Zahlungsausfälle aus politischen Gründen (z. B. Umsturz und einseitiges Schuldenmoratorium) und wirtschaftlichen Gründen (z. B. Umschuldung und Bankrott des Kunden) versichern. Für den Fall, daß die Zahlungen des Kunden ausbleiben, muß der Lieferant üblicherweise 10—15 % des Verlustes selbet tragen. Den Rest bekommt er von der Hermes-Versicherung erstattet. Die meisten westlichen Staaten versuchen ihren Unternehmen mit ähnlichen Versicherungssystemen oder direkte Exportsubventionen Wettbewerbsvorteile auf dem Weltmarkt zu verschaffen. Das finanzielle Volumen der Exportsubventionierung ist bei einigen (z. B. Frankreich) noch weitaus größer als im Fall der Bundesrepublik.

Der Interministerielle Ausschuß (IMA)

Über die Zuteilung der Exportbürgschaften entscheidet ein Interministerieller Ausschuß (IMA) unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums (s. Schaubild 3). Noch drei weitere Bonner Ministerien sind vertreten: Auswärtiges Amt, Finanzministerium, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ). Zusätzlich werden insgesamt 9 Vertreter/innen der Ausfuhrwirtschaft und der Banken mit beratender Funktion berufen. Über die Namen dieser Personen hüllt sich die Bundesregierung in Schweigen. Daneben nehmen Vertreter/innen des Bundesrechnungshofs, der Bundesbank, der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Ausfuhrkredit-Gesellschaft (AKA)[7] an den Sitzungen teil.

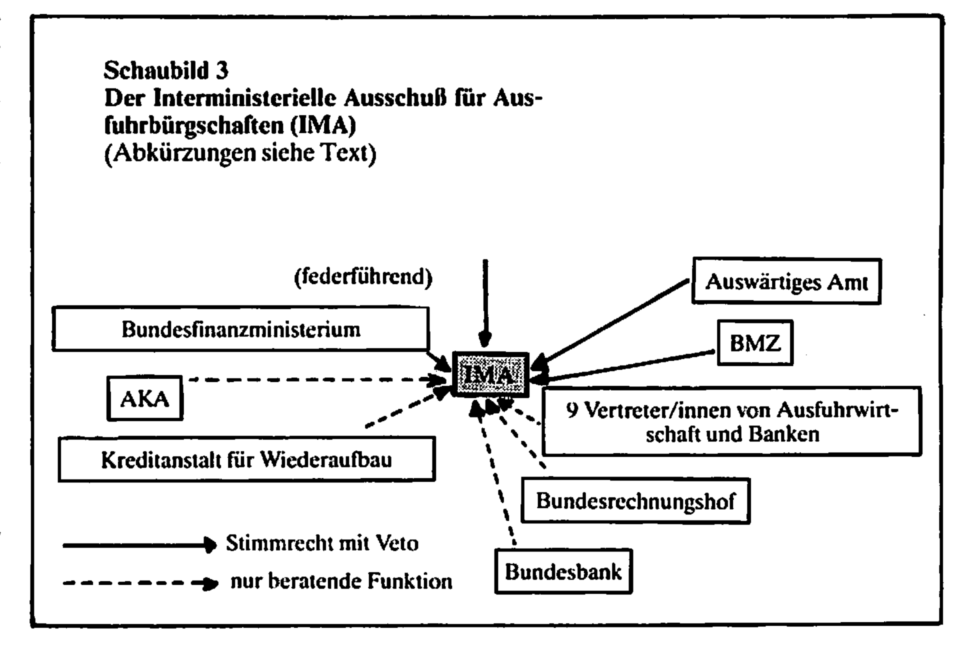


Schaubild 3
Der Interministerielle Ausschuß für Ausfuhrbürgschaften (IMA)
(Abkürzungen siehe Text)

Der IMA tritt alle 14 Tage zusammen und muß seine Entscheidungen einstimmig treffen. Für die Bürgschaftsvergabe an einzelne Länder gelten festgelegte Höchstwerte (Plafonds), die das Risiko von Zahlungsausfällen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit berücksichtigen sollen. Oft aber erweisen sich die Grenzwerte in der Vergabepraxis als flexibel, wenn wichtige Exportmärkte gesichert oder erobert werden sollen, oder wenn das Geschäft aus außenpolitischen Gründen als wichtig gilt. Häufig hängt auch die positive Entscheidung davon ab, ob der bundesdeutsche Lieferant eine genügend starke Lobby aufbauen konnte, um seine Interessen durchzudrücken. Jede Bürgschaft für ein Entwicklungsland wird vorher im BMZ auf seine Förderungswürdigkeit geprüft und dann in der Sitzung des IMA angeblich auch entwicklungspolitisch bewertet. Die Entscheidung der IMA ist das Resultat von Aushandlungsprozessen zwischen den beteiligten Ministerien und den privaten Interessengruppen und somit letztendlich politischer Natur.

Das Deckungsvolumen

Jedes Jahr wird im Haushaltsgesetz für die Bundesregierung der Ermächtigungsrahmen als Höchstgrenze für die insgesamt bestehenden Bürgschaften festgelegt. 1984 betrug das in Deckung genommene Gesamtvolumen („Obligo") 195 Mrd. DM. Am Jahresende war dieser Wert mit ca. 156 Mrd. DM zu 80 % ausgenutzt. Dabei lagen folgende 16 Länder vorne (siehe Tabelle 1).

Finanzstarke Erdölländer wie Saudi-Arabien, Libyen, Irak und Nigeria dominieren die Liste. Die Sowjetunion und Polen sind die wichtigsten osteuropäischen Empfänger von Ausfuhrbürgschaften. Das höchstverschuldete Land der Welt, Brasilien, tritt an 4. Stelle mit 9 Mrd. DM in Erscheinung. Und der Rassisten-Staat Südafrika erfreut sich an 8. Position der Gunst staatlicher Bürgschaften von knapp 6 Mrd. DM.

Da die Bundesregierung der Öffentlichkeit detaillierte Zahlenangaben über Bürgschaften an einzelne Länder und über die

politisch brisante sektorale Feingliederung verweigert, sind nur die pauschalen Aussagen des Bundeswirtschaftsministeriums über die neu gedeckten Geschäfte in seiner jährlichen Dokumentation „Ausfuhrgarantien und Ausfuhrbürgschaften der Bundesrepublik Deutschland" zugänglich. Bei der dort zu findenden Darstellung der regionalen Verteilung wird unterschieden nach Kontinenten in der Dritten Welt und sog. Staatshandelsländern. Die Aufschlüsselung nach Produktgruppen (z. B. Industrieanlagen, Kraftwerke, Schiffe) erfolgt in einer Weise, die wenig Aufschluß über die entwicklungspolitische Qualität der entsprechenden Lieferungen gibt. Für den Zeitraum 1975—85 liegen etwas interessantere Angaben der Bundesregierung vor. Bei einem Volumen für neue Deckungen von rund 400 Mrd. DM entfielen auf Atomkraftwerke und entsprechende Technologien 33 Deckungen in der Höhe von insgesamt 9,8 Mrd. DM und auf industrielle Großanlagen (Einzelprojekte ab 100 Mio. DM) 89 Deckungen von insgesamt 26 Mrd. DM.[8]

meisten anderen Rohstoffe bringen zahlreiche Entwicklungsländer in Bedrängnis. Die Zahlungsrückstände und Umschuldungen weisen eine drastisch steigende Tendenz auf. Wirtschaftssanktionen gegen Libyen könnten bei dem Land mit dem dritthöchsten Obligo zu Zahlungseinstellungen führen. Auch bei Südafrika rückt der Bankrott immer näher.

Kritik an den Ausfuhrbürgschaften Entwicklungspolitische Aspekte

Die bundesdeutschen Ausfuhrbürgschaften bieten reichlich Angriffsflächen für eine Kritik aus entwicklungspolitischer, ökologischer und anti-militaristischer Sicht. Das kann kaum verwundern, denn dieses Instrument verfolgt ja explizit das Ziel, bundesdeutsche Produkte gegen heftige internationale Konkurrenz in die Märkte der Entwicklungsländer hineinzudrücken. Im Kalkül der Umsatzsteigerung und Marktabsicherung bleibt erfahrungsgemäß kein Raum für eine Berücksichtigung der möglichen Schäden im Abnehmerland. Natürlich gehören zu jeder Transaktion mindestens zwei. Auch die Regierungen der Entwicklungsländer bzw. die Machteliten, die sich auf solche Geschäfte einlassen, tragen Mitverantwortung. Das kann uns aber nicht davon abhalten, hier — auf der Lieferseite — kritische Positionen aufzubauen.

Ausfuhrbürgschaften werden häufig für kapitalintensive Industrieanlagen (z. B. hochmoderne Stahlwerke) gewährt, die den Bedingungen im Abnehmerland in keiner Weise gerecht werden und die bekannten Abhängigkeiten schaffen. Bei Großstaudämmen (z. B. Wasserkraftwerk Xingo, Brasilien) werden Maschinen und elektrische Ausrüstungen führender bundesdeutscher Unternehmen (z. B. AEG und Siemens) für Turbinen und Generatoren exportiert und durch Ausfuhrbürgschaften abgesichert. Beim Export von AKWs sind Ausfuhrbürgschaften unverzichtbar wegen der Riesensummen und der langen Errichtungszeiten. In Brasilien und Argentinien sind bundesdeutsche Unternehmen (vor allem die Kraftwerk Union) auf diese Weise zum Zug gekommen. Die Tatsache, daß im Fall Brasiliens inzwischen selbst die dortige Regierung eingesteht, daß es sich bei den AKWs um totale Fehlinvestitionen handelt, kann die Bundesregierung nicht von ihrem Kurs abbringen, für die bundesdeutsche Atomlobby weiterhin Aufträge in den Entwicklungsländern an Land zu ziehen. Für entsprechende Lieferungen nach China und Ägypten sind Deckungszusagen schon gegeben worden, aber die bundesdeutsche Kraftwerk Union hat sich noch nicht den Zuschlag sichern können.[9] Die Größenordnungen sind phantastisch. Für China ist eine Deckungssumme von insgesamt 9 Mrd. DM und für Ägypten von insgesamt 3,5 Mrd. DM im Gespräch.

Auch die bundesdeutschen Rüstungsexporte werden durch die Ausfuhrbürgschaften entscheidend gefördert. Tornados für Griechenland und Fregatten für die Türkei: Ausfuhrbürgschaften machen's möglich. Obwohl die Bundesregierung behauptet, daß Deckungsschutz für militärische Lieferungen und Leistungen ausschließlich bei NATO-Ländern gegeben wird, sind mehrere Fälle bekannt geworden, wo dies nachweislich nicht zutrifft.[10] Für den Ausbau eines Marinehafens im Sultanat Oman, der vorrangig für die US-Flotte im Indischen Ozean vorgesehen ist, hat die Bundesregierung über 7 Mio. DM verbürgt. Auch in Malaysia ist der militärische Charakter der verbürgten bundesdeutschen Bauleistungen unverkennbar. Es geht um Gebäude und Übungsplätze für militärische Zwecke.

Tabelle 1 (Quelle: „Die Welt vom 1.11.1985)
Gedeckte Ausfuhrgeschäfte ohne Zinsen (in Mrd. DM)

	30.6.1984	30.6.1985
Saudi-Arabien	20,0	18,5
Sowjetunion	17,6	16,8
Libyen	11,4	10,9
Brasilien	9,0	9,0
Irak	9,8	8,7
Nigeria	7,5	7,6
Algerien	6,6	6,0
Südafrika	6,2	5,8
Polen	0,4	3,2
Volksrepublik China	3,5	5,1
Indonesien	4,2	4,5
Iran	5,6	3,6
Ägypten	2,4	2,7
Argentinien	3,3	3,3
Türkei	2,7	3,3
Jugoslawien	2,1	2,2

Das Geschäftsergebnis

Das Geschäftsergebnis für die Exportbürgschaften wird voll auf den Bundeshaushalt übertragen. Bis vor wenigen Jahren flossen bescheidene Überschüsse an den Bund. Seit 1983 aber sieht sich die Bundesregierung als Folge der internationalen Schuldenkrise mit drastisch steigenden Defiziten konfrontiert (siehe Tabelle 2).

1984 mußte ein Negativbetrag von 1,2 Mrd. DM aus Steuergeldern abgedeckt werden. 1985 soll das Defizit zurückgehen, da wichtige Umschuldungsabkommen verschoben wurden und das Ergebnis von 1986 belasten werden. Auch in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes wird mit anhaltend hohen Defiziten von 1 Mrd. DM und mehr gerechnet. Schon heute erscheinen diese Zahlen unrealistisch. Der Ölpreisverfall und sinkende Preise für die

Unterstützung für das Apartheid-Regime

Der bundesdeutsche Export in dem Apartheit-Staat Südafrika ist angesichts des wachsenden Widerstands der schwarzen Mehrheit und der immer näher rückenden Befreiung in besonderer Weise von der Bürgschaftsübernahme abhängig. Seit dem Soweto-Aufstand 1976 gibt es einen Kabinettsbeschluß, in der Regel nur Kredite für Aufträge bis zu 50 Mio. DM zu decken. Aber immer dann, wenn ein attraktives Exportgeschäft anstand, wurde diese Grenze nach Belieben überschritten. Im September 1985, also ein Jahr nach dem Beginn der neuen Phase des Widerstands in Südafrika, hat der IMA beschlossen, die bisherige Praxis auch in Zukunft weiterzuführen. Dies ist angesichts der hohen Ausfallrisiken nur als ein deutsches politisches Signal der Solidarität mit dem bedrängten Apartheid-Regime zu verstehen. An diesem Fall wird der eminent politische Charakter der Ausfuhrbürgschaften deutlich. Die Entscheidung der Bundesregierung darüber, ob bzw. in welcher Höhe für ein Land Bürgschaften künftig übernommen werden, signalisiert das Interesse der Bundesregie-

rung ein bestimmtes Regime an der Macht zu halten oder nicht. Würde z. B. die Dekkung von Südafrika-Geschäften in Zukunft versagt, wäre der psychologische Effekt für die weiße Minderheitsregierung katastrophal. Das hieße nämlich, daß die Bundesregierung von dem baldigen Untergang der rassistischen Gewaltherrschaft überzeugt ist.

Haushaltspolitische Risiken

Die Kritik an den Ausfuhrbürgschaften sollte aber auch die haushaltspolitischen Belastungen durch die riskante Vergabepraxis der Bundesregierung und durch das steigende weltwirtschaftliche Krisenpotential thematisieren. Es zeigt sich nämlich, daß die Bundesregierung hier besonders angreifbar ist, weil sie sich international als Hüterin des freien Welthandels aufspielt. Die anhaltend hohen Defizite der Ausfuhrbürgschaften, die aus Steuermitteln finanziert werden, sind aber eine offene Exportsubventionierung. Sie stellen somit eine protektionistische Maßnahme dar und bringen die Bundesregierung international und innenpolitisch in Bedrängnis. Würden diese Defizite den übrigen Bundessubventionen zugeschlagen, könnte Stoltenberg nicht mehr als Held auftreten, der die Subventionen schrittweise abbaut.

Angesichts der Tatsache, daß die Bundesrepublik das Land mit dem weltweit höchsten Exportüberschuß nach Japan ist (1985: 73 Mrd. DM), trägt die bundesdeutsche Exportsubventionierung zur Verschärfung der weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte bei. Es ist überhaupt nicht einzusehen, warum die Exportunternehmen der Bundesrepublik bei den Rekordgewinnen der letzten Jahre auch noch staatliche Subventionen einstreichen sollen. Gleichzeitig werden die Sozialleistungen bei uns gekürzt und eine neue Armut breitet sich aus.

Die Debatte im Bundestag

Zum ersten Mal in der Geschichte des Bundestags fand vor kurzem eine Plenardebatte über diesen zentralen Bereich staatlicher Exportförderung statt. Am 20. 2. 1986 wurde ausführlich über die Anwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der Grünen zum Thema „Haushaltspolitische, ökologische und entwicklungspolitische Risiken der Ausfuhrbürgschaften" (Bundestags-Drucksache 10/4549) diskutiert. Wie nicht anders zu erwarten, haben die Sprecher/innen der Regierungsparteien und der für die Bundesregierung auftretenden Parlamentarische Staatssekretär des BMZ, Dr. Köhler, die bisherige Praxis vehement verteidigt. Von Exportsubventionierung könne keine Rede sein. Die Bürgschaften würden unter ökologischen und entwicklungspolitischen Gesichtspunkten gewissenhaft auf ihre Förderungswürdigkeit hin geprüft.

Auch die SPD bekräftigte, daß das Instrument der Ausfuhrbürgschaften weiterhin unverzichtbar sei. In Einzelfällen allerdings übte sie Kritik. So wird in dem von ihnen eingebrachten Antrag gefordert, daß der Export von Rüstungsgütern außerhalb des NATO-Bereichs und die Ausfuhr von Produkten und Anlagen, die in der Bundesrepublik aus ökologischen Gründen nicht zugelassen sind ebenso wie Geschäfte mit Südafrika künftig nicht mehr verbürgt werden sollten. Einzig die Grünen formulierten eine Fundamentalkritik an der staatlichen Absicherung der aggressiven bundesdeutschen Außenwirtschaftsstrategien. Sie sprachen sich für ein radikales Verbot der Bürgschaften bei ökologisch und entwicklungspolitisch bedenklichen sowie militärischen Lieferungen und Leistungen aus und verlangten die Erhöhung der Gebühren, um jeden Einsatz von Steuergeldern auszuschließen. An Staaten mit systematischen Menschenrechtsverletzungen, z. B. Südafrika, sollten ebenfalls keine Bürgschaften vergeben werden.

In einem Antrag forderten die Grünen die Berufung von insgesamt 9 Vertretern/innen anerkannter bundesdeutscher Umwelt- und Entwicklungsorganisationen mit beratender Funktion in den IMA, um so ein Gegengewicht zu den ausschließlich außenwirtschaftlich interessierten Vertreter/innen der Privatwirtschaft zu schaffen. Die SPD hat schon erklärt, daß sie diesen Antrag nicht unterstützten wird. Die Anträge von SPD und Grünen wurden an die zuständigen Bundestags-Ausschüsse überwiesen und werden nach ihrer Beratung dort das Bundestags-Plenum in Kürze erneut beschäftigen.

Tabelle 2 (Quelle: Bundesregierung)
Geschäftsergebnis der Ausfuhrbürgschaften
(1980—84 Ist-Zahlen, 1985—89 Soll-Zahlen)

	a) Schadenszahlungen für politische und wirtschaftliche Schäden inkl. Umschuldungen Mio. DM	b) Vereinnahmte Entgelte und Gebühren Mio. DM	c) Jahresergebnis Mio. DM
1980	691	474	− 13
1981	770	559	1
1982	931	667	114
1983	1544	569	− 733
1984	2102	542	−1206
1985	1900	700	− 700
1986	2300	800	−1200
1987	2300	800	−1200
1988	2000	800	− 900
1989	2000	800	− 900

Es handelt sich bei c) um das kassenmäßige Ergebnis des entsprechenden Jahres. Es entspricht nicht der Differenz zwischen a) und b), da bei den Ausgaben auch Kosten und bei den Einnahmen Rückflüsse und Wechselkursgewinne zu berücksichtigen sind.

Aufgaben für die Dritte-Welt-Bewegung

Es ist höchste Zeit, daß sich die Dritte Welt-Gruppen intensiv mit dem Instrument der Ausfuhrbürgschaften beschäftigen und: ihre Kritik an der einseitigen Durchsetzung von Lieferinteressen unüberhörbar in die öffentliche Debatte einbringen. Zu lange wurde dieser Bereich der staatlich forcierten Expansion in die Dritte Welt den Wirtschaftsexperten/innen überlassen. Die Ausfuhrbürgschaften bieten sich in besonderer Weise als Thema an, wo Dritte Welt-, Ökologie- und Friedensbewegung gemeinsam vorgehen und die bisher gültige Praxis der Exportförderung ohne Rücksicht auf die Interessen der Abnehmerländer in Frage stellen können.

Das Beispiel Schweiz zeigt die Möglichkeiten für die Politisierung der staatlichen Außenwirtschaftsinstrumente auf.

Für ein offensives Vorgehen in diesem Punkt ist die möglichst frühzeitige Aufdek-

kung geplanter Exportgeschäfte und der dafür beantragten Bürgschaften von entscheidender Bedeutung. Je früher konkrete Informationen über kontroverse Projekte in Entwicklungsländer und die angestrebte Beteiligung bundesdeutscher Unternehmer vorliegen, desto wirkungsvoller kann der innenpolitische Druck gegen die geplanten Vorhaben im Zusammenspiel zwischen parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräften aufgebaut werden. Gerade weil die Ausfuhrbürgschaften des Bundes ein Förderungsinstrument vorrangig politischer Natur darstellen und zunehmend Steuergelder beanspruchen, sind die Angriffsflächen für Protestaktionen größer als im Fall ausschließlich privatwirtschaftlicher Transaktionen.

Die Brasilien-Gruppen in der Bundesrepublik haben sich inzwischen schon intensiver mit den Ausfuhrbürgschaften im Rahmen ihrer Kampagne gegen die bundesdeutsche Beteiligung an den entwicklungspolitisch und ökologisch verheerenden Staudamm-Großprojekten in diesem Land beschäftigt.[11] In Gesprächen mit dem BMZ wurde die Rolle dieses Ministeriums bei den Bürgschaftsentscheidungen des Interministeriellen Ausschusses heftig kritisiert.

Die Forderungen der Dritte-Welt-Bewegung zu den Ausfuhrbürgschaften sollten meiner Meinung nach die folgenden zentralen Punkte umfassen:

- Anhebung der Gebühren auf ein kostendeckendes Niveau;
- umfassende Information der Öffentlichkeit bei jeder einzelnen Bürgschaftsübernahme;
- grundsätzliches Verbot für Bürgschaften bei militärisch, para-militärisch und polizeilich nutzbaren Lieferungen und Leistungen;
- Bürgschaftsübernahme nur auf der Grundlage von streng anzuwendenden entwicklungspolitischen und ökologischen Kriterien;
- Erweiterung des Interministeriellen Ausschusses um 9 Vertreter/innen von anerkannten bundesdeutschen Entwicklungs- und Umweltorganisationen.

Thomas Fues

Anmerkungen:

1. Korrekt müßte es hier Ausfuhrgewährleistung heißen, die sowohl die Garantien (bei privaten Abnehmern) als auch die Bürgschaften (bei staatlichen Abnehmern) umfassen. In der Umgangssprache ist aber häufig nur von Bürgschaften die Rede, wenn die Gewährleistungen in ihrer Gesamtheit gemeint sind. Der Einfachheit halber soll dieser Sprachgebrauch auch hier beibehalten werden.
2. Dieser Plan wurde vom US-amerikanischen Finanzminister Baker auf der Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank im Oktober 1985 als Lösungsmodell für die Schuldenkrise präsentiert. Dabei geht es um zusätzliche Kredite der internationalen Geschäftsbanken über 20 Mrd. US$ und der multilateralen Entwicklungsbanken (vor allem der Weltbank) über 9 Mrd. US$ in den nächsten 3 Jahren und an 15 ausgewählte Schuldnerländer. Dazu zählen 11 lateinamerikanische, 2 afrikanische Staaten, Jugoslawien und die Philippinen. Im Gegenzug müssen sich die Empfängerländer verpflichten, tiefgreifende Strukturveränderungen in Richtung auf eine privatkapitalistische, weltmarktorientierte Wirtschaftsordnung vorzunehmen. Die Umsetzung des Baker-Plans hat bisher noch auf sich warten lassen.
3. Vgl. den Artikel „Exportförderung im Gewand der Entwicklungspolitik" in: Blätter des iz3w, Nr. 122, Dezember 1984, S. 16—21.
4. Die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (Frankfurt) ist u. a. verantwortlich für die Abwicklung der staatlichen Kapitalhilfe.
5. Siehe Markus Mugglin, Exportrisikogarantie, internationale Verschuldung und schweizerische Entwicklungspolitik, Institut für Sozialethik der SEK, Entwicklungspolitische Diskussionsbeiträge Nr. 26, Adliswil (Schweiz) 1985.
6. Siehe Markus Mugglin, Entwicklungspolitische Lobby in der Schweiz, in: epd-Entwicklungspolitik 23/24 (Dezember) 1985, S. 22.
7. Die AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist ein konsortialer Zusammenschluß namhafter bundesdeutscher Banken. Sie ist auf die Finanzierung von Lieferungen und Leistungen bundesdeutscher Exporteure an ausländische Abnehmer spezialisiert.
8. Siehe Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Grünen im Bundestag: „Haushaltspolitische, ökologische und entwicklungspolitische Risiken der Ausfuhrbürgschaften", Bundestags-Drucksache 10/4549 vom 12.12.1985.
9. Nach jüngsten Pressemeldungen scheint das erwähnte Geschäft mit China vorerst geplatzt zu sein, da das chinesische Investitionsprogramm drastisch zusammengestrichen wurde. Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3.3.1986.
10. Siehe „Wirtschaftswoche" vom 11.5.1984.
11. Siehe Claudio Moser, Siegfried Pater und Gerlinde Rübel, Staudamm gegen das Volk — Ein ‚Entwicklungs(hilfe)projekt in Brasilien', Informationsstelle Lateinamerika, Bonn 1985.

Dschungelburger – Hackfleischordnung international. Ein Film von Peter Heller.

Zum Inhalt:
Am Beispiel der Bullettenkonzerne und des mittelamerikanischen Landes Costa Rica (wörtlich: die reiche Küste) zeigt der Film:
– wie die internationale Hackfleischordnung in dieser Welt funktioniert;
– wie diese Hackordnung den wenigen „da oben" (Oligarchie des eigenen Landes, profitgierige internationale Großkonzerne) die Macht in die Hände gibt, nicht nur die breite Masse von der Armut über die Verelendung bis zum Hungertod zu treiben, sondern das Land buchstäblich auszurotten.
Den höchst kompelexen Zusammenhang zwischen Handel, Hunger und Umweltvernichtung stellt der Film am Beispiel des weltweit täglich expandierenden „Hamburger"-Unwesens dar.

140 Hamburger verkauft allein die Fast-Food-Kette McDonald's in jeder Sekunde; zusammen mit anderen Konzernen wie Burger King, Wendy's u. a. füttern sie täglich weltweit 25 Millionen Menschen mit ihren Rinderplätzchen ab. Die Konzerne, die alljährlich unglaublich wachsen, möchten die ganze Welt mit ihrer „Eß-Kultur" beglücken. Drei Milliarden Menschen der „freien Welt" seien von dieser „Kultur" noch unberührt, sagte der Vizepräsident von McDonald, und der Gründer von Burger King meinte dazu: es sei aber sicher, daß auch sie dazu erzogen werden können – mit Hilfe der Medien, vor allem des Fernsehens. Die Frage, ob sie auch in die USA importiertes Rindfleisch verarbeiten, verneint Mc Donald's (der Film widerlegt diese Behauptung), Burger King gibt es zu. So werden Entwicklungsländer mehrfach ausgebeutet – als Kunden, als Zulieferer von Rohstoffen, und als billige Hilfskräfte. Hunger und langfristige Schäden an Natur und Umwelt sind die Folgen.

Costa Rica bezeichnet Peter Heller als einen Selbstbedienungsladen der Großkonzerne und der Oligarchie des Landes – Minister, Bankiers u.a. –, die in der Stadt leben und ihre Hände nicht am blutigen Gold der Fleischindustrie schmutzig machen wollen. Einige wenige große Ranchs exportieren immer mehr Rindfleisch. Die kleinen Bauern müssen ihre Betriebe aufgeben und werden arbeitslos, da die Ranchs nur ein Siebtel der Arbeitskräfte der Landwirtschaft benötigen. Die Folgen sind: Rückgang der Produktion von Mais und Bohnen, Arbeitslosigkeit, Landflucht. Während der Fleischkonsum im Land um 26 % gefallen ist, stieg der Export immer mehr an (z.Zt. über 90.000 t pro Jahr). Die größte Fleischexportfirma GISA sagt, daß von ihrem Export 95 % in die USA – davon 70 % für die Fast-Food-Konzerne – gehen.

Ca. 50.000-70.000 ha Wald werden für die Rinderzucht pro Jahr vernichtet. Das Land war 1950 noch zu 72 % bewaldet, 1978 betrug der Anteil nur noch 34 %. Wenn es so weitergeht, muß Costa Rica um die Jahrhundertwende noch Holz importieren. Im ersten Jahr nach der Rodung benötigt ein Rind jeweils ein ha Weideland, nach 5 Jahren 5-7 ha, nach 7-10 Jahren ist der Boden endgültig ausgelaugt. Durch die Umwandlung von tropischen Urwäldern in Weideland verliert das Land jährlich 680 Mio t fruchtbarer Erde, sagt Alexander Bonilla, Geologe und Umweltexperte. Die USA haben erreicht – so Bonilla –, daß das Land für jedes Kilo exportiertes Fleisch 2,5 t fruchtbare Erde von der dünnen Humusschicht opfert.

Der Film endet dennoch nicht in Resignation. Zum Schluß stehen die gefällten Bäume langsam in Zeitlupe wieder auf: eine Mahnung, ein Symbol für den Mut zur Hoffnung, Aufruf zum Widerstand?

Zur Gestaltung:
Peter Heller arbeitet gerne mit ruhigen Wechselbildern, Gegenüberstellungen. Da es seine Absicht ist, den Zusammenhang zwischen Rinderzucht und Umweltvernichtung, zwischen Handel und Hunger exemplarisch darzustellen, versucht er, diesen Zusammenhang zu vermitteln über Bilder, mit sparsamen aber gezielten Aussagen, Interviews und Kommentaren, garniert mit Gedichten und untermalt von indianischer Flötenmusik und einem Kabarett-Song. Der poetisch-musikalische Hintergrund hat drei Ebenen: a) die erwähnte melancholische indianische Flötenmusik; b) die Gedichte von Victor Hugo Navarro, Costa Rica und Pablo Neruda, Chile. Diese ersetzen auch Off-Kommentare (Beispiel Navarro: „Und die Arbeit der Campensinos ist billig, / perfekte Tagelöhner, seit ihrer Kindheit billig / sie sind es, die die Erde am Abend und im Morgengrauen anfassen, / ..."): und c) das ironisch-heitere Lied des Bänkelsängers – das Lied, das sich wie ein roter Faden durch den ganzen Film hindurchzieht, ist eine Parabel (der Traum eines Kalbes ist der Traum der Costaricaner, die auch von dem goldenen Nachbarland träumen. Das biblische goldene Kalb?).

Beispielhaft ist der Teil der Waldrodung und des Schlachthofs (Länge etwa 13 Min.). Da er hier nur zwei wichtige Informationen mitteilt – die Aussagen von Bonilla über den Verlust des Waldes und dessen Folgen (siehe oben) – und die Fleischverarbeitungszeit von 10 Minuten – von der Tötung des Rindes hin zur totalen Konfektion und Verpackung – vergißt sie der Zuschauer so leicht nicht. Bilder und Szenen wechseln zwar mehr oder weniger schnell, der Film bleibt aber immer an der Thematik haften. Zu der Frage, ob die US Fast-Food-Firmen importiertes Fleisch verwenden, wechseln zwar häufig Personen und Orte – innerhalb 5 Min. 22 Sequenzen, 7 Personen an gleichviel Orten –, es geht aber einzig und allein um die Klärung der widersprüchli-

Rezensionen

chen Aussagen.

Dieser Film ist eine seltene Mischung von guten Recherchen, parteinehmender Dokumentation und Unterhaltung. Deshalb hat er zurecht den Preis der internationalen Filmkritik als bester Dokumentarfilm bei der Internationalen Filmwoche in Mannheim 1985 erhalten. Zudem ist Peter Heller das gelungen, was Jerry Mander mittels Fernsehen für unmögliche hält: ein relativ abstraktes Problem zusammenhängend darzustellen. (Schafft das Fernsehen ab, Reinbeck 1979, S. 275 ff.)

Hintergrundinformationen:
Bekanntlich war es schon vor gut einem Jahrtausend möglich, jedem Erdbewohner täglich 3.000 Kalorien zur Verfügung zu stellen. Seither hat die Weltgetreideproduktion viel mehr zugenommen als die Weltbevölkerung. Daß dennoch 1/4 der Menschheit damals wie heute hungert, liegt an der ungerechten Verteilung und zunehmenden Vermarktung. So paradox es klingen mag leidet deshalb der Weltgetreidemarkt unter „chronischen Überschüssen" (Süddeutsche Zeitung vom 4.12.1985). Der so erzeugte Überschuß wird in Fleisch umgewandelt — für die, die zahlen können, für die reichen Länder; die nicht zahlen können, dürfen weiterhin hungern. 1971 betrug der Weltgetreideanteil, der in Fleisch umgewandelt wurde 35 %, 10 Jahre später ist dieser Anteil schon auf 47 % angewachsen. Der Fleischverbrauch in der BRD z.B. ist allein in den letzten 5 Jahren von 83 kg auf 100 kg pro Kopf/Jahr gestiegen. Der Vergleich mit Costa Rica (8kg Fleisch pro Kopf/Jahr) besagt deshalb wenig, weil die 5 % der Reichen, die mehr als üppig essen und allenfalls 15 % Mittelschichtler diesen Anteil fast voll in Anspruch nehmen. So gesehen hat Paul Harrison nicht übertrieben, wenn er meint, „die Fleischfresser der westlichen Welt sind Kannibalen, Menschenfresser" (Hunger und Armut, Reinbek 1982, Seite 220).

Ausführliche Hintergrundinformationen zu dem Film sowie über den Zusammenhang zwischen der Fleischproduktion, Fleischexport und Hunger sind in dem gut lesbaren, empfehlenswerten Buch zum Film „Das Brot des Siegers" zu finden (siehe Rezension „blätter des iz3w" Nr. 130).

Technische Daten:
Bundesrepublik, Farbe, 16 mm, 58 Min.
Mitarbeit: Siegfried Pater, Mercedes Ramirez u.a.
Kamera: Otmar Schmid u.a.
Ton: Peter Heller, Victor Schonfeld
Schnitt: Beate Köster
Produktion: Filmkraft Filmproduktion GmbH
Verleih: Verleihgenossenschaft der Filmemacher, Alfonsstr. 1, 8000 München 19.
Das Buch zum Film: Christiane Grefe / Peter Heller Martin Herbst / Siegfried Pater: Das Brot des Siegers. Das Hackfleisch-Imperium, Lamuv Verlag, Bornheim-Merten 1985

Asit Datta

Umweltliteratur zwischen Erbauung und Weltuntergang

Norman Myers (Hrsg.)
GAIA, der Öko-Atlas unserer Erde
Fischer-Verlag Frankfurt 1985

John Seymour, Herbert Girardet
Fern vom Garten Eden: Die Geschichte des Bodens
Wolfgang Krüger Verlag Frankfurt 1985

Peter E. Stüben (Hrsg.)
Kahlschlag im Paradies (Jahrbuch Ökozid, Bd. 1)
Focus-Verlag Gießen 1985

Helmut Thielen
Agrarreformen in Lateinamerika zwischen Ökonomie und Ökologie — Modellfall Nicaragua
Haag + Herchen Verlag Frankfurt 1985

Daß die Natur auch in der „Dritten Welt" zerstört wird, daß der Fortschritt in der Landwirtschaft, z.B. durch Staudämme oder Pestizide auf lange Sicht verheerende Folgen haben kann, daß letztlich die begrenzten Ressourcen dieser Erde, ob unter, im oder auf dem Erdboden bedroht sind — all das hat uns in den letzten Jahren eine rasch angewachsene Literatur klar gemacht. Wenn dieser Bücherberg dennoch munter weiter wächst, so ist an Neuerscheinungen, jedesmal nachdrücklicher, die Frage zurichten: wozu auch dieses Buch noch, was sagen uns die Autoren Neues, was sagen sie besser als ihre Vorgänger, was können wir als bereitwillig betroffene Leser damit anfangen?

Beim *Öko-Atlas Gaia* gibt das Vorwort (— kurioserweise werden zum Verfasser im Buch widersprüchliche Angaben gemacht —) darauf eine Antwort, deren simplifizierender Größenwahn einem erstmal die Lust an der Lektüre nimmt. Aus dem „lebenswichtigen Buch" könne man vor allem entnehmen, so der mehrnamige Vorworter, daß „nahezu alle Übel, die uns bedrängen, ...mit unerbittlicher Kausalität auf drei wesentliche Ursachen zurückgeführt werden können: Überbevölkerung, politische Torheit und einen verschwenderischen Mißbrauch der Schätze unseres Planeten." Glücklicherweise hält der Ökoatlas nicht, was sein vorwortender Discount-Händler verspricht. Hält man sich weniger an die Selbstanpreisungen, sondern an den Inhalt, so ist als erstes ein Bemühen um thematische Vollständigkeit erkennbar. Waldsterben, Wüstenausbreitung und all die andern Übel, die uns bedrängen, sollen in ihrem ökologischen Gesamtzusammenhang dargestellt werden. Eine Einleitung stellt den gegenwärtigen Zustand der Erde in ihren entwicklungsgeschichtlichen Zusammenhang und macht die späte Ankunft des Menschen in der Evolution deutlich. Es folgen sieben Hauptabschnitte (Das Land, Der Ozean, Die Elemente, Die Evolution, Die Menschheit, Die Zivilisation, Die Betreuung unseres Planeten), deren logischer Bezug zueinander mir zwar nicht deutlich geworden ist, die aber schon darauf verweisen, daß es den Verfassern immer auch um die Wechselwirkung von Natur und menschlichen Eingriffen geht. Ihr Ökologiebegriff erfordert auch eine Beschäftigung mit „Errungenschaften" wie Krieg, Medien oder Markt.

Innerhalb dieser großen Abschnitte ist jeweils eine Doppelseite einem bestimmten Problem wie z.B. den Fischvorkommen im Meer oder der „Zeitbombe der Armut" gewidmet. Diese Doppelseiten, gewissermaßen die Basiseinheiten des Atlas, enthalten in Wort und Bild je eine Bestandsaufnahme der Grundlagen bzw. Ressourcen, danach eine Darstellung der Krise in dem jeweiligen Bereich und schließlich Perspektiven und Lösungsansätze. Bei der Darstellung steht das grafische Element im Vordergrund, wobei man sich unter Grafik mehr vorzustellen hat als die hierzulande übliche Umsetzung von Tabellen in Schaubilder. Das ursprünglich in den USA herausgegebene Werk treibt vielmehr enormen drucktechnischen Aufwand, um in der besten amerikanischen Tradition auf phantasievolle Weise gedankliche Zusammenhänge mit bildnerischen Mitteln deutlich zu machen. Oft gelingt das ausgezeichnet und dem Leser bleibt statt langatmiger Erläuterungen ein einprägsames Bild im Kopf, ein nicht nur ausreichendes, sondern sogar vorzuziehendes Ergebnis der Informationsaufnahme. Nicht alle Zusammenhänge freilich lassen sich gleichermaßen schlüssig grafisch umsetzen. Außerdem verzichten die Gestalter des Atlasses häufig auf direkte Erläuterungen der Grafik, oft zu Recht, weil das Bild für sich selbst spricht, bisweilen jedoch zum Nachteil des Lesers, weil es zu Verständnisschwierigkeiten führt (z.B. S. 92/93). Manchmal sind Zuordnungen von Grafik und Text auch nur schwierig zu entschlüsseln (besonders, wenn dabei Satzfehler mitspielen, wie S. 104/105). Dennoch liegt in der grafischen Gestaltung eine besondere Attraktivität des Bandes.

Inhaltlich wird man bei einer so umfassenden Konzeption in Kauf nehmen müssen, daß manches verkürzt dargestellt ist. Vermeidbar wäre die breite Streuung der Informationen über viele Kapitel hinweg zu bestimmten Themen wie etwa der Landwirtschaft gewesen. Gerade bei einem Buch, das als Kompendium gedacht ist, wäre bei der Gliederung und Präsentation der Information noch mehr redaktionelle Arbeit wichtig gewesen. Dies gilt auch für die inhaltlichen Bezüge zwischen den ein-

zelnen Kapiteln. So werden etwa in den landwirtschaftlichen Kapiteln des ersten Abschnitts viele wichtige Ursachen des Hungers als Ergebnis falscher Bodennutzung und technischer Fehlentwicklungen analysiert. Im Abschnitt „Elemente" dagegen wird zur Behebung des Energiemangels ohne Einschränkung das brasilianische Beispiel der Treibstoffgewinnung aus Zucker als Lösung angeboten, als ob deren Beitrag zur Ausbreitung des Hungers noch nie untersucht worden wäre. Derartige Ungereimtheiten lassen sich nun nicht mehr als platzbedingte Verkürzungen entschuldigen. Sie werfen die Frage nach der Einlösung des Anliegens auf, eine wirklich globale Zusammenschau der ökologischen bzw. menschengemachten Probleme zu leisten. Vielleicht liegt eine Ursache für solche Widersprüche in dem aus der Kapitelgliederung entspringenden Drang, Lösungsansätze um jeden Preis zu präsentieren. Häufig gerät dies zu einer den apokalyptischen Mahnungen des Vorworts ganz unangemessenen Macherpose. „Wir" werden die Krise der (Dritten) Welt schon meistern, z. B. wenn „wir" in der Dritten Welt „insgesamt fünfmal so schnell Bäume pflanzen". Trotz ständiger Bemühung, gesellschaftliche Zusammenhänge einzubeziehen, schlägt hier die Berufskrankheit der Ökologen durch, die Welt aus der Perspektive Gottes an seinem großen Computer oben am Himmel zu betrachten.

Ähnlich enzyklopädisch angelegt ist das Buch von *Seymour/Girardet* über den Boden. Wie die einzelnen Kapitel des Ökoatlasses ist hier das ganze Buch nach dem Dreischritt „Kultivierung — Zerstörung — Rettung" angelegt. Die Rettung besteht selbstredend im biologischen Landbau und dieses Kapitel bringt nun allerdings angesichts einer Lawine einschlägiger Literatur wirklich nichts Neues. Auch einige andere Kapitel, wie das über die Massentierhaltung sind in einem Buch über Boden entbehrlich. Die zentralen Abschnitte des Buches über die Geschichte der Bodennutzung und -zerstörung beeindrucken durch ihren großen historischen Bogen um die teils verblüffenden Anknüpfungen an gegenwärtige Probleme. Die Darstellung leidet jedoch, vor allem bei den von John Seymour verfaßten Kapiteln, durch eine allzu journalistisch-zupackende Vorgehensweise. Die Autoren vermochten sich für die Buchausgabe zu wenig von der für die Fernsehsendung geeigneten bildhaften Darstellung loszumachen. So sind zahlreiche wichtige Informationen ziemlich willkürlich in den wenig gegliederten Text verstreut, ebenso wie einige grafische Darstellungen über Bodennutzung, deren Zusammenhang mit dem Text ziemlich locker ist. Wem diese Art etwas weitschweifiger, populärwissenschaftlicher Streifzüge liegt, der ist mit diesem Buch sicher gut bedient, Wer mehr die klaren Fakten für die nächste Diskussion braucht, weniger. Hervorragend ist in jedem Fall die Bebilderung durch 200 Farbfotos, die oft sehr eindrucksvoll die geschilderten Probleme illustrieren. Ein bodenkundliches Glossar rundet den Band ab.

„*Ökozid I, Kahlschlag im Paradies,* Die Vernichtung der Regenwälder, Das Ende der Stammesvölker" — mit dieser vierstimmigen Schreckensfanfare, unterlegt noch durch ein Farbfoto verkohlter tropischer Baumriesen, präsentiert sich das Titelblatt eines Buches, das schließlich am Ende des zweiten Vorworts sehr schüchtern als erster Band eines „Jahrbuchs für Ökologie und bedrohte Kulturen" vorgestellt wird. Schade, daß dieser Sammeltitel der geplanten Jahrbücher in der Aufmachung der ersten Ausgabe völlig untergeht. Denn der Herausgeber Peter Stüben bleibt nicht bei dem auch von ihm ausgebreiteten düsteren Panorama der weltweiten Zerstörung von Ökosystemen und Wohnräumen von Stammesvölkern stehen. Ähnlich wie es häufig auf dem letzten BUKO in Freiburg anklang, hofft auch Stüben in seiner programmatischen Einleitung des Buches auf ein Bündnis oder vorerst einmal ein gegenseitiges Zur-Kenntnis-Nehmen und Anerkennen von Gruppen aus den Industrieländern, die sich — mit unterschiedlichen Schwerpunkten wie Ökologie, Dritte Welt oder Frieden — dem Widerstand gegen das zerstörerische Industriesystem der „entwickelten" Länder verschrieben haben und den Resten von Stammesvölkern, bei denen er noch ein harmonisches Verhältnis zu Natur und Umwelt konstatiert. Zu Recht, vielleicht sogar nicht entschieden genug, warnt Stüben dabei vor romantisierenden Versuchen, „Indianer zu spielen", d.h. Denk- und Lebensformen von Stammesvölkern sich aneignen zu wollen, ohne die Eingebundenheit in die eigene Gesellschaft zu begreifen.

Solchen eher grundsätzlichen und implizit auch strategischen Fragen ist der zweite Hauptabschnitt des Buches unter dem Stichwort „Diskussionen" gewidmet. Claudia Müller-Ebeling und Christian Rätsch zeichnen hier Leben und Denken der Regenwaldbewohner nach, das „ein Leben im Miteinander garantieren konnte." Freilich tritt dem Leser diese Darstellung in der üblichen Form ethnologischer Berichte gegenüber. Eine eigentliche Diskussion, vor allem auch der Frage, was wir nun mit diesem Wissen anfangen können, findet nicht statt. Die Auseinandersetzung des abendländischen Menschen mit den Entdeckungen, die er in der Natur und bei den Menschen der Tropen seit dem Ende des Mittelalters gemacht hat, ist dagegen das Thema von Peter Stübens Aufsatz „Tropenphantasie". Ideologiekritik der Entdekkungsgeschichte ist ja nun gerade in den letzten Jahren ausgiebig betrieben worden (z. B. in etlichen Veröffentlichungen zu den Lateinamerikawochen bei den Berliner Horizonten). Stübens Rezeption der alten Reiseliteratur und der neueren Ideologiekritik daran scheint mir nicht gerade geglückt. Da ist allzuviel an kulturkritischen Lesefrüchten abgepackt, ohne daß am Ende noch ein roter Faden in der Argumentation erkennbar bliebe. So fordert Stüben etwa (S. 166) kategorisch, daß wir uns hüten sollten, den alten Entdeckern und ihren Augenzeugenberichten zu mißtrauen — wir machten uns sonst wissenschaftlicher Überheblichkeit schuldig. Zwei Seiten weiter hält Stüben selbst — zu Recht — dem Brasilienfahrer Jean Léry den ideologiekritischen Spiegel vor. Er habe nicht beschrieben, was er gesehen habe, sondern was er seiner eigenen Gesellschaft habe vorhalten wollen. Nicht recht verständlich ist auch — eine Anfrage diesmal an Peter Stüben als Herausgeber — wie ein leicht überarbeitetes Kapitel aus dem Buch von Beate von Devivere „Das letzte Paradies" in den Diskussionsteil des Jahrbuchs geraten ist. Wenn schon nachgedruckt werden muß, dann doch vielleicht nicht gerade aus einem wenig fundierten Buch, das als fischer-alternativ-Taschenbuch schon in weit mehr Bücherschränken steht als sie das Jahrbuch wohl je erreichen wird.

Der erste Teil des Jahrbuches („Berichte — Analysen") enthält monographische Untersuchungen zur Entwicklung der Wälder in den einzelnen tropischen Waldregionen (Brasilien, Zentralamerika, Afrika, Südostasien). Ein solcher regionaler Zugang scheint gut gewählt, da sich der Leser hieraus ein Gesamtbild erstellen kann und dennoch die wichtigen regionalen Besonderheiten nicht unterdrückt werden. Die Aufsätze zu Zentralamerika, Afrika und Südostasien geben jeweils einen Überblick über die jüngere Entwicklung im Kampf um die Erhaltung des Waldes und über seine trotzdem rasch fortschreitende Zerstö-



rung. Allerdings ist der methodische Zugang jeweils recht unterschiedlich, so daß ein Vergleich doch schwierig bleibt. Im Fall des Amazonasgebiets weicht die Darstellung ohnehin ab. Hier stehen anstelle einer Bestandsaufnahme ein rein auf die ökonomische Kritik abstellender Aufsatz über die Erschließungspolitik Brasiliens sowie ein weiterer über das Schicksal der Amazonasindianer in Brasilien. Die übrigen südamerikansichen Amazonasländer bleiben unberücksichtigt. Wenn es Ziel eines solchen Berichtsteils ist, dem Leser möglichst präzise Informationen für seine eigene Arbeit zugeben, dann wäre sicher eine stärkere Vereinheitlichung in der Darstellung

der einzelnen Regionen wünschenswert. Einen gewissen Ausgleich bietet hier die allgemeine Einführung „Das Ökosystem der tropischen Regenwälder — Folgen eines globalen Ökozids“ von Veronika Baum.

Ökozid soll ein Jahrbuch werden. Für die beiden nächsten Ausgaben sind die Themen „Großtechnologie“ sowie „Agroindustrie“ angekündigt. Da dieses Jahrbuch gerade wegen seiner hoffentlich wirklich kontinuierlichen Erscheinungsweise ein Wegweiser in der Informationsflut zum Ökologiebereich werden könnte/sollte, scheint es mir sehr wichtig, daß es diese besondere Stellung auch nutzt. Sinnvoll erschiene mir, trotz unterschiedlicher Schwerpunktthemen bestimmte zentrale Probleme des „Ökozids“ fortlaufend zu behandeln, und sei es nur in Form kurzer Rubriken, um dem Leser Entwicklungen deutlich zu machen. Die Zweiteilung in Analysen und Diskussion ist im Ansatz überzeugend. In beiden Teilen sollte aber m. E. die Redaktion klarere Vorgaben an die Autoren machen, damit das Jahrbuch ein stärkeres Eigenprofil gewinnen kann.

Von einer ganz anderen Seite her nähert sich *Helmut Thielen* den Problemen der Ökologie in der Dritten Welt. In seiner gründlichen Untersuchung der Agrarreform der sandinistischen Regierung in Nicaragua unternimmt er es, die gewöhnlich ausschließlich in politökonomischen Kategorien geführte Diskussion um die Agrarreformen Lateinamerikas systematisch durch die ökologische Dimension zu ergänzen. Seine Frage ist dabei eine doppelte: Welche Bedeutung haben ökologische Prozesse wie z. B. Erodierung auf die Landnutzung und Landverteilung und damit indirekt auf die Entwicklung von Agrarreformen? Und umgekehrt: Wie kann eine sozialökonomisch begründete Landreform auch ökologischen Erfordernissen gerecht werden?

Daß ihm eine vollständig integrierte Darstellung der nicaraguanischen Landreform unter diesen Gesichtspunkten noch nicht gelungen ist, kann dem Autor nicht angelastet werden. Allzusehr sind Agrarökonomie und Ökologie nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in der Verwaltung und Politik getrennt. Thielens Buch zeichnet die nicaraguanische Entwicklung in beiden Bereichen minutiös nach und ist schon allein deswegen ein wichtiges Referenzwerk. Seine Bedeutung für die Ökologiediskussion liegt aber vor allem im Insistieren auf der Befragung des einen Bereichs mit den Kategorien des andern. Standortgerechter Landbau oder alternative Agrartechnik haben auch eine zu reflektierende sozialökonomische Dimension. Und Landbesitzverteilungen können sehr unmittelbare ökologische Konsequenzen haben. Nicaragua ist, wie aus Thielens Arbeit hervorgeht, keineswegs ein „Modellfall“ in dem Sinn, daß es bereits ein integriertes, ökonomisch-sozial-ökologisches Konzept zur Entwicklung seiner Landwirtschaft hätte. Thielen hat die dennoch bestehenden Lösungsansätze vorgestellt und in einer Weise theoretisch aufbereitet, daß sein Buch im Sinn der eingangs aufgestellten Kriterien als wichtiger, die Diskussion vorantreibender Beitrag gelten muß.

Rainer Huhle

Thomas Kruchem
„Brücken über die Apartheid“, Gespräche im Südafrika des Ausnahmezustandes
Serie Piper Aktuell Bd. 349, 1986
329 Seiten, 14.80 DM

Die Flut der Literatur über Südafrika ebbt nicht ab. In der renommierten Serie Piper aktuell stellt Thomas Kruchem die Ergebnisse seiner Recherchen vor, die er im letzten Jahr während des Ausnahmezustandes in Südafrika erhoben hat: 37 Gespräche mit Südafrikanern. Im Vorwort schreibt er: „Ziel dieses Buches ist es, in der hitzig geführten Südafrika-Debatte die Südafrikaner selbst zu Wort kommen zu lassen.“ Der Klappentext ergänzt: „Über Südafrika scheint jeder Bescheid zu wissen. Über die Köpfe der dort Lebenden hinweg wird munter eine wohlfeile Politik gemacht...“

Klare Antworten gibt das Buch nicht — man muß sie erschließen; denn vordergründig zieht sich Kruchem auf seine reine Dokumentationsabsicht zurück. Gegen eine Dokumentation der relevanten, in Südafrika vertretenen Positionen wäre auch nichts einzuwenden, vorausgesetzt, die Auswahl ist einigermaßen angemessen und der Interviewstil fair. Das wird zu überprüfen sein. Ein umfangreiches, von Robert von Lucius erstelltes Glossar hilft dem in südafrikanischen Dingen weniger bewanderten Leser, die Gespräche zu entschlüsseln.

Ein erster Einwand gegen das Buch ergibt sich daraus, daß Kruchem, der ja Südafrikaner selbst zu Wort kommen lassen will, diese Absicht von vornherein dadurch relativiert, daß er den Interviews zwei Essays über Südafrika aus deutschen Federn beifügt. Sie sollen laut Vorwort die Sinne für das Verständnis der Gespräche schärfen. Sie können indessen bei dem mit Südafrika wenig befaßten Leser nur Verwirrung stiften. Arnulf Barings Essay vermittelt ein Südafrika-Bild aus extrem konservativer Sicht, in dem es nur so von kolonialistischen Klischees wimmelt. Ohne jeden Anflug von Ironie wird den burischen Machthabern attestiert, daß sie die „Bürde des weißen Mannes“ würdevoll tragen. Und ausgerechnet mit diesem Essay beginnt das Buch. Dagegen ist der zweite Essay, der den 37 Gesprächen nachgestellt ist und von Walter Hättig geschrieben wurde, eine wirkliche Analyse und gehört mit zum Besten an diesem Buch. Indessen konnte man diesen Essay auch schon andernorts lesen. Offenbar sollen die beiden Essays andeuten, daß man über Südafrika alles und jedes denken kann, oder sie sollen die ausgewogene, pluralistische Tendenz des Buches dokumentieren. In dieser Weise aber kann man über Südafrika ebensowenig pluralistisch und kontrovers diskutieren wie etwa über das Dritte Reich, von dessen Geist es auch getränkt ist.

Nun zu den Gesprächen selbst. Kruchem deckt in der Tat mit seinen Interviews, die zwischen zwei und 16 Seiten lang sind, fast die ganze Palette von Meinungen

und Positionen ab, die heute in Südafrika vertreten werden: von der schwarzen Lehrerin und den schwarzen Studenten bis zum weißen Polizisten, vom African National Congress (ANC) über die United Democratic Front bis zur Azanian People's Organisation, die Regierung kommt ebenso zu Wort wie Buthelezi, Helen Suzmann und die Konservative Partei; Exponenten des Südafrikanischen Kirchenrates werden befragt und Erzbischof Hurley wie auch ein Vertreter der Nederduitse Gereformeerde Kerk; Journalisten, Gewerkschafter, Arbeitgeber, ein Kommunist, der Black Sash, die Urban Foundation und zahlreiche „Experten" werden befragt. Kein Zweifel: Kruchem gelingt es in vielen Gesprächen, etwas von der Atmosphäre der Repression im Lande zu vermitteln, Ursachen der gegenwärtigen Konfrontation offenzulegen, den Zynismus der Herrschenden aufzuzeigen.

Gleichwohl ist dies nicht die zentrale Botschaft des Buches. Reduziert man nämlich die Gespräche auf die unterschiedlichen Positionen, die in ihnen zum Ausdruck kommen, so stellt man fest, daß bestimmte Positionen favorisiert, andere reduziert werden. Auch das wäre noch tolerierbar, wenn dadurch das Meinungsbild, wie es sich in Südafrika darstellt, nicht allzu sehr verzerrt würde. Aber: der ANC, die wichtigste und größte Widerstandsbewegung in Südafrika, erhält gerade ein Interview von 6 Seiten; dagegen kommt der Chief Minister von KwaZulu und Führer der Inkatha-Bewegung, Buthelezi, auf 12 Seiten und — das ist entscheidend: seine Position erhält noch handfeste Verstärkung durch Interviews mit zweien seiner Minister, den ehemaligen Sekretär der Buthelezi-Kommission und jetzigen Direktor des Inkatha-Instituts und eine Gewerkschafterin, die Mitglied der Inkatha ist. Auf diese Weise erhält die Position, die Buthelezi vertritt, etwa achtmal so viel Raum sich darzustellen, wie der African National Congress. Das Verhältnis der jeweiligen Anhängerschaft im Lande dürfte eher umgekehrt sein.

Kruchem verlagert die Gewichte ein weiteres Mal, indem er die weiße liberale Opposition, die sich um die Progressive Federal Party gruppiert, gehörig favorisiert. Mindestens 10 Interviews dürften dieser Position zuzurechnen sein. Nun haben die Liberalen keine Mehrheit bei den Weißen, und Buthelezi hat keine Mehrheit bei den Schwarzen. Bei Kruchem aber dominieren diese beiden Positionen, die, wie man wissen muß, politisch eng kooperieren und sich vor allem dem Ausland als eine Alternative zur herrschenden burischen Nationalen Partei und zur schwarzen Befreiungsbewegung anbieten. Beide Gruppierungen eint die Forderung nach der Abschaffung der Apartheid, die Ablehnung von Gewalt und die Ablehnung von Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika. Buthelezi präsentiert sich im Ausland bereits als der kommende Mann Südafrikas. Erst kürzlich war er in Bonn und wurde auch vom Bundeskanzler empfangen.

Offenbar haben wir nun also auch endlich die Südafrikaner entdeckt, von denen im Vorwort und Klappentext die Rede war, die hier nicht zu Worte kommen und über deren Köpfe hinweg eine wohlfeile Politik gemacht wird: die Inkatha-Bewegung Buthelezis und die weißen Liberalen. Es sei hier nicht Kruchem ein Vorwurf daraus gemacht, daß er für diese Gruppierung plädiert. Was ihm zum Vorwurf zu machen ist, ist die Tatsache, daß er dies in raffinierter Weise verschleiert, indem er — scheinbar pluralistisch — alle Positionen zu Wort kommen läßt, um dann zweien davon exzessiv Raum zu geben, ihre Auffassungen darzulegen.

Kruchem wird dies vermutlich bestreiten und darauf hinweisen, daß in mehreren Interviews auch Buthelezi und Inkatha handfest kritisiert werden — kämpferisch von Joe Jele vom ANC, zurückhaltend bei Kistner vom Südafrikanischen Kirchenrat, analytisch im Essay von Walter Hättig. Aber gerade darin liegt die Raffinesse, daß alles irgendwo auch kritisiert wird — nur halt in unterschiedlichen Dimensionen, wie an einem Beispiel gezeigt werden soll, das auch die Interviewtechnik Kruchems beleuchtet.

So wird Beyers Naudé in seinem Interview Gelegenheit gegeben zu bestätigen, daß der Südafrikanische Kirchenrat für Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika plädiert; aber begründen darf er das nicht. Wer den Generalsekretär des Kirchenrates kennt, weiß, daß er dies sehr rational tun könnte. Auf der anderen Seite läßt Kruchem seine konservativen und liberalen Gesprächspartner, und natürlich auch Buthelezi, extensiv und exzessiv gegen Wirtschaftssanktionen polemisieren, so daß sich für den unbelasteten Leser ergibt: eigentlich gibt es keine Gründe für Wirtschaftssanktionen, und wer trotzdem für sei eintritt, weiß nicht, was er tut.

So ist es trotz vieler interessanter Interviews letzlich ein höchst ärgerliches Buch, weil es seine Prämissen nicht offenlegt, weil es die Dimensionen und in Südafrika bezogenen Positionen unangemessen verzerrt, damit es seine eigentliche Botschaft loswerden kann, die Botschaft der südafrikanischen Wirtschaft letztlich, die da lautet: Bitte, bitte, wascht mir den Pelz, aber macht mich nicht naß.

Daß die South African Foundation, der propagandistische Arm der südafrikanischen Wirtschaft, die Erstellung des Buches unterstützt hat, verwundert daher nicht.

Ludwig Helbig

Der SCI, eine Organisation, die internationale Workcamps veranstaltet, sucht für ein Camp bei der Freiburger Aktion Dritte Welt (ADW) (Termin: 2.8. -17. 8. 86, ca. 8 Teilnehmer/innen) noch 1-2 Campleiter/innen. Die Freiwilligen werden vorwiegend Reparaturarbeiten im Büro ausführen. Das Camp wird von Infos der ADW über Dritte-Welt-Probleme begleitet. Die Campleitung, für welche Englischkenntnisse Voraussetzung sind, kann als soz.-päd. Praktikum anerkannt werden. Auch für andere Workcamps (Friedens-, Naturschutz-, Frauen- etc. Arbeit) werden noch Campleiter/innen gesucht.

Infos: SCI-Lokalgruppe Freiburg, Katrin Schoch, Klarastr. 56, 7800 Freiburg, Tel. 0761/274589

Kurz belichtet

Die neuen entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung

— mm— Die Mitte März vom Kabinett beschlossenen „Grundlinien der Entwicklungspolitik" seien, so Warnke, notwendig geworden, da sich das entwicklungspolitische Umfeld geändert habe. Er nennt in diesem Zusammenhang die Verschuldung und die Dürrekrise in Afrika. Laut Bundesregierung bildet den Kern ihrer „Neuorientierung" die Einsicht, daß „Entwicklung nur durch die Entfaltung der schöpferischen Kräfte der Menschen in den Entwicklungsländern" erfolgen könne, weshalb Entwicklungshilfe „Hilfe zur Selbsthilfe" sei.

Dies hört sich alles sehr bekannt an und steht auch schon fast wörtlich in den Grundlinien von 1980, die noch von der sozialliberalen Koaliton stammen.

Bei genauerer Betrachtung der neuen Grundlinien wird ein Wechsel im Grundverständnis deutlich. Mit moralisch herablassendem Tonfall wird die Ideologie „Wir wissen was für Euch gut ist!" und „Wer zahlt, der befiehlt!" verkündet. Während die alten Grundsätze auf dem Bericht der Nord-Süd-Kommission und den Leitgedanken der „Strategie der gesamten Verantwortung" mit der Betonung der Suche nach globalen Lösungen beruhen steht nun das Konzept der Eigenverantwortlichkeit der Staaten der Dritten Welt im Vordergrund.

Es wird durchgängig wieder von „Hilfe" gesprochen. „Technische Zusammenarbeit" heißt jetzt wieder „Technische Hilfe".

Von „Zusammenarbeit" ist nur noch die Rede im „privatwirtschaftlichen" Bereich. Dementsprechend fehlen die kritischen Hinweise auf die Tätigkeit der multinationalen Konzerne oder die Forderungen nach einem Verhaltenskodex (s. Grundlien von 1980 unter Bilat. Zusammenarbeit Ab. 43).

Kein Ziel der Bundesregierung scheint auch die Überwindung der Rassendiskriminierung im Südlichen Afrika zu sein. Sicher dürfte jedoch sein, daß keiner Aktivitäten mehr von Gruppen in den Ländern der Dritten Welt unterstützt werden, die für friedliche und demokratische Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts eintreten. Diese Abschnitte fehlen in den neuen Grundlinien vollständig, dafür wird betont, daß bei der Forderung nach Verwirklichung der Menschenrechte immer die „unterschiedlichen kulturellen und religiösen Wertvorstellungen" berücksichtigt werden müßten.

Kein Ziel der Bundesregierung ist die Schaffung einer gerechten Wirtschaftsordnung, die natürlich auch gesellschaftliche Rahmenänderungen, wie noch 1980 formuliert, notwendig macht. Die Entwicklungsländer sollen in Zukunft nicht nur Rohstoffe, sondern auch Fertigprodukte in den Norden liefern dürfen. Damit ist wohl für die Regierung schon Genüge getan. Bei der regionalen Aufteilung der Mittel ergeben sich keine wesentlichen Änderungen und die fachlichen Schwerpunkte bleiben bestehen. als Vergabekriterium tritt außer den obengenannten „Eigenanstrengungen" z. B. der Verweis auf „geschichtliche und kulturelle Beziehungen" zur BRD hinzu. Neben der langfristigen strukturellen Hilfe wird die Priorität der „Überlebenshilfe" genannt. Bei der Technischen Hilfe reicht der Hinweis auf die Beschäftigungswirksamkeit in der BRD nicht mehr aus, vielmehr wird ausdrücklich Wert darauf gelegt, daß die Ausbildung und Fortbildung vornehmlich in deutschen Betrieben und Universitäten stattzufinden hat. Die Arbeit der nichtstaatlichen Gruppen wird ausdrücklich als besonders wirksam bezeichnet. Zu den nichtstaatlichen Gruppen gehören neuerdings zwar noch die Kirchen und politischen Stiftungen, aber nicht mehr die Gewerkschaften.

Der letzte Teil der Grundlinien wird der Auswärtigen Kulturpolitik gewidmet. Kein Ziel mehr ist die Förderung der kulturellen Identität, sondern die Kulturpolitik ist geeignet zur „Nachbetreuung von Maßnahmen der Technischenn Hilfe" und soll die Ausbildungsförderung ergänzen wie z.B. durch Vermittlung der deutschen Sprache. Zukünftig werden wohl die „beiderseitigen Beziehungen über die Zeit der Entwicklungshilfe hinaus" durch *deutsches Liedgut* „vertieft".

BUKO-Kampagne gegen Rüstungsexport — Geldmittel von evangelischer Kirche vorläufig gestoppt

— as — Seit 1984 versuchte die BUKO-Kampagne mit finanzieller Unterstützung der evangelischen Kirche Öffenlichkeitsarbeit gegen den Rüstungsexport in die 3. Welt zu machen. Jetzt werden die BUKO-Aktivitäten gebremst. Der Antrag des BUKO auf 60.000 DM Förderungsmittel wurde von der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienste (AGKED) vorläufig nicht bewilligt. Die vom untergeordneten Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP) bis Juni '86 befürwortete Zwischenfinanzierung von 18.000 DM wurde abgelehnt.

Ausgangspunkt dieser neuen Entwicklung, die den Fortgang der Arbeit der Kampagne gefährdet, ist anscheinend ein von der innerevangelischen Militärlobby initiertes Konglomerat aus Gerüchten und irrationalen Vorbehalten gegenüber der Kampagne.

Bevor nun die endgültige Entscheidung über eine weitere Förderung im Juni '86 gefällt wird, prüft ein unabhängiger Gutachter die angeblich einseitigen Materialien der Kampagne. Deren „Unseriösität" mußte letztendlich für die Kritik an der Kampagne herhalten. Dabei hätte diese Kritik, so Käthe Jans vom Kampagnenbüro, in einem Gespräch schnell ausgeräumt werden können.

Spendenaufruf für die STIMME KURDISTANS

Die Kurden im Iran leben in einem doppelten Krieg: Sie sind betroffen vom Golfkrieg zwischen Iran und Irak, und sie werden zusätzlich militärisch, politisch und kulturell vom Khomeini-Regime unterdrückt. Die Hoffnung der iranischen Kurden, daß sich ihre Situation nach dem Sturz des Schah-Regimes entscheidend bessern würde, hat sich nicht erfüllt. Im Gegenteil: das Khomeini-Regime hat Iranisch-Kurdistan noch mehr zu einer militärisch beherrschten Kolonie gemacht, als dies schon unter dem Schah-Regime der Fall war. 2.000 Militärstützpunkte wurden in den vergangenen sieben Jahren in Iranisch-Kurdistan errichtet, unzählige Massaker wurden von den Truppen des Ayatollah in kurdischen Dörfern verübt.

Die Demokratische Partei Kurdistan/Iran (PDK/I) kämpft für ein autonomes Kurdistan in einem demokratischen Iran, und für eine Beendigung des Golfkrieges. Die PDK/I hat darum gebeten, ihr beim Aufbau ihres Radiosenders STIMME KURDISTANS mit einer Spendenaktion zu helfen.

Wir bitten um Spenden um folgendes Konto:

Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00)
Kto.-Nr. 119.013.811 / Jürgen Reents
Stichwort Stimme Kurdistans

Unterzeichner: Gert Bastian, Hans Branscheidt, Peter O. Chotjewitz, Manfred Coppik, Bundesvorstand DIE GRÜNEN, Inge und Walter Jens, Petra K. Kelly, KOMKAR (Föderation der Arbeitervereine Kurdistans in der BRD), Norman Paech, Peggy Parnass, Hermann Peter Piwitt, Jürgen Reents, Bettina Wegner

Themenschwerpunkt Frauen, blätter Nr. 131, Feb. 1986

Liebe Frauen,

nun habe ich das Schwerpunktheft „Frauen" durchgelesen und will Eurer Aufforderung zu Kritik und Anregungen nachkommen. Im Übrigen, ich war recht betroffen davon, was Ihr im Editorial über Eure Erfahrungen mit einigen Frauen geschrieben habt. Frauen sind nun mal keine Heiligen und auch nicht immer sehr solidarisch!

Zum ersten Beitrag *„Subsistenzproduktion und Hausfrauisierung"*.
Da sind Euch einige Formulierungen aus der Sprache des Mannes reingerutscht: Auf S. 15 schreibt Ihr von „Kleinbauern in der Dritten Welt" und von *„ihren* Frauen" — alo Frauen als Eigentum des Mannes definiert. Warum nicht Bäuerinnen? Auf S. 16 heißt es in Klammern: „99 % der Teilzeitarbeiter sind Frauen". Warum nicht „1 % der Teilzeitarbeiterinnen sind Männer"??? Richtiger wäre in diesem Zusammenhang von „Teilzeitbeschäftigten" zu sprechen.

Ich bezweifle, ob die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern ehemals als sinnvoll und sich ergänzend bezeichnet werden kann (S. 17), und ob sich diese erst bei der Integration der Dritte-Welt-Länder in den kapitalistischen Weltmarkt für die Frauen nachteilig änderte. Allerdings fehlen mir Beweise, aber wenn die Aussage oben richtig sein soll, so würde es auch bedeuten, daß die herkömmliche Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau doch nicht so schlimm ist (daß die Frau zuständig ist für den häuslichen Bereich aber auch für bestimmte Land- bzw. Feldarbeiten, der Mann für die Feldarbeit, Roden etc.)

Ebenfalls auf S. 17 heißt es, daß bei Einführung neuer Technologien Frauen prinzipiell die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel entzogen wurden. Der Begriff „neuer Technologien" ist m.E., in diesem Zusammenhang mißverständlich, da darunter in heutigem Sprachgebrauch tatsächlich die neuen Technologien (beruhend auf Mikroelektronik) verstanden werden und auch Männer haben in der Regel keine Macht über die Produktionsmittel. Anscheinend habt Ihr neue Techniken gemeint (Bsp. Pflug, landwirtschaftliche Geräte etc.).

Zum Begriff „ungeschützte Lohnarbeit": Es stimmt nicht, daß „die etwas besser bezahlten Berufsgruppen" (von Frauen) als erste auf die Straße geworfen werden, sondern Tätigkeitsgruppen, die am ehesten rationalisierbar sind. Das sind Tätigkeiten, die nur un- oder angelernt sind, also keine besondere Ausbildung voraussetzen (z.B. Montage, einfache Bürotätigkeiten etc.) und dies sind in der Regel die am schlechtesten bezahlten Arbeitsplätze. Von der Leiharbeit, Aushilfs- und Saisonarbeit sind nicht nur Frauen, sondern auch Männer betroffen (mir sind darüber aber keine Zahlen bekannt und wahrscheinlich gibt es darüber keine zuverlässigen Angaben). Richtig ist, daß sie Heimarbeitsplätze fast zu 100 % von Frauen besetzt sind, und daß die soziale Absicherung dabei besonders schlecht ist — mangels Tarifverträge. Unrichtig dagegen ist, daß sich generell auch die Männer in steigendem Maße in schlechter bezahlten und unsicheren Arbeitsverhältnissen wieder (finden)". Die Proletarisierung des Mannes ist doch nicht so weit gediehen, daß man es verallgemeinern könnte. Statistisch gesehen stagnieren bzw. sinken die Nominallöhne und -gehälter sein einigen Jahren, aber Gehalts- bzw. Lohnreduzierungen finden nicht statt. Die Tendenz geht dahin, daß die schlecht bezahlten Männer- und Frauenjobs wegrationalisiert werden (und dann evt. durch Schwarzarbeiter/innen besetzt werden). Oder ist mit der Aussage vielleicht die Neuformulierung des AFG, genauer des sog. Beschäftigungsförderungsgesetz gemeint, das ohne großen Aufhebens am 1. 5. 1985 in Kraft trat? Nach diesem Gesetz können alle neu geschafften Arbeitsplätze mit befristeten Arbeitsverträgen bis zu 18 Monaten besetzt werden. Nach Umfragen bei Betriebsräten sind die neuen Stellen bis zu 95 % tatsächlich auch befristet! (Und wer so einen Arbeitsplatz hat, ist tatsächlich ungeschützt, was beispielsweise den Kündigungsschutz, den Anspruch auf Arbeitslosengeld oder den Mutterschutz betrifft).

Dann kommt aber der Hammer in euren Ausführungen (S. 18, rechte Spalte oben): Weil der Mann schon in schlechter bezahltem Arbeitsverhältnis ist," ...ergibt sich sehr oft für Frauen die *Notwendigkeit*, erneut nach einer Erwerbstätigkeit zu suchen..." Wieso eine Notwendigkeit? Ist es nicht das selbstverständlichste Recht jeder Frau, zu arbeiten, unabhängig vom Mann. Durch Eure Formulierung wird suggeriert, daß die Frau halt *mitverdienen* muß. Ebenso gut könnte interpretiert werden, daß wenn die Frau mal „freigesetzt" worden ist, sie sich nicht mit ih-

ÖKOMEDIA-FILMFESTIVAL 1986

Zum dritten Mal finden dieses Jahr vom 29. 5. - 1. 6. die **Tage des ökologischen Films** in Freiburg statt. Veranstaltet werden sie von Ökomedia, dem Institut für ökologische Medienarbeit.

Der erste Tag des Festivals ist dem Schwerpunktthema **Dritte Welt und Ökologie** gewidmet. Zu sehen sind u.a. Filme zur agrarischen Entwicklung (Agro-Industrie, Pestizid-Problematik etc.) wie auch Filme, die die Sensibilisierung der Menschen in der Dritten Welt gegenüber ökologischen Problemen zeigen... Vorgesehene Titel sind bislang der ecuadorianische Beitrag „Madre Tierra", der brasilianische Pestizid-Report „Unser täglich Gift gib uns heute", sowie „Dschungelburger", erster Teil der Dokumentation über die ‚internationale Hackfleischordnung' und ihren ökologischen Folgekosten des Filmemachers Peter Heller. Abendlicher Abschluß des Sichtungsprogramms bildet das ökologische Plädoyer „Das wahrhaftige Wort des klugen Bauerns..." des ägyptischen Filmemachers A'Wahed Askar. Der einzige Ausweg aus der ökologischen Krise liege in der Rückbesinnung der Dritten Welt auf sich selbst, in der konsequenten Vertretung ihres Selbstbestimmungsrechts...
Ergänzend zu der Sichtung von Filmen ist ein **Forum** geplant, das eingeleitet durch ein Referat zur Ökologie-Diskussion in der Dritten Welt, Filmemachern, Fachjournalisten, Dritte Welt Experten, Pädagogen und Mitgliedern von Dritte-Welt- und Umweltgruppen Möglichkeit einer kritischen Bestandsaufnahme des Gesehenen bietet. Erwartet werden Impulse und Anregungen für eine wirkungsvolle Arbeit mit Medien in der Dritten-Welt-Arbeit. Zielsetzung dieses ersten Filmtages ist es, nicht nur für Solidarität mit den Betroffenen in der Dritten Welt zu werben, sondern auch Filmemacher und Journalisten zu unterstützen, die hierfür arbeiten.

Am zweiten und dritten Tag werden **aktuelle Filmproduktionen** zu unterschiedlichen Öko-Themen gezeigt. Der Bogen reicht vom klassischen Dokumentarfilm bis zum filmischen Kabarett, vom Fernseh-Feature bis zum alternativen Video. Auf der anschließenden **Diskussionsveranstaltung** wird mit Medienwissenschaftlern, Filmemachern, Pädagogen und Vertretern der Umweltverbände über den Themenkomplex „Ökologie und Medien" diskutiert. Filmischer Höhepunkt ist die Matinee am Sonntag mit dem **Besonderen Film**.

Eine Produktionsdiskussion mit Hoimar von Ditfurth zum Thema **Auswegslosigkeit oder Hoffnung in der Ökologie-Debatte** bildet den Abschluß der Filmtage.

Anmeldung und Informationen bei:
Ökomedia-Institut e.V., Schillerstraße 52, 7800 Freiburg, Tel.: 0761/702768

rem Los begnügen will, sondern weiterhin ihr eigenes Geld verdienen will und versucht deshalb, anderswo eine Arbeit zu finden.

Etwas skeptisch bin ich auch hinsichtlich der These in der Fußnote 21 auf derselben Seite, wonach es eine Korrelation zwischen der gefährdeten ökonomischen Vormachtstellung des Mannes und Gewalt gegen Frauen gibt in der Form, wie in der Fußnote ausgeführt. Die Hinweise auf die Zeitungsmeldungen stammen von einer Zeit, als es noch weniger Frauenhäuser gab als heute, aber auch die Arbeitslosigkeit niedriger war als heute. Ich glaube, daß heute davon ausgegangen werden kann, daß Männer auf dem Arbeitsmarkt Frauen gegenüber sich wirklich wie die Herren der Schöpfung fühlen können (vgl. auch die überdurchschnittliche Zahl von arbeitslosen Frauen von Gesamtarbeitslosenzahlen wie auch die aktuelle Praxis bei Besetzung von Arbeits- und Lehrstellen). So findet die Konkurrenz um die Arbeitsplätze weniger zwischen Frauen und Männern als vielmehr unter Männern statt. Wenn ökonomische Gründe für die Gewalt gegen Frauen gesucht werden, (wobei unklar ist, ob die Gewaltrate zugenommen hat oder ob die registrierten Zahlen auf die Sensibilisierung der Öffentlichkeit, der Medien und vor allem der betroffenen Frauen zurückzuführen ist, also auf die Bereitschaft, eine Anzeige zu erstatten) so u.a. auf der Ebene Arbeitslosigkeit/Krise. Zumindest aus Großbritannien gibt es Untersuchungen, wonach es eine Korrelation zwischen der Arbeitslosenquote und des Booms von Sexkinos, Peep Shows etc. gibt (und die deutschen Männer dürfen wohl nicht anders sein). Dabei dürfte es den Männern weniger darum gehen, ihre Macht gegen Frauen zu demonstrieren, in denen sie eine Gefahr für ihre Arbeitsplätze sehen, sondern die Projektion der eigenen Frustration gegenüber Menschen, die noch schutzloser sind als sie selbst — also um die Demonstration der Macht. Mag sein, daß meine Ausführungen auch nicht richtig sind!

Zum Artikel *„Frauen in den Weltmarktfabriken"*

Die allgemeinen Ausführungen zur internationalen Arbeitsteilung und zur Rolle der Multis in den EL fand ich ziemlich konfus und oberflächlich und soweit ich mich erinnere, sind diese Aspekte in den „Blättern" früher viel besser und plastischer dargestellt worden. Bei der Einführung, wo die Autorinnen über ihre Motivation für die Untersuchungen (ASA) nachdachten, war ich schon etwas sauer. Da heißt es, daß der Informationsaustausch „einen Prozeß der wechselseitigen, kontrastiven Selbstreflexion einleiten" kann (S. 20). Leider sind die Autorinnen m.E. mit einem tatsächlich eurozentrierten (oder vielleicht sogar unizentrierten) Ansatz vorangegangen. Nun ist doch bekannt, daß Frauen beispielsweise in Malaysia, insbesondere in Penang, schon ihre Widerstandsformen haben (wie in dem Bericht aufgezeigt wird), aber es fehlte in den Berichten ein ganz wichtiger Aspekt: nämlich der Zusammenhang zwischen der äußerst repressiven Struktur, was die gewerkschaftliche Organisierung und Arbeitnehmer/innenrechte in Malaysia betrifft, die Rolle der Multis in diesem repressiven System und die Widerstandsformen der Arbeiterinnen. Wenn man dies berücksichtigt, muß man wohl die Situation von Frauen dort etwas anders einschätzen und nicht bloß als Anreiz zur kritischen Selbstreflexion, oder wie es zum Schluß des Berichtes heißt, daß die Autorin doch überrascht war über die Kampfbereitschaft der Arbeiterinnen in Malaysia. (...) Wohl aus (einer) Unkenntnis der Arbeitsbedingungen gibt es auch in dem Bericht einige falsche Feststellungen wie beispielsweise, daß die Löhne bei multinationalen Unternehmen etwas höher seien als bei einheimischen Firmen. Es gibt jedoch mehrere Untersuchungen, die zu der Feststellung gekommen sind, daß die Löhne nur aufgrund längerer Arbeitszeiten höher sind, d. h. die Stundenlöhne also niedriger sind als bei den Firmen außerhalb der Freien Produktionszonen.

Es fehlte auch die wichtige Problematisierung, welche Rolle die Frauenarbeit in der internationalen Arbeitsteilung hat, nämlich bezogen auf die Elektronikindustrie: Ohne diese Frauenarbeit wäre die Einführung neuer Technologien in den westlichen Ländern so schnell und so billig gar nicht möglich gewesen! Auch hätte man noch einen weiteren Aspekt hinweisen sollen: Auf den Zusammenhang von Frauenindustriearbeitsplätzen, Prostitution und der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung auch im sexuellen, sowie im militärischen Bereich: Südostasien und der Pazifik als Vorposten für den US-Imperialismus. So wie der Artikel aber geschrieben war, war er meiner Ansicht nach überflüssig, weil er keine neuen Aspekte enthielt, sondern Bekanntes in konfuser und undifferenzierter Form wiederholte.

Die sonstigen Beiträge fand ich gut (außer der Rezension „Frauen in China" — nichtssagend über die Inhalte der besprochenen Bücher). (...)

9.3.86 Raili Salmela

„Der Mythos der Überbevölkerung", blätter Nr. 132, März 1986

„1. Mir gefällt nicht, daß gesellschaftliche/politische Fakten einmal angeprangert, zum anderen, bei der Bewertung der Frauenrolle, als gegeben akzeptiert werden.
Konkret: Ebenso wie das politische Problem der auf Privilegien der reichen Bauern basierenden Agrarstruktur (S. 45) zu Versorgungsproblemen bei den armen Familien führt, verursacht die traditionelle Minderbewertung und gesellschaftliche Unterdrückung von Frauen den Zwang, möglichst viele Kinder (v. a. Söhne) zu gebären, und trägt damit zu Versorgungsproblemen der Armen bei, wenn nicht in dieser, dann in der nächsten Generation. Beide Rahmenbedingungen sind meiner Meinung nach zu kritisieren, da in beiden Fällen Menschen (arme Familien — [v. a. arme] Frauen, s. u.) darunter leiden.
2. Es ist einfach nicht wahr, daß die Frauen die vielen Kinder, die sie haben, wirklich wollen. Dem widerspricht erstens die ebenfalls in dem Artikel erwähnte hohe Zahl der Abtreibungen. Zweitens haben Umfragen ergeben, daß in Bangladesh und Pakistan nur 15% der Frauen, die keine weiteren Kinder wünschen, Verhütungsmittel verwenden (FR, 7.8.84).
Aus privaten Gesprächen mit Frauen in Madras weiß ich, wie glücklich gerade vieler dieser armen Slumfrauen waren, wenn sie sich nach dem 6. oder 8. Kind sterilisieren lassen konnten (andere Möglichkeiten gab es nicht). Vorher waren es vor allem ihre Männer gewesen, die gegen Verhütungsmittel waren. Ich nehme an, ähnliche Situationen gibt es auch in Bangladesh. Natürlich sind Kinder für die Frauen wichtig, aber eben nicht so viele.
3. Kritisiert sollte meiner Meinung nach vor allem die Art der Durchführung der Familienplanung werden, was ich an dem Artikel gut fand. Zu ergänzen wäre noch die Tatsache, daß in 40% der Sterilisationszentren in Bangladesh die Frauen nicht über den endgültigen Charakter der Sterilisation informiert wurden, und daß einige Frauen infolge der Operationsbedingungen physisch behindert wurden (le monde diplomatique, 30.6.84).
4. Bezweifeln möchte ich, daß die Nahrungsmittelproduktion in Bangladesh auch in den kommenden Jahren ausreichen könnte, um die Bevölkerung zu ernähren. Selbst wenn das jetzt möglich ist — ein Wachstum von 4,3% bedeutet eine Verdopplung der Bevölkerung innerhalb von ca. 16 Jahren, d. h., ca. 100 Mio. Menschen müssen dann zusätzlich ernährt werden.

5.4.86, Ute Deichmann

☆ ☆ ☆ ☆ ☆ ☆ ☆ ☆ ☆

„...polemisch"

Zu „Was will die Welthungerhilfe?", blätter Nr. 132

Liebe Redaktion, im März 1986 veröffentlichten Sie im „iz3w" den Artikel „Was will die Welthungerhilfe?". Sie beantworteten diese Frage damit, daß sie um jeden Preis Spenden werben wolle und der Generalsekretär ganz andere Meinungen vertrete als die Werbeabteilung der Deutschen Welt-

hungerhilfe. Dazu führen Sie als Gegensatz eine Anzeige „Afrika vor der Katastrophe" und eine Presseerklärung des Herrn Dreesmann bezüglich der schädlichen Nebenwirkungen internationaler Nahrungsmittelhilfe an. Dazu würden wir gerne etwas sagen:

1. Die von Ihnen herausgepickte Anzeige wurde Anfang 1984 an die Medien verschickt und, wie alle anderen, kostenlos veröffentlicht. Trotz verschiedener, sehr viel informativeren Anzeigen, die darauf folgten, ist diese „Karteileiche" offenbar noch nicht aussortiert.
2. Die Zahl von 150 Mio. hungernder Menschen (solche Statistiken sind immer angreifbar) geisterte Anfang 1984 durch alle Medien und wurde von fast allen Organisationen übernommen. Uns zu unterstellen, daß wir Zahlen fälschen, um mehr Spenden zu bekommen, ist, gelinde gesagt, polemisch.
3. Die Deutsche Welthungerhilfe leistet sich keine „Werbeabteilung", sondern zwei Referenten, die für alle Aspekte der Öffentlichkeitsarbeit zuständig sind.
4. Natürlich sind wir auf Spenden und damit auf Öffentlichkeitsarbeit angewiesen. Aber selbst in dem Spenden-Nachschlagewerk „Markt der offenen Herzen" bezeichnet der Autor diese als „sachlich und informativ". Abgesehen von Anzeigen veröffentlichen wir eine Reihe von Büchern und Hintergrundmaterialien. Wir erlauben uns, der Redaktion eine Auswahl zuzusenden, da wir Ihnen nicht unterstellen wollen, daß Sie die gesamte Öffentlichkeitsarbeit absichtlich auf eine Anzeige reduzieren.
5. Schließlich sehen wir den Gegensatz nicht: Die Katastrophe in Afrika ist eingetreten und hat sehr viel schlimmere Bilder gebracht als dieses eine, abgemagerte Kind, in der Anzeige. Mit Hilfe der Spendengelder konnte die Deutsche Welthungerhilfe Überschüsse in Afrika lokal einkaufen und in den Notstandsgebieten einsetzen. Aber die Projektarbeit der Deutschen Welthungerhilfe haben Sie ja nicht kritisiert.

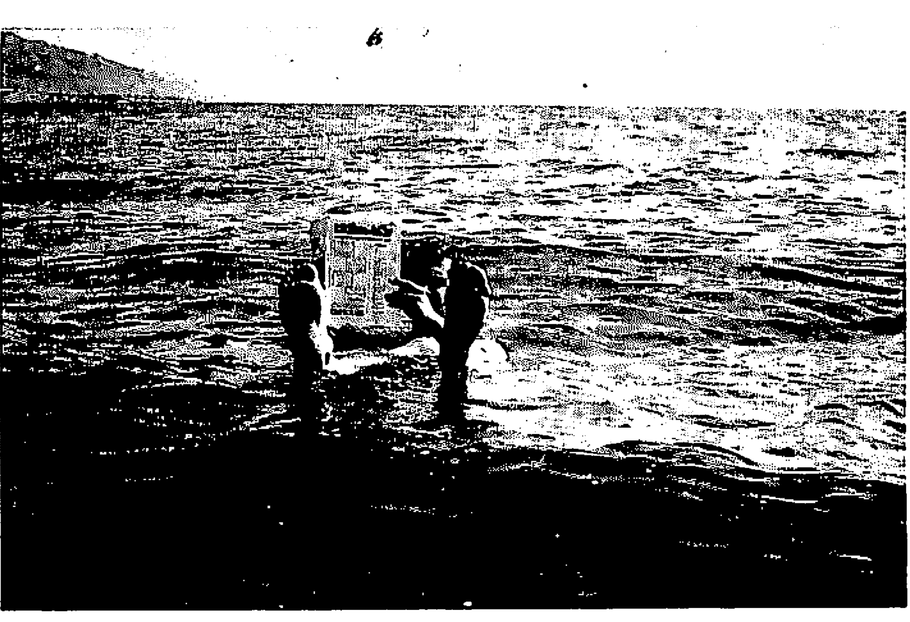
Lutz Neumann, Abteilungsleiter Medien und Öffentlichkeitsarbeit der DWHH

Anmerkung der Redaktion:

Anlaß für die in der letzten Nummer der blätter veröffentlichte Glosse war eine am 20.2.1986 in der Badischen Zeitung veröffentlichte Anzeige der DWHH.

Inhalt, Form und Tendenz dieser Anzeige stehen in krassem Widerspruch zu der Öffentlichkeits- und Bewußtseinsarbeit vieler Aktionsgruppen und Hilfswerke. Der Ärger über diese Ende Februar 1986 erschiene Anzeige (und ihr Kontrast zu den Äußerungen von Herrn Dreesmann im Januar) war der Auslöser für den polemischen Kommentar.

br



„...für die philippinische und salvadoreanische Regierung so viel Geduld aufzubringen wie für die nicaraguanische?"

Zu Philippinen „Der Sturz des Diktators", blätter Nr. 132

Sehr geehrte Damen und Herren; Ihr Philippinen-Artikel bietet wie immer eine gute Zusammenfassung und viele Detailkenntnisse. Die scheinbar reine Sachinformation enthält jedoch in subtiler Weise einseitige, ideologiebefrachtete Wertungen, denen ich widersprechen möchte.

Weil Cory Aquino „aktiven Widerstand mit friedlichen Mitteln in der Weise Christi" forderte, wird ihr lediglich ein „integeres Image und Naivität" zugebilligt. Sie stammt aus dem steinreichen Cojuangco-Clan. Damit ist sie ideologisch abgestempelt. Daß die meisten Minister der neuen Regierung aus dem „rechtsbürgerlichen UNIDO-Lager" kommen, stimmt nicht. Tatsächlich ist das Gewicht der Lakas-ng-Bayan-Koalition, die von der links von der Mitte stehenden PDP-Laban-Partei angeführt wird, und das der parteiunabhängigen Technokraten, die z.T. Kardinal Sin nahestehen, in der neuen Regierung mindestens ebenso stark, was durch eine gewisse Unzufriedenheit im UNDIO-Lager bestätigt wird. Daß die UNIDO möglicherweise starken Einfluß auf die Außenpolitik haben wird, ist kein Argument dafür, daß sich Frau Aquino mit den Reformern nicht in der Innen- und Entwicklungspolitik durchsetzen wird. Mit der Freilassung aller politischen Gefangenen hat sie sich auch gegen General Ramos durchgesetzt!

Die von Ihnen favorisierte Linke, BAYAN, NDF und die kommunistische Partei werden den Kampf fortsetzen. Was gibt ihnen dazu die moralische Rechtfertigung? Ich höre die Antwort: Die „gelbe" Revolution war nicht die richtige Revolution, weil sie friedlich, christlich, naiv war und nicht von linken Kadern geführt wurde.

Die Menschenmassen in Manila aber waren bereit, ihren Preis für die „gelbe" und nicht für die rote Revolution zu zahlen. Und diese Millionen gehörten nur zum kleineren Teil dem „bürgerlichen Mittelstand" an. Wann werden die Linken das endlich begreifen? Wann wird man bereit sein, für die philippinische und salvadoreanische Regierung so viel Geduld aufzubringen wie für die nicaraguanische? Und zu guter Letzt: Das Foto der „Witwe eines von Militärs ermordeten philippinischen Mannes" berührt jeden Menschen, auch mich. Aber würden Sie auch das Foto einer Witwe eines von kommunistischen NPA ermordeten philippinischen Mannes veröffentlichen? Ich würde Ihnen gerne eines besorgen. Beide Fotos haben eines gemeinsam: Sie sind Teil des Preises der sehr teuren, aber angeblich unverzichtbaren roten Revolution.

Günter Wehner, Rheinbreitbach

Neuerscheinungen/Zeitschriftenschau

Zeitschriftenschau

epd-Entwicklungspolitik 6/7/86
Themenschwerpunkt: Gerechtigkeit und Entwicklung in Asien. Beiträge: Für den Primat von Kommunikation und Solidarität in den ökumenischen Beziehungen (Text der asiatischen christlichen Konferenz). – Werner Olle zu: „Antworten auf Kritik und Selbstkritik", einem Nachfolgewerk zur „Neuen internationalen Arbeitsteilung" von Fröbel/Heinrichs/Kreye. – Hat auf den Philippinen die Mittelklasse gesiegt? Auch nach der Flucht von Marcos ist die verarmte Bevölkerung politisch nicht genügend vertreten.
Bezug: epd, Vertrieb, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt/M. 17
Einzelpreis DM 3,00, Doppelheft DM 4,50

epd-Entwicklungpolitik 4/5/86
Schwerpunkt: Textilien und Bekleidung gehören zu den wichtigsten Exportgütern der Entwicklungsländer. Die entwickelten Länder sorgen durch „Selbstbeschränkungsabkommen" dafür, daß diese Exporte nicht zunehmen. – Die Preis- und Mengenpolitik der OPEC wurde von einigen erdölexportierenden Ländern unterlaufen. OPEC-Mitglied Saudi-Arabien wehrte sich, indem es eine Ölschwemme auf dem Weltmarkt auslöste. Auf lange Sicht sitzen die OPEC-Länder am längeren Hebel. – Landreform in Brasilien: auf Kosten des Urwalds?

Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppenn Nr. 102
Schwerpunkt: Kulturkalender Dritte Welt. – BUKO-Pharma-Kampagne, EG-Getreidepolitik contra Futtermittelimporte, BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport"
Bezug: IG Dritte Welt, Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21
Einzelheft: DM 3,-

ila-info Nr. 94, April 1986
Schwerpunktthema: „Hilfe, die Entwicklung kommt." Viele 3. Welt-Gruppen bezeichnen „Entwicklungshilfe" als tödliche Hilfe, die abgeschafft gehört, während andere die Wiederaufnahme eben jener „Hilfe" für Nicaragua fordern. Das gespaltene Verhältnis der Solibewegung zum Thema „Entwicklungspolitik" soll im aktuellen ila-info etwas aufgearbeitet werden. Es enthält Beiträge zur Geschichte der Entwicklungspolitik in der BRD, zur Entwicklungspolitik nach der Wende, zu den Alternativen (?) von SPD und Grünen und zum Für und Wider von entwicklungspolitischer Frauenförderung. Weitere Beiträge: Spuren der Diktatur – Eindrücke aus Argentinien, Verraten und verkauft – Mexikanische Textilarbeiterinnen, zur Gewerkschaftsbewegung El Salvadors, zur Chile-Dokumentation der CDU, zur Aktion „Bürger gegen Burger", zum Nairobi-Folgeseminar in Bonn u. a.
Bezug: Informationsstelle Lateinamerika e.V. Römerstr. 88, 5300 Bonn 1
Einzelheft: DM 3,50

AIB Nr. 4/86
Schwerpunkt: Nicaragua – CDU-Menschenrechtskampagne und der SPD-Kurswechsel, Südafrika: Keine Ruhepause für das Apartheidregime, Buthelezi in der BRD, PAC-Rundreise, Angola, Zimbabwe, Namibia, Philippinen, Verschuldung: Der Baker-Plan, SU und Dritte Welt: Nicaragua – Hilfe zum Überleben (3. Teil)
Bezug: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg
Einzelheft: DM 3,-

Querbrief 1/86
Über Spendenorganisationen, die Kinderpatenschaften vermitteln, ein Reisebericht über einen Besuch bei Bürgerinitiativen in Südafrika, Interview mit Schülern der AG Afrika einer Berliner Schule
Bezug: Weltfiedensdienst e. V., Friedrichstr. 236, 1 Berlin 61
Einzelheft: Spenden erwünscht

DED-Brief 4-85 – 1-86
Schwerpunktthema: „Das Bild vom andern", Identität und Ausländer, Erfahrungen von Entwicklungshelfern, entwicklungshilfe als Kulturbegegnung, Südafrika, Straßenkinder in Peru,
Bezug: DED, Kladower Damm 299, 1 Berlin 22

Entwicklungspolitische Korrespondenz 1/86
Zerstorbene Träume. Mexiko – die bürokratisierte Revolution
Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 20
Einzelheft: DM 5,-

Lateinamerika Nachrichten 147
Verschuldung – Mexiko, el Salvador: die FMLN am Guazapa, Chile, Peru, Guatemala, Film: Neue Tendenzen des argentinischen Kinos
Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1 Berlin 61
Einzelheft: DM 4,50

Freire-Brief Nr. 27
Basic-Comics in Lateinamerika, Weltkongreß für Erwachsenenbildung, neue Publikation zur Basisarbeit in Lateinamerika
Bezug: AG Spak, Kistlerstr. 1, 8 München 90

Neuerscheinungen

Nachfragen zur Entwicklungspolitik, Dokumentation der Tagung zum 25-jährigen Bestehen des ASA Programm, C. Duisberg Gesellschaft (Hrsg.), Verlag Breitenbach Publishers, ca. 270 Seiten, ISBN 3-88156-330-X

Die verplate Wohnmisere, Augel, Hillen, Ramalho (Hrsg.), ASA Studien, Verlag Breitenbach Publishers, ca. 330 Seiten, ISBN 3-88156-326-6

Massenmord in Bhopal, Indische Analysen zur Giftgaskatastrophe, 50 Seiten, DM 4,-, Bezug: iz3w Hannover, Pf. 224, 3152 Iselde 1

Libyen – 16 Jahre nach der Revolution, Reisebericht, Hrsg. Libyen-Komitee Bochum, 63 Seiten, DM 3,- (& 1,- DM Porto), Bezug: R. Gisel, Postfach 102 864, 4630 Bochum 1

Afrika – Kolonisation, Gesellschaft, Literatur, Materialien-Sammlung Nr. 5, Hrsg. Kübel-Stiftung, Pf. 66, 6140 Bensheim 1, 208 Seiten, DM 5,-

Was hat sich durch die Revolution verändert? Agrarreform und Ernährung im neuen Nicaragua, Collins/Lappe/Allen/Rice, Edition Nahua, ISBN 3-923329-32-6

Die Macht der Verschuldeten, Auf dem Weg zu einer neuen Einigungsbewegung in Lateinamerika?, Pock Verlag Zürich, 76 Seiten, 7 SFr.

Müssen die Afrikaner den Weißen alles nachmachen?, Kritik der ‚weißen' Gesellschaft / Alternativen für die Entwicklung der Dritten Welt, N. Bizimana, Quorum Verlag Berlin, 271 Seiten

Südafrika – Widerstand und Befreiungskampf, Rainer Falk, Pahl-Rugenstein Verlag, 286 Seiten, DM 14,80, ISBN 3-7609-1023-8

Industialisierung und Regionalentwicklung in Argentinien, Kürzinger/Brommelmeier/ Weiheit, 140 Seiten, Deut. Institut füer Entwicklungspolitik (Hrsg.), Frauenhoferstr. 33-36, 1 Berlin 10

Banken, Kredite und die „Dritte Welt", AK Entwicklungspolitik des BDKJ Stuttgart, 90 Seiten, DM 5,-, Bezug: Paul Sandner, Holzhauserstr. 31, 7 Stuttgart 80

Äthiopien, Tragik und Chancen einer Revolution, H. Falkendörfer, Radius Verlag, 108 Seiten, DM 19,80

Aus Menschen Neger machen, Hücking/Launer, 198 Seiten, Verlag am Galgenberg, Neuer Pferdemarkt 13, 2 Hamburg 6

Südfrüchte aus Oberndorf, der Reader zum Film, Hrsg. BUKO/JEF, Forum Europa Verlag, Berliner Platz 1, 53 Bonn 1, 156 Seiten, DM 12,80

Peru Informationen Nr. 11, Analysen zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation, Hrsg. Peru Komitee, ESG, Universitätsstr. 19, 43 Essen 1, 95 Seiten, DM 5,- plus Porto

Tagungshinweise

„Vergiftete Nahrung, verseuchte Umwelt, verführte Verbraucher", 13.-15. 6. 86, Düsseldorf, Information und Anmeldung: BUKO-Agrokoordination, Nernstweg 32-34, 2 Hamburg 50

„Jüdische Politikentwürfe — ihre Verwurzelung im europäischen Zeitgeist der Jahrhundertwende und ihre Transformation in Israel/Palästina", Jahresseminar des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten, 28.-30. 11. 86, Arnoldshain, Information und Anmeldung: Irma Haase, Gothaallee 35, 1 Berlin 19

International Symposium on „Strategies For Slum- And Squatter-Upgrading In The Developing World", 27.-29. 11. 86, Berlin, Information und Anmeldung: Dr. Florian Steinberg, Winterfeldtstr. 45, 1 Berlin 30 und Kosta Mathéy, Hofangerstr. 21, 8 München 83

Gruppentreffen der Kampagne „Produzieren für das Leben — Rüstungsexporte stoppen!", 23.-25. 5. 86, Eschborn, Information und Anmeldung: Büro der Kampagne, Sartoriusstr. 2, 8700 Würzburg

Kongreß „Kein Staat mit diesem Staat — Freiheitsrechte, Repression und staatliche Hilfe in der Demokratie", 30. 5.-1. 6. 86, Bielefeld, Information und Anmeldung: Kongreßbüro, c/o AStA der Uni, Postfach 8640, 48 Bielefeld 1

„Bebauen und bewahren" — Zum neuen Schwerpunktthema von ‚Brot für die Welt', 15./16. 5. 86, Hohenwart, Information und Anmeldung: Diakonisches Werk, Postfach 2169, 75 Karlsruhe 1

Werkstatt für Basis-Comic-Herstellung mit dem peruanischen Karikaturisten Juan Acevedo, 6.-10. 6. 86, Nähe Ulm, Informantin und Anmeldung: AG SPAK, Kistlerstr. 1, 8 München 90

„Welthandelsprodukt Tee", 24. 5. 86, Rodgau-Jügesheim, Information und Anmeldung: GEPA-Regionalstelle, Rathenaustr. 7, 6054 Rodgau 1

Seminare der AGG, Rheinweg 34, 53 Bonn:
— **„Ein Land wird verschrottet: Die wirtschaftliche Lage Chiles"**, 9.-11. 5. 86, Münster-Gievenbeck
— **„SDI und ihre sozial-, friedens- und entwicklungspolitische Bedeutung"**, 13.-15. 6. 86, Dortmund
— **„Bolivien II"**, 17.-19. 10. 86, Rothenfels
— **„Weltwirtschaft II: Wer zahlt, befiehlt"**, 12.-14. 12. 86, Königstein
— **„Entwicklungshilfe — Hilfe für die Reichen?"**, 31. 10.-2. 11. 86, Wittlich
— **„Workcamp mit Dritte-Welt-Gruppen in den Gemeinden**, 4.-11. 10. 86
— **„Fisch und Vogel" — Kirche in den Philippinen**, 10.-12. 1. 87, Bad Nauheim
— **„Situation der Familien in Sri Lanka und der tamilischen Flüchtlinge in der BRD: Asylverweigerung, Rechtsprechung und -Praxis**, 20.-22. 6. 86, Berlin
— **„Basisinformationen zur gegenwärtigen Situation auf den Philippinen"**, Juli
— **„Nicaragua: der mühsame Weg der Befreiung oder das Abgleiten in einen neuen Abgrund?"**, 27.-29. 6. 86, Oberwesel

„Was können wir von anderen Kulturen lernen?", 27.-29. 6. 86, Seelbach/Westerwald, Information und Anmeldung: „Gruppe 85", c/o Thomas Kolter, Kaufmannstr. 56, 53 Bonn 1

Tropentag '86, 15./16. 5. 86, Gießen, Information und Anmeldung: Wissenschaftliches Zentrum Tropenistitut, Schottstr. 2, 63 Gießen

„Frauen in Lateinamerika und auf den Philippinen im Kampf um Gerechtigkeit und Befreiung", 2.-7. 6. 86, Hamburg, Information und Anmeldung: Eva Michel, Missionsakademie, Rupertistr. 67, 2 Hamburg 52

„Schuldenkrise und Perspektiven für die nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit", Öffentliches Fachgespräch der GRÜNEN im Bundestag mit den bundesdeutschen Nicht-Regierungsorganisationen im Entwicklungsbereich, 13. 6. 86, Bonn, Information und Anmeldung: Die GRÜNEN im Bundestag, Postfach, 53 Bonn

„Wo Mehmed und Ayse zuhause sind — Begegnungen mit der Türkei", Dritte Welt im Unterricht der Grundschule, 27.-29. 6. 86, Neckargerach, Information und Anmeldung: Zentrum für entwicklungsbezogene Bildung, Gerkostr. 17, 7000 Stuttgart 1

„Jugend zwischen Wunschdenken und Lebenswirklichkeit zwischen Gegenwartsgestaltung und Zukunftsplanung", 16.-19. 5. 86, Vlotho, Information und Anmeldung: AKE, Horstweg 11, 4973 Vlotho

Volksuni, 16.-19. 5. 86, Berlin(W), Information und Anmeldung: Volksuni-Büro, Dominicusstr. 3, 1 Berlin 62

„Peru unter sozialdemokratischer Regierung — Aktuelle Situation und die Lage der Menschenrechte", 18.-20. 7. 86, Bergneustadt, Information und Anmeldung: A. Nau-Heimvolkshochschule, z. Hdn. Frau Wilimzik, Fr. Ebert-Str. 1, 5275 Bergneustadt

„Getreideüberschüsse — Futtermittelimporte einschränken?", 23.-25. 5. 86, Altenkirchen, Information und Anmeldung: Ev. Landjugendakademie, Dieperzbergweg 13-17, 5230 Altenkirchen/W.

„Wer die kulturpolitische Macht hat, hat den politischen Sieg", Kulturaustausch und Solidaritätsarbeit, 13.-15. 6. 86, Frankfurt, Information und Anmeldung: Kulturbüro ‚Dritte Welt', Nernstweg 32-34, 2 Hamburg 50

„ÖKOMEDIA" '86" — Tage des ökologischen Films, 29. 5.-1. 6. 86, Freiburg, Information und Anmeldung: Ökomedia-Institut, Schillerstr. 52, 78 Freiburg

660/ 1/133/51934
Viktor Lüpertz
Bergstr. 6
D-7801 Oberried

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

Flugblatt zur Demonstation gegen den US-Angriff auf Libyen in Freiburg:

»Wir werden es wieder tun«

Mit dem Bombardement von Tripolis und Bengasi, das zum größten Teil schlafende, völlig unvorbereitete Zivilisten traf, hat die NATO-Führungsmacht USA sich als Kriegsbrandstifter schlimmsten Kalibers erwiesen. 70 Menschen starben unter dem Angriff mit lasergelenkten Bomben, hunderte wurden verletzt, ihre Häuser und Wohnungen zerstört.

Krieg als „Vergeltung" für angebliche oder tatsächliche terroristische Anschläge widerspricht allen völkerrechtlichen Grundsätzen. Die Behauptung der USA, Ghaddafi sei für den Anschlag auf die Westberliner Diskothek „La Belle" verantwortlich, wurde von Libyen dementiert und ist nach wie vor völlig unbewiesen. Sie erinnert fatal an Vorwände, wie sie schon für die Anzettelung des 1. oder 2. Weltkriegs hergesucht oder inszeniert wurden (Attentat in Sarajewo / „Überfall" auf den Sender Gleiwitz).

„Wir werden es wieder tun", hat Reagan verkündet. Seine Kriegsdrohung im Rambo-Stil richtet sich gegen alle, die sich dem Weltherrschaftsanspruch von NATO und USA nicht unterwerfen. Sas nächste Opfer droht Nicaragua zu werden. Die propagandistische Vorbereitung für eine US-Intervention im Falle des Scheiterns der Contras laufen bereits auf Hochtouren.

Die Bundesrepublik ist auf mehrfache Weise in die US-Aggression verwickelt: Politisch wie auch militärisch. Politisch durfte die nicht weiter begründete Ausweisung zweier libyscher Diplomaten von den USA als Rückendeckung und Ermutigung aufgefaßt werden, abenso wie etwa die Forderung der FAZ vom 9. 4. nach einem „multinationalen Eingreifverband" gegen Libyen. Die Bundesregierung hat seit dem Wochenende gewußt, daß eine Militäraktion im Anlaufen ist, teilte US-Botschafter Burt im ZDF mit (15. 4.) ud strafte damit alle offiziellen Beteuerungen Lügen.

Nach dem Angriff gab es von amtlichen deutschen Stellen – im Gegensatz etwa zu Spanien oder Italien – keinerlei offene Kritik oder Verurteilung der Bombardements, sondern „Verständnis" für die Motive der USA. „Wer wie Oberst Ghaddafi selbst ständig Gewalt predigt und praktiziert, muß damit rechnen, daß die Betroffenen sich wehren." – so wird ein verbrecherischer Akt des Staatsterrorismus durch die Regierung Kohl Genscher verharmlost und gerechtfertigt (Erklärung vom 15. 4.).

Die offiziellen SPD-Stellungnahmen vermeiden ebenfalls eine klare Verurteilung der US-Politik. Wenn SPD--Fraktionschef Vogel erklärt, die Bombardements seien „politisch unklug" (16. 4.) und nicht der richtige Weg im Kampf gegen den Terrorismus, muß das für die Opfer wie blutiger Hohn klingen.

Die Bundesregierung hat die Behauptungen der USA über die libysche Verantwortung für den Berliner Anschlag übernommen (während selbst der Westberliner Staatsschutz sie dementiert hat), sie schürt selbst eine Terrorismushysterie, der jedes Mittel recht sein soll...

Wie die Diffamierung von Nicaragua als Ausgangspunkt des „Terrorismus" zeigt, ist die Antiterrorkampagne der USA ein Instrument zur Rechtfertigung von Unterdrückung, Militäraktionen und Krieg gegen jeden Widerstand in der 3. Welt und in den NATO-Staaten selber.

Die Bundesregierung trägt mit ihrem Verhalten Mitverantwortung für die amerikanischen Verbrechen. Wieder einmal hat sich gezeigt, wie wenig die BRD in der NATO einen mäßigenden Einfluß auf die USA ausübt. Unbotmäßigkeit und Widersetzlichkeit in der 3. Welt mit Strafaktionen im Kolonialstil zu ahnden, hat sich offenkundig durchgesetzt.

Der Krieg vor der Haustür

Es wäre ein Irrtum zu glauben, die BRD sei unbeteiligt, weil die Bomber nicht von Ramstein oder Frankfurt aufgestiegen sind. Sie ist direkt in die militärische Kommandostruktur der NATO eingebunden.

Von deutschen Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen, hat die Friedensbewegung und eine große Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung immer wieder gefordert. Tatsache ist: Mindestens eine Stelle auf bundesdeutschem Territorium, das Oberkommando der US-Streitkräfte in Europa bei Stuttgart (EUCOM), muß aufgrund der US-Befehlsstränge an der Vorbereitung des Angriffs beteiligt gewesen sein. Darüber hinaus hat sich die BRD im „Wartime Host-Nation Support"-Abkommen von 1982 gegenüber den USA verpflichtet, in Krise und Krieg vielfältige Unterstützungsleistungen bei dem Transport von Material und Waffen, bei der Versorgung von Verwundeten und Kriegsgefangenen etc. zu leisten und dazu 100.000 Mann Reservisten und Zivilpersonal zu stellen. Zur Drehscheibe für Einsatz und Versorgung der US-Truppen würde dann Rhein-Main Air Base (Startbahn West).

Wir protestieren gegen die staatsterroristische Politik der USA, die eine Eskalation bis hin zu einem 3. Weltkrieg in Kauf nimmt!

Wir protestieren gegen das „Verständnis" der Bundesregierung für die verbrecherische US-Politik!

Wir fordern:

Keine Beteiligung der BRD – direkt oder indirekt an der US-Agressionspolitik!

Hände weg von Libyen!